M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Venezuela

Stadtteilarbeit in den Barrios von Caracas

Chroniken

Nr. 98 Dez. 1981 DM 4,00

impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 - 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Alexander Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Stefan Helming, Uli Kieser, Christopher Knauth, Werner Kobe, Bettina Kocher, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Lorenz, Helga Maier, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven du-Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Raili Salmela, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Tel kamper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Georg Wacker, Gottfried Wellmer, Hildegard Wenzler, Jörg Wetterich.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe Nr. 99 2. 2. 1982

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand, 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618

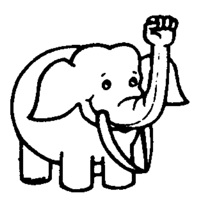
Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,– DM).

Schweiz: SFR 35,– (bzw. 25,–)
Österreich: ÖS 260. (bzw. 190)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60 DM)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60 DM),
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,– DM (bzw. 49,– DM)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40 DM).

Einzelpreis: DM / SFR 4,– // ÖS 30,–

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



ADRESSENÄNDERUNGEN

Wir bitten die Abonnenten, uns Adressenänderungen rechtzeitig – möglichst vor dem Umzug – mitzuteilen.
Bei verspäteter Mitteilung kann das Heft von der Post nicht zugestellt werden, wird aber auch nicht an uns zurückgeschickt. Wir erhalten von dem jeweiligen Exemplar nur den Abschnitt mit der von uns aufgedruckten alten Adresse zurück mit dem Vermerk „Unbekannt verzogen" oder auch mit der neuen Adresse versehen.
Das Heft selbst landet in einem der vielen Papierkörbe der Post.
Für uns beginnt – zusätzlich zu dem Verlust des Heftes – aufwendige und lästige Verwaltungs- und Ermittlungsarbeit mit den unbekannt Verzogenen.
Wir können aus finanziellen Gründen die Hefte bei verspäteter Mitteilung an uns nicht wie bisher kostenlos ersetzen und nachsenden.
Ein anderes Problem, das viel unnötige Arbeit und Ärger bereitet: Anschriften werden oft in unleserlicher Schrift mitgeteilt. Die Folgen: falsch geschriebene Namen und Adressen, nicht zustellbare Hefte usw.
Also unsere große Bitte:

Adressenänderungen rechtzeitig mitteilen und deutlich schreiben, zumindest die Adressen.

Red.

NACHRICHTEN UND BERICHTE



El Salvador

Wahlen „im Kugelhagel“?

Seit März dieses Jahres versucht die zivilmilitärische Junta El Salvadors erneut, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln — einschließlich der massiven US-Unterstützung — die vereinigte Opposition FDR/FMLN (Frente Democratico Revolucionario/Frente Farabundo Marti para la Liberación Nacional) nicht nur militärisch, sondern auch politisch zu zerschlagen (vgl. „blätter des iz3w Nr. 92).
Militärisch konnte sich die Diktatur bislang gegen die Guerilla nicht durchsetzen. Somit gewinnt die Diskussion um eine politische Lösung immer mehr Gewicht. Auf dieser Ebene stehen sich die Fronten nicht weniger unversöhnlich gegenüber: Die Junta besteht auf der Durchführung von Wahlen „ohne Einmischung des Auslands“, die FDR fordert Verhandlungen zwischen beiden kriegsführenden Parteien unter internationaler Kontrolle.

Wie dieser blutige Konflikt in Zentralamerika ausgeht, hängt nicht zuletzt von den Stellungnahmen und vom Verhalten des Auslands ab. Während Mexiko, Frankreich, Jugoslawien und die Niederlande die FDR immerhin als verhandlungsfähige Partei anerkennen, verschafft neuerdings die Bundesregierung der BRD dem mordenden Duarte-Regime eine enorme diplomatische Aufwertung, indem sie den deutschen Botschafter wieder auf seinen Posten nach San Salvador zurückkehren läßt. De facto bedeutet ein solcher Schritt die aktive Unterstützung einer Regierung, die sich für zigtausend politischer Morde an der Zivilbevölkerung verantwortlich zeichnet.

Die militärische Situation

Im März 1982 soll man in El Salvador zur Wahlurne gehen. So zumindest will es die Junta. Notfalls halte man die Wahlen „im Kugelhagel“ ab, erklärt der salvadorianische Vizepräsident Gutiérrez. Als im Mai dieses Jahres erste konkrete Schritte unternommen wurden um die Wahlen vorzubereiten (am 16. 5. wurde ein Gesetz zur Registrierung politischer Parteien für die Wahlen erlassen), hoffte man noch, die Guerilla der Volksopposition innerhalb der nächsten vier Monate militärisch besiegt zu haben.

Heute jedoch, mehr als sechs Monate später, hat die Junta ein mageres Resümee zu ziehen: Trotz hoher Aufrüstung der salvadorianischen Armee durch die USA mit modernstem Kriegsgerät, trotz der Unterweisung militärischer Führungskräfte durch mindestens 54 sich in El Salvador befindlichen US-Militärberater, trotz der unter amerikanischer Regie aufgebauten Spezial-Antiguerilla-Einheit „Atlacatl“ ist die Armee „drauf und dran, die Kontrolle über fast die Hälfte des Landes zu verlieren (Sd. Ztg. v. 12. 11. 1981). Die unterschiedlichen Beurteilungen der militärischen Lage durch die Juntamitglieder selber sind ein wenig wunderlich. Während der Verteidigungsminister José Guillermo García erklärt, die Armee habe das ganze Land unter Kontrolle, erklärt sein Präsident Napoleon Duarte, mit einer Verdopplung seiner Streitkräfte von bisher 20000 auf 40000 bis 50000 Soldaten hielte er einen Sieg derselben „nicht für unmöglich“. Gleichzeitig will er beobachten, daß die Guerilla sowohl an Unterstützung in der Bevölkerung verliert, als auch an militärischer Stärke. Sie befände sich „auf dem Rückzug“ (Sd. Ztg. v. 12. 11. 1981).

Es mutet schon seltsam an, wenn eine angeschlagene 4000 Mann starke Guerilla ohne Unterstützung in der Bevölkerung, nur geschlagen werden kann mit einer 40000-Mann-Armee, die hochgerüstet und von vietnamerfahrenen US-Experten aufs Beste beraten ist.
Das militärische Ungleichgewicht zugunsten der Guerilla — trotz der zahlenmäßigen und technischen Überlegenheit der regulären Armee — wird offenbar hervorgerufen durch die Unfähigkeit der militärischen Verbände, sich auf die mobile und zermürbende Taktik der Guerilla einzustellen. Denn seit dem Spätsommer befindet sich diese wieder in der Offensive. Sie kann dies deshalb bis heute erfolgreich durchhalten, weil sie ihre Position im Norden des Landes — die befreiten Zonen — ausbauen und festigen konnte. Sie kann von dort aus ständig in koordinierten Aktionen eine Anzahl von Stellungen der Armee angreifen, in kleinen Gruppen und gleichzeitig. Der Korrespondent des IDES (Informationsdienst El Salvador) beschreibt das so: „Sie (gemeint ist die Guerilla, d. Verf.) ist in San Salvador, in San Miguel, in Santa Ana, überall, allerdings nicht in der gleichen Stärke. Sie ist aber jederzeit verstärkbar durch einsickernde Gueurilleros . . . Das heißt, die Präsenz der Guerilla ist jeden Tag in jedem Teil des Landes sichtbar. Die Aktionen sind so angelegt, daß das Heer eigentlich kaum Möglichkeiten hat, direkt zu antworten . . .“(IDES Nr. 52 v. 2. 10. 1981). Werden auf diese Weise die Junta-Truppen gezwungen, Stellungen innerhalb der befreiten Gebiete anzugreifen, ist dies nur mit großem Aufwand möglich, denn die Regionen sind dünn besiedelt, die Zonen sind groß und die Guerilla außerordentlich beweglich.[1]

> *San Salvador, 18.Aug.(ddp)* Mit Artillerie- und Helikoptereinsätzen gegen Städte und Dörfer hat die Regierungsjunta in El Salvador am Dienstag versucht, Herr der Lage in der umkämpften Provinz *Morazán* zu werden, in der die Guerilla-Organisation „Farabundo Marti“ in den vergangenen Tagen eine „provisorische Revolutionsregierung“ eingesetzt hat. Nach Radioberichten aus der Hauptstadt San Salvador sollen für die Offensive mehr als 3000 Regierungssoldaten zusammengezogen worden sein. Nach tagelangen Gefechten soll die Befreiungsorganisation vier strategisch wichtige Orte im Nordosten des Landes eingenommen haben.
>
> aus: NZZ v. 20.8.81

Versuche, die Guerillazentren im Norden des Landes von honduranischem Territorium aus anzugreifen (Einkesselung von Norden und Süden gleichzeitig), dies mit Unterstützung honduranischer Kampfverbände, gelang bislang nicht (vgl. Le Monde v. 1. .9. 1981). Ebensowenig wie die Luftangriffe mit Phosphorbomben und der Einsatz von Giftgas, was allerdings zahlreiche Opfer bei der Zivilbevölkerung forderte. Die Verbände der FMLN wurden kaum geschwächt.

Trotz immer wieder auftauchender gegenteiliger Einschätzungen zur militärischen Situation wird von der überwiegenden Mehrheit politischer Beobachter die obenstehende Version vertreten. So zum Beispiel zitiert der „Rat für hemisphärische Angelegenheiten“ aus Washington „zahlreiche Experten des US-Außenministeriums und des Geheimdienstes CIA“, nach deren Ansicht „der Krieg für die Militärjunta . . . nicht mehr zu gewinnen“ sei. So hat dann auch nicht der geplante Rückzug der 54 US-Militärberater im Oktober stattgefunden, stattdessen wurden „frische Beraterteams“ eingeflogen und die Armee mit der Lieferung weiteren Kriegsgeräts unterstützt (insbesondere Lieferung von Kampfhubschraubern).

Seitdem die Guerilla Mitte Oktober einer der größten Schläge gegen die Junta mit der Sprengung der Puente de Oro (Goldene Brücke) gelang, einer Brücke, die über den breitesten Fluß des Landes führt, droht man aus Washington zudem mit dem Einsatz von B-52-Bombern.

Der Rio Lempa trennt den östlichen Landesteil El Salvadors vom Zentrum praktisch ab. Durch die Sprengung der strategisch überaus wichtigen Brücke (einziger Verbindungs- und Nachschubweg zum Osten) hat die Armee quasi jede Interventionsmöglichkeit in diesem Teil des Landes verloren. Deshalb fürchtet man in San Salvador und Washington die Bildung einer Gegenregierung auf eben diesem salvadorianischen Territorium durch die FDR.



Regierungssoldaten der Junta patroullieren auf dem westdeutschen Schützenpanzer UR-416

Die Wirtschaft des Landes ist vollständig zerrüttet

Der wirtschaftliche Zusammenbruch, der sich seit eineinhalb Jahren mit wachsender Tendenz andeutet, ist ohne massive wirtschaftliche Unterstützung aus dem Ausland kaum noch aufzuhalten. Binnenwirtschaftliche Gründe sind „Investitionsschwund, Kapitalflucht und Produktionsrückschläge“ (NZZ v. 13. 10. 1981). So schrumpfte 1980 die Gesamtwirtschaft um 7,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr, wobei der Industriesektor viel stärker betroffen ist als der Agrarsektor: Die Industrieproduktion schrumpfte in dem genannten Zeitraum um 16,9 Prozent. Der Investitionsschwund (14,7 Prozent im Privatsektor) läßt sich zurückführen auf den permanenten Abzug der Niederlassungen multinationaler Konzerne. Die Kapitalflucht wird auf 1,2 Milliarden Dollar in den letzten 18 Monaten geschätzt (alle Angaben vlg. NZZ v. 13. 10. 1981).

Diese Situation hat zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, besonders in den städtischen Ballungsgebieten geführt. Bei einer Arbeitslosenrate, die auf 35 bis 50 Prozent geschätzt wird, einer Inflationsrate von 20 Prozent und einem allgemein erlassenen Lohnstopp ist die katastrophale ökonomische Situation der Bevölkerung leicht vorstellbar.

Außenwirtschaftlich ist die Krise charakterisiert durch eine negative Entwicklung der Kaffeepreise am Weltmarkt sowie durch den Mangel an Auslandskrediten.
Die wichtigsten Exportprodukte sind Agrarprodukte: Kaffee, Baumwolle, Zucker, Fleisch. Obwohl die agrarische Produktion verglichen mit dem industriellen Sektor nur geringfügig zurückgegangen ist, dürfte durch das Sinken der Kaffeepreise am Weltmarkt 1981 mit einer Verringerung der Kaffee-Export-Einnahmen um mehr als 50 Prozent gerechnet werden (verglichen mit dem Jahr 1979).

Die Duarte-Junta versucht der Krise unter anderem beizukommen durch die Verstaatlichung eines Teils des Bankwesens sowie des Kaffee- und Zuckerexporthandels. Damit hat sie jedoch eine scharfe Opposition des Privatsektors provoziert.

Eine ultrarechte Opposition formiert sich

Im August wurden Spekulationen über einen bevorstehenden Regierungswechsel immer lauter. Weite Kreise des privaten Unternehmertums, die in der Allianza Productiva und anderen Dachorganisationen zusammengeschlossen sind, wollen das gegenwärtige Regime durch ein noch weiter rechts stehendes Bündnis der „Nationalen Einheit“ ersetzen. Gemeint ist ein Bündnis von Militärs und Privatunternehmern. Man wirft der Junta vor, mit ihrer „Reformpolitik“ ein Regime des „Quasi-Sozialismus“ errichtet zu haben,[2] Folge dieser Politik sei die „Schließung von 170 Firmen seit dem Sturz der ultrakonservativen Militärregierung . . . im Oktober 1979“ sowie die allgemeine wirtschaftlich desolate Lage des Landes. Man will die Herrschaft der „14 Familien“, die seit Beginn dieses Jahrhunderts das Land beherrscht haben, wieder restaurieren (vgl. FR v. 15. 8. 1981).

Die immer neuen Finanzspritzen der USA (im Juli wurden wieder 25 Mio. Dollar zur Stärkung des Privatsektors gezahlt) haben möglicherweise einen Rechtsputsch, an dem der Reagan-Administration wenig zu liegen scheint, verhindern können.

Nach Schätzungen des salvadorianischen Planungsministers Stilio Vieytes gebraucht das Land mindestens 480 Mio. Dollar, um einen totalen Kollaps der Wirtschaft zu verhindern.
Gegenwärtig ist es eines der größten Probleme der Junta, an diese Gelder heranzukommen.

Die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IBD) haben neue Kredite an El Salvador für dieses Jahr ausgeschlossen. Dadurch wurde die Auszahlung von Krediten in Höhe von rund 120 Mio. Dollar gesperrt. Momentan kann einzig der Internationale Währungsfond (IWF) aus der Sackgasse heraushelfen: Am 28. 7. wurde ein IWF-Kredit aus dem Finanzausgleich bewilligt (zum Ausgleich der fallenden Weltmarktpreise für Kaffee), weiterhin erhielt das Land 5,3 Mio. Dollar Sonderziehungsrechte. Nach Untersuchungen des „Zentrum für Internationale Studien“

in Washington beläuft sich die Wirtschaftshilfe aus den USA für 1981 auf 143 Mio. Dollar (zum Vergleich: 1980 waren es nur 87,72 Mio.).

Für 1982 haben die USA eine Erhöhung auf 200 bis 220 Mio. Dollar in Aussicht gestellt (Duarte hatte allerdings eine Erhöhung um das Dreifache gefordert). In diesem Betrag sind noch keine militärischen Hilfsleistungen enthalten, die sich mindestens auf weitere 35 Mio. Dollar belaufen werden (vgl. TAZ v. 22. u. 26. 9. 1981). US-Senat und Kongress forderten allerdings erstmals die Zusicherung, daß die Junta vermehrte Anstrengungen auf dem Gebiete der Menschenrechte und Reformprozesse macht. Die im September von Reagan geforderte Militärhilfe für die Junta wurde vom Senat an die Bedingung geknüpft, „daß Präsident Reagan dem Kongress alle sechs Monate schriftlich bescheinigt, daß die Regierung in San Salvador ihre Sicherheitskräfte kontrolliert und für die Achtung der Menschenrechte . . . sorgt" (FAZ v. 26. 9. 1981).

Diese Auflagen deuten zumindest vage darauf hin, daß Reagan und Haig bezüglich ihrer skrupellosen Hinterhof-Politik in Mittelamerika mit mehr Widerstand im eigenen Land zu rechnen haben.

Zur Situation der Menschenrechte[3]

Seit mehr als einem Jahr wird in der bundesdeutschen Presse jedweder Coleur von grausamen Fällen staatlich legitimierten Terrors in El Salvador berichtet. Kaum jemand kann es noch bezweifeln: „Der Terror kommt eindeutig von rechts: Achtzig Prozent der auf 10 – 12000 geschätzten politischen Morde von 1980 gehen nach Aussagen erfahrener US-Diplomaten auf das Konto skrupellos wütender Regierungskräfte. Sie werden unterstützt von rechtsextremen Todesschwadronen, privaten Mordkommandos und paramilitärischen Banden, die alle durchsetzt sind von Aktiven oder ehemaligen Angehörigen der Armee, der Nationalgarde und der Polizei . . . 68 Menschen wurden an einem einzigen Tag allein in San Salvador getötet . . Verdacht und Anruf genügen. Bis vor kurzem wurde in großen Zeitungsannoncen, heute nurmehr im Rundfunk unter Angabe von Telefonnummern der Appell veröffentlicht: ‚Sie brauchen sich nicht auszuweisen, denunzieren Sie bloß'." („Die Zeit" v. 11. 9.1981).

Seit dem Sturz des General Carlos Humberto Romero im Oktober 1979 sind rund 30000 Menschen Opfer der Gewalt geworden. 99 Prozent davon waren Zivilisten, so die mittelamerikanische Menschenrechtskommission in Costa Rica. Eine Menschenrechtskommission der UNO, die im Juni El Salvador besuchte, resümiert: „Mehrere international anerkannte Organisationen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen, sind zu dem Schluß gekommen, daß die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in diesem Lande von Bewegungen begangen werden, die in enger Verbindung mit der Regierung stehen. Deshalb wird unsere Kommission ihre Ermittlungen ohne Konsultation staatlicher Institutionen durchführen (TAZ v. 15. 6. 1981).

Die Bedeutung der Wahlen

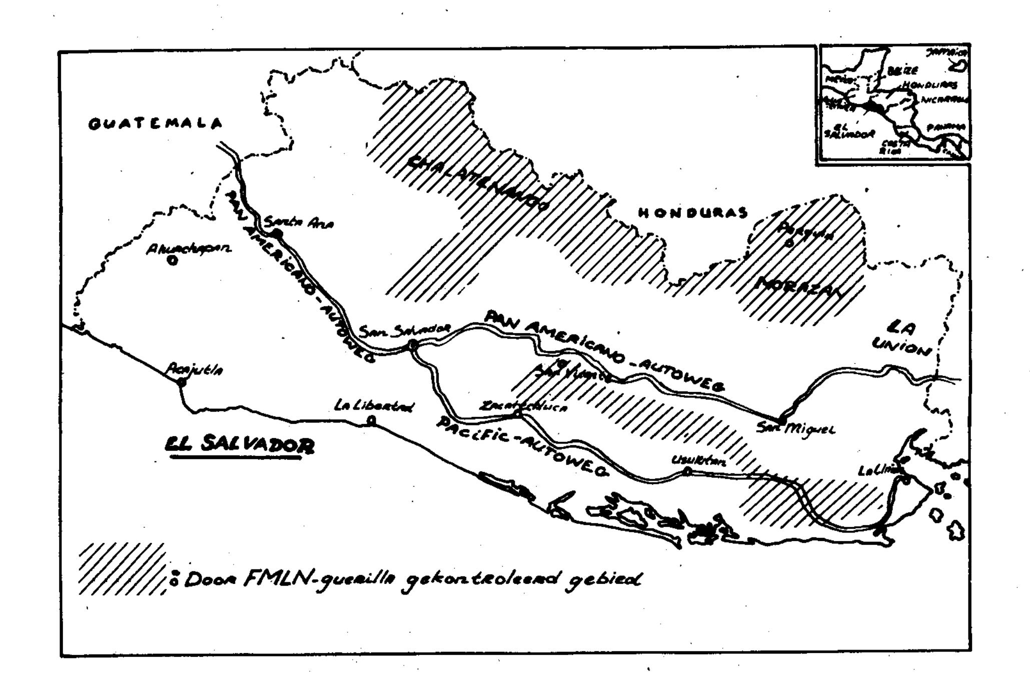
Aus der vorangegangenen kurzen Analyse der Lage des Landes ergibt sich heute für die regierende Junta folgende Situation:

- *militärisch* ist sie allein völlig unfähig, die Aufständischen und die mit ihnen sympathisierenden Teile der Bevölkerung unter Kontrolle zu bekommen. Ohne die massive Unterstützung aus dem Ausland wäre sie bereits besiegt;
- *wirtschaftlich* besteht keine Möglichkeit mehr, das Land ohne ausländische Kapitalhilfe vor dem Bankrott zu bewahren;
- *politisch* steht sie im Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung. Fast sämtliche Parteien haben sich von ihr losgesagt. Bürgerliche, Liberale und Linke haben ihr innerhalb der FDR/FMLN den Krieg erklärt. Die politsche Rechte und Ultrarechte hat lediglich ein Zwangsbündnis mit ihr geschlossen, um die gemeinsame „kommunistische Gefahr" zu bekämpfen. Dieses Bündnis ist inzwischen jedoch auch brüchig geworden. Auch von diesem Aspekt her gibt es die Junta in ihrer gegenwärtigen Besetzung nur noch aufgrund diplomatischer Unterstützung aus dem Ausland.

Inzwischen sieht sich das Regime auch im westlichen Ausland zunehmender Kritik ausgesetzt: Vor der Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte und der Schaffung eines rechtsstaatlichen Rahmens kann sich kaum ein westlicher Politiker mehr drücken. Mit Duarte sieht sich auch US-Präsident Reagan in der Klemme. Breite liberale Kreise in den Vereinigten Staaten selbst und westliche Regierungen zwingen ihn, nach einer politischen Scheinlösung zu suchen.

Mit der Durchführung von Wahlen wird von Washington aus beabsichtigt, dem Duarte-Regime eine „demokratische Fassade" zu geben (vgl. Guardian New York v. 19. 8. 1981). Während die Wahlvorbereitungen anlaufen, geht jedoch der Krieg des Militärs gegen das Volk mit unverminderter Härte weiter.

Wahlen zum gegenwärtigen Zeitpunkt stellen keine Möglichkeit dar, den sozialen und politischen Konflikt in El Salvador zu lösen. Sie sind eine Farce angesichts der Tatsache, daß die gesamte linke Opposition, die sich in der FDR organisiert hat, von ihnen ausgeschlossen ist. Sie sind ein mörderischer Betrug angesichts der täglichen hundert- und tausendfachen Erfahrung, daß freie Meinungsäußerung — soweit sie nicht im Sinne der Junta ist — von der Regierung mit Folter und Mord bestraft wird. Sie sind als politisches Willensbildungsinstrument völlig wirkungslos, angesichts der wiederholten geschichtlichen Erfahrung der Salvadorianer, daß Wahlen nichts als Betrug und Täuschung darstellen.[4]
Nach Meinung des salvadorianischen Vizepräsidenten Oberst Jaime Abdul Gutiérrez handelt es sich bei der FDR (in der marxistische, liberale und reformistische Gruppen organisiert sind) um „keine politische Partei, sondern eine demokratische Fassade der Guerilla" (FR v. 2. 6. 1981). Die Forderung der Junta an einzelne Parteiengruppen innerhalb der FDR, sich von der Guerilla loszusagen, damit die Waffen niederzulegen, sich als politische Parteien mitsamt ihren Mitgliederlisten registrieren zu lassen, ist unerfüllbar. Denn das würde für die Opposition nicht nur bedeuten, das befreite Territorium aus einer Position der militärischen Stärke heraus einfach wieder der Diktatur zurückzugeben. Es würde auch eine erhebliche Gefährdung für die registrierten Mitglieder bestehen.[5] Der frühere US-Botschafter in El Salvador White zum Beispiel kommentiert: „Die US-Regierung weiß ganz genau, wenn Guillermo Ungo, der Vorsitzende der FDR zur Wahl antritt, wird er innerhalb von 24 Stunden tot sein." (zit. n. IDES Nr. 52 v. 2. 10. 1981).



Die FDR akzeptiert deshalb die Wahlen als Konfliktlösung nicht. Guillermo Ungo sagt dazu in einem Interview mit dem Politisch Parlamentarischen Pressedienst: „Grundvoraussetzung (für die Abhaltung freier Wahlen, d. Verf.) ist eine demokratische Regierung, die Bürgerrechte und politische Freiheiten garantieren kann. Ein faschistisches Regime kann das nicht, das wissen wir aus 50 Jahren Erfahrung. Wahlen unter den derzeitigen Bedingungen wären schlimmer als die Farce, die Pinochet in Chile abgezogen hat. In El Salvador sind Wahlen immer dazu benutzt worden, das Volk zu täuschen. Wir befinden uns seit 17 Monaten im Ausnahmezustand. Im Januar dieses Jahrees ist das Kriegsrecht verhängt worden. Es gibt keine Pressefreiheit. Die Streitkräfte haben Todeslisten veröffentlicht, auf denen die Namen aller Oppositionspolitiker stehen. Inzwischen sind mehr als 30000 Menschen umgebracht worden, die meisten von ihnen waren Zivilisten. Eine halbe Million Salvadorianer sind auf der Flucht. Täglich werden die Listen der Ermordeten länger . . . Unter den derzeitigen Bedingungen können nur Parteien, wie die des Majors Robert D'Abuisson, der die Todesschwadronen anführt, an den Wahlen teilnehmen." (aus: Pol. Parlam. Pressedienst vom 23. 9. 1981, zit. n. El Salvador Libre, Informationsbulletin der deutschen Vertretung der FDR, Nr. 3 v. 29. 10. 81).


Wahlen...

Diese Einschätzung des Sozialdemokraten Ungo wird von vielen Kräften in El Salvador geteilt. Besonders unerwartet traf die Junta die Stellungnahme der Vereinigung salvadorianischer Juristen, die ihre Teilnahme an der Vorbereitung eines neuen Wahlgesetzes verweigert. In ihrer Begründung heißt es, daß das „Klima von Gewalt oder Krieg . . . nicht einfach ignoriert werden könne" (zit. n. IDES Nr. 36 v. 29. 5. 1981). Bemerkenswert ist, daß diese Juristengruppe traditionell mit Regierungskreisen identifiziert wurde.

Auch der Erzbischof von San Salvador Rivera y Damas, der — anders als sein Vorgänger Romero — der Junta nähersteht als der FDR, erklärt, daß gegenwärtig nicht einmal die Mindestvoraussetzungen gegeben seien für die Durchführung von Wahlen.

Weitere Bedenken kommen gar aus den Reihen der Wahlverfechter selbst. Ernest Rodriguez, Mitglied der Wahlkommission für die verfassungsgebende Versammlung: „Die Wahlen können erst dann als Erfolg betrachtet werden, wenn . . . 50 Prozent . . . teilnehmen." Mit Ausnahme von 1972 ist eine so hohe Wahlbeteiligung in El Salvador noch nie dagewesen. Weiter sagt Rodriguez: „Sofern sich die Wahlen in einem Drittel des Landes nicht durchführen lassen, müssen sie auf später verschoben werden." Damit mag er auf die von der Guerilla befreiten Gebiete anspielen. Die dort lebende Bevölkerung ist bereits dabei, ihr Leben in einer neuen Gesellschaft zu organisieren und dürfte sich deshalb wohl kaum auf diese Wahlen einlassen.

Real profitieren würden von diesen Wahlen wohl nur die Rechten. „Die Wahl in El Salvador wird nicht mehr als ein Wettstreit der drei Fraktionen der herrschenden Klasse über die richtige Strategie sein, wie die Aufständischen zu besiegen seien" (Guardian, N. Y. v. 19. 8. 1981). Bislang stellten sich der Wahl die stark geschrumpfte „Christdemokratische Partei" Duartes, die „Nationale Versöhnungspartei", auf die sich fast alle Militärdiktaturen der letzten 20 Jahre stützen konnten, die „Salvadorianische Volkspartei", in der die Oligarchie repräsentiert ist sowie die im Oktober neu gegründete rechtsextreme „Nationalistisch-Republikanische Allianz". Der Parteigründer ist Major Robert D'Abbuisson, ehemaliges Mitglied des militärischen Geheimdienstes, entlassen wegen des Verdachts der Beteiligung an Mordtaten durch die Todesschwadronen, beschuldigt, am Mord des Erzbischofs Romero beteiligt gewesen zu sein.

Eine wahrhaft „saubere und freie" Wahl. Der oben zitierte Ernesto Rodriguez vom Nationalen Wahlrat hat sich vor der ganzen Diskussion um die Wahl sicher besser gefühlt. „Er bewegt sich nur im gepanzerten Wagen, wird Tag und Nacht von Schwerbewaffneten gesichert. An seinem Schreibtisch, geschützt von Maschinengewehren und Panzertüren, entwirft er Pläne, wie beim Volk ‚der Glaube an den Wahlprozeß motiviert' werden kann" („Die Zeit" v. 11. 9. 1981).

Die daraufhin durchgeführten Vermittlungsversuche mit der US-Regierung durch verschiedene Repräsentanten der Sozialistischen Internationale — waren erfolglos.

Inzwischen nun haben Panama und Nicaragua Friedenspläne vorgeschlagen, die von der FDR unterstützt werden. Ende September schlug Panama der UN-Generalversammlung folgendes Projekt vor: Bildung einer Vermittlungskommission mit politischen Persönlichkeiten der USA, Lateinamerikas und der Repräsentanten der Sozialistischen Internationalen und der europäischen Sozialdemokraten. Diese Gruppe solle versuchen, „eine politische Lösung des Konflikts mit der Teilnahme aller im Kampf verwickelten Sektoren" anzustreben (zit. n. FR v. 16. 10. 1981).

Der von Nicaragua vor der UNO vorgetragene Friedensplan war ähnlich lautend. Er betont jedoch besonders die Forderung nach „vollumfänglicher demokratischer Mitbestimmung . . ." und „einer Umstrukturierung der Streitkräfte auf der Grundlage von Offizieren und Soldaten, die keine Verbrechen begangen haben und mit der Integration der Kommandos und Truppen der FMLN" (zit. ebenda).

Sowohl für die Junta als auch für die Regierung der USA steht eine ernsthafte Prüfung dieser Vorschläge nicht zur Debatte. Für beide existiert die FDR weder als politische Kraft, noch als kriegsführende Partei. Für die Junta ist sie nicht mehr als eine „demokratische Fassade der Guerilla", für die USA ist sie eine „rein terroristische Vereinigung". So gesehen gibt es in El Salvador ganz schlicht und einfach gar keine Opposition, mit der ernsthaft zu verhandeln wäre.

Andererseits muß selbst Erzbischof Riveras y Damas gestehen „Die Linke existiert, und es hat keinen Sinn, sie zu ignorieren . . Es wird in El Salvador keinen Frieden geben, solange die FDR nicht berücksichtigt wird" (zit. n. FR v. 2. 6. 1981).



Die FDR fordert Verhandlungen unter internationaler Kontrolle

Auch die Opposition hat ein vitales Interesse an einer politischen, friedlichen Lösung des Konfliktes. Lange Zeit hatte sie direkte Verhandlungen mit der Junta selbst abgelehnt. Sie wollte unmittelbar mit den USA verhandeln, um „nicht mit den Akrobaten, sondern mit der Zirkusdirektion" zu sprechen, wie Guillermo Ungo es formulierte (vgl. blätter des iz3w Nr. 92).

Die FDR kämpft seit langem darum, als kriegsführende Partei und repräsentative Kraft anerkannt zu werden. Mit einem solchen Status wäre sie international verhandlungsfähig, ihre Rechte und Pflichten würden unter die Genfer Konvention fallen und ausländische Regierungen hätten eine völkerrechtliche Grundlage, der Opposition direkt zu helfen. Zugleich könnte damit die Position Duartes in der internationalen Diplomatie geschwächt sowie der aggressiven Politik der USA Einhalt geboten werden.

Ende August haben Mexiko und Frankreich viel Ärger und Aufsehen erregt, als sie als erste in einer gemeinsamen Erklärung diesen Schritt getan haben. Sie übergaben den entsprechenden Brief dem Präsidenten des UNO-Sicherheitsrates und fordern darin die Vereinten Nationen auf, den „Schutz der Zivilbevölkerung . . . zu gewährleisten und die Annäherung zwischen Vertretern der kämpfenden politischen Kräfte in El Salvador zu erleichtern . . ." (zit. n. TAZ v. 31. 8. 1981). Kurz darauf haben sich die Niederlande und Jugoslawien diesem Schritt angeschlossen. Gleichzeitig unterstützen sie die Forderung der FRD nach Aufnahme der Verhandlungen.

Die salvadorianische Regierung protestierte offiziell gegen diesen Schritt bei den Vereinten Nationen. Sie betrachtet die französisch-mexikanische Erklärung „als Einmischung in die inneren Angelegenheiten". José Napoleon Duarte drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Mexiko (dabei darf man jedoch nicht vergessen, daß sein Regime von subventionierten mexikanischen Öllieferungen abhängt!). Diesem Protest schlossen sich zwölf weitere lateinamerikanische Staaten an, teilweise jedoch unter dem heftigen Widerstand politischer Kräfte in den eigenen Ländern. „Schwere Besorgnis" äußeren die Militärdiktaturen von Argentinien, Bolivien, Chile und Uruguay, die verfassungsmässigen Regierungen von Ecuador, Kolumbien, Peru, Venezuela und der Dominikanischen Republik sowie die Regimes von Guatemala, Honduras und Paraguay.

Durch diese Reaktion scheint Mexiko auf dem lateinamerikanischen Kontinent auf eine isolierte Position abgedrängt worden zu sein. Das kann zugleich eine Schwächung mexikanischer Einflußmöglichkeiten auf die Reagan'sche Lateinamerika-Politik bedeuten.

Für Frankreich und die Niederlande läßt eine Unterstützung auf sich warten. Lediglich das Europäische Parlament sowie Willi Brandt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale haben die Anerkennung begrüßt.

Intensive Kriegsproduktion in den kontrollierten Zonen

Während die christdemokratische Militärjunta verbreitet, daß die Bauern von den Guerilleros bedroht werden und infolgedessen das Land nicht bebauen können, produzieren sie in Wirklichkeit in den von der FMLN kontrollierten Zonen zur Ernährung der Bevölkerung sowie der Kämpfer große Mengen an Getreide und Gemüse.

In den 15 Tagen, die ich in der nördlichen Zone des Landes verbrachte, sahen wir hunderte von Bauern, Milizangehörigen und Guerilleros, die in aller Ruhe das Land bearbeiten, um Mais und Bohnen anbauen zu können. Die Bewohner der Orte, die wir besuchten, nützen die Regenzeit aus, die hier sechs Monate dauert, überlegen sich Auswege und schaffen sich so ihre eigenen Technologien und stellen den für den Anbau notwendigen Dünger her.

Die Gebiete, die zur Zeit von den Bauern mit Mais bebaut werden, liegen in den Zonen, die von den Guerilleros zusammen mit der Bevölkerung befreit wurden. D.h. diese Gebiete wurde von der Revolution in ihrem unaufhaltsamen Fortschreiten enteignet und der Bevölkerung übergeben, damit sie kollektiv bebaut werden. Das ist ein Art landwirtschaftlicher Revolution, um eine eigene Versorgung für einen langen Kampf gegen das Heer und die paramilitärischen Gruppen zu gewährleisten.

Da El Salvador hauptsächlich ein Agrarland ist, muß die FMLN in erster Linie auf dem Land Widerstandsgruppen bilden mit dem Ziel, die Verteidigung der Produktion zu erhöhen. Deshalb spielt der Aufbau einer Basis auf dem Land und die Konsolidierung der Nachhut, um den Widerstand aufrecht zu erhalten, eine äußerst wichtige Rolle sowie eine Politik im Bereich der Landwirtschaft, die die FMLN in dieser Zone vorantreibt.

Dagegen wurden die Bauern der FMLN in Produktionskollektiven organisiert. In einem der Lager, die ich besuchte, 90 km nördlich von San Salvador, eingeschlossen zwischen steilen Bergen, und für die Streitkräfte praktisch unzugänglich, gibt es mindestens fünf Kollektive, die Getreide anbauen und vier, die Gemüse kultivieren. Mit diesen Aufgaben sind Frauen , Männer und Kinder der Zivilbevölkerung betraut. Die Volksmilizen, die sie auch vor Hinterhalten oder Morden von Seiten der Streitkräfte schützen, unterstützen sie. Wegen des Mangels an Rohrleitungen, um Wasser auf die Felder zu leiten (zumindest im Sommer oder der trockenen Jahreszeit) verwenden die Bauern Bambus (eine Pflanze, die den Vietnamesen in ihrem langen Befreiungskampf gegen die Franzosen und später gegen die Nordamerikaner sehr nützlich war), indem sie so Felder bewässern, wo Gemüse wie Kohl, Tomaten, Gurken und Rettich wachsen. Die Säuberung und Vorbereitung der Felder für den Anbau wird gemeinsam gemacht.

Der Verantwortliche der Produktionskollektive informiert wöchentlich die PF (politisch-soziale Organisation in dem vom Volksheer kontrollierten Zonen, die von Repräsentanten der Bevölkerung gebildet wird, um die Bereiche Gesundheit, Erziehung, Propaganda, Kontrolle und Verteilung der Lebensmittel zu überwachen) über die erreichten Fortschritte. Anbau, Ernte und Verteilung werden gemeinsam unternommen . . .

(aus: IDES Nr. 55 v. 23.10.81)

SPENDENAUFRUF

Die FDR/FMLN hat mit dem Wiederaufbau des Landes bereits begonnen — in Morazán. Die kollektive Organisierung des alltäglichen Lebens, in der Produktion, der Verteidigung, im Gesundheitsbereich und der Erziehung schafft die Basis für spätere demokratische Politik. Der Aufbau des Kommunikations- und Informationsnetzes, insbesondere durch Radio Venceremos, bedeutet bessere Koordination der Kräfte im bewaffneten und politischen Kampf.

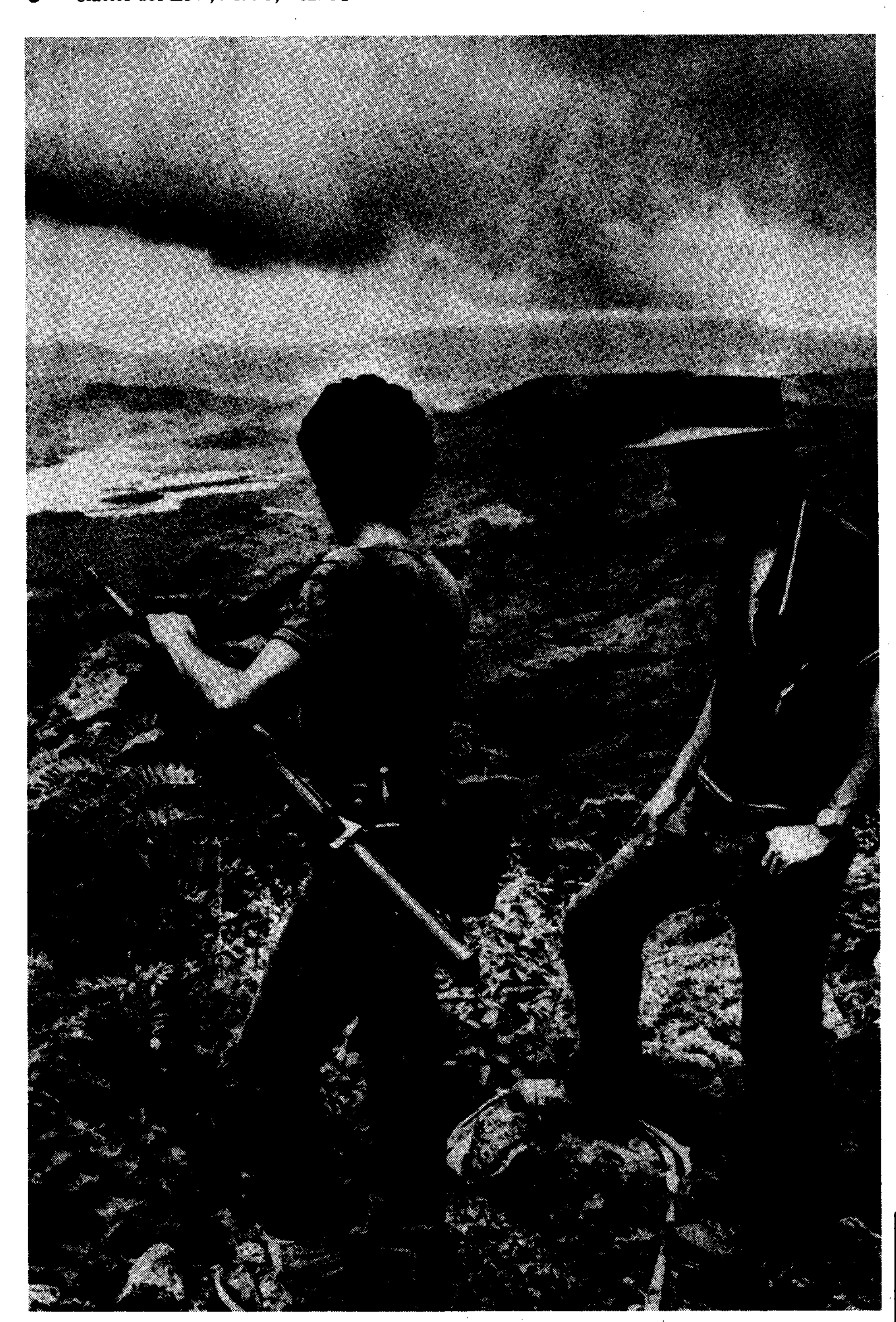
Unterstützen könnt ihr den Aufbau durch Geld!!
Spendenkonto: Heinz Vilsmeier
Postscheckamt Bln-West
Konto-Nr. 428 949-108
Stichwort: Morazán

Die Politik der Bundesregierung

Am 17. September kam es im Europäischen Parlament zu einer bedeutungsvollen Entschließung, die von Sozialisten und Christdemokraten getragen wird. In ihr heißt es unter anderm: Das Europäische Parlament „unterstützt alle Bestrebungen, die zu einer Vermittlung zwischen Junta und Regierung einerseits und dem oppositionellen FDR andererseits beitragen, und wird alle entsprechenden Initiativen fördern . . ." (zit. n. Die Neue v. 23. 9. 1981). De facto wird hiermit die französisch-mexikanische Erklärung anerkannt.

Zu einem solchen Schritt konnte sich die sozial-liberale Bundesregierung allerdings nicht entschließen. Im Gegenteil! Auf die Anfrage des SPD-Parlamentariers Thüsing, ob sie bereit sei, die FDR/FMLN als „repräsentative politische Kraft anzuerkennen, die den legitimen Anspruch hat, an Verhandlungen über eine politische Lösung des Konflikts" mitzuwirken (Thüsing am 16. 9. 1981 im Bundestag), ist die Antwort der Staatsministerin Hamm-Brücher ein klares „Nein". Die Bundesregierung betrachte die Anerkennung der FDR als völkerrechtswidrig (das Völkerrecht gestatte nur Beziehungen zwischen Regierungen) und als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten El Salvadors". (vgl. Das Parlament v. 26. 9. 1981). In ihrer Stellungnahme begibt sie sich in denKreis der lateinamerikanischen Diktaturen, deren Argumentation gleichlautend ist.

Über Jahre hinweg hat die Bundesregierung zum Konflikt in El Salvador geschwiegen. Im Februar 1980 allerdings entzog sie dem Duarte-Regime indirekt ihre Unterstützung, indem sie ihren Botschafter „aus Sicherheitsgründen" aus San Salvador abberief und mit der gleichen Begrün-



dung die Entwicklungshilfe einstellte. Offiziell jedoch und mit politischen Begründungen wurde der Junta nie die Unterstützung entzogen. Man fand in beiden Lagern — dem der Junta und dem der FDR — Extremisten und Demokraten und entwickelte so sehr diplomatisch die Idee eines „Gesprächs zwischen Demokraten beider Lager" (vgl. blätter des iz3w Nr. 92). Außerdem wurde vorsichtig die Reagan'sche Konfrontationspolitik kritisiert.

Jetzt aber scheint die Bundesregierung wieder ins Fahrwasser der US-Politik zu steuern. Anläßlich des Besuchs des salvadorianischen Außenministers Chávez Mena in der BRD Ende November hat sein hiesiger Amtskollege, Außenminister Genscher, die Rückkehr des deutschen Botschafters nach San Salvador zugesagt sowie die Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe in Aussicht gestellt. Was anfangs nur als vages „In-Aussicht-Stellen" des FDP-Ministers bezeichnet wurde, das überdies nicht abgesprochen schien — weder mit der SPD-Fraktion noch mit den betroffenen Ministerien — wurde wenige Tage später bereits in die Tat umgesetzt. Der Botschafter Neukirch ist nun seit Anfang Dezember wieder auf seinem Posten. Kritiken und Proteste aus den Reihen der SPD und vom Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit Offergeld scheinen nichts gefruchtet zu haben. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes begründete den Schritt damit, daß sich „die Sicherheitslage für Ausländer in El Salvador inzwischen verbessert" habe (FAZ v. 28. 11. 1981) und daß „gerade in der gegenwärtigen Phase ein Botschafter wichtig (sei), da Wahlen vorbereitet würden, von denen eine Demokratisierung zu erwarten sei" (IDES Nr. 60 v. 27. 11. 1981). Die Bundesregierung hat mit diesem Schritt Tatsachen geschaffen, die es noch viel schwerer werden lassen, den blutigen Konflikt in El Salvador politisch zu lösen.

Anmerkungen:

1. Die Guerilla konnte bislang fast nur in ländlichen Gebieten und in den Bergen richtig Fuß fassen. In den dichter besiedelten Zentren des Landes, der Hauptstadt und den größeren Provinzstädten kann sich nach wie vor die Armee behaupten. Dies liegt unter anderem daran, daß in den Städten ein sehr eng gespanntes Repressionsnetz besteht, das es der Bevölkerung äußerst schwer macht, mit der Guerilla zusammenzuarbeiten. Und darauf allerdings ist jede Guerilla angewiesen.
2. Zur „Agrarreform" vgl. „blätter des iz3w"Nr.90.
3. Auf die Menschenrechtssituation soll an dieser Stelle nicht ausführlich eingegangen werden, da sie meines Erachtens hinreichend sowohl in der Berichterstattung unserer „blätter" als auch in der übrigen Presse geschildert wird (vgl. „blätter des iz3w" Nr.90/91/92).
4. In den letzten 10 Jahren konnte bereits zweimal die Regierungsübernahme reformfreundlicher Parteienbündnisse verhindert werden. Zum ersten Mal geschah das 1972, nachdem eine Wahlunion der reformistischen Parteien die herrschende Militärpartei besiegen konnte. Statt des gewählten Christdemokraten Duarte wurde Präsident Molina Präsident. Zum zweiten Mal kam 1977 durch Wahlbetrug General Romero an die Macht.
5. Erst im Frühjahr dieses Jahres bestätigte das bischöfliche Rechtshilfebüro der Erzdiözese von San Salvador eine vom „Pressekomitee der Streitkräfte El Salvadors" herausgegebene, also regierungsoffizielle Todesliste mit 138 Namen von führenden FDR- und FMLN-Vertretern (vgl. „Was Tun" v. 14. 5. 81).

mape

Bolivien-Chronik

Nach dem gewaltsamen Staatsstreich vom Juli 1980, der selbst für das putscherfahrene Bolivien eine neue Dimension von Gewalt und Terror über das Land brachte, hatte der neue Präsident García Meza angekündigt, er werde mindestens 20 Jahre an der Macht bleiben. Die Ereignisse der letzten Monate haben deutlich gemacht, daß diese Prognose voreilig war: nach wenig mehr als einjähriger Amtszeit mußte García Meza auf Druck seiner militärischen Kollegen zurücktreten und die Amtsgeschäfte an eine aus den Kommandeuten der drei Waffengattungen gebildete Junta abgeben. Diese hat inzwischen aus ihren eigenen Reihen den Oberkommandierenden des Heeres, General Celso Torrelio Villa, zum neuen Präsidenten ernannt. Von einem wirklichen Machtwechsel kann allerdings keine Rede sein, denn Torrelio, der siebte Präsident seit dem Rücktritt von Banzer vor drei Jahren, gilt als Günstling von García Meza. Daraus ist zu schließen, daß die Auseinandersetzungen innerhalb des Militärs, die in den letzten Monaten vor dem Rücktritt von García Meza das politische Geschehen in Bolivien bestimmen, nur vorübergehend zur Ruhe gekommen ist.

Für diese Auseinandersetzungen, die seit dem Frühjahr 1981 zu verschiedenen Putschversuchen und am 4. August schließlich zum Rücktritt García Mezas führten, können hauptsächlich zwei Begründungszusammenhänge als Erklärung herangezogen werden: einerseits der seit Jahren schwelende Generationenkonflikt zwischen den jüngeren Offizieren („Generacionales") und der alten Garde der militärischen Befehlsträger, und andererseits der Kampf um Einfluß und Kontrolle über das lukrative Kokaingeschäft.

Der Konflikt zwischen alten und jungen Militärs

Ein Teil der jüngeren Offiziere, das heißt diejenigen, die ihre militärische Ausbildung nach 1952 (Jahr der bolivianischen Revolution) abgeschlossen haben, fühlen sich seit Mitte der siebziger Jahre in ihrem beruflichen Weiterkommen durch die Generation der „vorrevolutionären" Militärs erheblich beeinträchtigt. General Banzer, zur alten Garde gehörend, hatte nämlich während seiner siebenjährigen Amtszeit geschickt verstanden, unter Umgehung der internen militärischen Regeln des Aufstiegs alle wichtigen Positionen mit seinen Anhängern zu besetzen. Zwischen den beiden militärischen Gruppen gibt es darüber hinaus auch ideologische Differenzen: die jüngeren Offiziere, das heißt der fortschrittliche Flügel der „Generacionales", tritt für einen Rückzug des Militärs in die Kasernen und für demokratische Verhältnisse ein. Dagegen fürchten die alten Offiziere nichts mehr als die Herrschaft des Volkes, weil sie die Demütigung von 1952 bis heute nicht vergessen haben, als das Militär nach einem Volksaufstand besiegt und, jedenfalls vorübergehend, entmachtet wurde (diese Furcht vor einem ähnlichen Volksaufstand mag auch der Grund gewesen sein, weshalb im August die drohende militärische Konfrontation zwischen den beiden rivalisierenden Flügeln noch einmal vermieden wurde).

Seit 1974 bis in die jüngste Gegenwart hat es daher eine Reihe von Versuchen von seiten der „Generacionales" gegeben, die etablierten Militärs aus ihrer politischen Machtstellung zu verdrängen[1].

An den vier Putschversuchen gegen das García-Meza-Regime, die zwischen Mai und August dieses Jahres inszeniert wurden, waren die „Gerneracionales" ebenfalls beteiligt, wenngleich es dabei zu teilweise abenteuerlichen Koalitionen kam. Im Mai unternahm der 38-jährige Oberst Emilio Lanza zwei vergebliche Putschversuche von Cochabamba aus, die jedoch wegen mangelnder Unterstützung relativ schnell unter Kontrolle gebracht werden konnten. Allerdings reagierte García Meza am 28. Mai auf den wachsenden Druck gegen seine Regierung aus den eigenen Reihen — auch die Generäle und Ex-Präsidenten Banzer und Natusch hatten sich an Umsturzplänen beteiligt — mit der überraschenden Ankündigung seines Rücktritts für den 6. August (bolivianischer Nationalfeiertag).

Gleichzeitig mußte er den zu seinen Widersachern zählenden Offizieren wichtige militärische Führungspositionen einräumen. Die Konflikte zwischen den verschiedenen militärischen Gruppierungen entzündeten sich nun an der Frage über den möglichen Nachfolger für García Meza. Dieser Streit löste am 27. Juni den dritten Putschversuch innerhalb weniger Monate gegen die Regierung García Mezas aus. Nach dem Scheitern dieses Putsches wurden die beteiligten Offiziere[2] nach Argentinien abgeschoben.

Die mit diesen Veränderungen verbundene Stärkung seiner Position nutzte García Meza dazu, Anfang Juli seine Rücktrittsabsichten zu widerrufen. Am 17. Juli, dem Jahrestag seiner Machtübernahme, wurde er dann auch von der Junta der Kommandeute ausdrücklich im Amt bestätigt. Zu diesem Zeitpunkt wurde der nächste Putsch jedoch schon vorbereitet.

Der Sturz der Regierung García Meza

Als am Morgen des 3. August die Generäle LucioAnez und Alberto Natusch[3] von Santa Cruz aus den Rücktritt der Regierung García Meza forderten, konnten sie mit der Unterstützung von 6 der insgesamt 9 Heeresdivisionen rechnen. Außerdem hatte es vorher Kontakte zur politischen Opposition (UDP[4] und COB[5]) gegeben, wobei sich die Generäle der Unterstützung ihrer Aktion durch die politische und gewerkschaftliche Opposition versicherten. Zu dieser ungewöhnlichen Koalition gesellte sich schließlich noch Ex-Präsident Banzer, der von Florida aus zur Unterstützung der Aufständischen aufrief. Banzer gilt als Wunschkandidat der USA für den Präsidentenstuhl, weil er seine Qualitäten als „Law-and-Order"-Garant bereits während seiner siebenjährigen Amtszeit unter Beweis gestellt hat. Die Putschisten vom 3. August stellten somit keineswegs eine homogene Gruppe dar: auf der einen Seite waren es wiederum die „Generacionales" (Anez, Lanza, López Leyton), in die die UDP und die COB ihre Hoffnungen setzten, weil sie sich von ihnen am ehesten eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen erwarteten, und auf der anderen Seite die Generäle Natusch und Banzer, die zwar ebenso den Sturz von García Meza anstrebten, an einer Veränderung der allgemeinen politischen Situation jedoch kaum innteressiert waren und eher persönliche Ambitionen verfolgten. Von daher ist es kaum verwunderlich, daß sich Natusch, der von Santa Cruz nach La Paz reiste, relativ schnell mit der bedrohten Regierung einigte (García Meza hatte einige Tage zuvor sein Amt an die Junta der Kommandeure abgegeben): ohne Zustimmung der Gruppe um Lucio Anez unterzeichnete Natusch am 7. August ein durch die Vermittlung der katholischen Kirche zustandegekommenes Abkommen, das die Anerkennung der Junta durch die Putschisten zum Inhalt hatte. Der Verdacht liegt nahe, daß Natusch für diese Unterschrift entsprechend entschädigt wurde, zumal er nach der Unterzeichnung des Abkommens ankündigte, er werde sich nun ins Privatleben zurückziehen.

Fortsetzung des alten Regimes

Am 12. August gab die Militärjunta, bestehend aus den Generälen Waldo Bernal Pereira (Luftwaffe), Celso Torrelio Villa (Heer) und dem Konteradmiral Oscar Pammo Rodríguez (Marine), die Zusammensetzung des neuen Kabinetts bekannt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, daß es sich im Wesentlichen um eine Fortsetzung des alten Regimes handelte. Die letzte Bestätigung für diese Annahme erfolgte dann durch die Ernennung des neuen Präsidenten am 4. September durch die Junta: General Celso Torrelio, vor der Zeit von García Meza ein unbeschriebenes Blatt, hatte unter diesem Karriere gemacht und war nach dem Sturz von Luis Arce Gómez[6] zum Innenminister und wenig später zum Oberkommandierenden des Heeres berufen worden. Auch das von Torrelio berufene Kabinett besteht überwiegend aus ehemaligen Ministern der García-Meza-Regierung, wobei insbesondere die Berufung von Gonzalo Romero zum Außenminister aufschlußreich ist, der der rechtsradikalen FSB (Falange Socialista Boliviana) angehört.

Die sauberen Geschäfte der Herren Generäle

Daß Celso Torrelio und nicht, wie eigentlich erwartet, Waldo Bernal zum neuen Präsidenten gekürt wurde, ist vermutlich hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß

Bernal Anfang September in einer Veröffentlichung der New-York-Times beschuldigt wurde, in erheblichem Umfang vom Kokainhandel profitiert zu haben. Auch Oscar Pammo wurde in diesem Artikel belastet, während Torrelio, bisher jedenfall, in dieser Hinsicht als „unbescholten" gilt.

Wie bereits erwähnt, muß für die Erklärung der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen innerhalb des Militärs ein weiterer Aspekt herangezogen werden: der Kampf um die einträglichen Pfründe des Kokainhandels und um andere Einnahmequellen, die das Präsidenten- oder Ministeramt eröffnet. Die Beteiligung der bolivianischen Militärs am Drogengeschäft ist zwar während der einjährigen Regierungszeit von Garcia Meza weltweit bekannt geworden, aber es handelt sich dabei keineswegs um ein neues Phänomen. Der Aufschwung des Drogenhandels erfolgte bereits während der Banzer-Diktatur in den siebziger Jahren. Nach einer MNR[7]-Dokumentation, die im Mai dieses Jahres veröffentlicht wurde, soll Banzer selbst aus dem Drogengeschäft inzwischen ein persönliches Vermögen von 130 Mio. Dollar angehäuft haben. Auch Garcia Meza dürfte trotz seiner relativ kurzen Regierungszeit ausgesorgt haben: seine Frau Olma de Garcia hat im Frühjahr persönlich 40 Mio. Dollar auf einer Schweizer Bank deponiert. Bei solchen Verdienstmöglichkeiten — die Gesamteinnahmen aus dem Kokainhandel werden allein für 1980 auf 1,2 Mrd. Dollar geschätzt und liegen damit höher als die gesamten legalen Exporte Boliviens, die im gleichen Zeitraum rund 940 Mio. Dollar ausmachten — liegt es nahe, daß ein harter Konkurrenzkampf um die Kontrolle des Drogenhandels geführt wird. Dieser Konkurrenzkampf verschiedener Mafia-Gruppen um Marktanteile wird auch auf der politischen Ebene ausgetragen. Sowohl bei der Entmachtung von Banzer im Jahre 1978 als auch bei der Verdrängung von Garcia Meza aus dem Präsidentenamt hat dieser interne Konkurrenzkampf vermutlich eine erhebliche Rolle gespielt.

Daß das politische Amt auch noch andere Möglichkeiten der persönlichen Bereicherung eröffnet, hat Carcia Meza ebenfalls unter Beweis gestellt: Bei dem sogenannten „Gaiba-Geschäft", einer Konzession über die Ausbeutung von Halbedelsteinen in der Gaiba-Region an eine obskure „Rumy-Ltda.", hatten sich Garcia Meza und die Generäle Bernal und Terrazas eine 50-prozentige Beteiligung an den Gewinnen zugeschustert. Äußerst großzügig mit staatlichen Finanzen wurde auch bei einem erst im Nachhinein bekanntgewordenen Gesetz umgegangen, das Garcia Meza gar nicht erst zu veröffentlichen gewagt hatte: dieses Gesetz sicherte allen noch lebenden ehemaligen Staatspräsidenten, Außenministern und Senatspräsidenten eine monatliche Pension von 2000 Dollar aus der Staatskasse zu, unter der Voraussetzung allerdings, daß der Betroffene mindestens 15 Tage ununterbrochen im Amt gewesen ist (womit General Natusch, der im November 1979 17 Tage Präsident war, noch zu den Begünstigten zählt!).

Die Wirtschaft steht vor dem Bankrott

Gleichzeitig steht der bolivianische Staatshaushalt vor dem Ruin. Da die herrschende Kokain-Mafia in erster Linie um ihre privaten Geschäfte besorgt war und der Entwicklung der bolivianischen Volkswirtschaft wenig Interesse entgegenbrachte, hat die Regierungszeit von Garcia Meza das Land in eine katastrophale wirtschaftliche Situation gestürzt, die im Frühjahr bereits zur Zahlungsunfähigkeit im Hinblick auf die Auslandsschulden (derzeit bei fast 4 Mrd. Dollar!) geführt hat. Durch Umverschuldungsverhandlungen über 423 Mio. Dollar fälliger Auslandsschulden konnte der drohende Bankrott noch einmal aufgeschoben werden. Derzeit wird mit dem Internationalen Währungsfond über einen 200-Mio.-Dollar-Kredit verhandelt, für dessen Gewährung jedoch die bekannten Bedingungen gestellt werden: Sanierung der Wirtschaft auf Kosten der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen. Bereits im Januar hatten die vom IWF verordneten drastischen wirtschaftlichen Maßnahmen (Einfrieren der Löhne, Streichung staatlicher Subventionen, starke Preiserhöhung für Güter des täglichen Bedarfs) zu einer deutlichen Verschlechterung der Lebensbedingungen dieser Bevölkerungsgruppen geführt. Außerdem steht eine Abwertung des bolivianischen Peso ins Haus, die zwangsläufig weitere drastische Preiserhöhungen zur Folge haben wird.

Erste außenpolitische Erfolge

Weder wirtschaftlich noch politisch kann also ernsthaft von einem Kurswechsel im Zusammenhang mit dem jüngsten Regierungswechsel gesprochen werden. Die Ankündigung des neuen Präsidenten, 1984 Wahlen durchführen zu lassen und die Bekämpfung des Drogenhandels zu einem Schwerpunkt seines Regierungsprogramms zu machen, vermag niemanden so recht zu überzeugen, zumal der Ausnahmezustand und das Gewerkschaftsverbot bisher nicht aufgehoben wurden. Wie die neuen Machthaber mit der Opposition umzugehen gedenken, ist noch nicht eindeutig zu sagen. Beim jüngsten Konflikt zwischen der Regierung und 2000 streikenden Bergarbeitern in Huanuni, die neben Lohnerhöhungen auch politische Maßnahmen wie freie gewerkschaftliche Betätigung und eine Amnestie für politische Gefangene forderten, reagierte man nach altbewährtem Rezept und ließ das Streikgebiet militärisch besetzen. Ein Einsatz der Truppen gegen die streikenden Bergarbeiter konnte offensichtlich noch in letzter Minute verhindert werden.

Obwohl eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen in Bolivien nach wie vor ungewiß ist, scheint die neue Regierung in außenpolitischer Hinsicht wieder salonfähig zu sein. Die Gründe, die die USA bisher daran gehindert haben, die Militärregierung in Bolivien diplomatisch anzuerkennen, nämlich deren allzu deutliche Verwicklung in den Drogenhandel (und nicht etwa die fehlende demokratische Legitimation und die permanente Verletzung der Menschenrechte), sind nun durch den Austausch bestimmter Personen vordergründig aus dem Weg geräumt. Die USA haben am 12. November ihren Botschafterposten in La Paz wieder besetzt, so daß mit einer baldigen Aufnahme der unter Garcia Meza eingefrorenen Wirtschafts- und Militärhilfe zu rechnen ist. Der angekündigte Verkauf von 52 belgischen Starfightern an Bolivien ist ein weiteres Indiz dafür, daß die neue Militärregierung außenpolitisch an Boden gewinnt.

jüli

Quellen:
Monitor Dienst, Le Monde Diplomatique, Spiegel, SZ, TAZ

Anmerkungen:

1) 1974 wurde von den Obersten Raúl López Leyton und Gary Prado Salmon (der durch seine Beteiligung an der Gefangennahme von Ché Guevara bekanntgeworden war und im April dieses Jahres bei einer Militäraktion in Santa Cruz schwer verletzt wurde) ein erfolgloser Putschversuch gegen die Regierung des General Banzer unternommen; die gleiche Gruppe war auch am Sturz von Banzer im Jahre 1978 maßgeblich beteiligt.
2) Der Putsch vom 27. Juni erfolgte unter der Führung der Generäle Lucio Anez Rivero und Humberto Cayoja Riart, die Garcia Meza kurz zuvor in die erwähnten Führungspositionen berufen hatte. Neben diesen beiden waren auch noch die Generäle Raúl Ramallo und Simón Ceja maßgeblich an dem Putsch beteiligt.
3) General Natusch Busch hatte bereits am 1. 11. 1979 durch einen blutigen Putsch die Präsidentschaft übernommen, mußte jedoch wegen des erheblichen Widerstandes oppositioneller Parteien und Gewerkschaften als auch von Teilen des Militärs nach 17 Tagen zurücktreten.
4) UDP = Unidad Democrática y Popular, 1978 im Zusammenhang mit dem Redemokratisierungsprozeß entstandenes oppositionelles Wahlbündnis unter der Führung von Hernán Siles Zuazo, das nach dem eindeutigen Wahlsieg von 1980 durch den Putsch Garcia Mezas an der Übernahme der Regierung gehindert wurde.
5) COB = Central Obrera Boliviana, Bol. Dachgewerkschaftsverband
6) Arce Gómez war von Juli 1980 bis Feburar 1981 Innenminister unter Garcia Meza. Er gilt als einer der entscheidenden Drahtzieher des Putsches vom 17. Juli 1980 und hat vor allem durch seine brutale Verfolgungsmethoden gegen die Opposition und durch seine Verstrickung in den Kokainhandel traurige Berühmtheit erlangt.
7) MNR = Movimiento Nacionalista Revolucionario, bürgerliche Oppositionspartei, die in den fünfziger Jahren die bolivianische Revolution einleitete und danach 12 Jahre die Regierung stellte. Sie hat sich inzwischen in zahlreiche Flügel gespaltet.

Malawi

Der Besuch eines Diktators

Von der Öffentlichkeit relativ unbeachtet vollzog sich Anfang November der Staatsbesuch des malawischen Präsidenten Banda in der Bundesrepublik. Das Bild, das dabei von Banda in den Medien gezeichnet wurde — sofern auf den Besuch überhaupt eingegangen wurde — war das eines aufgeklärten absolutistischen Herrschers, eines „großen alten Mannes", der es zwar mit den Menschenrechten nicht immer so ganz genau nimmt (dafür ist man ja auch in Afrika . .), aber eine „pragmatische" Wirtschaftspolitik betreibt und für „politische Stabilität" sorgt. Wenn das, was hier politische Stabilität genannt wird, tatsächlich ein Gradmesser für eine erfolgreiche Politik wäre, dann könnte man allerdings „His Excellency, the Life President of the Republic of Malawi" als einen der erfolgreichsten Politiker Afrikas bezeichnen. Denn das Land, das er seit der Unabhängigkeit 1964 unangefochten regiert, kennt weder Streiks noch politische Kontroversen oder gar Unruhen, sondern nur Ruhe und Ordnung und eine Bevölkerung, die ihrem Präsidenten zuzujubeln scheint, wo immer er sich sehen läßt.

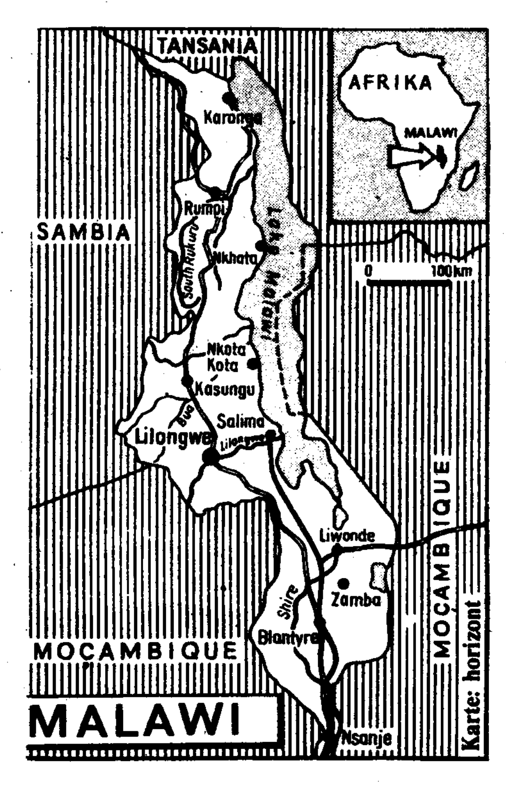
„Politische Stabilität" oder Friedhofsruhe?

Statt von „politischer Stabilität" wäre es indessen richtiger, in Malawi von einer Friedhofsruhe zu sprechen und was die Presse hier vornehm als „aufgeklärten Absolutismus" umschreibt, ist tatsächlich ein Polizeistaat, der selbst in Afrika, das in dieser Hinsicht ja einiges gewohnt ist, seinesgleichen sucht.

Obwohl formell eine parlamentarische Republik, gibt es in Malawi weder Wahlen noch ein Parlament, die diesen Namen verdienen. Allgemeine Wahlen gab es seit der Unabhängigkeit überhaupt erst nur einmal, nämlich 1978. Die hier angetretenen Kandidaten waren jedoch nicht nur durchweg Mitglieder der Einheitspartei MCP (Malawi Congress Party), sie waren zudem auch sämtlich von Banda persönlich ausgesucht worden. Das Parlament ist dementsprechend nicht mehr als eine Versammlung von bezahlten Clacqueuren, die Bandas politische Entscheidungen bejubeln, beziehungsweise ihm als Forum für seine öffentlichen Polit-Monologe dienen.

Die oberste und einzige Entscheidungsinstanz des Landes ist Banda, der nicht nur Präsident auf Lebenszeit ist, sondern gleichzeitig auch Minister für Justiz, Verteidigung, Äußeres, Öffentliche Arbeiten, Landwirtschaft und Bodenschätze. Alle politischen Entscheidungen von Bedeutung werden von ihm allein getroffen, Minister und Beamte werden nach seinem Gutdünken eingestellt und entlassen. Banda ist aber nicht nur der mächtigste Mann Malawis, sondern inzwischen auch der reichste: hinter der Firma „Press Holdings", der größten des Landes, verbirgt sich ein aus Plantagen und Industriebeteiligungen bestehendes Wirtschaftsimperium, das einzig und allein Banda gehört.

Machtfülle und Reichtum des Präsidenten sowie die Bedeutungslosigkeit der Repräsentativorgane sind für Afrika an sich nichts ungewöhnliches, sondern leider eher typisch. Ungewöhnlich für Afrika ist allerdings das Maß an sozialer Kontrolle und politischer Repression, mit der in Malawi diese Machtstellung aufrecht erhalten wird.



Die Regierungspartei MCP ist nicht nur die einzige Partei des Landes, es besteht darüber hinaus auch eine Mitgliedspflicht; die für jede(n), ob Greis(in) oder Kind, gilt und die vor allem jedes Jahr auf's neue durch den Kauf einer Mitlgiedskarte dokumentiert werden muß. Wer diese Karte, die immerhin zwei Tageslöhne eines Arbeiters kostet, nicht vorweisen kann, hat nicht nur keinen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Märkten oder Verkehrsmitteln, er muß vor allem im Fall einer Kontrolle mit den schwersten Repressionen rechnen, das heißt mit Mißhandlungen oder gar mit Gefängnis. Hierunter hatten und haben vor allem die in Malawi recht zahlreichen Zeugen Jehovas zu leiden, denen ihr Glaube ja jegliche Parteimitgliedschaft verbietet. Wenngleich sie heute auch nicht mehr solchen Verfolgungen ausgesetzt sind wie in den siebziger Jahren, in deren Verlauf etwa 20000 außer Landes fliehen mußten, ist ihre Lage nach wie vor äußerst unsicher.

Besonders hervorgetan bei der Jagd auf tatsächliche oder mutmaßliche Dissidenten und beim Zwangsverkauf von Parteimitgliedskarten hat sich stets die Jugendorganisation der Partei, die MYP (Malawi Young Pioneers). Anders als ihr Name vermuten läßt, handelt es sich hier nicht um Pfadfinder, sondern um eine von Israel ausgebildete paramilitärische Organisation, die eine Mischung aus Miliz, Geheimpolizei und Schlägertruppe darstellt. Ihre Befugnisse reichen weiter als die der offiziellen Polizei, zudem wird sie in allem was sie tut von Banda bedingungslos gedeckt. Zusammen mit der Geheimpolizei, der „Special Branch", bildet sie den harten Kern von Bandas Repressionsapparat.

Jeder, dessen unbedingte Loyalität Banda gegenüber in Zweifel geraten ist, kann von ihnen ohne Haftbefehl und ohne jegliche Gerichtsverhandlung ins Gefängnis geworfen werden. Der höchstmögliche Grad an „Rechtsstaatlichkeit" wird dann erreicht, wenn bei der Festnahme immerhin ein vom Präsident im voraus unterschriebener Blanko-Haftbefehl vorliegt („Seine Exzellenz der Präsident auf Lebenszeit Dr. H. Kamazu Banda erachtet die Festnahme von . . . . für so lange als notwendig, bis seine Exzellenz sich anders entschieden hat. Gezeichnet der Präsident").

Die meisten Verhaftungen erfolgen aufgrund von Denunziationen: das von Geheimpolizei und Pionieren geknüpfte Spitzelnetz erfaßt offenbar noch das letzte Dorf. Angeblich wird für Denunziation auch eine Prämie gezahlt.

Die Zustände in den Gefängnissen sind unbeschreiblich: hygienische und medizinische Einrichtungen existieren praktisch nicht, Hunger und Folter sind an der Tagesordnung. Tatsächlich handelt es sich eher um Todeslager als um Gefängnisse.

Aber nicht nur in den Gefängnissen sterben politische Gegner: die Zahl der seit der Unabhängigkeit 1964 vollstreckten Todesurteile ist dreimal so hoch wie in den 73 Jahren der Kolonialzeit. Aber selbst für den, der das Glück hat, Bandas Gefängnisse verlassen zu können, hören die Schwierigkeiten damit noch lange nicht auf. Zwar hat er sein Leben gerettet, dafür ist er aber gesellschaftlich tot. Ein ehemaliger Häftling wird in Malawi weder eine Arbeitsstelle erhalten noch sonst irgendwelche Unterstützung und das gleiche Schicksal wird seine Familie treffen, sofern sie sich nicht von ihm lossagt.

Jubel für den Präsidenten statt Information

Daß über die Zustände außerhalb Malawis nicht viel bekannt wird, liegt zum großen Teil an der Informationspolitik der Regierung, die aus gutem Grund äußerst restriktiv ist. So gibt es keine ausländischen Korrespondenten in Malawi und auch sonst er-

halten Journalisten so gut wie keinen Zutritt zum Land. Die einheimische Presse sowie der Rundfunk sind fest in der Hand der Regierung, weshalb ihre Funktion eher darin zu liegen scheint, den Ruhm des Präsidenten zu verbreiten als zu informieren. Ausländische Publikationen sind, sofern überhaupt erhältlich, von der Zensur meist bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

Potentielle kritische Beobachter aus dem Ausland werden zudem schon oft durch die Praktiken bei der Grenzkontrolle davon abgeschreckt, überhaupt erst einzureisen. Denn weder Männer mit langen Haaren noch Frauen in Hosen oder kurzen Röcken dürfen das Land betreten. Eine Maßnahme, die in ihrem verklemmten Puritanismus lächerlich wirken könnte, wenn sie nicht leider Ausdruck der autoritären Grundhaltung des Regimes wäre.

Ein weiterer Grund dafür, daß über den wahren Charakter des Regimes nur wenig bekannt ist, liegt darin, daß aufgrund eines von oben geschickt inszenierten Massenjubels beim Beobachter leicht der Eindruck allgemeiner Begeisterung hervorgerufen wird. Denn wo Banda auch immer auftritt, stets ist er umgeben von Massen tanzender und singender Frauen, die unermüdlich seine Weitsicht und Führungskunst preisen. In Wirklichkeit zeugen diese Massenaufmärsche allerdings weniger von einer überschäumenden Begeisterung für den Präsidenten als vielmehr vom organisatorischen Geschick der Frauenliga der Einheitspartei. Deren Funktionärinnen sind auch die einzigen, die mit verschiedenen Privilegien für ihre Teilnahme an dem Jubel-Theater belohnt werden. Den anderen Frauen entstehen hingegen nur Nachteile: wochenlange Abwesenheit von zuhause, anstrengende Fahrten von einem Auftritt zum anderen, hohe Geldausgaben für die (mit Bandas Portrait geschmückten) Tanzkostüme usw.

Liberalisierung des Regimes?

Eine gewisse, zumindest äußerliche, Liberalisierung des Regimes scheint es in den letzten Jahren allerdings doch gegeben zu haben. So wurden in den Jahren 1976 und 1977 aufgrund weltweiter Proteste, vor allem seitens „amnesty international", immerhin 2000 politische Häftlinge freigelassen. Tatsächlich handelt es sich hier aber wohl eher um äußere Retouchierungsmaßnahmen als um wirkliche Reformen. Denn obwohl die Regierung behauptet, es gäbe nun keine politischen Gefangenen mehr, wird dies von „amnesty international" bezweifelt. Man nimmt an, daß immer noch beziehungsweise schon wieder hunderte von Menschen willkürlich inhaftiert sind. Genaue Zahlen sind allerdings nicht bekannt und sind auch schwer zu ermitteln, da die Gefangenen jetzt höchstwahrscheinlich nicht mehr wie früher auf einige wenige Lager konzentriert, sondern über das ganze Land verteilt sind.

Auch gegenüber den Zeugen Jehovas hat die Regierung ihre feindliche Haltung nicht revidiert, sondern lediglich von öffentlichen Progrom-Aufrufen Abstand genommen.

Die Wirtschaftspolitik — Entwicklung in die Abhängigkeit?

Wenn schon Malawis hochgelobte „politische Stabilität" in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein gut durchorganisierter Polizeistaat, trifft dann wenigstens die Formel von der „pragmatischen und erfolgreichen" Wirtschaftspolitik zu? Auf den ersten Blick sieht es zumindest so aus.

Trotz schlechter Ausgangsbedingungen — Malawi ist ein relativ dicht besiedeltes Land ohne Bodenschätze und ohne einen direkten Zugang zum Meer — ist das Bruttosozialprodukt des Landes seit 1964 jährlich um durchschnittlich 4,6 Prozent gestiegen. Grundlage für diesen Aufstieg ist vor allem die Landwirtschaft, auf die — und nicht auf ehrgeizige Industrieprojekte — von Anfang an der Schwerpunkt der Entwicklung gelegt wurde. Die landwirtschaftliche Produktion weist daher seit Mitte der siebziger Jahre Zuwächse von mehr als 8 Prozent auf, so daß Malawi inzwischen nicht nur den Bedarf seiner Bevölkerung an Grundnahrungsmittel decken kann — trotz eines Bevölkerungswachstums von jährlich fast 3 Prozent — sondern darüber hinaus sogar Überschüsse erwirtschaftet: 90 Prozent der Devisen des Landes stammen aus dem Export landwirtschaftlicher Güter.

rende Rolle in Malawi. Man schätzt, daß im wirtschaftlich-administrativen Sektor je nach Tätigkeitsbereich 25 – 50 Prozent aller wichtigen Entscheidungspositionen von Ausländern besetzt sind.

Es ist aber nicht nur das europäische Expertenwissen, von dem der relative wirtschaftliche Aufschwung des Landes abhängig ist, sondern mehr noch der Strom der ausländischen Investitionen und Kredite, der Dank der „politischen Stabilität" und der „liberalen" Wirtschaftspolitik bislang reichlich ins Land geflossen sind, ganz zu schweigen von den engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, die Malawi als einziges Land Afrikas — zumindest was die Offenheit und Intensität betrifft — mit Südafrika unterhält.

Das eigentliche Rückgrat und zugleich die Leidtragenden des malawischen „Entwicklungsmodells" sind jedoch die Bauern. Wenn sie auch nicht hungern müssen, so ist doch der Gegenwert, den sie für die Mühen ihrer Arbeit erhalten, gering. Denn während die Plantagen ihre Produkte direkt auf dem Weltmarkt verkaufen dürfen, können die Bauern das nur über staatliche Aufkaufgesellschaften, von denen sie weit unter dem Weltmarktniveau bezahlt werden.

Es findet aber nicht nur ein zu Lasten der Bauern gehender Zwangssparprozeß statt,



Junge Pioniere *Foto: amnesty international*

Die Kehrseite dieses Erfolges ist allerdings, daß sie mit einem hohen Maß an äußerer und innerer sozialer Ungleichheit bezahlt wurde. Denn die Agrarexporte basieren nicht nur auf lediglich zwei Produkten — Tabak und Tee —, sondern zu 60 Prozent stammen sie auch aus dem Plantagensektor, der wiederum weitgehend im Besitz beziehungsweise unter der Leitung von Europäern steht.

Europäer spielen auch sonst eine dominie-

über den der Staat sich an Abgaben das holt, was er vom Planungssektor zu wenig erhält, sondern darüber hinaus sind es auch die Bauern, die das Gros der auf den Plantagen beschäftigten Arbeiter stellen. Die Löhne sind dabei extrem niedrig: ein Arbeiter auf einer Teeplantage verdient im Durchschnitt bei freier Kost und Unterkunft (d. h. ein Becher Maismehl am Tag und ein Schlafplatz in einer halbverfallenen Hütte) etwa US-$ 0,35 täglich.
Die Kaufkraft dieser Löhne ist so gering,

daß sie noch nicht einmal zur Deckung des Existenzminimums ausreichen. Kinderarbeit ist daher weit verbreitet, ebenso wie die Tatsache, daß die Familie eines Landarbeiters nebenher noch ein Stück Land bebauen muß, um so wenigsten einigermaßen über die Runden zu kommen.

Festgesetzt wurden diese niedrigen Löhne von der Regierung — Gewerkschaften spielen infolge der „politischen Stabilität" ja keine Rolle — um dadurch dem ausländischen Kapital attraktive Verwertungsbedingungen zu bieten.

Wenn die Bundesregierung laut dpa den Besuch Bandas im Zusammenhang mit ihren Bemühungen sieht, „Staaten zu unterstützen, die unabhängig sind und es auch bleiben wollen", muß man sich angesichts solcher Tatsachen allerdings fragen, was für eine Unabhängigkeit da eigentlich gemeint ist. Man könnte Bandas Politik allenfalls als eine mit diktatorischen Mitteln durchgesetzte „Entwicklung in Abhängigkeit" bezeichnen, obwohl inzwischen noch nicht einmal mehr sicher ist, ob diese Entwicklung überhaupt stattfinden wird.

Denn die rapide gesunkenen Weltmarktpreise für Tabak und Tee hatten für Malawi ein Handelsdefizit zur Folge, das im Jahr 1979 bereits US-$ 173 Millionen betrug und das 1980 durch die gestiegenen Preise für Öl und westliche Industriegüter wahrscheinlich noch erheblich höher ausfallen wird. Gleichzeitig ist die Inflation auf eine Rate von über 15 Prozent gestiegen, während das Wachstum des Bruttosozialprodukts allmählich gegen null geht. Die Folge dieses durch die Weltmarktabhängigkeit verursachten Einbruchs wird wahrscheinlich sein, daß die Regierung den Anbau von Exportprodukten noch weiter forcieren wird, um dadurch den Verlust an Deviseneinnahmen wieder auszugleichen. Das könnte aber wiederum zur Folge haben, daß die bis jetzt noch gesicherte Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln gefährdet würde, so daß zu innerer Unfreiheit und äußerer Abhängigkeit Malawis dann schließlich vielleicht auch noch der Hunger hinzukäme.

Frank Ballot

Quellen:

Afrique-Asie, 29. 10. 1979
New African, Januar 1981, November 1981
taz, 6. 11. 1981
SZ, 14./15. 8. 1980, 22. 8. 1980
Die Neue, 13. 9. 1979, 9. 12. 19080, 21. 2. 1980
Africa Report, September-Oktober 1980
Stuttgarter Zeitung, 6. 11. 1981
FR, 3. 11. 1981
amnesty international, Koordinationsgruppe Malawi:
„Hintergrundinformation zu Malawi", unveröffentl. Manuskript, Hamburg 1981
Gerald Braun / Heribert Weiland, „Die Entwicklung der Republik Malawi zwischen freiwilliger Abhängigkeit und atoritärer Grundbedürfnisstrategie", unveröffentl. Manuskript, Freiburg 1980 (Arnold Bergstraesser-Institut)

Zimbabwe ist großartig — aber Rhodesien war noch besser

Seit dreißig Jahren betreibe ich jetzt diese Farm. Soweit das Auge reicht, in allen Richtungen, gehört das Land mir. Ich habe das alles aufgebaut. Als ich hierherkam, war das noch Busch, und sehen Sie sich an, wie es heute aussieht: mein Haus hier — schön, nicht wahr —, dort die Tabakscheunen, die für das Vieh, die Anlagen für die Desinfektionsbäder der Tiere, die Vorratsgebäude dort und da unten, da hab ich den Fluß gestaut. Dadurch habe ich jetzt das ganze Jahr über Wasser für meine Rinder. Am Fluß gibt es auch eine gute Stelle zum Grillen, Mann. All das habe ich mit meinen eigenen Händen geschaffen, Mann, mit meinen eigenen Händen. Hinter dem Hügel dort hinten sind dann die Hütten für die Boys, die kann man von hier aus nicht sehen. All das habe ich mir hart erarbeitet.



Ich habe nichts gegen die Schwarzen; wenn Sie meine Boys fragen — die werden Ihnen das Bestätigen, aber seit die an der Macht sind, sind die Zeiten rapide schlechter geworden. Die haben eben keinerlei Erfahrung damit, wie ein Land regiert werden muß, die wissen einfach nicht, wie das geht. Ich habe ja zugesehen, was in Sambia, Mosambik und Kenia passiert ist. Ganz recht, die haben da doch alles versaut. Zeigen Sie mir mal ein einziges schwarzafrikanisches Land, das sich in einem besseren Zustand befindet als unser altes Rhodesien, und dabei haben wir noch einen Krieg finanziert, der uns zum Schluß täglich eine Million gekostet hat. Ich frage Sie, wie kommt es denn, daß jetzt, wo die Wirtschaftssanktionen aufgehoben sind und der Krieg zu Ende ist und das Land Auslandshilfe in Millionenhöhe erhält, die wirtschaftliche Situation so miserabel ist? Wo geht das ganze Geld hin, das möchte ich mal wissen.

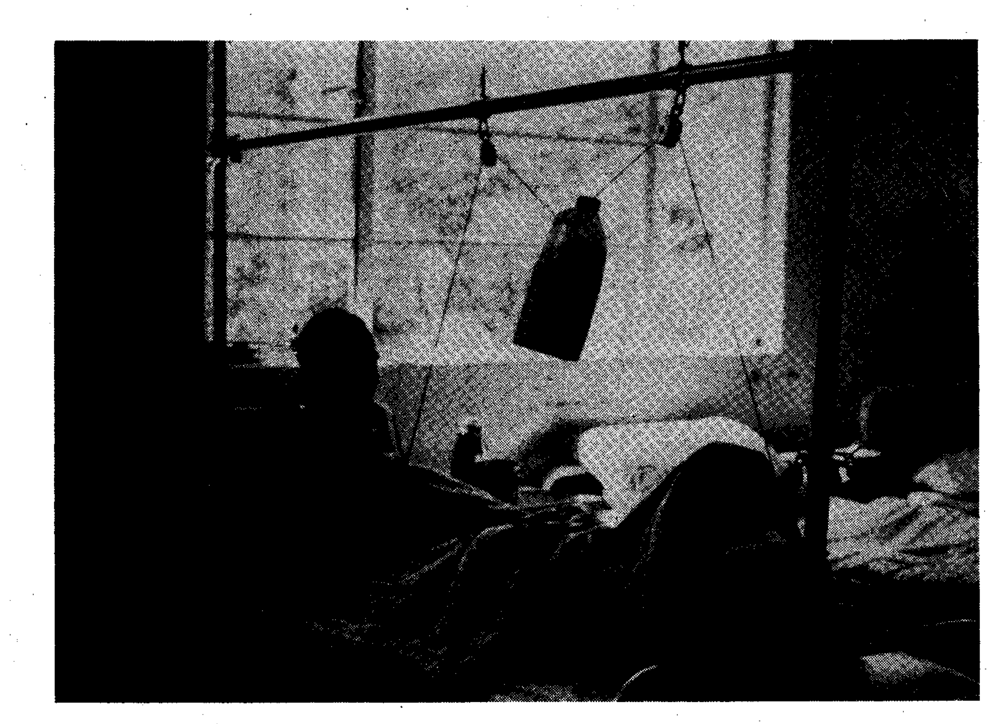
Die Mindestlöhne sind verdoppelt, ja verdreifacht worden, aber das hat lediglich die Lebenshaltungskosten ebenfalls verdreifacht. Ich versichere Ihnen, daß meine Boys heute noch ganz genau so arm sind wie vor dieser sogenannten Unabhängigkeit. Überhaupt — Unabhängigkeit, Unabhängigkeit wovon frage ich. Von den weißen Herren, sagen die, aber ich behaupte, daß es denen recht gut ging unter unserer Herrschaft, da hat das System wenigstens gut funktioniert.

Sehen Sie sich doch nur einmal die jetzige Krankenversorgung an. »Freie Medikamente für alle« — das ist ja wohl ein Scherz! Gott sei Dank erfreue ich mich einer guten Gesundheit, Mann, denn mit der medizinischen Versorgung ist es jetzt aus, außer man ist Privatpatient und geht zu einem Privatarzt. Für das Gesundheitswesen werden die Millionen jedenfalls nicht verwendet! Es gibt keine Medikamente, die ganzen Ärzte sind weg gegangen, das Personal ist schlecht ausgebildet, alles ist überfüllt und schmutzig. Und was ich wirklich ganz unglaublich finde, ist, daß die jetzt doch tatsächlich »nyanganies« einstellen — Medizinmänner, Mann! Ich sage Ihnen, ich werde beim ersten Anzeichen einer

Krankheit das nächste Flugzeug nach Johannesburg nehmen. da wird man anständig versorgt.

Mit den Schulen ist es das gleiche. Mann, in Rhodesien, da hatten wir ein Schulsystem für unsere Kinder, auf das jedes europäische Land hätte stolz sein können. Jetzt ist kaum noch etwas davon übrig geblieben. Zum Glück sind meine drei Söhne mit der Schule schon fertig — Sie wissen ja selbst, was heute ein Internatsplatz in Südafrika kostet. Stellen Sie sich vor, die wollen Physik und Chemie durch Gartenarbeit ersetzen! Und daß der Schulbesuch gebührenfrei sein soll, sagen die, aber ich frage Sie, was das soll, wenn dadurch die Schulen völlig überfüllt sind und Sieben- mit Siebzehnjährigen in einer Klasse unterrichtet werden. Die haben doch gar nicht genügend Lehrer um diese Kinder alle zu unterrichten. Wo bleibt das ganze Geld also hängen?
Ich glaube, ich weiß wo, Mann. Die fahren nämlich alle ihren Mercedes und leben in schicken Häusern in Highlands und Greendale (vornehme Wohngebiete in Salisbury). Nkomo, der sich »Vater Zimbabwe« nennt, hat seinen Wanst bestimmt nicht von den knappen Lebensmittelrationen im Busch. Die lassen sich's jetzt allesamt wohl sein und leben von den Speckseiten des Landes. Man weiß das ja von unseren nördlichen Nachbarländern, und bei uns passiert jetzt genau das gleiche. Sobald man einem Afrikaner Macht und Geld in die Hand gibt, steigt ihm das in seinen Holzkopf. Ein Schwarzer kriegt einen Job und bald sind seine sämtlichen Verwandten auch mit einem Arbeitsplatz versorgt. Es gibt jetzt Leute in verantwortlichen Positionen, die weder eine ordentliche Ausbildung noch Berufserfahrung haben — der Anfang vom Ende. Wo sie jetzt doch unabhängig sind wollen sie, daß ihnen alles in den Schoß fällt, ohne daß sie dafür arbeiten. Ich will Ihnen ein Beispiel geben:

Sehen Sie, ich habe dreißig Jahre auf dieser Farm gearbeitet, bis sie zu dem wurde, was sie heute ist. Jetzt tauchen plötzlich Schwarze überall auf meinem Grund und Boden auf, bauen ihre Hütten da und pflanzen Hirse an. Die dringen einfach bei mir ein, auf meinem Grund und Boden und tun so als ob es ihrer wäre, Mann. Am Anfang hab ich einige ausgeräuchert, aber da sind die zu ZANU-Mitgliedern gelaufen und haben denen lange Geschichten erzählt und gleich erschien dann so ein aufgeblasener Terrorist aus dem zentralen ZANU-Parteibüro, der ein Heidenspektakel veranstaltete und drohte, daß sie mich ausweisen würden. Mich! Das will mir nicht runtergehen: acht Jahre lang habe ich Jagd auf die Terroristen im Busch gemacht, und jetzt kommt dieser Genosse Holzkopf und meint er könne mich von meinem eigenen Land vertreiben. Ich sage Ihnen, es wird nicht mehr lange dauern bis diese »Genossen« einen Schritt zu weit gehen. Jeden Tag kann man in der Zeitung nachlesen, wie unsere sauberen Herren Minister Südafrika abhängig. Wenn die uns im Regen stehen lassen, dann möchte ich mal sehen, was die »Genossen« mit der großen Schnauze machen.



Sie fragen mich, warum ich hierbleibe? Nun, was soll ich denn sonst machen! Ich bin hier geboren, mein Vater auch schon; alles, was ich besitze ist hier — die Farm, mein Boot in Kariba, meine Wohnung in Salisbury — das müßte ich alles zurücklassen, wenn ich außer Landes ginge. Wer auswandert, darf lediglich 1 000 rhodesische Dollars (etwa 3 000 DM) mitnehmen. Deshalb bleiben wir. Wir halten uns an unsere eigenen Leute und lassen die Schwarzen machen. So schlecht ist es gar nicht, Mann, es ist nach wie vor ein wunderschönes Land — wenigsten das können sie uns nicht wegnehmen.
(Gedächtnisprotokoll eines Gesprächs mit einem weißen Farmer)

»Zimbabwe ist spitze, aber Rhodesien war besser . . .«, diese Äußerung kann man heute — 17 Monate nach der Befreiung — häufig von Weißen hören. Daß sich die weiße Bevölkerung mehr schlecht als recht mit den neuen Bedingungen abfindet ist nicht verwunderlich, war doch das rhodesische System ausschließlich zur Sicherung und Hebung des Lebensstandards der Weißen gedacht.

Ausreichende Löhne und Arbeitsplätze, Gesundheitsfürsorge und Erziehung, politische Rechte und Freiheiten wurden der schwarzen Bevölkerungsmehrheit ständig vorenthalten — die in den Augen der Weißen minderwertigen Schwarzen durften nur als moderne Arbeitssklaven existieren, denn dies war die Grundlage für den Wohlstand und die Sicherheit der Weißen.

Als im April 1980 die ZANU-PF die ersten freien Parlamentswahlen in Zimbabwe überzeugend gewann, befürchteten viele, daß der Zusammenbruch der Wirtschaft unmittelbar bevorsteht, da Korruption, Mißwirtschaft und Repression ihren Einzug halten würden. »Vergleiche« mit anderen afrikanischen Staaten, die Darstellung der ZANU als blutrünstige Terrororganisation gaben diesen Visionen hinreichend Nahrung; hinzu kommt das Interesse Südafrikas eine erfolgreiche Entwicklung in Zimbabwe zu verhindern: die massive finanzielle Unterstützung des Smith-Regimes während des Befreiungskampfes findet heute unter anderem ihre Fortsetzung in publizistischen Aktivitäten gegen Zimbabwe in der Weltpresse.

17 Monate zimbabwischer Entwicklung reichen natürlich nicht aus um ein endgültiges, abschließendes Urteil über Erfolg und Mißerfolg der Regierungspolitik zu treffen, dennoch lassen sich bestimmte Entwicklungslinien erkennen und bewerten.

In diesem Zusammenhang wird zuerst die Wirtschaftspolitik Zimbabwes zu untersuchen sein, da sie eine wesentliche Basis für die Sozialpolitik darstellt — eine Sozialpolitik die durch das Gesundheits- und Erziehungswesen charakterisiert werden soll.

Wirtschaftliche Entwicklung

Jede Diskussion wirtschaftspolitischer Entscheidungen und Erfordernisse findet ihre Grenzen im Lancasterhouse-Abkommen von 1979, das der zimb. Regierung entschädigungslose Enteignungen für 10 Jahre generell verbietet und Enteignungen von Farmland nur in begrenztem Umfang zuläßt.

Als die ZANU 1980 die Macht übernahm, sah sie sich mit einem extrem deformierten, einseitig ausgerichteten Wirtschaftssystem konfrontiert:

- zum einen gibt es einen entwickelten Industrie- und Handelssektor (konzentriert auf wenige städtische Zentren) und ausgedehnte weiße Farmgebiete,
- zum andern lebt die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung in zu kleinen, unentwickelten »Stammesländern« (tribal trust lands) von Subsistenzlandwirtschaft.

Die Existenz dieser beiden ökonomischen Subsysteme, eine Arbeitslosenquote von mehr als 20% (ungefähr 1 Million Flüchtlinge, Vertriebene, Ex-Guerilla . . .) zwingen die Regierung zu einer pragmatischen Wirtschaftspolitik, hinzu kommt, daß die westlichen Industrieländer die Vergabe von Krediten und die Finanzierung von Entwicklungsprojekten von der Einhaltung des Lancasterhouse-agreements abhängig machen.

Die skizzierte Situation erklärt also, warum eine direkte Einmischung im industriellen Bereich (z.B. Verstaatlichung) zur Zeit die Ausnahme ist, nur in 3 Firmengruppen hat sich die Regierung bisher eingekauft:

- Caps Holdings, einer der größten Pharmaproduzenten in Zentralafrika
- Zimbank, die zweitgrößte Bank Zimbabwes (ehemals Rho-Bank)
- Zimabwe Newspapers

Zimbank und Zimbabwe Newspapers waren im Besitz von südafrikanischen Aktionären — die Übernahme durch die Regierung war somit ein Gebot der politischen Vernunft. Die Regierung plant in erster Linie durch Beteiligung an weiteren Unternehmen (joint-ventures) ihren Einfluß auf den industriellen Sektor auszudehnen, besonderes Augenmerk legt sie hierbei auf den Bergbaubereich, wo die südafrikanische Dominanz durch ausländische Firmengruppen zurückgedrängt werden soll. Die spezielle Situation im südl.Afrika und die Abhängigkeit der zimbabwischen Wirtschaft von Südafrika zwingt die zimb. Regierung ausländische Investitionen zu fördern — dennoch wird sie langfristig nach Möglichkeiten suchen müssen, um eine allzu einseitige Abhängigkeit von den Kapitalgeberländern/firmen zu beenden.

Da das direkte Engagement der Regierung im industriellen Bereich zu gering ist und investitionsfördernde Maßnahmen nur zeitverzögert wirken, war ein wesentlicher Schritt zur Hebung des Lebensstandards der schwarzen Bevölkerung die gesetzliche Festsetzung von Mindestlöhnen (70 Z$ = 3 DM) und die Verfügung eines Preisstops für alle Grundnahrungsmittel, der allerdings Anfang 81 durch Preiserhöhungen für Brot und Milch teilweise aufgehoben wurde.

Bei den weißen Unternehmern stieß die Einführung von Mindestlöhnen natürlich auf Ablehnung, zum Teil weigern sich die Weißen auch die Löhne zu zahlen, da die Regierung zur Zeit noch nicht die Möglichkeit hat die Auszahlung zu überprüfen. Die ehemalige rhodesische Wirtschaft war ja in erster Linie auf die extrem billige Arbeitskraft der Schwarzen gegründet; dieser Umstand und die ab 1965 einsetzenden Sanktionsmaßnahmen ermöglichten den Aufbau kleinerer Betriebe, die zusätzlich noch vom Smith-Regime unterstützt wurden.

Durch den Wegfall der Protektion und der Einführung von Mindestlöhnen konnten die Klein/Kleinstbetriebe nicht mehr mit den frei eingeführten Waren konkurrieren — von ungefähr 600 Betrieben mußten 400 schließen — die Schuld gibt man der »unfähigen, schwarzen Regierung«.

Die »Unfähigkeit« zeigt sich, wenn man den weißen Wirtschaftsexperten« glaubt, auch darin, daß Zimbabwe für 1980 ein Außenhandelsbilanzdefizit aufweist, die Auslandsverschuldung wächst und zudem eine Inflation von 9% herrscht. In diesem Zusammenhang wird allerdings immer verschwiegen, daß 1980 ein realles Wirtschaftswachstum von 10% (inflationsbereinigt) zu verzeichnen war, daß durch Anhebung der Löhne in den städtischen Zentren ein starker Warennachfrageschub einsetzte, der auch erhöhte Wareneinfuhr befriedigt werden mußte.

Die Kritik, die von den Weißen, immer noch befangen von ihrer vermeintlichen Überlegenheit, haben bis heute noch nicht akzeptiert, daß die Zeit ihrer unumschränkten Herrschaft vorbei ist. Für die Weißen sind viele der Probleme, mit denen die schwarze Regierung konfrontiert wird unverständlich; Arbeitsplatzbeschaffung, Erziehung für alle, ein allen zugängliches Gesundheitswesen usw. wurde von den Weißen nie als Problem erkannt, da die Mehrheit der Bevölkerung in ihren Augen nur zum Arbeiten für die Weißen da war.

Sozialpolitik

Zimbabwe hat seit der Unabhängigkeit sowohl auf medizinischem Gebiet als auch im Erziehungssektor einen drastischen Wandel erfahren.

Der Schwerpunkt der Sozialpolitik soll von den städtischen Zentren, wo zuvor hauptsächlich der europäischen Bevölkerung gedient war, abgezogen werden und sich in ländliche Gebiete verlagern, da dort die Mehrheit der Bevölkerung lebt.

Gesundheitswesen

Auf dem Gesundheitssektor hat Zimbabwe ein System übernommen, bei dem ¾ aller medizinischen Einrichtungen in den Städten konzentriert waren und zudem ¾ des Gesundheitsbudgets für medizinische Hilfeleistungen in einigen wenigen, hochspezialisierten und gut ausgestatteten Krankenhäusern ausgegeben wurden. Es ist bekannt, daß die Mehrheit aller zum Tode führenden Krankheiten verhindert werden könnte, wenn man ein System präventiver Medizin aufbaut; ein System, das zudem nur Bruchteile der Ausgaben benötigt, die der rhodesische Gesundheitsbereich verschlang.

Für die zimbawische Regierung war es also eine wichtige Aufgabe, die medizin. Versorgung umzugestalten.

»Obwohl die traditionelle Schulmeinung annimmt, daß Leistungsfähigkeit und Wirksamkeit von Professionalität und Expertentum abhängen, zeigt die Erfahrung klar, daß Entwicklungsländer eine breite und motivierte Armee von halbprofessionellem medizinischem Personal benötigen um den Krankheiten in den ländlichen Gebieten an der Basis zu begegnen.« (Gesundheitsminister)

Dieses halbprofessionelle Personal (medical officers) wird in der einschlägigen Diagnostik und in der Behandlung der verbreitesten Krankheiten ausgebildet — Statistiken aus Tanzania, wo ein ähnliches Gesundheitswesen vorherrscht, zeigen, daß die »medical officiers« dreimal so schnell eine Diagnose zu stellen in der Lage sind und hierbei in 96% aller Fälle recht haben. In Zimbabwe, wo 90% der Todesfälle durch infektiöse Erkrankungen verursacht werden erscheint das »medical officier-System« mit seinem grundlegenden, aber wesentlichen Wissen als ein angemessenes Mittel einen ersten, breit angelegten Schritt im Kampf gegen Krankheiten zu machen. Viele der jetzigen »medical officers« sind ehemalige Guerillas, die während des Krieges in anderen Ländern ausgebildet wurden und in den Lazaretten Kranke und Verwundete behandelten.

Viele afrikanische Staaten mußten nach ihrer Unabhängigkeit ausländisches Medizinpersonal in ihr Land holen; nicht so die zimbabwische Regierung, die auf ein großes Reservoir an geschultem medizinischen Personal zurückgreifen kann — ein Personal das durch den jahrelangen Befreiungskrieg ausgebildet wurde.

Die Hauptaktivitäten der »medical officiers« bestehen in der grundlegenden Gesundheitsfürsorge: Impfungen, Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Wasser, Einrichtung von sanitären Anlagen, Unterweisung in Geburtshilfe und Säuglingspflege, allgemeine Gesundheitserziehung und Erklärung von Ernährungsfragen. Die Regierung sieht für 1981/82 vor, 200 medizinische Stationen (rural health center) in den ländlichen Gebieten zu errichten, für 1984 ist geplant, daß eine Station 10000 Menschen versorgen soll. Am Beispiel des Mount Darwin Health Center, das Anfang 1981 für 150000 Leute zuständig war, wird deutlich, wie unzulänglich die weiße Regierung die Randgebiete versorgte, und welcher Art die Ansprüche der neuen Regierung an ein gerechtes Gesundheitswesen, die ja vor allem für psychosomatische und psychologische Probleme zuständig sind, war eine vielumstrittene Maßnahme der Regierung. Schwierigkeiten tauchten an dem Punkt auf, wo es galt die Fähigkeiten eines »nangani« zu bestimmen: da er einerseits keine schriftlichen Dokumente vorlegen kann, die ihn als Arzt qualifizieren, wird er von der Mehrheit der weißen Ärzte abgelehnt, da die »nanganis« andrerseits aber auf eine Vielzahl von Heilerfolgen verweisen können und unter den Schwarzen ein Glaube an ihre Kraft herrscht, scheint ihr Einsatz im staatlichen Gesundheitssystem vollauf gerechtfertigt.

Besonders genutzt werden soll, daß die »nanganis« Kräfte zur Selbstheilung des Patienten mobilisieren können; wenn der Patient daran glaubt, daß der Grund seiner Krankheit (z.B. durch einen Zauberspruch), wird dieser oft bemerkenswert schnell gesund.

Die Einführung kostenloser Behandlung und Medizin für diejenigen, die weniger als 150 Z$ monatlich verdienen, löste einen gewaltigen Ansturm auf die Krankenhäuser aus, so daß sich die Anzahl der ärztlichen Hilfsleistungen verdoppelte. Eine Folge hiervon war eine Medikamentenknappheit, die jedoch behoben werden konnte. In diesem Zusammenhang geht die Regierung jetzt dazu über die wichtigsten und gebräuchlichsten Medikamente in den R.H.C. (rural health center) zu lagern, da dies die Bevölkerung anregt, sich im Krankheitsfall an ihr R.H.C. zu wenden. Damit die Bevölkerung die R.H.C. in ihrem Gebiet »adoptiert« und sich auch dahin wendet, müssen Medikamente, die von Krankenhäusern unter Umgehung der lokalen Einrichtungen verschrieben wurden, bezahlt werden.

Der Ansturm der Bevölkerung auf die Krankenhäuser und der nicht länger selektierte Klientel veranlassten zahlreiche europäische Ärzte sich in Privatpraxen niederzulassen. Die Abwanderung von Ärzten verhindert damit zum Teil die Verwirklichung eines nationalen Gesundheitsdienstes, der vorrangig ein fähiges Dienstleistungssystem für die Armen und Benachteiligten darstellen soll.

Der private Gesundheitssektor ist toleriert als »Sicherheitsventil« für zahlungskräftige Patienten. Nichtsdestotrotz unternimmt die Regierung alles, um den nationalen Gesundheitsdienst so effektiv zu gestalten, daß schließlich die Privatpraxen vom Markt gedrängt werden.

Was bisher über die Struktur des Gesundheitsbereichs in Zimbabwe gesagt wurde, gilt in ganz ähnlicher Weise für den Erziehungssektor, den die neue Regierung übernahm.

Erziehungswesen

Wesentliches Kennzeichen des alten Systems war, daß nur für Weiße Schulpflicht bestand, daß die Investitionen für einen weißen Schüler ein Vielfaches höherlagen als für einen schwarzen Schüler.

Nun besteht Schulpflicht für Primary School (Grund-Hauptschule) für alle, das Schulgeld für die Secondary School (Realschule) wurde von 24 auf 12 Z$ pro Trimester herabgesetzt.

Während des Krieges hatten 1000 Schulen geschlossen, die jetzt wieder eröffnet wurden, hinzu kommt, daß in den ersten 6 Monaten die Schülerzahl in der Grund- und Hauptschule um zusätzlich 63% anstieg — daß heute in Zimbabwe ein Lehrermangel herrscht, ist angesichts dieser Situation nicht verwunderlich.

Um mit dem Lehrermangel fertig zu werden, ersetzte die Regierung das alte 3-jährige Vollzeitstudium durch eine 4-jährige Ausbildung, die unterbrochen wird. Das neue System, das jedem mit ordinary level (Realschulabschluß) zugänglich ist, beginnt mit einem 16-wöchigen Intensivkurs, danach sind die Studenten Anwärter auf Vollzeitlehrer. Anschließend werden sie dann in speziellen Kontaktkursen 10 Trimester lang weiter ausgebildet, zusätzlich müssen sie in jeder 2. Ferienperiode ein 3-wöchiges Fortbildungsseminar besuchen.— der Einsatz von Lehrern aus England und Australien wird nur als vorübergehende Lösung betrachtet.

In Zimbabwe sind aber nicht nur Lehrer knapp, sondern auch Schulen: der Aufbau von 440 Secondary Schools und 1000 Primary Schools soll zur ländlichen Entwicklung mit beitragen, wobei die Gemeinden angehalten sind, für die Materialien und die Arbeit selber aufzukommen. Um die aktuellste Schulraumnot zu lindern wird zur Zeit das »hot seat system« praktiziert, ein System, bei dem die Nachmittagsklasse die angewärmten Stühle der Vormittagsklasse übernimmt. Dieses Schichtsystem beinhaltet jedoch nicht, daß ein Lehrer mehr als eine Klasse am Tag zu unterrichten hat.

Anstrengungen werden unternommen, neue Lehrpläne zu entwickeln, um Inhalte zu vermitteln, die der Situation Zimbabwes angemeßen und für die Zukunft relevant sind (z.B. Gartenbau anstatt Geographie).

Mit welchen Problemen sich die Regierung konfrontiert sieht, zeigt auch der Umstand, daß viele schwarze Eltern wünschen, daß die Schulen für ihre Kinder den ehemaligen weißen Schulen gleich sein sollen. Hierzu erklärt Erziehungsminister Dr. Mutumbuka: »Wir sind in Gefahr eine neue Generation Schwarzen Front Rhodesiern (analog der weißen Front) zu produzieren, welch ihre Erziehung zu Beherrschung des Volkes zu nutzen sucht«.

Landbesetzungen

Als Zimbabwe 1980 unabhängig wurde, war 45% des Bodens im Besitz von 5% der Bevölkerung. Ein großer Teil dieses weißen Landes lag brach — ein Umstand der viele der landhungrigen Bauern aus den überbevölkerten Tribal Trust Lands (Reservaten) aufbrachte, da ihnen das staatliche Landreform — und Wiederansiedelungsprogramm zu geringe Fortschritte machte (Hierbei soll nochmals erwähnt werden, daß die Regierungspolitik durch das Lancasterhouse agreement eingeengt wird.) und deshalb gingen sie dazu über, unbenütztes Ackerland zu besetzen. Die Regierung sympathisiert mit dieser Bewegung und schuf durch Richtlinien einen gesetzlichen Rahmen — legale Besetzungen werden von der Regierung unterstützt.

Was die Korruption betrifft, so wird oft geäußert, daß die schwarze Führungsschicht durch ihren Zugang zu „den angenehmen Dingen des Lebens" verweichlicht ist. Daß einige Regierungsmitglieder den Komfort von Villen in ehemals weißen Stadtteilen genießen, daß sie teure Autos fahren, all dies entfacht die Entrüstung der Weißen und nährt den Verdacht, daß die Schwarzen diesen Luxus nur durch unehrliche Mittel erworben haben können.

Tatsachlich aber gehören die Häuser und Autos dem Staat, sie werden den Regierungsmitgliedern nur zur Verfügung gestellt — außerhalb von Zimbabwe ist auch kaum bekannt, daß die Mitglieder des Parlaments der ZANU-PF Fraktion ihre Einkünfte der Partei abgeben müssen und von einer monatlichen Zuwendung von = 350 Z$ leben.

„Tausende junger Männer und Frauen haben während des Krieges vieles geopfert . . . Es wäre nicht revolutionär und hätte einen schlechten Beigeschmack würden die Führer, welche zuvor das gleiche Leben führten wie diese Kader, beginnen Löhne zu verdienen und das Geld für Autos und Häuser auszugeben."
(Ex-Minister Tekere)

Daß Korruption und Bevorzugung in den unteren Reihen der Verwaltung vorkommen ist unbestritten — es ist auch nichts Neues, denn Beziehungen wurden und werden immer zum Wohle der Familienangehörigen ausgespielt.

Eins muß man jedoch hervorheben, der lange Weg zur Unabhängigkeit hat viele Zimbabwer im Geiste einer nationalen Entwicklung politisiert, Korruption wird nicht als Kavaliersdelikt behandelt sondern streng verfolgt.

Der Artikel sollte zeigen, daß die zimbabwische Regierung vor einer Vielzahl von Problemen und Anforderungen steht, oft bleiben ihr die Hände durch Bestimmungen des Lancasterhausabkommens gebunden; Bestimmungen, die die Privilegien der Weißen sichern sollen.

Die weiße Bevölkerung ist nur allzugerne bereit Veränderungen zu kritisieren und sich selbstzufrieden zu äußern, wenn sie Anzeichen des vorhergesagten Untergangs zu erkennen glauben. Ihr Lebensstandard ist zur Zeit noch gesichert, ihr Rückzug aus den Verwaltungsämtern des Staates in die Privatwirtschaft findet seine soziale Entsprechung im Rückzug auf ihr Privatleben, ihr rein weißes Leben. Die Verwirklichung der Integration von schwarzen und weißen Zimbabwern bleibt noch lange eine wesentliche Aufgabe für die Regierung.

Südafrika-Gruppe Freiburg

Seerechtskonferenz

Kampf um die Aufteilung der Meere

Als im Sommer und Herbst letzten Jahres Zeitungen euphorisch das nahe Ende der Seerechtskonferenzen mit einem respektablen Kompromiß über den Meeresbodenbergbau prognostizierten, hatte offenbar niemand an einen neuen amerikanischen Präsidenten namens Ronald Reagan gedacht, dessen nahezu erste außenpolitische Amtshandlung darin bestand, die amerikanische Delegation auf der UN-Seerechtskonferenz anzuweisen, die »vitalen Interessen« des US-amerikanischen Volkes nicht außer Acht zu lassen und sich nicht dem Diktat der »Gruppe 77« zu beugen. Auf den UN-Seerechtskonferenzen, die an wechselnden Verhandlungsorten (Caracas, New York, Genf) stattgefunden haben, geht es um die Nutzung der Weltmeere als Verkehrsträger, Rohstoffreservoir und Nahrungslieferant sowie um die Meeresforschung und den Technologietransfer. Die USA waren das erste Land, das bereits 1945 vom jahrhundertelang gehüteten Grundsatz der sog. »Freiheit der Meere« abrückte. Damals ging es den Amerikanern vor allem um die reichen Erdölvorkommen unter dem Festlandsockel vor ihrer Küste. Seither haben sich viele Küstenstaaten — je nach Interessenlage — eigene Gesetze geschaffen, während die Binnenstaaten im Allgemeinen von jeglicher Nutzung der Meeresschätze ausgeschlossen blieben. Durch die rasante Entwicklung der Technologie in den kapitalistischen Industriestaaten erhielt die Nutzung der Meere zusätzliche Brisanz: denn längst haben sich die neokolonialen Gelüste der ehemaligen »Herrenländer« auf die reich mit mineralischen Rohstoffen gesegneten Weltmeere ausgedehnt. Schätzungen gehen davon aus, daß etwa zwei Drittel aller Rohstoffvorkommen im und unter den Meeren zu finden sind. Von großem Interesse sind insbesondere Erzknollen, die unterschiedliche Gehalte an Kobalt, Mangan, Kupfer und Molybdän aufweisen, Die in einer Tiefe zwischen 4000 – 6000 Meter am Meeresboden des Pazifischen Ozeans liegenden Vorkommen sind wegen ihrer relativ hohen Nickel-Kupfergehalte für die Bergbaugesellschaften besonders interessant. Doch was können die Entwicklungsländer gegen den Raubbau der Meere unternehmen? Senegal oder Ghana können sich nicht gegen die hochtechnisierten Fernfisch-Fangflotten der Franzosen, Deutschen oder Sowjets wehren und was soll dagegen unternommen werden, wenn westdeutsche Firmen im Roten Meer aufgrund bilateraler Verträge mit dem Sudan und Saudi-Arabien bereits begonnen haben, Erzschlämme in ökonomisch profitablen Mengen zu fördern?

Angesichts solcher Überlegungen können dem Beobachter berechtigte Zweifel an der Ernsthaftigkeit mancher Konfernzteilnehmer kommen. Die Bedeutung der UN-Seerechtskonferenz für die Sicherung des Reichtums der Industrieländer und die Überwindung des Armutsproblems in der »Dritten Welt« wird dadurch aber nicht gemindert. Deshalb sei hier noch einmal auf die wichtigsten Aspekte des Vertragswerkes hingewiesen:

Wirtschaftszone

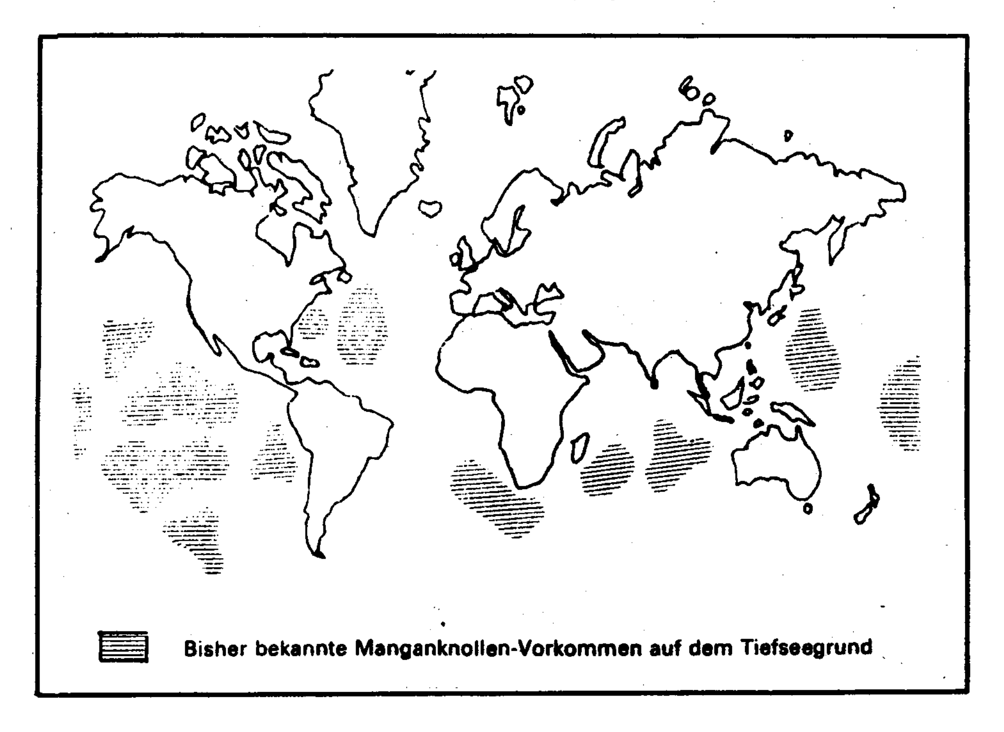
Die Hoheitsrechte der Küstenstaaten erstrecken sich aufgrund nationaler Rechtssprechung zur Zeit auf einen 12 Seemeilen breiten Küstenstreifen (= 22,2 km). Darüberhinaus beanspruchen einige Staaten (USA, SU, lateinamerikanische und afrikanische Langküstenstaaten) als Wirtschaftszone einen weiteren 188 sm-Streifen, in der ihnen das alleinige Nutzungsrecht zustehen soll, was besonders wegen der im Festlandsockel bereits geförderten oder vermuteten Erdöl- und Erdgasvorkommen von Interesse ist. Das jenseits nationaler Jurisdiktion liegende Meer, das als »hohe See« bezeichnet wird, soll gemeinschaftlich befahren werden (die Seefahrtsrouten sind allerdings bereits unter den seefahrenden Nationen weitgehend aufgeteilt). Für die Reinhaltung der Meere soll eine internationale Umwelt-Behörde eingesetzt werden.

Durchfahrt für Kriegsschiffe

Die Erweiterung der nationalen Hoheitsgewässer von 3 auf 12 sm und teilweise auch die Einführung einer 200-Meile-Wirtschaftszone beinhaltet aber auch das Problem der Meerengen. Wichtige Meeresstraßen, wie die von Dover, Gibraltar, Hormuz, Malakka und Bab el Mandeb (Jemen/Äthiopien), die früher internationalen Status besaßen, würden dann zu nationalen Hoheitsgewässern werden. Zwar soll die Durchfahrt für Schiffe auch weiterhin gesichert bleiben, doch fordern Länder der »Dritten Welt« Beschränkungen (Anmeldepflicht) für Kriegsschiffe. Die beiden Großmächte USA und UdSSR haben bereits in diesem Punkt Einspruch erhoben und machen die Ratifizierung der gesamten Seerechts-Konvention von einer ungehinderten Durchfahrt sämtlicher Meerengen für ihre Kriegsflotten abhängig.

Meeresboden-Bergbau

Im Mittelpunkt des Interesses der UN-Seerechtskonferenz steht zweifelsohne der Meeresboden-Bergbau. Angesichts der hohen Importabhängigkeit der BRD hinsichtlich Nickel, Kobalt, Mangan und Kupfer von nahezu 100 %, wird das enorme Interesse der BRD (und anderer Industrieländer) an der Ausbeutung dieser mineralischen Rohstoffe auf dem Meeresboden deutlich. Das Ziel dieser Länder, von den Rohstoffeinfuhren aus der »Dritten Welt« unabhängiger zu werden, kommt durch die inzwischen zur Verfügung stehende hochentwickelte Tiefseebergbau-Technologie, über die alle wichtigen Industrieländer (mit Ausnahme der Sowjetunion) verfügen, einen bedeutenden Schritt näher. Sie schlugen deshalb auf der UN-Seerechtkonferenz vor, eine Behörde zu schaffen, die Lizenzen zur Hebung der maritimen Ressourcen an private Bergbau-Firmen vergeben soll. Die Länder der »Dritten Welt« setzen diesem Lizenzsystem ein sog. »Entreprise-System« gegenüber: eine UN-Behörde, von mehreren internationallen Gremien kontrolliert, soll die alleinigen Schürfrechte erhalten und Lizenzen nur in einem genau festgelegten Rahmen erteilen. Dadurch



hoffen sie, einen Preisverfall ihrer Rohstoffe auf dem Weltmarkt durch einen zügellosen Meeresbodenbergbau verhindern zu können.

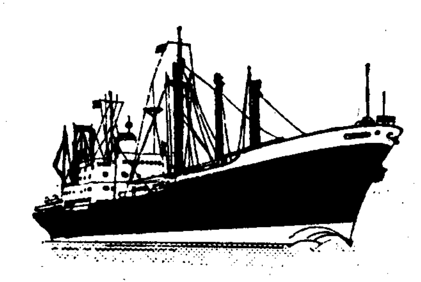
Die verschiedenen Interessengruppen

Grundsätzlich sind auf der UN-Seerechtskonferenz folgende (sich allerdings mehrfach überschneidende) Interessengruppen als Hauptakteure zu unterscheiden:

- die *»Gruppe der 77«*, eine auf mittlerweile 120 Entwicklungsländer angewachsene Staatengruppe, die jedoch keineswegs durch gleichgelagerte Interessen gekennzeichnet ist. Hier finden sich rohstoffexportierende (Sambia, Zaire, Chile) und rohstoffarme Länder (Mali, Buthan).
- die *Industriestaaten*, sowohl jene, die über die Technologie zur Aufnahme des Tiefseebergbaus verfügen (USA, BRD, GB, Frankreich, Japan) und deshalb die vorgeschlagene Konzeption der Meeresbergbaubehörde ablehenen, als auch rohstoffexportierende Industrieländer (Kanada, Australien), die eine Beschränkung des Tiefseebergbaus im Interesse ihrer Rohstoffpreise befürworten.
- die *Küstenstaaten*, Wortführer dieser Gruppe sind eine Reihe lateinamerikanischer Langküstenstaaten, die am nachdrücklichsten die Errichtung einer 200-Meilen-Wirtschaftszone fordern.
- die *Gruppe der geographisch benachteiligten und der Binnenstaaten*, in dieser Gruppe finden sich von ihrem sozio-Ökonomischen Entwicklungsstand her so unterschiedliche Länder, wie z.B. die BRD, Ungarn, Obervolta und Nepal.

Daneben existieren weitere Ländergruppen mit gleichgelagerten wirtschaftlichen Interessen:

- die 17 *Schiffahrtsnationen*,
- die *Fernfischereistaaten* (BRD, Japan, DDR, Polen, Sowjetunion), sie stehen in direktem Gegensatz zu den Langküstenstaaten.
- die *Insel- und Archipelstaaten* (Phillipinen, Indonesien, Seychellen, Malediven).



Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer?

Was die Durchsetzung einer 200-Meilen-Wirtschaftszone angeht, so wird die überwiegende Staatenmehrheit leer ausgehen. Zu den Gewinner sind nur etwa ein Dutzend Staaten zu zählen: Unter den Industrieländern werden Frankreich und Großbritannien infolge ihrer überseeischen Kolonialbesitze (Pazifischer Ozean) großflächige Seegebeite für die eigene exklusive ökonomische Ausbeutung erhalten, die das mehrfache ihrer eigenen Landfläche ausmachen dürfte. Auch die USA (Hawaii, pazifische Inseln), Kanada, Norwegen, Australien und Neuseeland erhalten große Seegebiete hinzu. Unter den Entwicklungsländern werden die beiden großen Inselstaaten Indonesien und Philippinen sowie die lateinamerikanischen Langküstenstaaten (Brasilien, Argentinien, Chile, Peru und Mexiko) Gewinne verbuchen. Hinsichtlich des Tiefseebergbaus verfügen bisher nur wenige Bergbaugesellschaften kapitalistischer Industriestaaten (USA, BRD, Japan, Frankreich, GB) über die notwendige Technologie, die Manganknollen des Meeresbodens auszubeuten. Der Versuch der »Dritten Welt«, sich über die Meeresbergbaubehörde sowohl das technische Know-how zu verschaffen, als auch durch einen kontrollierten Meeresbergbau ein Sinken der Weltrohstoffpreise zu verhindern, stößt bei den westlichen Berbau-Multis seit langem auf starken Widerstand. Diese setzen die nationalen Regierungen unter Druck und verlangen mit Hinweis auf die Notwendigkeit einer gesicherten Rohstoffversorgung die Verabschiedung nationaler Gesetze, die den Bergbaugesellschaften Abbaurechte in der internationalen Tiefsee garantieren sollen. Den ersten Schritt zu einer sog. »Interims-Lösung« tataen die USA: Im Juni 1980 unterzeichnete der damalige US-Präsident Carter ein Gesetz (»Deep Seabed Hard Mineral Resources Act«), das US-amerikanischen Bergbaugesellschaften ab 1988 gestattet, in der Tiefsee Manganknollen auszubeuten und gleichzeitig verbietet (!), die gewonnen Meeresschätze außerhalb der USA zu verarbeiten. Andere kapitalistische Länder folgten: Auf Druck der interessierten bundesdeutschen Industrie verabschiedete der Bundestag am 16. August 1980 ein »Gesetz zur vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus« (Drucksache 8/4359), dessen Text fatale Ähnlichkeit mit dem Entwurf des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) vom November 1977 hat. Großbritannien, Frankreich und Japan haben bereits ähnliche Gesetze vorbereitet bzw. verabschiedet. Auf dem Hintergrund eines im Januar 1981 in Washington stattgefundenen Geheimtreffens der am Meeresbergbau interessierten Industrieländer wird deren Strategie deutlich: unter Ausschluß der Dritten Welt und Umgehung der Konzeption eines neuen Seerechts Absprachen für multilaterale Abkommen zwischen kapitalistischen Staaten zu treffen.

Das Tauziehen um die mineralischen Rohstoffquellen auf und unter dem Meeresboden muß als Teil der globalen Absicherungsstrategie kapitalistischer Industriestaaten hinsichtlich ihrer Rohstoffversorgung auf Kosten der »Dritten Welt« interpretiert werden. Der Kampf um die maritimen Ressourcen hält in zumindest zweierlei Hinsicht den Vergleich mit der Aufteilung Afrikas durch die europäischen Kolonialmächte im 19. Jahrhundert (Berliner Konferenz 1885) stand:

Die Technologie des Meeresbergbaus spielt auf der UN-Seerechtskonferenz eine ähnliche Rolle wie die frühkapitalistische Technisierung (Eisenbahn) vor hundert Jahren bei der Eroberung Afrikas. Wie 1885 versuchen auch heute die kapitalistischen Staaten (nicht nur Europas) die Aufteilung der maritimen Ressourcen zunächst mit friedlichen Mitteln zu lösen. Doch zeichnen sich bereits jetzt (wie damals) erste militärische Konfliktlösungen am Horizont ab. Die Drohung der USA, bei Gefährdung der Rohölversorgung der NATO die Erdölfelder des Nahen Ostens durch ihre Rapid Deployment Force militärisch zu besetzen scheint noch weit entfernt, der Kabeljau-Krieg (GB/Island) und insbesondere der jüngste Luftzwischenfall zwischen Libyen und den USA im Golf von Syrte lassen allerdings darauf schließen, daß auch künftig mit militärischen Auseinandersetzungen um Rohstoffe zu rechnen sein wird.

Wilfried Arz
Demetrios Domenikos

Kapitalgruppen im Tiefseebergbau

Folgende internationale Konsortien haben sich zum Tiefseebergbau zusammengeschlossen:

<u>Kennecott Exploration Corp.</u> (seit 1974)
50 Mio. US-Dollar Kapital

— Kennecott (USA)	50%
— Noranda (Kanada)	10%
— Mitsubishi (Japan)	10%
— Rio Tinto Zinc (GB)	10%
— Consolidated Goldfields (GB)	10%
— BP Minerals (GB)	10%

<u>Ocean Mining Associated</u> (seit 1974)
50 Mio. US-Dollar Kapital

— US Steel (USA)	30%
— Sun Oil (USA)	30%
— Union Minière (Belgien)	30%
— Deep-Sea Ventures u. a.	10%

<u>Ocean Management Inc.</u> (seit 1975)
45 Mio. US-Dollar Kapital

— Inco Ltd. (Kanada)	25%
— Sedco (USA)	25%
— Deep Ocean Mining (Japan)	25%
— AMR (= Arbeitsgemeinschaft meerestechnisch gewinnbarer Rohstoffe) (— Metallgesellschaft AG — Salzgitter AG — Preussag AG)	25%

<u>Ocean Minerals Co.</u>*
- — Amoco Minerals Co. (USA)
- — Ocean Minerals (USA)
- — Billiton (NL)
- — RBKW Ocean Minerals (NL)
- — Lockheed (USA)

<u>Afernod</u>* (Frankreich)
- — Centre National pour l'Exploitation des Océans
- — Commisariat à l'Energie Atomique
- — Bureau de Recherches Géologiques et Minières
- — Le Nickel
- — France-Dunkirk

<u>Deep Ocean Minerals Assoc.</u> (Japan)*

Anteile und Kapitalverhältnisse sind uns nicht bekannt.

Startbahn West: Militärische Hintergründe?

In der Auseinandersetzung um die Erweiterung des Frankfurter Flughafens durch die Startbahn West ist von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, der Bau sei angesichts der sehr gebremsten Entwicklung der zivilen Luftfahrt nicht zu rechtfertigen. Nun mag es verschiedene Gründe für die hessische Regierung und die Bundesregierung geben, dennoch am Projekt der Startbahn West festzuhalten. Ein wesentlicher Grund ist sicherlich die Angst der Regierenden, ein Erfolg der Gegner des Ausbaus des Frankfurter Flughafens würde eine starke Unterstützung für den anderorts gegen umweltzerstörende Großprojekte geübten Widerstand darstellen. Es gibt jedoch Hinweise, daß der Bau der Startbahn West auch mitlitärische Hintergründe hat und daß von amerikanischer Seite auf die Durchführung des Projekts gedrungen wurde. Es folgt hierzu der Auszug aus einer Publikation der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren (abgedruckt in Umwelt-Express, Oktober 1981).

Red.

Bereits heute befindet sich nach Auskunft der Flughafen AG mit der „US-Air-Base", „der größte Militärflughafen der Amerikaner außerhalb der USA" in unmittelbarer Nachbarschaft zum Rhein-Main-Flughafen. Die US-Air-Base ist direkt dem „Military Airlift Command" (MAC) unterstellt, einem selbständigen Teil der US-Luftwaffe, der Personal oder taktischen Einsatz auf dem Luftwege befördert. Das MAC in seiner heutigen Form entstand 1965 im Zuge des Vietnamkrieges.

Im Juni dieses Jahres wurden Passagen eines internen Bonner Manger-Rundbriefes („Fuchsbriefe") folgenden Wortlautes bekannt: *„Daß die US-Air-Force auf diese Kapazitätsausweitung besteht und drängt . . . Frankfurt sei für die Air-Force — so sagen die Amerikaner — als Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten unerläßlich. Wenn die geplante Eingreiftruppe für die Ölregion geschaffen ist, sollen Geräte und Ausrüstungen und auch Personal zu einem Teil im Raum Frankfurt stationiert werden."* Die Landesregierung sah sich damals zu einem „Dementi" genötigt, das allerdings keines war, sondern eher die zentralen Aussagen in den „Fuchsbriefen" bestätigte. Die „Frankfurter Rundschau" schrieb dann auch ganz richtig, daß die US-Air-Force *„ungeachtet der Dementis . . . von dem geplanten Bau der Startbahn 18 West profitieren (dürfte). Der Stützpunkt ist in beiden Richtungen wichtigster Knotenpunkt bei der Zusammenführung von in Europa und Nahost stationierten Soldaten mit ihren Familien und einer der Hauptumschlagplätze des militärischen Nachschubs der US-Streitkräfte"(FR, 2.7.81).*

Im Mai 1978 beschloß die NATO ihr sogenanntes Langzeitprogramm (LTDP), das u.a. den europäischen NATO-Mitgliedsländern nch militärischen Gesichtspunkten sowie den Ausbau der Flughafenkapazitäten vorsieht. Ende Oktober letzten Jahres eröffnete der damalige US-Botschafter Stoessel ‚Verteidigungs'-Minister Apel den Plan, die US-Anlagen in der BRD *„so auszubauen und zu erweitern, daß sie von den amerikanischen Streikräften aus als Zwischenstation und als Basis für die Verlegung größerer Verbände in andere Regionen, vor allem dem Mittleren Osten, geeignet sind",(FAZ, 1.11.81).*



Auf der im Frühjahr dieses Jahres in Brüssel abgehaltenen NATO-Tagung traf Apel schließlich gegenüber seinem Kollegen Weinberger die Zusage, daß die US-Eingreiftruppe im „Krisenfall" westdeutsche Flughäfen als Sprungbrett in den Nahen Osten benutzen könnte. Auf dieser Tagung wurde des weiteren ein umfassendes „NATO-Infrastrukturprogramm" verabschiedet, das den Bau „neuer Depots, Pipelines, Häfen und Flugplatzanlagen" beinhaltet. (Spiegel,21/81). Sowohl von ihrer geographischen Lage her (Frankfurt als „Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten"), als auch von der bereits heute hier existierenden ausgeprägten militärischen Infrastruktur her betrachtet, eignet sich die Rhein-Main-Region hervorragend als Sprungbrett für kriegerische Abenteuer im Nahen und Mittleren Osten. Vor einigen Monaten diente der Frankfurter Flughafen schon einmal als Zwischenstation bei einer ersten amerikanischen „Eingreif"-Übung in Ägypten.

Eine militärische Intervention amerikanischer Truppen im Nahen und Mittleren Osten (z.B. zwecks Eroberung der dortigen Ölfelder), würde unweigerlich eine weltweite Eskalation kriegerischer Gewalt nach sich ziehen.





Mit unvorstellbarer Brutalität schlugen Polizisten auf die Leute ein, die sich aus Protest gegen die Räumung des Hüttendorfes vor dem Platz versammelt hatten. Ihr Einsatz kostete allein vom 6. Oktober bis 14. November den Steuerzahler 193,8 Millionen DM.

BRD-Waffenexporte

Neue Exportrichtlinien: Ausbau der Hintertüren

Während den Auseinandersetzungen um die Lieferung von Leopard-2-Panzern nach Saudi-Arabien und den Verkauf von U-Booten nach Chile am Anfang dieses Jahres wurde von der Bundesregierung eine Neuformulierung der Richtlinien für den Waffenexport angekündigt, da die derzeitig gültigen Richtlinien nicht mehr „praktikabel" seien. Mehrere Entscheidungen über Waffenexporte werden gegenwärtig mit Verweis auf die neu zu formulierenden Richtlinien aufgeschoben. Gegenwärtig wird in den Koalitionsfraktionen über die einzelnen Bestimmungen der neuen Richtlinien beraten. Allgemein wird beteuert, daß am Grundsatz einer generell restriktiven Handhabung des Rüstungsexports festgehalten werden soll. Das Interesse konzentriert sich auf die Formulierung der Ausnahmeregeln (HB 2. 11. 1981). Unter den bisherigen restriktiv formulierten Bestimmungen wuchs die Bundesrepublik zum fünftgrößten Waffenexporteur der Welt heran (zu den derzeitigen Bestimmungen und der bisherigen Exportpolitik vgl. „blätter des iz3w" Nr. 95, S. 19 ff). Nach den spärlichen Informationen, die aus den Beratungen in die Öffentlichkeit dringen, ergibt sich folgendes Bild:

„Vitale Interessen"

Grundsätzlich gestattet sind weiterhin Exporte in NATO-Staaten und in Länder, die der NATO gleichgestellt sind (z. B. Australien, Neuseeland und Schweden). Für Exporte in alle anderen Länder bedarf es einer Ausnahmegenehmigung, die erteilt werden soll, wenn „vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen es erfordern". (Vorschlag der Arbeitsgruppe Rüstungsexport des SPD-Bundestagsfraktion; FR 27. 11. 1981) Diese Formulierung ist so allgemein gefaßt, daß sie keinerlei Behinderung für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen mehr darstellen würde. Gerade der Export in Spannungsgebiete, in die nach den bisherigen Richtlinien keine Waffen exportiert werden sollen, können auf der Grundlage einer solchen Formulierung gerechtfertigt werden, indem außenpolitische Interessen der BRD geltend gemacht werden oder die Unterstützung einer westlich orientierten Regierung mit Bündnisinteressen begründet wird.

„Gleichgewicht"

Auf einer gemeinsamen Sitzung der Arbeitsgruppen Rüstungsexport von SPD und FDP, auf der die Minister Genscher und Lambsdorff über die Richtlinienüberlegungen in ihren Ministerien berichteten, tauchte ein anderes Rechtfertigungsmuster für Waffenexporte auf: Waffenexporte in Spannungsgebiete sollen dann gestattet werden, wenn „das Gleichgewicht" in der Spannungsregion gefördert wird. (FR 29. 10. 1981) Die Theorie des Gleichgewichts wurde ursprünglich für das Verhältnis zwischen den Großmächten USA und UdSSR, also für nukleare Mächte, entwickelt. Ein Krieg soll, dieser Theorie zufolge, nicht möglich sein, da jede angreifende Partei mit der eigenen nuklearen Vernichtung zu rechnen habe. Die Theorie des Gleichgewichts war und ist das erstrangige Rechtfertigungsmuster für den Rüstungswettlauf zwischen den Großmächten und ihren Verbündeten: jedes neue Waffensystem wird mit der angeblichen Herstellung eines Gleichgewichts begründet. Die Theorie des Gleichgewichts wird nun auf die Konflikte in der Dritten Welt übertragen, also auf Konflikte, die in konventionellen Kriegen ausgetragen werden und bei dem beide Seiten keineswegs davon überzeugt sind, ein Krieg sei nicht führbar und gewinnbar. Die Aufrüstung von Regionen der Dritten Welt mit der Begründung, damit „Gleichgewicht" herzustellen, wird also Kriege nicht verhindern, sondern sie länger und grausamer machen. Zudem wird auch das Kriterium des „Gleichgewichts" keine Behinderung für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen darstellen. Je nachdem, welche Waffensysteme gezählt werden, wie unterschiedliche Waffensysteme bewertet werden und wie die Spannungsregion regional abgegrenzt wird, läßt sich die Frage, ob ein „Gleichgewicht" besteht oder in welcher Richtung es gestört ist, so oder so beantworten. Da sich die Frage des Gleichgewichts nach jeder größeren Waffenlieferung anderer Rüstungsexportländer in eine bestimmte Region wieder neu stellt, würde das Kriterium des „Gleichgewichts" im Prinzip auch die zeitlich verschobene Belieferung beider Konfliktparteien einer Region durch die Bundesrepublik abdecken.

Sehen kein Spannungsgebiet.

Kapazitätsauslastung

Nach Auffassung der SPD-Arbeitsgruppe Rüstungsexport sollen die Ausnahmeregelungen beim sogenannten Sonderschiffsbau, das heißt dem Bau von Kriegsschiffen noch weiter gefaßt werden, da hier große Kapazitäten aufgebaut wurden und in diesem Bereich viele Menschen beschäftigt werden. (FR 27. 11. 1981) Setzt sich dieser Vorschlag in den neuen Richtlinien durch, so würde allen bisherigen Beteuerungen zum Trotz die Auslastung von Überkapazitäten im Rüstungsbereich und die Sicherung von Arbeitsplätzen zu einem offiziellen Rechtfertigungsgrund für Rüstungsexporte. Die SPD-Arbeitsgruppe betont, der Zustand der Exportabhängigkeit müsse beim Kriegsschiffbau berücksichtigt werden, er dürfe aber nicht auch noch in anderen Rüstungsbereichen eintreten (ebd.). Unklar ist allerdings, mit welchem Argument anderen Rüstungsbereichen die Auslastung von Überkapazitäten versagt werden soll, wenn dies erst einmal zu einem offiziellen, möglicherweise in den Bestimmungen verankerten Grund für die Genehmigung von Rüstungsexporten geworden ist.

Parlamentarische Kontrolle?

Nach den Vorstellungen der SPD-Arbeitsgruppe Rüstungsexport und auch der FDP-Fraktion soll der Rüstungsexport der parlamentarischen Kontrolle unterstellt

werden. (FR 29. 10. und 27. 11. 1981)
Bisher war es allein Sache der Bundesregierung, über Waffenexporte zu entscheiden. Das zu diesem Punkt vorgeschlagene Verfahren rechtfertigt jedoch den Begriff parlamentarische Kontrolle nicht. Die Bundesregierung soll ein Gremium von fünf bis neun Abgeordneten vertraulich konsultieren. Somit ist eine öffentliche Debatte ausgeschlossen. Auch werden die Mitglieder des vertraulichen Gremiums der Schweigepflicht unterliegen. Möglicherweise verschlechtert ein solches vertrauliches Gremium sogar die Aussichten, bestimmte Waffenexporte durch öffentliche Auseinandersetzungen zu verhindern. Gerade Differenzen zwischen der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen wie im Falle der U-Boot-Lieferungen nach Chile oder der Panzer für Saudi-Arabien haben die öffentliche Debatte über die bundesdeutschen Waffenexporte sehr gefördert. Ein vertrauliches Gremium wird versuchen, solche Pannen zu verhindern.

Der offiziell weiter gültige Grundsatz eines restriktiv zu handhabenden Rüstungsexports hatte bisher schon breite Hintertüren. Die Vorschläge für die neuen Richtlinien lassen erwarten, daß diese Hintertüren zu sehr komfortablen Hauptausgängen für bundesdeutsche Waffenexporte ausgebaut werden. Nach Verabschiedung dieser Richtlinien werden bundesdeutsche Rüstungsproduzenten in noch stärkerem Maße an der internationalen Aufrüstung teilnehmen und verdienen können, als dies bisher der Fall war.

Noch sind die neuen Richtlinien nicht beschlossen. Auch nach ihrer Verabschiedung wird die Genehmigungspraxis nicht unabhängig sein vom Ausmaß der politischen Auseinandersetzung um Rüstung und Rüstungsexport in der Bundesrepublik. Dritte-Welt-Gruppen sollten daher Kontakt suchen zu Gruppen und Institutionen der Friedensbewegung, um gemeinsam zu informieren über das Ausmaß bisheriger Rüstungsexporte, über ihre Folgen in der Dritten Welt und über die Planungen, die Rüstungsexporte noch weiter zu erleichtern. Es wäre wünschenswert, wenn Gruppen aus beiden Bereichen ihre Möglichkeiten zu lokalen Aktionen nutzen würden, damit die neuen Exportrichtlinien nicht im Windschatten der Auseinandersetzung um die sogenannte „Nach"-Rüstung durchgezogen werden. Teil solcher Aktionen könnte es sein, die Bundestagsabgeordneten der Region zu klaren Stellungnahmen aufzufordern. Hier können auch Einzelpersonen selbst aktiv werden. Gerade die neu entstandene Friedensbewegung sollte den Dritte-Welt-Gruppen Mut machen, als Teil dieser Bewegung die Arbeit gegen Rüstungsexporte fortzusetzen.

gc



SOLIDARITÄT

Anstößige Gedanken

1. Wir, Arbeiter und Angestellte in den Industrienationen, produzieren die Waffen, die zur Aufrechterhaltung des Ausbeutungssystems in der sogenannten Dritten Welt dienen, mit enen dort Arbeiter und Bauern erschossen werden.
2. Wir bekommen einen — wenn auch sehr geringen — Teil des Profits, z.B. aus diesen Waffengeschäften, und haben ein relativ hohes Lohnniveau, das für die Opfer dort kaum vorstellbar ist.
3. Ist es nun leichter, als Campesino mit Hungerstreik oder Machete gegen die von uns produzierten Panzer vorzugehen, oder hier bei uns als Gewerkschafter gegen Waffenproduktion ?
4. Bleibt uns nichts, als für die Witwen und Waisen der Opfer unserer Waffen Geld zu sammeln ?
5. Hat die Ermordung eines Bauern in El Salvador vielleicht nicht nur etwas mit den Konzernprofiten in den Industrienationen zu tun, sonern auch mit unserem System der 'Sozialpartnerschaft', die zur Ausbeutungspartnerschft wird ?
6. Sterben also die Armen in den armen Ländern an Hunger oder Blei, weil die Armen in den reichen Ländern für ein paar Profitkrümel die Solidarität verweigern ?
7. Gilt, was bei der Waffenindustrie augebfällig, vielleicht auch für andere Bereiche unserer Weltwirtschaftsunordnung ?

Offener Brief

An den Bundeskanzler
An den Bundesaußenminister
An den Bundeswirtschaftsminister
An den Bundesverteidigungsminister
An den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

An den Bundestagsausschuß für Auswärtiges
An den Bundestagsausschuß für Wirtschaft
An den Bundestagsausschuß für Verteidigung
An den Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

An die Sozialdemokratische Partei Deutschlands
An die Freie Demokratische Partei
An die Christlich-Demokratische Union

Kurze Erläuterung:
Mit diesem offenen Brief protestieren Teilnehmer des 17. Ausbildungsgangs am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Berlin gegen deutsche Rüstungsexporte in die Dritte Welt.
Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik ist eine gemeinnützige Gesellschaft mbH mit Sitz in Berlin. Gesellschafter sind die Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin.
Es erstellt für öffentliche Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland Gutachten zu entwicklungspolitischen Themen und berät sie im Hinblick auf aktuelle Fragen der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.
Es bildet jedes Jahr etwas 20 Hochschulabsolventen verschiedener Fachrichtungen für die berufliche Praxis im Bereich der deutschen und internationalen Entwicklungspolitik aus. Gegenwärtig läuft der 17. Ausbildungsgang.
Wir, Teilnehmer des 17. Ausbildungsgangs am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Berlin, sind schockiert über die gegenwärtige Genehmigungspraxis für Waffenexporte und deren Auswirkungen vor allem in der Dritten Welt. Besondere Sorge bereiten uns die Tendenzen zu einer noch weitergehenden Liberalisierung dieser Genehmigungspraxis.
In ihren entwicklungspolitischen Grundlinien bekennt sich die Bundesregierung zur Sicherung des Friedens in der Welt:

> „Entwicklungspolitik leistet einen wachsenden Beitrag zu der auf Abbau von Spannungen und partnerschaftliche Zusammenarbeit ausgerichteten Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist damit ein wesentliches Element zur Sicherung des Friedens in der Welt."

Waffenexporte in die Dritte Welt laufen in diesem Ziel zuwider. Mit diesen Waffen werden in der Regel nachkoloniale Konflikte ausgetragen, der Ost-West-Gegensatz auf die Dritte Welt ausgeweitet, Unrechtsregime an der Macht gehalten und somit Menschenrechte verletzt.
Der Artikel 26 des Grundgesetzes, das Außenwirtschaftsgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz weisen die Entscheidung über die Genehmigung von Waffenexporten der Bundesregierung zu und legen eine restriktive Genehmigungspraxis nahe. Dementsprechend hat das Kabinett am 16. Juni 1971 beschlossen, daß der Export von Kriegswaffen in die Länder außerhalb des Nordatlantischen Bündnisses grundsätzlich unterbleiben soll und daß die Lieferung von Waffen in Spannungsgebiete verboten ist.
Im krassen Widerspruch dazu steht das Verhalten der Bundesregierung. Die Bundesrepublik rangierte in den siebziger Jahren bereits auf Platz 7 in der Liste der Großwaffenexporteure in die Dritte Welt. Jüngste schockierende Beispiele – die Zustimmung der Regierung zum Export zweier U-Boote nach Chile, die Waffenlieferungen an die Türkei, die Diskussion um Panzerverkäufe an Saudi-Arabien – lassen eine Ausweitung befürchten.
Hinzu kommen die Verkäufe kleinerer Waffen und sonstiger Rüstungsgüter, wie Fertigungsunterlagen und Anlagen zur Herstellung von Rüstungsgütern, sowie Teilen von Kriegswaffen, die selbst keine Kriegswaffen sind.
Nach Angaben von amnesty international wurden zum Beispiel bis Februar 1980 Pistolen, Handfeuerwaffen und Munition an den mittelamerikanischen Staat Guatemala geliefert, in dem jährlich mehrere Tausend Menschen von Polizei und paramilitärischen Organisationen ermordet werden.
Waffenexporte verstärken die Spannungen in der Welt und stellen in vielen Fällen eine Beihilfe zu politischer Repression, zu Folter und Mord dar. Außerdem werden durch die Waffenkäufe der jeweiligen Regierungen wertvolle Mittel verschleudert, die die Völker der Dritten Welt für ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung dringend benötigen.
Die Genehmigungspraxis der Bundesregierung ist ein Schlag gegen unsere entwicklungspolitische Arbeit und unser entwicklungspolitisches Engagement.
Waffenexporte sind moralisch nicht zu rechtfertigen, auch nicht durch eventuelle politische und wirtschaftliche Vorteile der Bundesrepublik Deutschland.
Hinzu kommt, daß diese Vorteile höchst zweifelhaft sind.
Gerade Waffenverkäufe an demokratisch nicht legitimierte Regierungen werden der internationalen Stellung der Bundesrepublik Deutschland langfristig schwer schaden.
Durch Waffenexporte werden zudem wirtschaftliche Kapazitäten gebunden und somit vergeudet, sowie Arbeitsplätze von der Rüstungsproduktion abhängig gemacht, die aufgrund der starken Beschäftigungsschwankungen in diesem Bereich extrem unsicher sind.
Eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf Produktion für friedliche Zwecke ist auch aus wirtschaftlichen Gründen dringend geboten.

Wir fordern angesichts der gegenwärtig laufenden Überprüfung der bisherigen Rüstungsexportbestimmungen
– Rüstungsexporte in Länder der Dritten Welt gesetzlich zu verbieten und dieses Verbot konsequent durchzuhalten,
– die Umstellung der Rüstungsproduktion auf Produktion für friedliche Zwecke in Angriff zu nehmen.

Die Unterzeichner: 18 Teilnehmer des 17. Ausbildungsgangs am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Berlin.

Teófilo Cabestrero, Mystik der Befreiung. Ein Porträt des brasilianischen Bischofs Pedro Casaldáliga. Mit einem Vorwort von J.B. Metz. Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1981, 182 S., 18,80 DM.
Die Gespräche des Autors mit dem Priester-Poeten und Bischof von São Felix am Rio Araguaia (Mato Grosso) kreisen um politisch brisante Themen wie Landvertreibung, Indianer, Landreform. Hier zeigt sich Casaldáliga als engagierter Verfechter der Rechte der Armen und Rechtlosen. Er wünscht sich eine neue Volkskirche, die in Solidarität mit dem unterdrückten Volke lebt und leidet, und die in der Bewegung der Basisgemeinden schon in Ansätzen verwirklicht wird.

Dr. Aziza Sedat, Medizin und Apartheid. Hrsg. v. „medico international", 50 S., 5,– DM (incl. Porto und Versand). Wiederverkäufer und Gruppen erhalten bei größeren Bestellungen bis zu 30 % Rabatt.

IRAN
In großer Sorge über die Geschehnisse in Iran

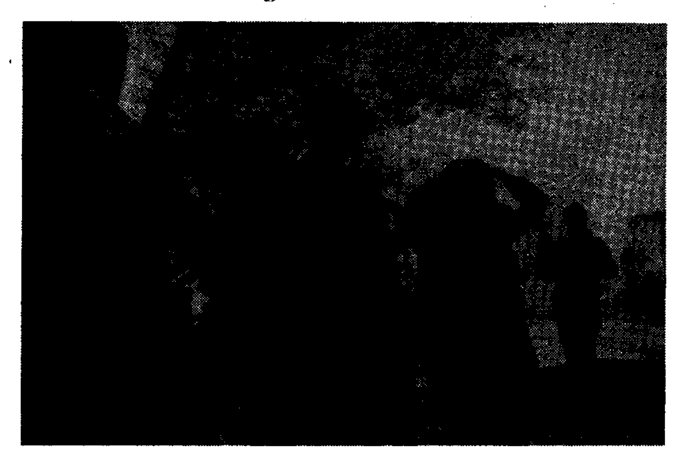
Die Redaktion der „blätter des iz3w" schließt sich der folgenden Bitte um Hilfe für oppositionelle Iraner an, die im Untergrund oder im Exil arbeiten müssen. Der Widerstand gegen die Unterdrückungspolitik des Khomeiny-Regimes verdient internationale Unterstützung. Unabhängig davon muß der Text des Aufrufes in zweierlei Hinsicht ergänzt werden:

- *Neben den politischen Dissidenten gibt es in Iran eine zweite Bevölkerungsgruppe, die dringend humanitärer Hilfe bedarf. Hunderttausende sind aus den vom Krieg mit dem Irak betroffenen Gebieten geflüchtet und leben in Notunterkünften. Dieses inneriranische Flüchtlingsproblem verdient mehr internationale Aufmerksamkeit als bisher.*
- *Aufgrund der Politik des Schah-Regimes, die die Ausbeutung der fossilen Rohstoffe forcierte und die Landwirtschaft verkommen ließ, müssen heute 70 Prozent des iranischen Nahrungsmittelbedarfs importiert werden. Die Unterbrechung dieser Lieferungen würde zu verheerenden Hungersnöten führen.*

Kritik an den Außenwirtschaftsbeziehungen der Islamischen Republik muß also dort haltmachen, wo sie den für die iranische Bevölkerung gegenwärtig lebensnotwendigen Austausch mit dem Weltmarkt – Öl und Gas gegen Lebensmittel – gefährdet. Wenn dieser Austausch unterbrochen wird, bricht die Versorgung des Landesin kurzer Zeit zusammen. Das würde dann zwar auch zum Sturz des Khomeiny-Regimes führen, aber unter der Bedingung unsäglicher Opfer. Dazu kann sich das iranische Volk allenfalls selbst entschließen, es darf jedenfalls nicht von politischen Aktivitäten europäischer Demokraten oder Sozialisten dazu gedrängt werden, so gut sie auch gemeint sein mögen. *Red.*

In großer Sorge über die Geschehnisse in Iran
Aufruf zu humanitärer Hilfe für die neuen und alten Dissidenten

Wir, die wir diesen Aufruf unterzeichnen, haben uns im Rahmen unserer Möglichkeiten als Bürger der Bundesrepublik gegen das terroristische Regime des seinerzeitigen Schah von Persien gewandt. Wir haben die allzu guten Beziehungen der Bundesregierung und der deutschen Industrie kritisiert und die enge Zusammenarbeit deutscher Geheimdienste mit der mörderischen persischen Geheimpolizei Savak angeprangert. Davon ist nichts zurückzunehmen.
Heute müssen wir erneut die widerrechtlichen Methoden und kriminellen Handlungen der gegenwärtigen iranischen Regierung und ihrer Hintermänner anprangern. Die auch von uns seinerzeit begrüßte Revolution in Iran und auch ihre islamische Begründung rechtfertigen in keiner Weise die ansteigende Zahl von Menschenrechtsverletzungen, die in Iran zu beobachten sind. Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder werden ohne jegliches Verfahren, wenn sie weit interpretierbaren Vorschriften des gegenwärtigen Regimes nicht entsprechen, verhaftet, ausgepeitscht, ins Gefängnis geworfen und hingerichtet. Keine Revolution, keine Religion und kein Recht der Welt können diese alltäglich inszenierten Massaker legitimieren.
Wir können auf die Verhältnisse in Iran, die nicht zuletzt auch eine schreckliche Konsequenz der jahrzehntelangen Verbrechen des Schahregimes darstellen, nicht unmittelbar einwirken, so sehr wir hofften, die gegenwärtigen Führer der Revolution würden sich wenigstens an die eigenen Versprechungen und die eigene Verfassung halten. Um so mehr ist es unser aller menschenrechtlich-humanitäre Pflicht, zwei Aufgaben zu erfüllen.
Zum einen die erneut gut geknüpften und vor allem wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik mit Iran zu kritisieren und die Bundesregierung dazu aufzufordern, dem Khomeini-Regime bei der Verfolgung der iranischen Oppositionellen in der Bundesrepublik unter keinen Umständen Amtshilfe zu leisten. Die Kritik der Menschenrechtsverletzungen des Khomeini-Regimes ist unglaubwürdig, solange die Bundesregierung sich gleichzeitig bemüht, die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Regime wieder auszubauen.
Zum zweiten ist es unabdingbar, daß wir alles in unserer eigenen Macht Stehende tun, um Dissidenten in Iran, die verfolgt und in die Illegalität getrieben worden sind, zu helfen und sie bei ihrer in immer mehr Fällen notwendigen Flucht aus Iran zu unterstützen. Dafür, auch daß sie nicht aus der Bundesrepublik abgeschoben werden und hier ihr Leben fristen können, ist dringend Geld erforderlich. Wir haben deshalb den seinerzeitigen Iran-Solidaritätsfonds reaktiviert.



Wir fordern um des Überlebens von ausländischen Bürgern willen zu Spendenüberweisungen auf. Wir versichern, daß die Mittel korrekt verwendet und ausschließlich der Finanzierung von Aktivitäten zur Lebensrettung bedrohter und verfolgter Perser verwendet werden. Im Namen der dringend erforderlichen Hilfe lasse sich niemand vergebens bitten.
Es geht um Menschenleben! Der Iran-Solidaritätsfonds wird verwaltet vom Iran-Komitee und vom Komitee für Grundrechte und Demokratie. Das Konto lautet: Iran-Solidaritätsfonds, Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach, Bankleitzahl 505 101 11, Konto Nr. 1740282911. Koordination/Adresse: Klaus Vack, Postfach 648, 6050 Offenbach 4.

Es rufen auf:
Elmar Altvater, Berlin; Karola Bloch, Tübingen; Carsten Colpe, Berlin; D. Helmut Gollwitzer, Berlin; Mohssen Massarrat, Osnabrück; Jakob Moneta, Frankfurt; Wolf-Dieter Narr, Berlin; Oskar Negt, Hannover; Peter von Oertzen, Hannover; Jürgen Seifert, Hannover; Klaus Vack, Sensbachtal; Werner Vitt. Hannover.

Iraner von Ausweisung bedroht

Wie die Evangelische Studentengemeinde Dortmund mitteilt, hat das iranische Außenministerium im September an alle diplomatischen Vertretungen der islamischen Republik im Ausland, damit auch an die Botschaft in Bonn, ein Rundschreiben gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:
Islamische Republik Iran
Außenministerium
Dienststelle: Büro des Unterstaatssekretärs für Kultur und Konsularangelegenheiten
Nr.: 17, 533-10, 4462
Datum: 1360/5/21 (September 1981, Red.)
Streng geheim – sofort – direkt
Im Namen Gottes
Rundschreiben an alle Vertretungen der islamischen Republik Iran im Ausland
Ab dem Datum dieser Mitteilung sind alle Verantwortlichen der Vertretungen verpflichtet, uns alle Namen von Bahai's, die sich im Einzugsbereich der jeweiligen Vertretung befinden, sowie von Konterrevolutionären, besonders von sogenannten Studenten, mit genauen Angaben zuzuschicken. Ebenso muß die Verlängerung der Pässe dieser Personen vermieden werden und ihnen nur ein Passierschein ausgehändigt werden.
Unterstaatssekretär für Kultur und Konsularangelegenheiten
Djavad Mahsouri (Unterschrift)
60/5/21 (Datum)

Die Mehrzahl der im Ausland studierenden Iraner werden vom iranischen Kultusministerium nicht als Studenten anerkannt. Die Verfügung verfolgt offenbar das Ziel, den im Ausland lebenden Iranern die rechtlichen Grundlage für einen weiteren Auslandsaufenthalt zu entziehen, um Kritiker an der islamischen Republik mundtot zu machen. Bei verweigerter Verlängerung ihrer Pässe droht den hier lebenden Iranern die Ausweisung.
Was Konterrevolutionären, besonders sogenannten Studenten, in den Mühlen der iranischen Willkürjustiz passiert, ist hinlänglich bekannt.
Mit Nichtverlängerung ihrer Pässe werden mittlerweile auch die in der BRD lebenden iranischen Frauen bedroht, wenn sie sich weigern, ein Passphoto vorzulegen, auf dem sie verschleiert sind. Der Paß einer in Köln lebenden Iranerin, die sich weigerte, dieser Aufforderung nachzukommen, wurde vom Konsulat einbehalten. In verschiedenen Städten haben sich iranische Fraueninitiativen gebildet, um dieser Maßnahme entgegenzutreten (Kontaktadresse: Fraueninitiative Iran in Hannover, c/o Frauenbuchladen, Hartwigstr.7, 3000 Hannover, Tel. 0511/324024).
Die Evangelische Studentengemeinde schlägt zwei Maßnahmen vor, ie gleichermaßen dringend sind:
In großer Zahl Protestbriefe an die iranische Botschaft und die iranischen Konsulate gegen die Verweigerung der Paßverlängerungen zu richten und gleichzeitig bei den örtlichen Ausländerbehörden auf eine großzügige Handhabung der aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen für Iraner zu dringen. Hier die Adresse der Botschaft:
Botschaft der islamischen Republik Iran
Kölner Str. 133 - 137, 5300 Bonn-Bad Godesberg

NICARAGUA

Einige Aspekte der Wirtschaft Nicaraguas

Im folgenden veröffentlichen wir einen Auszug aus einem Vortrag von Xavier Gorostiaga, S.J., vom nikaraguanischen Planungsministerium in Managua, der uns vom Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal, zur Verfügung gestellt wurde. *Red.*

Unser Wirtschaftsplan dieses Jahres ist Teil der umfassenden Strategie, die mit dem Wirtschaftsplan 1980 begann. Diese Strategie bestimmt drei Hauptziele der Wirtschaft.

I. Befriedigung der Grundbedürfnisse

Unsere Strategie unterscheidet sich von anderen Modellen wirtschaftlicher Entwicklung, welche als Hauptziel die Errichtung eines Akkumulationsmodells haben. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse als unser erstes Ziel, schafft in unseren Programmen eine neue Logik, die wir die „Logik der Mehrheit" nennen, das heißt, die Logik der Armen. Anstelle einer Wirtschaftsorganisation aus der Perspektive und dem Interesse der der Reichsten 5 %, wie sie unter der Somoza-Dynastie bestand, versuchen wir die Wirtschaft aus der Perspektive der Mehrheit zu organisieren. Diese neue Logik bildet die Basis der Wirtschaft während der nächsten 3 oder 4 Jahre, das heißt, bis wir die Periode des Wiederaufbaus abgeschlossen haben.
Diese Phase des Wiederaufbaus wird fünf Jahre dauern wegen der Verringerung des Bruttosozialproduktes von Nicaragua. Während der letzten zwei Jahre unter Somoza gab es einen Rückgang des Bruttosozialproduktes um 32 %. Im Monat Juli 1979 war das Prokopf Einkommen gleich hoch wie 1963. Als erstes versuchten wir, den vorherigen Produktionsstand und Lebensstandard zu sichern – natürlich mit einer Neuverteilung der Einkommen und der Macht.
Die Weltbank schätzt, daß dieses Unterfangen zehn Jahre benötigen wird. Wir sind optimistischer und glauben, daß wir das in fünf Jahren erreichen können. Das erste Ziel ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse: Ernährung, Gesundheit und Bildung. Das erklärt, weshalb die Alphabetisierungskampagne im letzten Jahr eine Priorität war. In wirtschaftlichem Begriffe bedeutete diese Kampagne nicht die wirksamste Ausschöpfung unserer knappen Ressourcen. Aber in Anbetracht der Interessen der Armen, in einem Land mit einer beinahe 60%igen Analphabetenrate, schien uns diese Alphabetisierungskampagne grundlegend.

Im Bildungs- und Gesundheitsbereich wenden wir heute mehr als das Doppelte auf, als Somoza in seinem besten Haushalts - jahr (1978) für die gleichen Bereiche aufbrachte. Heute haben wir fast 850.000 Personen, welche an den Bildungsprogrammen teilnehmen. Ein Drittel unserer Bevölkerung ist in Programmen der formalen oder technischen Bildung eingeschrieben. Dies belastet unsere Wirtschaft in der jetzigen Phase des Wiederaufbaus zu stark. Deshalb wenden wir Methoden der Bildungsmobilisierung, wie die Erwachsenen-Bildungs-Kampagne, an. Die Absolventen dieser Kurse unterrichten nachher selber in Lesen und Schreiben und auch in der Produktion und im Landwirtschaftssektor. Wir versuchten ein Bildungssystem aufzubauen, das die gesamte Bevölkerung Nicaraguas umfaßt. Jedes Ministerium wird ständige Ausbildungs- und Weiterbildungskurse anbieten. Wir merken, daß der Mangel an Leuten mit technischer und politischer Vorbereitung eines der größten Hindernisse darstellt, um unsere Ziele zu erreichen.

Im Bereich der Gesundheit besitzen wir heute noch nicht die Mittel, um die Bedürfnisse der Mehrheit zu befriedigen. Deshalb greifen wir auch hier zum Mittel der Kampagne. Wir mobilisieren die Leute, damit sie die Impfkampagne, die Kampagne gegen die Malaria und Ernährungsprogramme durchführen. Wir sind daran, Bildung und Gesundheit zu vereinen, weil diese beiden Aktivitäten uns beim Aufbau einer neuen Arbeitskraft helfen werden, einer Kraft, welche mehr Kapazität zu produzieren un das Land zu organisieren haben wird. Die Gesundheit ist Teil des Produktionssystems. Wir sind ein ziemlich unterentwickeltes, armes und zerstörtes Land. Aber wir zeigen der Welt, daß die Bildung und die Gesundheit nicht von den wirtschaftlichen Mitteln abhängen, sondern von politischen Wellen. Obwohl wir in dieser Wiederaufbauphase keine finanziellen Mittel besitzen sind wir daran, die Bildungs- und Gesundheitsprobleme besser zu lösen, als die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder.

•

II. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit

Das zweite Ziel der globalen Wirtschaftsstrategie Nicaraguas bildet der Beginn eines Programmes zur Erhöhung unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Früher waren wir lange Zeit übermässig abhängig von den USA. Um die 60 % unserer Import- und Exportbeziehungen pflegten wir mit den USA. In den letzten zwei Jahren haben wir diese Beziehungen auf weniger als 30 % reduzieren können. Gleichzeitig haben wir unsere Wirtschaftsbeziehungen diversifiziert.

Einige sagen, daß dies bedeutet, daß wir uns in den Sowjetblock einverleiben. Es ist wichtig zu sehen, daß unsere Politik in der Diversifikation neuer Abhängigkeit besteht. Wir sind ein armes Land, unterentwickelt und klein; immer werden wir abhängig sein. Die einzige Art und Weise, eine gewisse Flexibilität zu erreichen, ist die Diversifikation unserer Abhängigkeit und der Ausbau unserer Außenbeziehungen. Anstatt auf zwei Beinen zu gehen, 60 % die USA und 40 % der Rest der Welt, wollen wir jetzt vier Beine.

Erstens wollen wir die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu den USA aufrechterhalten. Zweitens unterhalten wir zum ersten Mal ökonomische und finanzielle Beziehungen zu ganz Europa und Japan. Drittens unterhalten wir jetzt auch wirtschaftliche Beziehungen zu den blockfreien Ländern Lateinamerikas und Arabiens. Viertens sind wir erst daran, die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern aufzubauen. Im jetzigen Moment machen unsere Wirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern nur 5 % aus.

Wir werden versuchen, diese Ziffer bis auf 25 % zu erhöhen, nicht um uns dem Sowjetblock anzuschließen, sondern um mehr Flexibilität und Freiheit zu erlangen. Generell gedenken wir, je 25 % unserer Wirtschaftsbeziehungen mit jeder dieser vier Gruppen aufzubauen: mit den USA, mit den anderen kapitalistischen Ländern, mit den Blockfreien der Dritten Welt und mit den sowjetischen Ländern. Dies bezeichnen wir als Diversifikationsstrategie der Abhängigkeit. Dies zu erreichen ist nicht leicht. Dies bedeutet viele Änderungen in der Technologie, dies benötigt Zeit.

Wir planen auch einen neuen Gemeinsamen Markt in Zentralamerika aufzubauen. Das vorherige Modell wurde von multinationalen Kompanien und von den USA erstellt, um diese Region in ein in den USA geplantes Entwicklungsmodell einzuverleiben. Jetzt streben wir eine wesentlich unabhängigere Region an. Wir wollen Mitglied des Gemeinsamen Marktes Zentralamerikas sein, aber mit anderen Vorstellungen und Zielen. Auch wollen wir die Wirtschaft der Karibik in unsere Beziehungen integrieren. Mexiko und Venezuela könnten eine sehr wichtige Rolle spielen. Im Moment verkaufen sie uns das Öl zu günstigen Preisen.

Nicaragua und Mexiko errichteten neue, sehr starke ökonomische Beziehungen. Nicaragua baut auch neue ökonomische Beziehungen zu Kuba, Venezuela und Brasilien auf. Ein Beispiel: anstatt die John Deer-Traktoren direkt von den USA zu importieren, führen wir sie jetzt von Brasilien ein. Damit versuchen wir die Möglichkeit eines Wirtschaftsboykottes der USA gegen Nicaragua – eine echte Gefahr – zu umgehen.

Wir haben gesehen, daß die USA zuerst jede finanzielle Hilfe strich, nachher gebrauchten sie die Nahrungsmittel als Waffe gegen Nicaragua, indem sie den Kredit für den Kauf von Weizen ebenfalls strichen. Jetzt üben die USA Druck auf die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) und auf andere Banken aus, um die Finanzierung, welche wir von diesen Institutionen erhalten. Der neue Präsident der USA schlägt eine sehr harte Linie gegen Nicaragua ein. Wir stehen nicht nur der Möglichkeit einer militärischen Intervention gegenüber, sondern auch die Gefahr, daß die USA uns finanziell, um Schwierigkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung Nicaraguas zu schaffen. Gerade deshalb sind wir daran, die finanziellen und technologischen Mittel zu diversifizieren.

III. Das neue Akkumulationsmodell

Wenn wir die ersten zwei Ziele erreicht haben werden, wird es unser drittes Hauptziel sein, mit einem neuen Akkumulationsmodell zu beginnen. Historisch gesehen fußte die ganze Struktur unserer Wirtschaft nicht auf den Bedürfnissen und Wünschen unserer Bevölkerung. Sie basierte auf den Bedürfnissen und Wünschen der multinationalen Gesellschaften und der Oligarchie dieses Landes. Wir haben nicht nur die Logik unserer Wirtschaft geändert, sondern auch ihre Struktur, dies ist unser Akkumulationsmodell. Wir haben gerade mit einem neuen Ernährungsprogramm begonnen, das PAN (Nationales Ernährungsprogramm) benannt wird. Wir planen, bis Ende dieses Jahres oder bis Anfang des nächsten in Grundnahrungsmitteln (Mais, Reis und Bohnen) Selbstversorger zu sein. Wenn wir dem Volk diese Sicherheit geben können, werden wir an eine ausgeklügeltere Art von Entwicklung denken können; aber vorher muß man diese grundlegende Sicherheit geben.

Probleme, die sich der Wirtschaft stellen

In den letzten zwei Jahren sehen wir uns mit drei Hauptschwierigkeiten konfrontiert: Arbeitslosigkeit, Inflation und Rückgang der Produktivität. Im Juli 1979 hatten wir

fast 40 % Arbeitslose. Heute liegt die Arbeitslosenquote um die 15 % oder 16 %. Wir betrachten dies als eine sehr positive sozio-ökonomische Tendenz. Aber diese Zunahme der Beschäftigung betraf mehr den Dienstleistungssektor als den der Produktion. Jetzt versuchen wir die Beschäftigung von Dienstleistungs- auf den Produktionssektor zu verlegen.
Im ersten Jahr mußten wir die Wirtschaft neu aufbauen. Jetzt, im zweiten Jahr besteht die Herausforderung darin, zu organisieren, zu rationalisieren, wirkungsvoll zu sein mit einer Wirtschaft, die schon Fortschritte macht.

Das zweite schwerwiegende Problem, mit welchem wir uns konfrontiert sahen, war die Inflation. 1978-79 hatten wir eine Inflationsrate von 85 %. Wir haben sie auf 25 – 30 % reduziert. In Anbetracht der schlechten Produktionsbedingungen, welche wir geerbt haben, der weltweiten Inflation, der steigenden Ölpreise, der Verschlechterung im Geschäftsbereich meinen wir, daß dies ein bedeutsamer Erfolg ist. Uns beschäftigt weniger die Inflation der Luxusprodukte, als vielmehr die Inflation der Basisprodukte, d.h. der Medizin, des Essens, des Transports und der Wohnungen. Das Grundeinkommen (in Geldwert) hat nur bei der Gruppe mit niedrigem Einkommen zugenommen. Im vergangenen Jahr erhöhten sich die Einkommen unter 1300 córdobas um 125 córdobas. In diesem Jahr werden die Einkommen unter 3000 córdobas erhöht. Auf diese Art schaffen wir eine Umverteilung der Einkommen.
Die Arbeitslosigkeit und die Inflation bilden also die zwei problematischen Bereiche, in denen wir meinen, eine bedeutsame verbesserung erreicht zu haben. Das Problem, welches wir nicht lösen konnten, ist der Rückgang der Produktivität.
Jeder soziale Wandel verursacht einen Rückgang der Produktivität, weil eine Anpassung nötig ist. Seit mehr als 400 Jahren ist unsere Arbeitskraft durch das koloniale System, durch das kapitalistische System und zudem durch das dynastische System Somozas unterdrückt worden. Mit der Unterdrückung erlangte man die Produktivität der Arbeiter. Jetzt, wo wir die Unterdrückung entfernen, erschlafft der Einsatz der Arbeiter und die Produktivität hat abgenommen.
Wir müssen neue Bedingungen für die Produktivität entwickeln, und diese Bedingungen hängen ab vom politischen Bewußtsein, von der Organisation und den neuen Produktionsverhältnissen.
Wenn die Leute verstehen können, was in der Produktion passiert, werden sie merken, daß die Poduktion für sie ist, daß dies eine Wirtschaft für das Volk ist, daß die Mittel und Nutzen und die Überschüsse dieser Wirtschaft nicht der kapitalistischen Akkumulation der Reichen zugute kommen, sondern im Dienst der Mehrheit gebraucht werden. Wenn sich diese neuen Produktionsverhältnisse und ein neues Bewußtsein einmal einspielen durch eine organisierte Arbeitskraft, denken wir die vorherige Produktivität ohne Unterdrückung erhöhen zu können. Aber dies braucht Zeit, wird viele Jahre brauchen.
Die Bildung, die Gesundheit, die Organisierung des Volkes und die wirtschaftliche Mitbestimmung sind Teile des Paketes. Wenn gesagt wird, daß die Alphabetisierungskampagne eine politische Kampagne gewesen sei, dann stimmt das. In gleichem Maße, wie die neue Organisation der wirtschaftlichen Verhältnisse politisch und ökonomisch ist. Eine Trennung in das Wirtschaftliche und das Politische hat nicht viel Sinn innerhalb unsereer historischen Bedingungen, Wenn einmal die Arbeiter in der Planung und Administration der Produktion mitbestimmen, werden sie das Produktionsverhältnis zwischen den Chefs und der Arbeiterklasse ändern. Neue soziale Bewegungen entstehen. Das hängt von der Organisation ab.

Der Techniker in der Revolution

Zuerst versuchen wir die Bedürfnisse der Mehrheit zu befriedigen, aber wir müssen uns sehr bewußt sein, daß wenn wir den Technikern keine Beachtung schenken, diese von den Sektoren der Regierung und der Industrie weggehen werden, um bessere Löhne in der Privatwirtschaft zu beziehen. Der private Sektor bezahlt einem Techniker im Allgemeinen das Doppelte von dem, was die Regierung bezahlt. Im Augenblick versuchen wir für die Techniker neue Anreize zu schaffen, wie technische Weiterbildung, Teilnahme an Konferenzen, Seminaren und internationalen Kongressen und auch die Gelegenheit, eine wichtige Rolle in einer neuen Gesellschaft zu spielen. Ein Techniker ist eine respektierte Person in der sandinistischen Gesellschaft. Zur Zeit von Somoza wurden die Techniker und die Akademiker nie geachtet. Sie wurden als Außenseiter, in vielen Fällen als Subversive betrachtet. Heute können die Techniker sehen, daß sie Schlüsselfiguren im gesamten Wiederaufbauprozeß sind.

Die gemischte Wirtschaft und die neuen, am 19. Juli 1981 angekündigten Maßnahmen

Wir bezeichnen unsere Wirtschaft als gemischte Wirtschaft. Wir haben alles Land und alle Eigentümer Somozas nationalisiert. Wir haben die Handelssysteme nationalisiert.
Wir haben den Außenhandel nationalisiert. All dies nennen wir jetzt „Area de Propiedad del Pueblo" (APP, Bereich des Volkseigentums). Dieser Name „Area de Propiedad del Pueblo" unterscheidet sich vom in Chile, Peru oder Kuba gebrauchten Namen, wo man „Bereich des Staates" oder „Bereich des öffentlichen Sektors" sagen würde. Damit wollen wir zeigen, daß dieser Bereich dem Volk gehört. Der Staat ist nicht der Besitzer, er ist nur der Verwalter. Der volkseigene Bereich (APP) kontrolliert weniger als 40 % des Bruttosozialproduktes; 60 % sind im privaten Sektor. Deshalb haben wir hier eigentlich eine gemischte Wirtschaft. Wir haben auf der einen Seite eine Privatwirtschaft und auf der anderen Seite eine öffentliche Wirtschaft. Nur wenige Leute verstehen dies. 80 % der landwirtschaftlichen Produktion sind in Händen des Privatsektors, 75 % der industriellen Produktion gehört ebenfalls dem Privatsektor. Das bedeutet, daß der „freie Markt" und der Kapitalismus noch vorherrschen, auch zwei Jahre nach dem Sieg der sandinistischen Revolution. Was wir zu verändern suchen ist, daß dieser „freie Markt" und dieser Kapitalismus sich ändern zugunsten der Interesse der Mehrheit. Deshalb versuchen wir eine geplante Wirtschaft einzurichten, eine Wirtschaft, welche den Interessen der Mehrheit dienen soll.
In diesem Abschnitt unserer Entwicklung versuchen wir eine geplante gemischte Wirtschaft zu bilden. Einige meinen, daß darin ein Widerspruch bestehe, aber wir meinen, daß dieses politische Programm der nationalen Einheit, des Pluralismus und der gemischten Wirtschaft dann Zukunft hat, wenn diese Wirtschaft sich im Sinne der Mehrheit planen und organisieren läßt. Dies ist das Risiko, das die Sandinistische Front und auch der private Sektor eingehen.
Es ist klar, daß diese Revolution eine Revolution für die Armen ist. Wenn diese geplante gemischte Wirtschaft nicht funktioniert, weil der private Sektor nicht mitmacht, dann wird diese Revolution die nötigen Maßnahmen ergreifen, um, abzusichern, daß diese Wirtschaft der Mehrheit dient. Um diese geplante gemischte Wirtschaft zu organisieren und in Anbetracht, daß der private Sektor die Mehrheit der Produktion, d.h. 80 % des Bodens und 75 % des industriellen Sektors, geht der Bereich des Volkseigentums (APP) eine

wirtschaftliche Alianz mit den mittleren und kleinen Gruppen des privaten Sektors ein: mit den kleinen und mittleren Bauern, den Bauern ohne Land, den kleinen und mittleren Ladenbesitzern, den Handwerkern sowie mit den kleinen und mittleren Produzenten im Industriesektor. Diese wirtschaftliche Alianz verwirklicht sich auf verschiedene Arten. Zum Beispiel, was die finanziellen Kredite betrifft, erhalten die Kooperativen und die Kleinbauern einen Kredit mit niedrigerem Zinssatz als die Großbauern. Anstelle von 20 % bezahlen sie 12 %. Auch den wirtschaftlichen Mechanismus organisieren wir in dieser Allianz mit dem kleinen und mittleren Sektor der Wirtschaft. Auch um ein Gegengewicht zur Macht der Großkapitalisten in Landwirtschaft und Industrie zu bilden.
Auf der anderen Seite organisieren wir die Arbeiter und Bauern, um die Teilnahme dieser Kräfte des Volkes in Richtung der Produktion zu erhöhen. Deshalb organisieren wir Versammlungen für die Wiederbelebung und die Mitbestimmung, in denen die Arbeiter mit den Besitzern und Verwaltern der Unternehmen über die Programme der Produktion, die Finanzierung und die Jahresproduktion sprechen. Damit benützen wir nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische und Mitbestimmungsorganismen. Dies alles bildet die Vorgeschichte der Gesetze und Maßnahmen des 19. Juli 1981.
In diesen zwei Jahren haben wir entdeckt, daß ein bedeutender Teil der Großkapitalisten, der Eigentümer nicht investiert. Früher war der Anteil an privaten Investitionen mehr als 80 %, heute um die 10 % aller Investitionen. Die Mehrheit der Investitionen muß also der öffentliche Sektor leisten. Weil der öffentliche Sektor eine völlig zerstörte Wirtschaft erbte, wird die Mehrheit dieser Investitionen mit ausländischem Kapital und Darlehen geleistet, welche zu sehr günstigen Bedingungen ins Land kamen. Aber dieser ausländische Kapitalfluß kann nicht mehr lange andauern. Deshalb müssen wir einen neuen, internen Sparprozeß einleiten, um mit unserem eigenen Kapital investieren zu können und nicht mit einer Investitionsbasis, welche nur auf ausländischem Kapital gründet.
Erstens fordern wir den Privatsektor auf zu investieren. Zweitens fordern wir, daß sie produzieren. Wir unterstützen den Privatsektor vollständig, auch den großen Privatsektor, damit er produziere. In diesem Jahr finanzierten wir die Produktion der Baumwolle zu 100 % und zu beinahe 100 % die Kaffeeproduktion. Wir garantieren dem privaten Industriesektor die Finanhierung und die nötigen Devisen, um die Produktion zu erhöhen und wiederzubeleben.
Wir fordern vom Privatsektor Investitionen, Produktion und das Ende der Entkapitalisierung. (Am 19. Juli gab es eine scharfe Verurteilung der Entkapitalisierung). Es wurden einige Betriebe beschlagnahmt, welche in den letzten zwei Jahren entkapitalisierten. Die Maßnahmen des 19. Juli bestanden nicht in einer radikalen Nationalisierung, sondern in neuen Maßnahmen, welche die Spielregeln bestimmen. Sie müssen investieren, sie müssen produzieren. Sie werden einen angemessenen Gewinn erhalten, aber sie dürfen nicht entkapitalisieren; wenn sie dies tun, wird ihr Unternehmen beschlagnahmt. Am 19. Juli wurde also die gemischte Wirtschaft definiert und bestätigt. Ebenso wurde eine klare Strafe festgesetzt für jene, welche diese Gesetze, diese Spielordnung nicht einhalten.
Am 19. Juli wurde auch die Agrarreform angekündigt. Die wichtigsten Punkte der Agrarreform sind folgende: erstens werden die brachliegenden Böden an landlose Bauern verteilt. Wir haben 100.000 Bauern ohne Land. Diese Bauern werden für die Produktion von Grundnahrungsmitteln und Viehzucht, in Kooperativen organisiert. Dies ist nicht nur eine Landreform der Verteilung, sondern auch eine Reform der Organisierung. Anstelle mit einzelnen Bauern zu verkehren, werden die Regierung und die Bauern mit organisierten Bauern verkehren. Dadurch sind die Kredite und die technische Beratung viel wirkungsvoller.
Die Agrarzonen bilden den zweiten Hauptpunkt der Reform. In diesen Zonen wird die Regierung die Produktion rationalisieren, denn im Moment gibt es einzelne Landstriche ohne die geringste Rationalisierung in der Produktion. Die Regierung beschlagnahmt den Boden nicht. Dem Privatsektor wird gesagt, daß die Wirtschaft in diesen Agrarzonen rationalisiert werden muß, damit die Produktion gesteigert, die Kosten verringert werden können, usw. Dies ist so etwas wie ein gemischter Plan zwischen der Regierung und dem Privatsektor in diesen landwirtschaftlichen Zonen.
Der dritte Hauptpunkt in diesem Programm heißt PAN (Programm für die nationale Ernährung). Wir planen auf Ende dieses Jahres Selbstversorger zu sein und hoffen, im nächsten Jahr einige Grundnahrungsmittel exportieren zu können. Deshalb ist PAN ein gewichtiger Aspekt des Gesamten Landreformprojektes. Die Bauern werden Land erhalten, die Bauern werde finanzielle und technologische Unterstützung erhalten, und wir werden uns dieses Jahr mit Grundnahrungsmitteln selbstversorgen können. Nächstes Jahr werden wir wahrscheinlich mit dem Export von Grund nahrungsmitteln, vor allem Reis und Mais, beginnen, alles in kleinen Mengen. In zwei Jahren werden wir auch Bohnen exportieren können.
Dies alles sind also nicht nur ökonomische Maßnahmen. Diese Maßnahmen beinhalten einen Grad an Volksbeteiligung, einen Grad an Überwachung und Kontrolle durch das Volk, um die Entkapitalisierung der Großgrundbesitzer und der Industrie zu verteilten. Das ist das gesamte Paket. Am 19. Juli war der wichtigste Punkt die Bestimmung der Spielregeln, mit welchen sich die gemischte Wirtschaft erhalten kann, aber mit bestimmten Auflagen, damit die gemischte Wirtschaft arbeitet und produziert, zugunsten der Mehrheit unseres Volkes.

Auszug aus einem Vortrag von
Xavier Gorostiaga, S.J.
Planungsministerium – Managua

UNTERSTÜTZT DIE PERUANISCHE LEHRERGEWERKSCHAFT SUTEP

Wir haben in den „blättern" Nr. 93 den Aufruf einer Gruppe von Freiburger GEWlern veröffentlicht, in dem zur Unterstützung der Zeitung der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP aufgerufen wird. Die SUTEP, eine der konsequentesten Gewerkschaften Perus im Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen und der demokratischen Rechte des peruanischen Volkes, kann diese Zeitung aus Geldmangel nur unregelmäßig herausbringen (Über die Bedeutung einer Zeitung für eine Gewerkschaft brauche ich nicht viel zu sagen).
Auf diesen Aufruf hin ist bisher sehr wenig Geld eingegangen. Die Gruppe hat uns deshalb gebeten, nochmals auf die Aktion hinzuweisen (das geht vor allem an GEW- und Lehrergruppen!).
Der **AUFRUF** ist als **SONDERDRUCK** kostenlos (bitte Porto beilegen) über uns zu beziehen.

KONTONR. der Gruppe:
GEW-Ortsverband Freiburg
Konto Nr. 1688820, Badische Beamtenbank Karlsruhe (BLZ 660 908 00)
Kennwort SUTEP-Zeitung

KONTAKTADRESSE der Gruppe:
Rainer Overstraeten
Hofackerstraße 20, 7800 Freiburg,
Telefon: 0761 /8 16 19

Nicaragua

Zwischen Kolonialismus und Revolution

Die Indianer Nicaraguas zwischen Kolonialismus und Revolution

Das historische Problem der Indianer Zentralamerikas ist seit der spanischen Eroberung ihr physisches Überleben, Versklavung, Vertreibung und Ausrottung gewesen. Auch die Tieflandindianer der nicaraguanischen Atlantikküste – 150 Tausend Miskito (weitere 100 Tausend leben in Honduras), Sumu, Rama und die ehemaligen Sklaven des englischen Kolonialismus, die sich Creoles nennen, insgesamt sind es etwa 200 Tausend – mußten besonders seit der Annektierung ihrer Miskitia durch den sich formierenden nicaraguanischen Nationalstaat im Jahre 1894 um ihr ökonomisches, ethnisches und kulturelles Überleben kämpfen.

Die Indianer leben in festen Dorfgemeinschaften, die für Jagd, Fischfang und Ackerbau sehr viel Land brauchen. In Familienbewirtschaftung wird ein kleines Stück Urwald abgebrannt, ein paar Jahre genutzt und dann dem Wald zurückgegeben. Für die Indianer ist die Einwanderung der heute schon über 50 Tausend spanischsprachigen Campesinos, die ihrerseits von ihren Feldern auf der Pazifikseite vertrieben und verdrängt wurden, eine Eroberung ihres Landes.
Durch die Ausbreitung der Exportkulturen Kaffee, Zucker, Baumwolle und der Viehzucht auf der Pazifikseite hat sich die Kolonisierung immer weiter nach Osten gedrängt. Südlich der Ortschaft Bluefield sind die neuen Kolonisatoren bereits an der Küste angelangt. Bis auf ein paar Hundert noch überlebender Rama gibt es dort keine Indianer mehr. Was die somozistische Diktatur langfristig wollte, die Indianer zu Lohnarbeitern zu machen, gelang nicht, da sich Somoza zu den Volkskämpfen in den 70er Jahren nicht noch einen Konfliktherd schaffen wollte. Die Politik der Diktatur ging Hand in Hand mit dem Ausverkauf der Naturressourcen an die imperialistische USA. Dennoch konnte die Diktatur die Küstenbewohner mit einer gewissen Portion Paternalismus und Freiräumen neutrlaisieren, weil die Kolonisierung insgesamt noch nicht an den Atlantik vorgedrungen war und Gold, Holz und Langusten nur in Enklaven ausgebeutet wurden.

Eine Kolonie innerhalb einer Kolonie

Die Revolution hat diese Politik der Diktatur geerbt: der Paternalismus wie die interne Kolonisierung. Die kämpfe zwischen sandinistischem Volkswiderstand und Somozismus spielten sich nur auf der Pazifikseite ab und wurden von den Küstenbewohnern als Kämpfe zwischen „Spaniern" angesehen (wie sie alle Mestizen und Weißen von der Pazifikseite nennen). Dies hat bewirkt, daß sich Indianer und Creoles mit dem Befreiungskampf nicht identifizieren konnten. Doch das heißt nicht, daß die Somozisten bei den Indianern politischen Einfluß gehabt hätten. Denn die Indianer haben sich nie wirklich als Bewohner Nicaraguas gefühlt, ihr Land ist „die Küste" Sie haben die Erfahrung gemacht, daß jeder „Spanier", der von ihnen etwas



will", zunächst einmal ein Eindringling und ein Kolonisator ist.
Die Atlantikküste war eine Kolonie innerhalb der Kolonie Nicaragua in diesem Jahrhundert. Damit zu brechen ist Bedingung für die noch ausstehende Revolution in der Miskitia. Eine Organisation, das „Bündnis der Indianer mit den Sandinisten" MISURASATA, gegründet auf Basis der neuen Organisationsfreiheit in der sandinistischen Revolution, hat sich zum Ziel gesetzt, die Selbstbestimmung der Indianer innerhalb Nicaraguas durchzusetzen. Durch die massive Beteiligung von Indianern und Creoles am revolutionären Prozess besonders auf lokaler Ebene will sie verhindern, daß die Küste weiter kolonialisiert wird. Die Indianergemeinden wollen ihren „indianischen Sozialismus" der kollektiven Führung, der Familienwirtschaft, der (noch) klassenlosen Gesellschaft, bei der keine Familie reicher oder ärmer ist als die andere, und ihren mit den alten Indianerreligionen durchsetzten Protestantismus beibehalten und verteidigen. Dennoch wird es ohne Zusammenarbeit der beiden Nicaragua, des sandinistischen und des indianischen nicht gehen. Sie machte in den ersten beiden Jahren nach dem Sturz Somozas wichtige Erfolge möglich: Nach den Verstaatlichungen der Goldminen und Fischereiindustrie wird nun an der Verbesserung der Infrastruktur der Atlantikküste gearbeitet, die erste Straßenverbindung zwischen den beiden Küsten wird noch in diesem Jahr fertig; MISURASATA ist im parlamentsähnlichen Staatsrat beteiligt; Indianer und Creoles

sollen ihre Grundschulausbildung auch in der Muttersprache erhalten, in der auch die Alphabetisierungskampagne abläuft.
Doch heute sieht es so aus, als ob die gewaltigen ökonomischen Probleme, die die sandinistische Revolution lösen muß, das Anderssein der indianischen und schwarzen Bevölkerung in den Hintergrund drängen. Nicaragua braucht heute die natürlichen Reichtümer der Atlantikküste für den Export: Gold, Edelhölzer, Langusten und Krabben.

Auch die Sandinisten brauchen das Indianerland

Und wenn die ersten umfassenden Pläne zur Diversifizierung der Wirtschaft anlaufen werden, dann wird die Atlantikküste eine entscheidende Stelle darin einnehmen. Denn sie ist fast der einzige Landesteil, wo es noch „freies Land" gibt.
Seit Oktober 1980 wurde die Frage der Anerkennung des indianischen Gemeindelandes und damit das ganze Konzept der Integration der Atlantikküste zum Konfliktpunkt: „Wir Menschen sind nur Gäste im großen Wald", sagen die Miskito. Obwohl schon größere Gebiete des Primärwaldes durch den Raubbau der Engländer und US-Amerikaner zerstört wurde, macht der tropische Urwald (der sich mit seinem sauren Boden zu intensivem Ackerbau nicht eignet), immer noch den Großteil der Miskita aus. Indianer kennen keinen privaten Landbesitz, und so lag es für die Sandinisten nahe, praktisch die gesamte Region zum Staatsbesitz zu erklären. In Verhandlungen zwischen MISURASATA und der Regierung deutete sich dann eine Einigung an: Die Indianerbewegung sollte eine juristische Studie sowie Karten der beanspruchten Ländereien erarbeiten. Wenige Tage vor dem vereinbarten Abgabeterim Ende Februar 1981 wurde die gesamte Führung von MISURASATA unter dem Vorwurf des Separatismus verhaftet. MISURASATA fordert aber keine Loslösung von Nicaragua, sondern die Aufhebung der Fremdbestimmung, die Beteiligung an den Lokalverwaltungen, mehr Sitze im Staatsrat (bisher ist es einer) und das Auswechseln von indianerfreindlichen Beamten und Militärs. Die Anklage wurde nach zwei Wochen fallengelassen und die Indianerführer freigelassen.
Im März flüchteten jedoch etwa 3000 Miskito ins angrenzende Honduras, nachdem das sandinistische Heer begann, alle größeren Ortschaften der Miskitia unter scharfe militärische Kontrolle zu stellen.
Am liebsten würden die Indianer ihre „alten Rechte" wiederbekommen. Viele träumen noch vom Königreich Miskitia, dessen relativ autonome Verwaltung vom 17. bis 19. Jahrhundert eine strategische Basis der englischen Kolonialmacht gegen die Spanier gewesen war. Daß diese Epoche vorbei ist, daß sie eben nicht mehr allein an der Atlantikküste sind, haben die Indianer gelernt. Was sie heute wollen, ist Zusammenleben: die Indianer und Creoles mit den 20 % spanischsprachigen Nicaraguanern der Küste.
Die sandinistische Revolution hat demgegenüber guten Grund, skeptisch zu sein: Die Indianer haben eine über 400 Jahre lange bittere Tradition im Kampf gegen alle, die spanisch sprechen. Am undurchdringlichen Urwald und an ihrem Widerstand scheiterte schon die spanische Conquista (Eroberung).

Das Mißtrauen blüht

Vor allem aber steht die nicaraguanische Revolution heute unter dem Druck äußerer Feinde. Mehrere Tausend Ex-Nationalgardisten Somozas warten in Honduras nur darauf, Washingtons Zustimmung für eine Invasion zu bekommen und ständig gibt es Überfälle im Norden der Pazifikseite. Die von den USA abhängigen repressiven Militärdiktaturen an Nicaraguas nördlicher Grenze sind eine reale Gefahr, die die Revolution zur massiven Demonstration ihrer Verteidigungskraft zwingt.
Daß die Haltung der Sandinisten zwar vielfach von gutem Willen, fast immer aber noch durch Mißtrauen geprägt ist, erklärt sich aus den kulturellen und historischen Unterschieden zwischen den beiden Küsten. Die Indianer und Creoles wiederum verstehen nicht, warum für die Sandinisten die Alternative „Revolution oder Konterrevolution" heißt. Solange sie noch nicht konkret sehen, was für sie die Revolution bedeuten wird, können sie das wohl auch nicht. Doch für viele im Frente Sandinista macht sie gerade das zu potentiellen Bündnispartnern einer Konterrevolution. Die Miskito haben sich auch gegen die Spanier mit den Engländern verbündet, die ihnen innere Autonomie zusichern konnten. Der FSLN weiß zudem, daß es die rechte Opposition nichts kostet, den Küstenbewohnern Versprechungen zu machen.
Die nächste Zukunft der Atlantikküste kann noch nicht Revolution heißen. Zu groß ist jetzt die Distanz und das Mißtrauen auf beiden Seiten. Der Abbau der Spannungen durch ein größeres Verständnis der jeweiligen historischen Bedingungen, die für Sandinisten wie Indianer und Creoles die Sichtweise der Revolution bestimmen und ein Aufeinanderzugehen in der Frage des indianischen Gemeindelandes, werden die Voraussetzungen dafür sein, daß die sandinistische Revolution auch die indianische und schwarze Revolution Nicaraguas möglich macht.

Michael Rediske/Robin Schneider

Die Schwierigkeiten der MISURASATA

Am 10. und 11. Juli fand in der indianischen Gemeinde Tuapi eine Vollversammlung der Vertreter der indianischen Gemeinden (communidades indigenas) der nicaraguensischen Atlantikküste statt. Diese Versammlung hatte mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, unter anderem weil das ehemalige Mitglied der MISURASATA, Steadman Fagoth, über den konterrevolutionären Sender „15. September" von Honduras aus die Indianer aufgerufen hatte, die Vollversammlung zu boykottieren.
Nachfolgend veröffentlichen wir eine Presseerklärung der MISURASATA zu den Aktivitäten des Steadman Fagoth.

„Die Leitung der indianischen Organisation der Atlantikküste von Nicaragua, MISURASATA, gibt in Bezug auf die Pressekonferenz von Steadman Fagoth am 24. Juli gegenüber unserem indianischen Volk dem Volk Nicaraguas und den Brüdervölkern in aller Welt folgende Erklärung ab:

1. Wenn Steadman Fagoth das Problem der communidades indigenas ausnutzt, um sich als „einziger Verteidiger indianischer Interessen" hinzustellen, dann handelt er in Mißachtung derjenigen Vertreter der Organisation, die ihr Volk wirklich lieben und für seine Interessen im Lande kämpfen.
2. Steadman Fagoth verwechselt die Interessen des indianischen Volkes mit denen der Konterrevolution. Dazu erklären wir, daß die indianischen Interessen in hohem Maße revolutionär sind, weil sie von gerechten Forderungen getragen werden, die nicht der Manipulation anheimfallen dürfen.
3. Es ist verwunderlich, daß Steadman Fagoth den Aufruf an die Exil-Nicaraguenser richtet, wo unser indianisches Volk sich darüber im Klaren ist, daß es sich hier um seine unmittelbaren Feinde, wie auch die Feinde der Revolution handelt.
4. Der Imperialismus manipuliert in unverschämter Art und Weise die Lage unserer geflohenen indianischen Brüder in Honduras, um sie für seine interventionistischen Interessen zu mißbrauchen.

Wir bitten dringend alle internationalen Organisationen zur Unterstützung der Indianer, den Absichten Steadman Fagoths kein Gehör zu verschaffen und die gerechten Forderungen zu unterstützen, die unser indianisches Volk an die Revolutionäre Regierung Nicaraguas stellt.

Managua, den 27. Juli 1981"

(Übersetzung: d. Red.)

Es folgt ein Auszug aus dem Protokoll der Vollversammlung der Führer und der indianischen Gemeinden der Organisation MISURASATA am 10. und 11. Juli in Tuapi. Nach der Übersicht über die behandelten Tagesordnungspunkte und der Darstellung der Schwierigkeiten des Treffens aufgrund des Aufrufs von Steadman Fagoth, gibt MISURASATA eine Einschätzung der Lage

Zur gegenwärtigen Lage

Die Organisation MISURASATA an der Atlantikküste unseres Landes befindet sich gegenwärtig in schwieriger Lage. Sie ist auf die äußere Krise (des Landes – d. Red.) zurückzuführen, die wir seit Februar dieses Jahres erleben. Sie wird noch weiter kompliziert durch die massive Flucht unserer indianischen Brüder nach Honduras. Gegenwärtig leben dort mehr als 3000 Miskitos, die in absehbarer Zeit keine Möglichkeit haben werden, in ihre Heimat zurückzukehren. (Internationale Organisationen gehen dazu über, die Indianer in Zusammenarbeit mit der nicaraguensischen Regierung entschieden und offensiv zu unterstützen).

Hinzu kommt, daß konkrete Antworten auf die indianischen Probleme und Bedürfnisse von Seiten der staatlichen Stellen bisher ausblieben.

Zudem sind die Führer der Organisation starken Repressionen durch das Militär (Seguridad del Estado) ausgesetzt was sie in ihrer Arbeit behindert. So legt das Militär den im Land verbliebenen indianerführern zur Last, daß Steadman Fagoth und andere die nach Honduras geflüchteten Miskitos im Dienst der Konterrevolution betrügen.

Dennoch fordern wir, die Mehrheit der Indianerführer, von der Revolutionären Regierung die Rückgabe von indianischem Territorium. Dabei beziehen wir uns auf das Gesetz zur Landreform, das die Regierung in den vergangenen Tagen herausgebracht hat..."

(Übersetzung: d. Red..)



Stadtteilarbeit in den Barrios von Caracas

Probleme und Aussichten



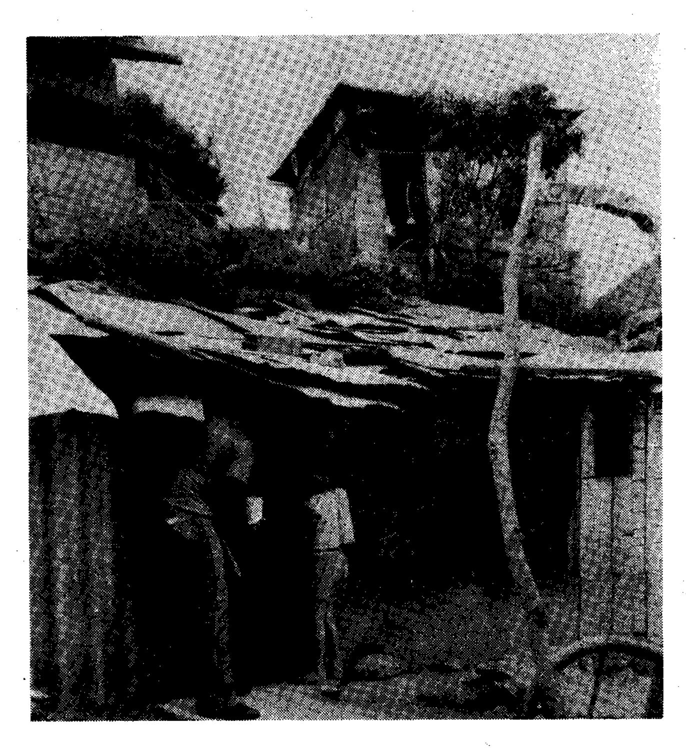
In der Diskussion über die politische Entwicklung in Lateinamerika ist seit einiger Zeit ein wachsendes Interesse für soziale Kämpfe und Bewegungen festzustellen, die außerhalb und am Rande des von den Parteien und Gewerkschaften dominierten Handlungsspielraums stattfinden. Hierzu gehört auch, daß man sich stärker als zuvor mit den mehr oder weniger selbständigen Aktions- und Organisationsformen der in den städtischen Elendsvierteln lebenden Marginal- und Arbeiterbevölkerung beschäftigt. Was hat dieses Interesse ausgelöst? Hat sich unsere Wahrnehmungsperspektive verändert, oder trifft es zu, daß dieses Interesse den realen Bedeutungszuwachs solcher Bewegungen widerspiegelt? Wahrscheinlich kommt beides zusammen. Zum ersten: Unsere Erfahrungen bei den Stadtteil- und Ökobewegungen in der BRD, haben unseren Blick geschärft für vergleichbare Entwicklungen in anderen Ländern und Kontinenten. Auch wenn die sozialen und politischen Bedingungen in Lateinamerika anders sind, so halten wir doch nun verstärkt auch dort Ausschau nach Bewegungen, die „von unten" kommen, von der „Basis" ausgehen und von dieser getragen werden. Die Gefahr der politischen Fehleinschätzung ist dabei zweifellos gegeben, zumal dann, wenn man sich bei seinen Beobachtungen von den hiesigen Maßstäben „alternativer" politischer Kultur leiten läßt. Zum zweiten: Zwar sind der Kampf und der Widerstand der marginalisierten Volksschichten auf dem Lande und in der Stadt nicht neu. Dennoch spricht einiges dafür, diese Bewegungen heute in einem etwas anderen Licht zu sehen angesichts der in fast allen Ländern Lateinamerikas zu beobachtenden Tendenz einer zunehmenden Massenverelendung und der verstärkten Unterdrückung politscher und gewerkschaftlicher Organisationen. Sie sind Ausdruck und Gradmesser des sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen zuspitzenden Klassenkonflikts.

Zur Situation in Venezuela

Obwohl Venezuela (vgl. iz3w, Nr. 93, Mai 1981, S. 52 – 55), privilegiert durch seine Erdölressourcen, nach wie vor das in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht stabilste Land Südamerikas ist, gibt es auch hier neuerdings Anzeichen für eine Verschärfung der Klassenkämpfe. Im Zusammenhang damit läßt sich eine verstärkte Bereitschaft zur Mobilisierung und Organisierung auch unter den Bewohnern der städtischen „Elendviertel" erkennen. Wodurch ist diese Entwicklung zu erklären? Mehrere Faktoren kommen zusammen.
Nach einem seit Anfang der 60er Jahre relativ ungestört verlaufenen Prozeß wirtschaftlichen Wachstums, der Reallohnsteigerungen, einen starken Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine allgemeine Anhebung des Lebensniveaus zur Folge hatte, beginnt sich die Entwicklung ab Mitte der 70er Jahre umzukehren. Die Krise kündigt sich an durch negative Handels- und Zahlungsbilanzen, zunehmende Staatsverschuldung, Versorgungsschwierigkeiten und steigende Inflationsraten (gegenwärtig über 20 %). Die christdemokratische Regierung von Luis Herrera Campins, die 1979 die Geschäfte übernimmt, versucht dieser Tendenz mit den in anderen Ländern Lateinamerikas bereits hinlänglich erprobten Mitteln neoliberaler Wirtschaftspolitik zu begegnen (Aufhebung von Preisbeschränkungen, Öffnung des Inlandsmarktes für ausländische Waren und Investitionen, etc.). Dies zeitigt die bekannten Folgen: Zunahme der Arbeitslosigkeit, Verteuerung der Grundnahrungsmittel, Reallohneinbußen. Als Protest gegen diese Politik kommt es im November 79 in Caracas und in anderen Industriestädten des Landes zu den seit 20 Jahren mit Abstand größten Demonstationen, die von Polizei und Militär gewaltsam aufgelöst werden. Das Volk kommentiert die propagandistische

Selbstdarstellung der Regierung als „Regierung der Armen" seitdem nur noch mit Spott.

Der wirtschaftliche Wachstumsprozeß der vergangenen zwei Jahrzehnte ist einhergegangen mit einer steilen Zunahme der städtischen Bevölkerung. Venezuela ist heute mit einem Verstädterungsgrad von fast 80% eines der am stärksten urbanisierten Länder der Welt. Diese Entwicklung, die ungeplant verlief und nicht von einem entsprechenden Ausbau der Infrastruktur begleitet war, hat in den letzten Jahren zu einer zunehmenden Verschlechterung der städtischen Lebensbedingungen geführt (Wassermangel, fehlende Abwasser- und Abfallbeseitigung, Krise des öffentlichen Nahverkehrs, etc.). Von dieser Entwicklung wurde vor allem die arme Bevölkerung getroffen. Um das zu beschreiben, will ich kurz auf die Bedingungen in Caracas eingehen, wo die Folgen des städtischen Wachstums besonders deutlich werden.

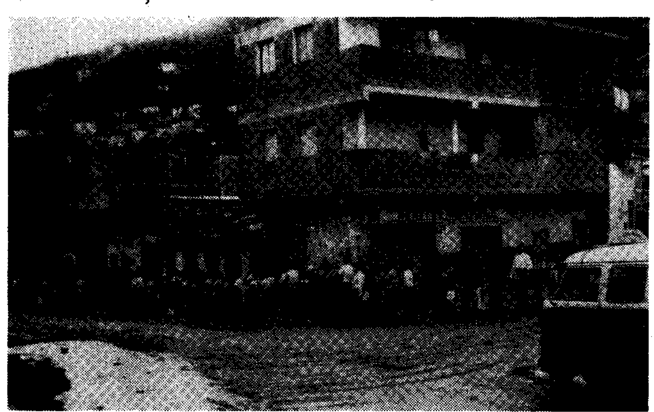


Zur Situation in Caracas

In Caracas leben derzeit über 3 Mill. Menschen, was einem Anteil von 22% an der Gesamtbevölkerung Venezuelas entspricht. Davon wohnen rd. 1,4 Mill. (45%) in den Barrios, jenen durch Landbesetzungen entstandenen Siedlungen, die bei uns mangels eines besseren Ausdrucks – häufig etwas vorschnell – auch als „Elendsviertel" bezeichnet werden.

In den vergangenen 20 Jahren ist der Anteil der Barriobevölkerung stark gestiegen. Das hat seine Ursache vor allem in der Bodenspekulation und der daraus resultierenden exklusiven Struktur des städtischen Wohnungsmarktes, zu dem nur die Mittel- oder Oberschicht Zugang hat. Zwischen 70 und 80 % der jedes Jahr neu in die Stadt strömenden Bevölkerung ist gezwungen, sich ihre Bleibe in den Barrios zu suchen. Durch die Zerstörung der im Stadtkern gelegenen eingeschössigen Wohnviertel, die gemäß der kapitalistischen Logik rentableren Objekten (Hochhäusern) weichen müssen, sowie durch die Verknappung und Verteuerung des Wohnraums – 2- oder 3-Zimmerwohnungen sind derzeit kaum noch für Monatsmieten von unter 1.500 DM zu bekommen –, werden in zunehmendem Maße auch Familien aus der unteren Mittelschicht in die Barrios abgedrängt. Verstärkt wird diese Tendenz dadurch, daß Sozialwohnungen, die für die „einkommenschwächeren" Familien erschwinglich wären, praktisch nicht mehr gebaut werden.

Aufgrund der besonderen geographischen Lage sind der Expansion von Caracas natürliche Grenzen gesetzt. Die Stadt erstreckt sich über ein etwa 1000 m schmales Haupttal und mehrere kleine Seitentäler. Sie wird von einer Gebirgs- und Hügellandschaft eingeschlossen, die zum Teil Steigungen von über 40° aufweist. In den zurückliegenden Jahren des Wachstums sind die freien Flächen, die noch für eine Urbanisierung zur Verfügung stehen, auf kleine Inseln zusammengeschrumpft. Entsprechend stark sind die Bodenpreise in die Höhe geschnellt. Die Folgen dieser Entwicklung bekommt die Barriobevölkerung auf mehrfache Weise zu spüren. Zum einen ist die Regierung dazu übergegangen, keine weiteren Landbesetzungen mehr zuzulassen. Kommt es dennoch zu Besetzungsversuchen, so sind die staatlichen Repressionsorgane sofort zur Stelle, um die Besetzer mitsamt ihren wenigen Habseligkeiten zu vertreiben, sie ins Landesinnere abzuschieben oder bestenfalls in Obdachlosensiedlungen, Barracken ohne Wasser und Kanalisation, einzuquartieren. Zum anderen wächst der Druck auf jene Barrios älteren Ursprungs, die noch auf Böden errichtet wurden, die heute von der Spekulation als Standorte für profitträchtige Urbanisierungsprojekte ins Auge gefaßt werden. Zwar hat es Zwangsumsiedlungen größeren Stils in der letzten Zeit nicht gegeben, doch die Pläne hierzu existieren, und die Bewohner der betroffenen Barrios wissen aus Erfahrung um die ihnen drohende Gefahr. Es wäre nicht das erste Mal, daß sie vertrieben würden.



Unter den genannten Umständen – Wachstum der Barriobevölkerung bei gleichzeitiger Verknappung des Bodens – werden immer mehr Familien dazu gezwungen, auf ökologisch immer ungünstigere Siedlungsgebiete auszuweichen, sei es, daß sie in Randgebiete abgedrängt werden fernab von den Arbeitsstätten und den städtischen Dienstleistungen, oder daß sie sich auf den oberen Hängen der stadtnah gelegenen, größtenteils aber schon besiedelten Hügel niederlassen müssen, wo eine nachfolgende Urbanisierung schwierig und teuer ist und wo das Wohnen eine Gefährdung für Leben und Gesundheit darstellt. Eine kürzlich erstellte offizielle Studie zur Situation der Barrios in Caracas hat ergeben, daß nahezu ein Drittel aller Barrios hinsichtlich ihrer geotechnischen Bedingungen als „instabil" eingestuft werden müß. Das bedeutet, daß die dort lebende Bevölkerung Gefahr läuft, über kurz oder lang ihre „ranchos" durch Erdrutsche, die meistens durch starke Regenfälle ausgelöst werden, zu verlieren. Die Regierung versucht seit einiger Zeit, durch Umsiedlungsaktionen Katastrophen größeren Ausmaßes vorzubeugen. Diese Programme scheitern jedoch an den Kosten und an dem Widerstand der Betroffenen, die zu Recht befürchten, daß die vom Staat bereitgestellten Notquartiere zu einer Dauereinrichtung werden könnten.

Dadurch, daß einer weiteren Ausdehnung der Barrios durch die ökologischen Bedingungen und durch die staatliche Politik Grenzen gesetzt werden, sind die Barrios in

den vergangenen Jahren verstärkt auch in vertikaler Richtung, d.h. durch Aufstockung gewachsen. Zwei- bis dreistöckige Wohnhäuser prägen heute das Erscheinungsbild der meisten älteren Barrios, äußeres Zeichen einer zunehmenden „Urbanität". Das heißt: Immer mehr Barriobewohner leben auf dem enger werdenden Raum. Dadurch entstehen aber neue Probleme, denn die materielle und soziale Infrastruktur (Straßenführung, Wasserversorgung, Schulen etc.) ist in der Regel einer solchen Entwicklung nicht gewachsen. Auch in diesen „gefestigten" Stadtteilen verschlechtern sich daher die Lebensbedingungen. Immer mehr Familien sind gezwungen, Wohnraum anzumieten. Doch die Wohnungsknappheit führt dazu, daß die Mieten nun auch in den Barrios in die Höhe schießen. Diejenigen, die das Geld dafür nicht aufbringen können, behelfen sich, indem sie auf einem zunehmend engeren Raum zusammenleben.



Verstärkte Basisaktivitäten der Linken

Parallel zu den beschriebenen Entwicklungen hat es auch auf der politischen Ebene Veränderungen gegeben. Der venezolanischen Linken ist es trotz ihrer ideologischen Schwäche und organisatorischen Zersplitterung gelungen, im Laufe der 70er Jahre einigen Boden gegenüber den beiden staatstragenden Parteien ACCION DEMOCRATICA und COPEI gutzumachen, nachdem sie durch das Scheitern der Guerillabewegung Anfang der 60er Jahre nahezu gänzlich von der politischen Bildfläche verschwunden war. So erreichte ein Bündnis aller Linksparteien bei den Gemeinderatswahlen von 1979 in Caracas einen Stimmenanteil von 20 % (Parlamentswahlen 1978: 12 %). Dies ist zum einen auf die zunehmend ablehnende Einstellung der Bevölkerung gegenüber den beiden großen Parteien zurückzuführen, deren Ansehen durch ihre Verwicklung in Korruptionsaffären und ihre Unfähigkeit, die sozialen Probleme des Landes zu lösen, stark gelitten hat. Zum anderen liegt das aber auch daran, daß die Linke in den vergangenen Jahren ihre Basisarbeit –zumal im kommunalen Bereich – erheblich verstärkt hat. Sie scheint dabei aus vergangenen Fehlern gelernt zu haben:

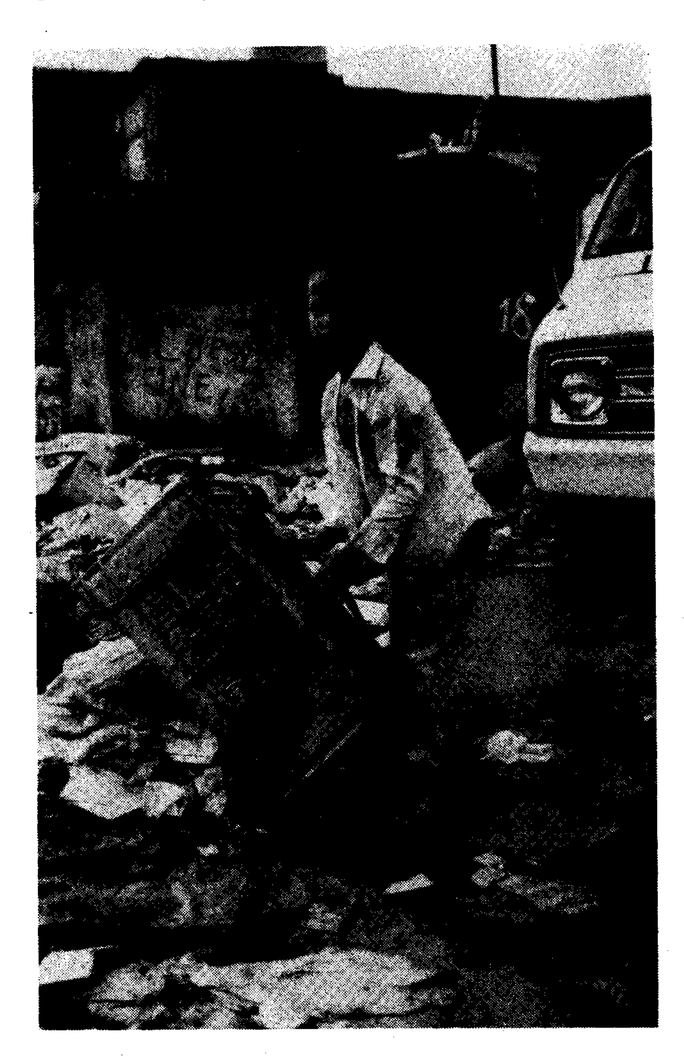
In Venezuela sind seit Ende der 60er Jahre alle Linksparteien legal und können sich an Wahlen beteiligen. Dies hat lange Zeit zu einer Orientierung auf bloßen Stimmenfang geführt. Statt kontinuierliche Basisarbeit zu betreiben, erschienen die Kader der linken Parteien genau wie die der bürgerlichen nur jeweils vor den Wahlen in den Barrios und versuchten, das Volk mit Versprechungen an die Urnen zu treiben. Nach den Wahltag verschwanden sie wieder (Siehe „Blätter des iz3w" Nr. 75, S. 11 – 13). Dieser Stil wurde auch durch die geringe Verwurzelung der Linken in den Barrios begünstigt. Sowohl die Mitglieder als auch die Wähler der Linken entstammen großenteils der Mittelschicht.

Basisarbeit in den Barrios wird nun auch nicht mehr nur als Mittel der Kaderrekrutierung verstanden, wie es der Politik der Kommunistischen Partei in den 60er Jahren entsprach. Man versucht statt dessen, die Politik stärker an den aktuellen Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten und nicht an abstrakten objektiven Interessen. Den linken Parteien kommt dabei entgegen, daß die Wirkung der sozialen Demagogie der herrschenden Parteien nachgelassen hat. Eine neue, in der Stadt aufgewachsene Generation, die die Guerilla-Zeit nicht bewußt miterlebt hat und sich heute wenig Hoffnungen auf einen sozialen Aufstieg machen kann, ist weniger leicht zu manipulieren und nicht so anfällig für antikommunistische Propaganda. Es ist deshalb kein Zufall, daß die Jugendlichen in der Stadtteilarbeit eine zentrale Rolle spielen.

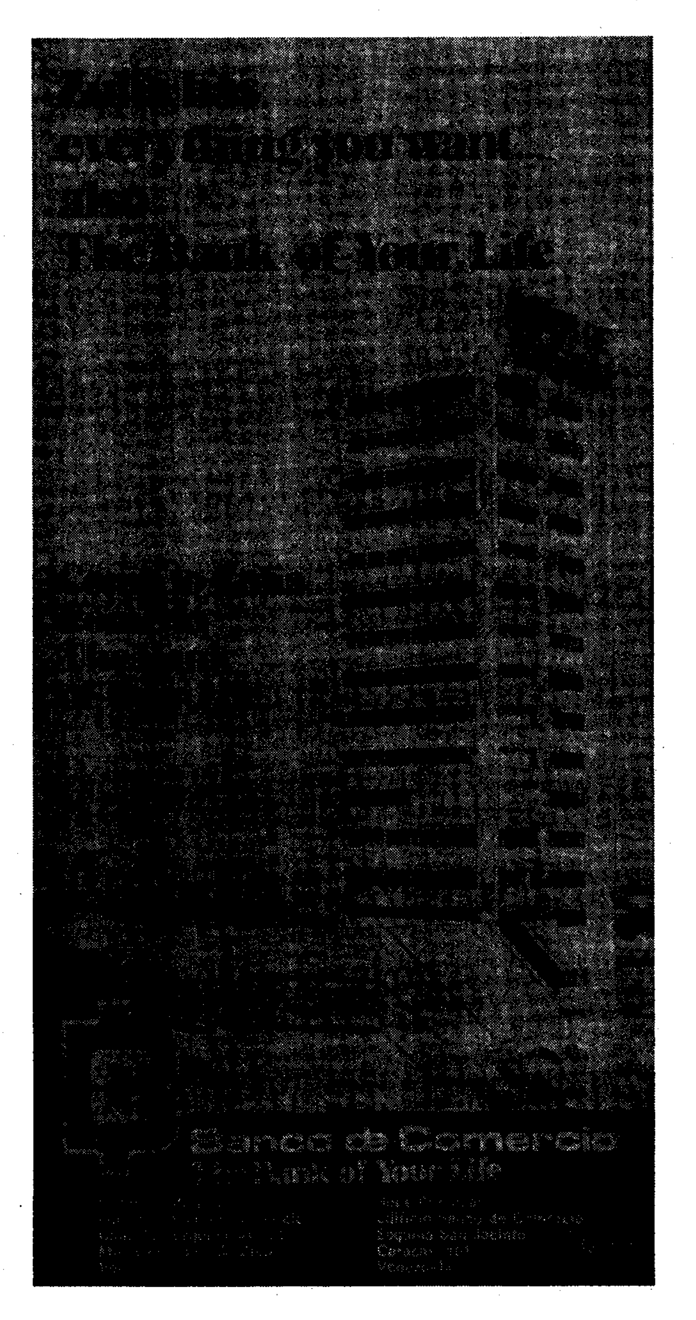
Bedingungen und Probleme der Stadtteilarbeit

Trotz einer allseits zu beobachtenden Zunahme der Konflikte, Kämpfe und Aktivitäten im Stadtteilbereich erscheint es dennoch fraglich, ob hier bereits von einer „neuen" sozialen Bewegung gesprochen werden kann. Bezeichnend für den derzeitigen Stand dieser Bewegung ist, daß die verschiedenen in den Barrios operierenden Gruppen und Organisationen meist schon nach kurzer Zeit zerfallen, und es bisher auch nicht geschafft haben, sich längerfristig zu überlokalen Kommitees zusammenzuschließen, obwohl es an Initiative dazu nicht gefehlt hat. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, daß ihr Einfluß gemessen am Rückhalt in der Barriobevölkerung sowie am Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Staat i.a sehr gering ist, geringer jedenfalls als der, den sich vergleichbare Gruppen, Nachbarschaftsvereinigungen und Bürgerinitiativen, in den Wohngebieten der Mittelklasse aufbauen konnten. Um dies zu erklären, muß man auf die Hindernisse eingehen, die der Stadtteilarbeit und der Organisation der Barriobewohner im Wege stehen:

Eine der Ursachen für die geringe Organisationsbereitschaft der Barriobewohner liegt in ihrer verschiedenartigen sozialen Zusammensetzung. Auch wenn das Einkommen der Barriobevölkerung insgesamt weit unter dem des städtischen Durchschnittes liegt, gibt es erhebliche Unterschiede. In dem Barrio, wo ich ein Jahr lang gewohnt habe, reichte die Spanne des monatlichen Familieneinkommens von 500 Bolivares (etwa 250 DM) bis zu 16000 Bolivares (etwa 8000 DM). Nicht jeder, der im Barrio lebt, ist allein deswegen schon ein „Marginaler". Außer den marginalisierten Schichten des städtischen Proletariates wohnen hier der größte Teil der Industriearbeiterschaft sowie Teile der unteren Mittelschicht (Angestellte mit einem niedrigen Qualifikationsgrad, Techniker und Lehrer) und ein kleiner Teil des städtischen Kleinbürgertums (kleine Gewerbetreibende). Diese sozialen Unterschiede kommen im Aufbau der Barrios zum Ausdruck. Nicht nur, daß die Lebensbedingungen zwischen den verschiedenen Barrios beträchtlich voneinander abweichen, auch innerhalb eines Barrios bestehen Unterschiede, besonders in der Art der Behausungen und der Wohnungseinrichtung. Zwei- bis dreigeschossige Steinhäuser mit komfortabler Innenausstattung (Waschmaschine, Warmwasser, Stereoanlage etc.) wechseln sich ab mit Bretter- und Wellblechhütten, in denen der einzige „Komfort" ein schlecht funktionierender Fernsehapparat ist. Die soziale Schichtung innerhalb der Barriobevölkerung äußert sich besonders in der Wohnlage: Obwohl es gesetzlich verboten ist, findet in den Barrios ein schwunghafter Immobienhandel statt. Auch wenn den Barriobewohnern das Grundstück, auf dem sie wohnen, nicht gehört, bemißt sich der Preis eines Hauses nach seiner ökologischen Lage.



So sorgt auch hier, in den marginalen Stadtvierteln, der Marktmechanismus dafür, daß die Ärmeren in die schwer zugänglichen und schlecht ausgestatteten Zonen abgedrängt werden. Die Barrios zerfallen daher in verschiedene Sektoren, die unterschiedliche Probleme aufweisen und zwischen denen daher nur schwache kommunale Bindungen bestehen. Während der eine Sektor bereits an Wasser und Kanalisation angeschlossen ist, ist es der andere noch nicht; die einen erreichen ihre Hütten auf steilen unbefestigten Wegen, die anderen haben dagegen eine Straße vor der Tür. Da der Marktmechanismus für eine Aufgliederung innerhalb der Barriobevölkerung sorgt, wohnen die Ärmeren in den schwer zugänglichen und schlechter versorgten Sektoren. Im Zuge solcher Differenzierungsprozesse sind die gemeinsamen Interessen gering, und die Möglichkeit solidarischer Aktionen verringert sich. Die auftretenden Probleme sind entweder zu „klein" – betreffen nur einen Teil der Barriobewohner –, als daß sie eine kollektive Anstrengung des gesamten Barrios erforderten, oder sie sind zu „groß" – greifen über das einzelne Barrio hinaus –, als daß sie im lokalen Rahmen zu lösen wären.
Ein anderer wichtiger Faktor ist, wie die Barriobewohner ihre Situation selbst bewerten. Als Europäer kann man hier leicht falsche Maßstäbe ansetzen. Armut ist in Venezuela nichts Neues; sie hat eine lange Tradition – auf dem Lande wie in der Stadt. Sie kommt daher den Betroffenen nicht unbedingt als Produkt einer sozialen Krise zu Bewußtsein. Zum Teil ist man daran „gewöhnt", hat sich kulturell darauf eingestellt. Auf der anderen Seite sind durch den schnellen Wandel, ausgelöst durch Ölreichtum und Industrialisierung, aber auch Erwartungen und Hoffnungen wachgerufen worden, dem Elend entrinnen zu können. In dem Maße, wie dieser Wunsch teilweise in Erfüllung geht, trägt dies zu einer positiven Identifikation mit den herrschenden Verhältnissen bei. Unter solchen Bedingungen kann Armut von den Betroffenen leicht umgedeutet werden zur „verpaßten Chance", zum „individuellen Versagen", Interpretationen also, die resignative Einstellungen begünstigen. Ohnehin in ihrem Selbstbewußtsein geschwächt aufgrund der herrschenden Vorurteile und der diskriminierenden Behandlung, der sie durch die Gesellschaft ausgesetzt sind, werden sie so zum leichten Opfer der entfremdenden Einflüsse der von den Medien verbreiteten Konsumideologie und der von religiösen Sekten propagierten Heilslehren. Je nach den sozialen Erfahrungen, die sie machen, und unabhängig von dem Grad ihrer gesellschaftlichen Integration, entwickeln sich daher bei den Barriobewohnern unterschiedliche Bewußtseins- und Interessenlagen. Konformismus, Aufsteigermentalität und Resignation liegen dicht beieinander. Ein einheitliches Bewußtsein existiert dabei ebensowenig wie eine einheitliche Klassenlage. Allein die Tatsache, gemeinsam im Barrio zu wohnen, schafft wenig Gemeinsamkeiten. Die Barriobewohner sehen ihr Verhältnis zur Gesellschaft nicht ausschließlich und auch nicht vorrangig durch die Wohn- und Siedlungssituation bestimmt. Die Identifikation mit dem Barrio, erkennbar etwa daran,



ob man sich für die Angelegenheiten der Barrios verantwortlich fühlt, ist erstaunlich gering. Das Wohnen im Barrio wird vom einzelnen vor allem unter dem Aspekt gesehen, daß es ihm die Möglichkeit verschafft, sich in Übereinstimmung mit seiner je nach Zeitumständen variierenden ökonomischen Situation eine eigene Hütte zu bauen, die ihm gleichzeitig die Bildung von Eigentum ermöglicht. Dieses Recht, das ihn mit einem gewissen Maß an Unabhängigkeit ausstattet, versöhnt ihn zum Teil mit den bestehenden Zuständen.

Konflikte zwischen den Barriobewohnern

Der Konflikt mit der Gesellschaft kann leicht durch die zwischen den Barriobewohnern aufbrechenden nachbarschaftlichen und kommunalen Konflikte in den Hintergrund gedrängt werden. Diese Konflikte, soweit sie nicht einfach auf persönlichen Rivalitäten und Antipathien beruhen, sind zum überwiegenden Teil durch die besonderen Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen der Barrios verursacht. Auf den europäischen Besucher machen die Barrios den Eindruck von Anarchie, Chaos und Schmutz. Eines der elementarsten Prinzipien von Urbanität scheint zu fehlen: es gibt keine erkennbare Ordnung, keinen Plan; die Straßenführung erscheint beliebig, die Siedlungsanlage strukturlos, das Wachstum unkontrolliert; vieles scheint der individuellen Willkür und dem Zufall überlassen. Doch darf fehlende Urbanität nicht mit absoluter Regellosigkeit verwechselt werden. Bei der Gründung eines Barrios wird durchaus „geplant“: das besetzte Gelände wird in Parzellen aufgeteilt, und es wird Platz gelassen für Straßen, Treppen und für eine zukünftige Schule. Man paßt sich dabei den vorgefundenen ökologischen Bedingungen an, die eine geregelte Anordnung häufig nicht zulassen. Diese „Planung“ berücksichtigt jedoch nur die lokalen Interessen der Neuansiedler und nicht die der Bewohner anliegender Barrios, noch die der späteren Zuzügler. Individuelle, lokale Interessen gewinnen so leicht die Oberhand über kollektive Interessen. Das bringt Nachteile für alle mit sich: Straßen enden als Sackgassen oder schlagen überflüssige Haken; der Druck in den Wasserleitungen reicht nicht aus, um auch noch die höher gelegenen Hütten zu versorgen; die Abwässer der oberen noch nicht an die Kanalisation angeschlossenen Sektoren fließen in die tiefergelegenen; der an den Hängen wild deponierte Müll beginnt nach einiger Zeit im gesamten Barrio zu vagabundieren und wird mit dem Regen in die unteren Teile gespült; u.s.w. Die hieraus resultierenden inneren Konflikte werden durch die bestehenden sozialen und kulturellen Unterschiede überlagert und verstärkt. Durch den Barrioklatsch erhalten sie schließlich eine persönliche Färbung. Viele empfinden diese Situation als bedrohlich und einschüchternd, denn es fehlt an Einrichtungen, die die Rechte des Einzelnen schützen könnten. Das Gefühl der sozialen Unsicherheit und des Ausgeliefertseins wird durch die Existenz krimineller Jugendbanden weiter gesteigert, die sich nahezu unbehindert in den Barrios bewegen und die „eigenen Leute“ terrorisieren.

Staatliche Politik und Organisationserfahrungen

Schließlich trägt auch die Politik des Staates und der jeweils regierenden Parteien dazu bei, die Organisierung der Barriobewohner für ihre Interessen zu behindern. Dies in mehrfacher Hinsicht. Der Staat hat das Verfüggungs- und Verteilungsmonopol über jene Güter, die die Barriobewohner zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen benötigen. Dies macht sie abhängig vom Wohlwollen der jeweils Regierenden, die ihrerseits diese Abhängigkeit dazu ausnutzen, um sie in politische Vorteile umzumünzen. Das Herrschaftsprinzip ist leicht durchschaubar: gibst Du mir Deine Stimme, so geb ich Dir Wasser, usf....... Um in den Genuß staatlicher „Hilfeleistungen“ zu kommen, müssen sich die



Barriobewohner organisieren. Auch hier das Prinzip: organisiert Du Dich mit den Meinen, so erhältst Du schneller das, was Du brauchst. Jedes Detail, das zur materiellen Verbesserung dient, wird so zu Wahlkampfzwecken vermarktet. Das Verhältnis zwischen Regierenden und Barriobewohnern gestaltet sich jedoch keineswegs konfliktfrei. Die häufig gemachte Erfahrung uneingelöster Versprechungen hat in den vergangenen Jahren das Mißtrauen gegenüber einer derartigen Politik verstärkt, hat Lernprozesse in Gang gesetzt. Anstatt daß sich hierdurch die Bereitschaft zur Selbstorganisation erhöht hätte, ist eher eine zunehmende Politikmüdigkeit festzustellen. Man verhält sich skeptisch, abwartend, versucht, den Politikern nicht auf den Leim zu gehen. Dies erschwert vor allem auch linke Initiativen, die zusätzlich noch mit dem Manko belastet sind, nicht die materiellen Ressourcen des Staates für ihre Zwecke mobolisieren zu können, und außerdem die Gefahr staatlicher Repressionsmaßnahmen heraufbeschwören. Um im Zuge einer solchen Entwicklung nicht die politische Kontrolle über die Barrios zu verlieren, haben sich die herrschenden Parteien in der letzten Zeit etwas Neues einfallen lassen. Durch eine Gesetzesreform im Jahre 79 wurden die bisher nur informell existierenden Barrioorganisationen in institutionellen Rang und Würde gehoben und mit Rechten und Pflichten ausgestattet. Man erhofft sich davon eine stärkere Partizipation und Einbindung der Barriobewohner in die herrschenden politischen Strukturen. Der zentralistische Aufbau der staat-

lichen Verwaltung, die ungebrochene Neigung der Regierenden, sich der Partizipation als eines Mittels des Stimmenfanges zu bedienen, der Klientelismus der Parteien, der tief verwurzelte Paternalismus der staatlichen Institutionen sowie die mangelnde gesellschaftliche Integration der Mehrzahl der Barriobewohner werden jedoch aller Voraussicht nach derartige Erwartungen schnell zunichte machen. Die sozialen und politischen Verhältnisse verhindern die Entstehung eines bürgerlichen Rechts- und Demokratiebewußtseins, wie es in den industrialisierten kapitalistischen Staaten auftritt. Der Barriobewohner bezahlt keine Lohnsteuern, denn sein Einkommen liegt unterhalb der Steuerpflichtgrenze von 1000 DM, er zahlt keine Grundsteuer, denn er wohnt auf „geliehenem" Land, er entrichtet keine Abgaben für Wasser und Müllabfuhr, denn der Staat erläßt sie ihm. Daher fehlt ihm das Bewußtsein, etwas vom Staat verlangen zu können. Barrioorganisationen lassen sich aus diesen Gründen nur schwer in eine Art Bürgerinitiative umfunktionieren. Der „normale" Barriobewohner ist kein Bürger und begreift sich auch nicht als solcher. Er bittet, macht Eingaben. Seine Ansprüche begründet er damit, daß der Staat ein reicher Staat und von daher moralisch verpflichtet sei, sich um die „pobres" zu kümmern. Diese unter den Barriobewohnern sehr verbreitete Einstellung unterhöhlt ihre Bereitschaft zur Organisierung, denn diese setzt, wenn nicht Klassenbewußtsein, so doch ein gehöriges Maß an Selbstbewußtsein voraus. Der Reichtum des Staats begünstigt eine Haltung in der Bevölkerung, Verbesserungen nicht von der eigenen Organisierung und politischem Kampf zu erwarten, nicht auf die eigene Kraft zu vertrauen, sondern Gaben von oben zu erhoffen. (Nach der Ölpreiserhöhung 1974 waren in einem Jahr die Staatseinnahmen mehr als doppelt so hoch wie die Ausgaben – jeder Venezolaner mußte sich fragen, wann wohl er persönlich etwas von diesem Geldsegen haben würde. Dementsprechend führte 1978, als der Staat sich wieder stärker verschulden mußte, der christdemokratische Oppositionskandidat seinen Wahlkampf mit dem Slogan: „Wo sind die Groschen geblieben?" und kritisierte die unproduktive Verwendung der Staatseinnahmen).

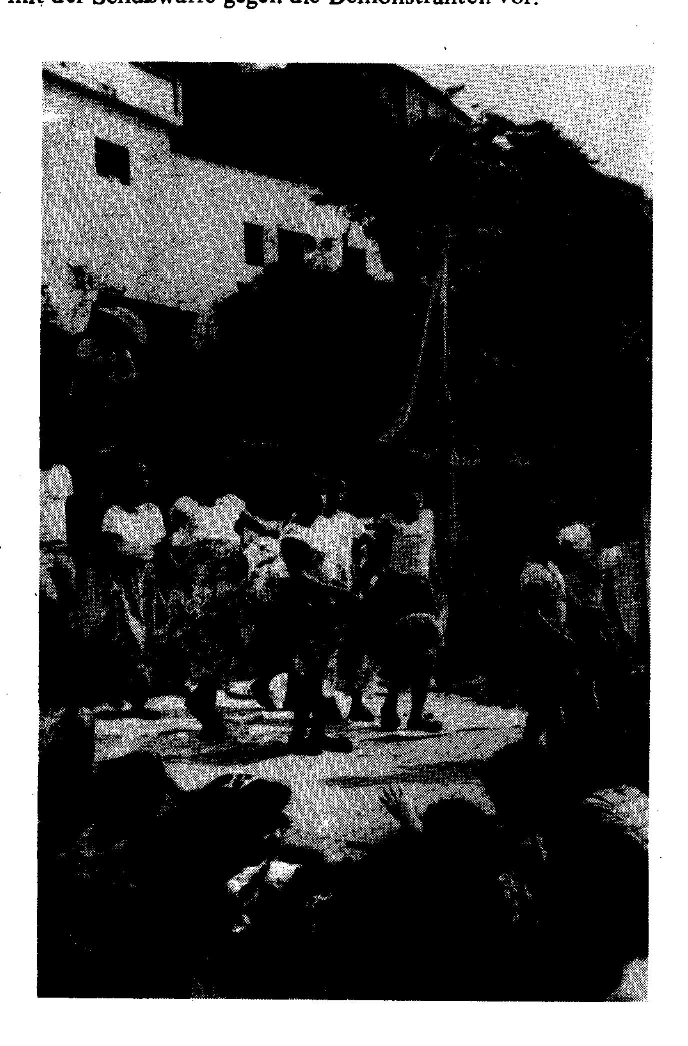
Es besteht bei vielen Leuten die „uralte" vorkapitalistische Gewohnheit fort, Lösungen für Probleme von außen zu erhoffen. So war es kein Zufall, daß sich z.B. an meine Anwesenheit im Barrio die vielfach geäußerte Hoffnung knüpfte, ich könnte eine ähnliche Funktion einnehmen, wie sie vor Jahren im selben Barrio ein belgischer Jesuit ausgeübt hatte: die Rolle des charismatischen Volksführers, der sich – völlig uneigennützig – für die Sache der Armen einsetzte. An diesen belgischen Jesuiten, der später von der Regierung ausgewiesen wurde, erinnern sich die Bewohner von La Vega noch heute.

Aufgaben und Aussichten der Stadtteilarbeit

Aus den beschriebenen Bedingungen und Problemen lassen sich bestimmte Aufgaben für die Stadtteilarbeit ablesen. Darauf will ich hier jedoch nur am Rande eingehen. Wichtiger erscheint es mir, zu fragen, was für „Bewegungen" heute wirlich in den Barrios von Caracas bestehen und welche Stärke sie entwickeln können. Dazu ist zunächst eine begriffliche Klärung notwendig. Was ist damit gemeint, wenn wir von Stadtteilbewegung sprechen? Normalerweise wird dieser Begriff in zweierlei Hinsicht gebraucht: Auf der einen Seite bezeichnet man damit allgemein jene mehr oder weniger spontanen Massenmobilisierungen, die sich aus akuten Konflikten ergeben. Eine derartige Situation liegt z. B. dann vor, wenn Landbesetzungen durchgesetzt oder Zwangsumsiedlungen verhindert werden sollen, oder wenn den Bewohnern eines Barrios plötzlich das Wasser abgedreht wird. Unter diesen Bedingungen stellt sich spontan eine Gemeinsamkeit der Interessen her; alle werden zu Betroffenen. Der von außen ausgeübte Druck zwingt, „bewegt" sie dazu, sich zu wehren und den Kampf für die gemeinsame Sache aufzunehmen. In den vergangenen Jahren hat es eine Vielzahl solcher Konfliktsituationen gegeben, aus denen heraus sich größere Widerstandsaktionen entwickelt haben. Drei Beispiele: a) Kurz vor den Präsidentschaftswahlen 1978 wurde für mehrere Tage das Gebäude des Stadtparlaments im Zentrum von Caracas von einer Gruppe von Familien besetzt, die kurz zuvor von der Polizei von einem Grundstück vertrieben worden war, das sie versucht hatten zu besetzen. Da keine der im Parlament vertretenen Parteien sich die Sympathie der armen Wählerschichten verscherzen will, wird mit den Besetzern ein Kompromiß ausgehandelt.

b) Als Reaktion auf die Sanierungs- und Zwangsumsiedlungspolitik der Regierung wurde 1975 in Caracas ein Komitee zur Verteidigung der Barrios gegründet, dem Delegierte von über zwanzig Barrios angehören. Im Barrio La Vega führen einige der Betroffenen einen mehrtägigen Hungerstreik durch. Es gelingt hierdurch, die Vollstreckung weiterer Umsiedlungsmaßnahmen zu verhindern.

c) Mehrere tausend Bewohner des Barrios Antímano gingen 1976 aus Protest gegen den Ausfall der Wasserversorgung auf die Straße und blockierten vorübergehend den Durchgangsverkehr zum Industriegebiet La Yaguara. Angesichts der Stärke der Demonstration lenkte die Regierung sofort ein und schickte Zisternenwagen. Nicht immer jedoch gehen solche Aktionen friedlich aus. Als es 1978 in Valencia aus demselben Grund zu einer Massenkundgebung der Barriobewohner kam, ging das herbeigerufene Militär mit der Schußwaffe gegen die Demonstranten vor.



Bewegungen dieser Art sind aber in der Regel nur von kurzer Dauer, sie erreichen ihr Ziel oder zumindest einen Kompromiß oder zerbrechen an der ihnen entgegengesetzten staatlichen Übermacht. Der Anlaß, der den Stein ins Rollen gebracht hat, weicht dann dem „normalen", **chronischen** Konflikt, der sich aus der Situation der Marginalisierung, den schlechten Wohn- und Lebensbedingungen und der sozialen Diskriminierung ergibt, ein Konflikt, mit dem die Barriobewohner täglich fertig werden müssen.
Und hierauf läßt sich ein anderer umfassenderer Begriff von Stadtteilbewegung gründen. Bereits die einfachsten Ansätze von Selbstorganisierung auf lokaler Ebene können danach als Teil und als Ausdruck einer sich entwickelnden Basisbewegung angesehen werden; einer Bewegung, die sich in den unterschiedlichsten Formen ausdrückt, die selten überhaupt politisch in Erscheinung tritt – weswegen sie von Außenstehenden häufig nicht wahrgenommen wird – und die dennoch immer auch die Möglichkeit zu größeren Massenmobilisierungen enthält. Stadtteilarbeit ist das, was sich im Vorfeld spektakulärer Protest- und Widerstandsaktionen abspielt. Sie umgreift die Bewußtseinsbildung auf unterster Stufe, die Förderung von Selbsthilfeaktionen, den Aufbau von Musik-, Theater-, Sport- und Filmgruppen, die Organisierung von Solidaritätskampagnen, die Durchführung von Schulungskursen, etc. Sie ist der Motor der Stadtteilbewegung.



Was spielt sich nun konkret auf diesem Gebiet der Basisarbeit ab? Und welchen Charakter und welche Bedeutung haben die verschiedenen Gruppen, auf die sich die Stadtteilbewegung stützt?
In den vergangenen Jahren sind im gesamten Stadtgebiet von Caracas eine Vielzahl von Barriogruppen aus dem Boden geschossen. Meist geht die Gründungsinitiative von Mitgliedern und Sympathisanten linker Organisationen aus, von militanten jungen Christen oder sozial engagierten Jesuiten (Arbeiterpriestern), von Leuten, die zum überwiegenden Teil selbst im Barrio leben. Die Aktivitäten und Zielsetzungen dieser Gruppen laufen dabei in unterschiedliche Richtungen, je nach der Zielgruppe und den besonderen Bedingungen und Problemen der jeweiligen Barrios, abhängig aber auch von der politischen Einstellung und der strategischen Konzeption der Initiatoren. So gibt es Gruppen, die hauptsächlich im Bereich der Selbsthilfe tätig sind, gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen unternehmen; daneben andere, denen es in erster Linie um die Durchsetzung bestimmter Forderungen gegenüber dem Staat geht; sowie Gruppen, die sich vornehmlich auf kulturellem Gebiet engagieren. Kennzeichen dieser Gruppen sind: ihre Heterogenität, ihre Instabilität – z. B. als Folge der politischen Unreife der meist jugendlichen Teilnehmer – und ihre geringer politischer Einfluß – Ausdruck der mangelnden sozialen Verankerung in der Bevölkerung. Ein weiteres Charakteristikum sind die ideologischen Differenzen, die in und zwischen den verschiedenen Gruppen unter den jeweiligen politischen Wortführern – häufig über die Köpfe der Betroffenen hinweg – ausgetragen werden. Diese Auseinandersetzungen treten oft an die Stelle konkreter Aktivitäten, spalten die Gruppen, verhindern ihren Zusammenschluß und erleichtern dem Gegner (der Regierungspartei) das Spiel, seinerseits Stadtteilorganisationen aufzubauen, um oppositionellen oder autonomen Initiativen die „Massenbasis" zu entziehen.

Ungeachtet solcher Probleme läßt sich dennoch ein Aufschwung der Stadtteilbewegung feststellen. Und dies findet seinen Ausdruck vor allem in der Zunahme der kulturellen Aktivitäten. Die kulturelle Arbeit ist es, aus der die Stadtteilbewegung heute ihre wichtigsten Impulse erhält. Unter der Losung „für die Wiederentdeckung der Volkskultur" ist ein Prozeß der Bewußtseinsbildung und Organisierung eingeleitet worden, der eine breite Beteiligung der Barriobevölkerung ermöglicht, eine neue Form der Öffentlichkeit herstellt und die Verbindungen zwischen den verschiedenen Barrios und den dort arbeitenden Gruppen verstärkt. Gemeinsames Ziel ist die soziale und kulturelle Selbstbehauptung gegen die marginalisierenden und entfremdenden Wirkungen des venezolanischen Kapitalismus, der sowohl durch ideologische Beeinflussung als auch durch Angriffe auf die Lebensbedingungen das Selbstwertgefühl und die Identität der armen und unterdrückten Volksschichten untergräbt. In diesem Ziel treffen sich die Bemühungen der verschiedenen Stadtteilgruppen, vereinigen sich der Kampf der Barriobewohner um die Verteidigung ihrer aus eigener Kraft geschaffenen Siedlungen mit den Bestrebungen autonomer Folkloregruppen, die absterbenden und unterdrückten Fähigkeiten des Volkes wiederzubeleben und weiterzuentwickeln.
Die politische Kraft, die diese Bewegung in Zukunft hervorbringen kann, wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit es in den Stadtteilgruppen gelingt, ihre Unabhängigkeit zu bewahren und sich nicht von den rivalisierenden politischen Organisationen auseinanderdividieren und instrumentalisieren zu lassen.

Detlev Ullrich

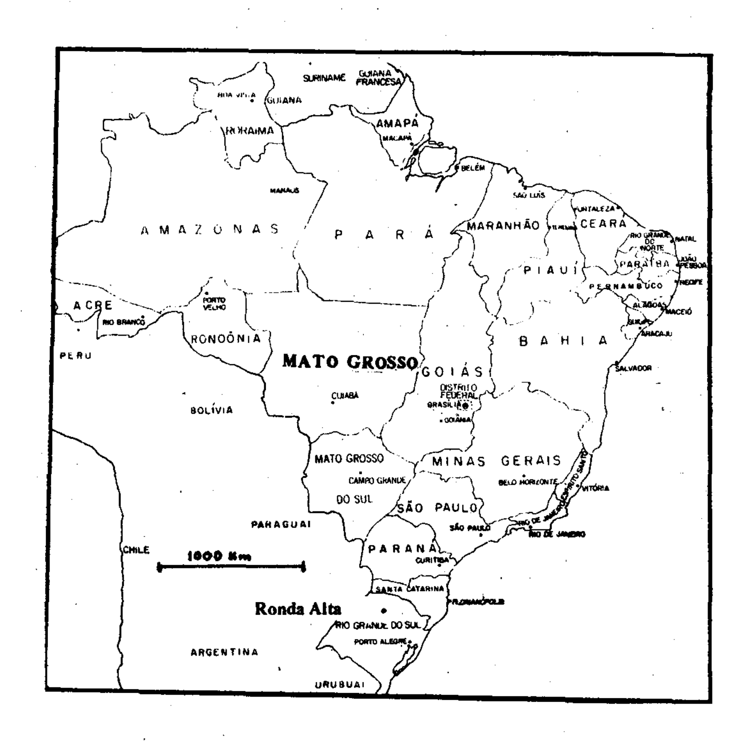
Brasilien

Ronda Alta

Die Geschichte einer permanenten Vertreibung

Vertreibung aus dem Indianerreservat

Das Gebiet von Ronda Alta (Rio Grande do Sul) ist von Rechts wegen ein Indianerreservat, d.h. von der brasilianischen Regierung den Bauern rechtlich zugesprochenes Land. Weite Teile des Reservates wurden aber schon von landlosen Kleinbauern eingenommen.
Die Regierung legalisierte später diese Landnahme, und brach damit faktisch ihre eigenen Gesetze, die ja dieses Land den Indianern garantiert hatten.
11 Jahre, d.h. von 1967 – 1978 verhandelten die Indianer mit der Regierung, den Bauern eigenes Land zuzuweisen, jedoch erfolglos. Die Regierung rührte sich nicht. Schließlich stellten die Indianer, die immer mehr in ihrem ohnehin schon sehr knappen Lebensraum bedrängt wurden, ein Ultimatum für April '78. Als auch dann noch nichts geschah, ergriffen sie selbst die Initiative und verjagten etwa 1400 Bauernfamilien aus ihrem Gebiet. Ihre Geduld war leidlich strapaziert worden.



Vertreibung vom eigenen Land

Woher kamen die Bauern, und wie kamen sie dazu, einer ebenso armen und entrechteten Gruppe der Gesellschaft, wie sie selbst es waren, Land zu nehmen?
Die Bauern kommen aus allen Teilen des Staates Rio Grande do Sul, im Süden Brasiliens. Sie haben keine, oder nur sehr unzureichende Schulbildung. Außer der Landwirtschaft haben sie keinen Beruf gelernt. Sie sind oft aus großen Familien; das Land reicht nicht für alle Kinder, so daß die meisten sich gezwungen sehen, ihr Dorf zu verlassen. Da die meisten dieser Kleinbauern portugiesischer Abstammung sind,haben sie im sehr stark von deutschen und italienischen Auswanderern geprägten Staat Rio Grande do Sul kaum eine Chance eine andere Arbeit zu finden. Das gleiche gilt für den Nachbarstaat Santa Catarina.
Ein anderes großes Problem ist die immer stärker werdende Landkonzentration in wenigen Händen. Großgrundbesitzer kaufen für Spottpreise billig Land von Kleinbauern, die sie sich irgendwie finanziell verpflichtet haben. Auch multinationale Konzerne mischen bei diesen unsauberen, aber einträglichen Geschäften mit.
Es ist unvorstellbar, daß für diese Menschen kein Land da sein soll, denn allein in der näheren Umgebung von Ronda Alta gibt es 41 Fazendas mit z.T. weit mehr als 1000 ha Grundbesitz.

Die Politisierung der Vertriebenen

Seit 1978 nun ziehen die vertriebenen Familien durch die Gegend auf der Suche nach einer neuen Heimat. Die Politiker versprechen den Bauern zwar immer mal wieder Land, aber es bleibt bei Versprechungen.
Mit Unterstützung von fortschrittlichen und basisorientierten Gruppen der Kirche, vor allen Dingen mit Unterstützung von P.A. Fritzen, einem katholischen Priester, sammelten sich die Bauern seit Mai 1979, um vereint ihre Forderungen durchzusetzen.
Die CPT (Comissão Pastoral da Terra) und ab 1980 auch die MJDH (Movimento para Justiça e Direitos Humanos) arbeiteten mit den Bauern. Sie hielten Versammlungen ab, in denen sie, sie auf ihre Rechte hinwiesen und Ursachen für ihre Misere aufzeigten, also politische Bewußtseinsbildung betrieben. Die Bauern sammelten sich an 4 Orten, und es entstand der Plan, eine Abordnung zum Gouverneur nach Pôrto Alegre zu schicken, um noch einmal eindringlich auf das Elend der Bauern hinzuweisen.
Am 1. August 1979 fuhren die Vorsitzenden der 4 Gruppen, die Patres, die mit den Bauern arbeiteten, und die Vorsitzenden der Landarbeitergewerkschaft nach Pôrto Alegre. Sie hatten ein Dokument erstellt, in dem die Besitzverhältnisse in der Gegend von Ronda Alta aufgezeigt wurden, und in dem sie auf ihre ihnen staatlich zugesicherten Rechte aufmerksam machten.
Die landlosen Bauern forderten in diesem Dokument den Verkauf von zwei staatlichen Fazendas, die jede etwa 1600 ha Land umfaßten und an zwei Privatleute für den Spottpreis von 12 000 Cruzeiros, d.h. 300 DM pro Jahr (!) verpachtet waren (Fazenda Macalli und Fazenda Brilhante).
Der Gouverneur versprach den Bauern, die Angelegenheit in 30 Tagen zu regeln. Da sie solche Versprechungen aber schon zu Genüge kannten, sagten ihm die Bauern, daß sie das Land besetzen würden, falls von Regierungsseite aus nichts geschehe. Aus Effekthascherei und um die Bauern erst einmal ruhig zu stellen, versprach der Gouverneur: „Dann gehe ich mit euch!"

Landnahme

Am 1. September waren die 30 Tage vorbei, doch eine Lösung des Problems noch immer nicht in Sicht und so wurde der Beschluß gefaßt, die Fazenda Macalli zu besetzen.
In der Nacht vom 6. und 7. September, dem Unabhängigkeitstag Brasiliens, versammelten sich etwa 125 Familien und brachen mit 12 großen Lastwagen und mehreren kleinen Autos gegen 1 Uhr auf in Richtung Fazenda Macalli. Gegen 2 Uhr waren sie am Ziel, bauten sofort ihre Zelte auf, machten Feuer und errichteten ein großes Kreuz. Sie hißten die brasilianische Flagge und feierten die „Unabhängigkeit der Fazenda Macalli".
Möglich wurde diese Landbesetzung nur durch die ideologische und materielle Unterstützung des fortschrittlichen Teils der katholischen Kirche, vor allen Dingen durch P. Fritzen, der bei der Landnahme selbst dabei war.
Am 8. September kam die Polizei und drohte den Bauern mit Vertreibung. Doch diese ließen sich nicht einschüchtern und blieben. Nach etwa 10 Tagen versprach die Regierung, die Bauern könnten das Land kaufen. Nachdem die Dinge gerichtlich geregelt worden waren, konnte jede Familie etwa 12 – 16 ha auf Raten kaufen.

Nachdem die erste Besetzung so erfolgreich verlaufen war, besetzten am 25. September weitere 240 Familien die Fazenda Brilhante. Doch hier ging die Sache nicht so gut. Bis Juni '80 wurde auf der Fazenda verhandelt. Während dieser Zeit hatten die Familien nichts zu arbeiten und somit auch nichts zu essen. Ohne die Unterstützung durch P. Fritzen und seine Gemeinden wäre der Widerstand der Bauern wohl zusammengebrochen.
Wegen der katastrophalen Zustände, es regnete, war kalt, die Kinder wurden krank, verließen einige Familien die besetzte Fazenda. Sie gingen zurück, ohne Hoffnung auf eine menschenwürdige Zukunft.
Im Juni '80 wählte das Landwirtschaftsministerium die 80 arbeitsfähigsten Familien aus; diese sollten auf der 1600 ha großen Fazenda bleiben dürfen. Gerade die ärmsten und schwächsten sollten wieder ins Ungewisse zurückgeschickt werden.
Auf Anweisung der Regierung sammelten sich diese Bauernfamilien in einem Wartelager. Die Regierung versprach Land zu besorgen. Aber nur im Mato Grosso, einem Staat im zentralen Westen Brasiliens, fand die Regierung Land, um es den Bauern zu verkaufen. Land, das sehr unfruchtbar ist, von dem man Unmengen braucht, um nicht unter dem Existenzminimum zu wirtschaften. Aber noch lebten die Bauern im Wartelager. Mit den Priestern studierten sie ihre Rechte. Sie lasen und arbeiteten mit dem Estatuto da terra, einem Bodengesetz von 1964.
Da die Regierung keine Anstalten machte, die Situation zu verändern, beschlossen die Bauern, im November '80 wieder nach Porto Alegre zu fahren. Sie machten vor dem großen Regierungspalast eine Woche lang einen Sitzstreik; gingen zum Gouverneur, zum Richter, zum Parlament, zu den Gewerkschaften etc.

Neue Versprechungen

Der Landwirtschaftsminister versprach den Bauern, ihnen in 30 Tagen Land zum Kauf anzubieten. Er schwor es sogar bei der Mutter Gottes. Ein Schwur, der in Brasilien wohl die höchste Glaubwürdigkeit besitzt. Aber die Bauern ließen sich nicht mehr darauf ein, sie verlangten eine schriftliche Zusichern.
Wieder in Ronda Alta, beschlossen die Bauern jeden Tag ein Telegramm ans Ministerium zu schicken mit der Erinnerung „Noch 29 Tage!", „Noch 28 Tage!" etc.

Nach 24 Tagen dann kaufte das Landwirtschaftsministerium eine Fazenda in Palmeira das Missões, also im Staate Rio Grande do Sul. Aber nur 66 Familien konnten Land von dieser Fazenda kaufen. Es blieben noch 110 Familien, die weiterhin im Lager leben mußten. Diese Familien nun sollten nach Regierungspln nach Mato Grosso geschickt werden. Sie konnten dort zwar relativ viel Land kaufen, das aber sehr unfruchtbar war. Die Bauern waren das extreme Klima nicht gewöhnt; viele von ihnen starben an Tropenkrankheiten.
Viele von denen, die diese Umstellung überlebten, sind nach Ronda Alta zurückgekehrt. Sehr oft haben sie ihre Frau oder Kinder in Mato Grosso verloren.



Brandrodung auf kargem Boden in Mato Grosso – Die zukünftige Lebensgrundlage der vertriebenen Bauern?

Leben am Rande

Die aus Mato Grosso zurückgekehrten Bauern leben heute mit vielen anderen Bauernfamilien am Rande einer Straße nach Passo Fundo bei Ronda Alta. Aber sie leben nicht nur am Rande einer Straße, sondern auch am Rande der Gesellschaft, am Rande des Existenzminimums, überhaupt am Rande menschlicher Hoffnungslosigkeit.

Sie haben sich auf einem etwa 30 m breiten und 2 km langen Streifen mit primitivsten Mitteln – Holzplanken und Plastiksäcken – kleine Verschläge gebaut. Die ersten kamen im Dezember '80. Bis März '81 kamen etwa 300 Familien zusammen. Aber auch dann kamen noch mehr landlose Bauern aus der Umgebung hinzu, so daß bis Juni '81 etwa 620 Familien dort wohnten, um etwas von dem im Überfluß vorhandenen, nur ungerecht verteilten Land kaufen zu können. Die Patres begannen die Leute zu organisieren, um das Leben im Lager erträglicher zu machen, und um das Bewußtsein der Bauern zu schulen. Es wurde eine Zentralkommission gewählt, die dem Lager vorstand. Darin arbeiteten viele, die schon vorher in den Basisgemeinden mitgearbeitet hatten. Weiter gab es eine Gesundheitskommission, eine Wasserkommission, eine Lebensmittelkommission und auch eine Kommission für das geistige Leben im Lager. Man bildete kleine Gruppen, die die Gesetze studierten und darüber im Plenum sprachen. Ebenso wurden kirchliche Dokumente bearbeitet, z.B. das Dokument von Passo Fundo zum Landrecht, oder die Dokumente von Puebla und Medellin.
Ein Grundelement im täglichen Leben der Familien ist das mittägliche Gebet, das den Menschen Mut macht, die Botschaft von der Befreiung des Menschen ernst zu nehmen. Man versammelt sich um das Kreuz, das nicht fest im Boden steht, als Zeichen der Dynamik, die ihm innewohnt. Es wird gestützt von Pfeilern, auf denen alle Gruppen und Per-

sonen eingeritzt sind, die sich mit den Bauern solidarisch erklärt haben. Am Kreuz selbst sind 4 weiße Tücher befestigt, ein Symbol für die 4 Kinder, die unter diesen menschenunwürdigen Bedingungen gestorben sind. Die Bauern singen viele selbstgetexteten Lieder, in denen von ihrer Unterdrückung, von ihren Rechten und von ihrem Willen, sich diese Rechte auch zu erkämpfen die Rede ist.

Militär und Geheimdienst im Kampf gegen die Bauern

Von der Regierung kam weiterhin keine Reaktion. Man ignorierte das Problem der Bauern von Ronda Alta. – Bis dann am 30. Juli 1981 der Colonel Curiô von der Polícia Militar aus Brasília kam. Er war natürlich nicht allein, sondern wurde von vielen Militärs und Polizisten begleitet. Außerdem schleuste er 59 Geheimpolizisten ins Lager, die, als Bauern „verkleidet", die Bauern bespitzelten.
Innerhalb von 3 Tagen hatte er per Verbot die gesamte Lagerorganisation lahmgelegt. Es durften keine Lebensmittel mehr ins Lager gebracht werden. Er versorgte die Bauern selbst. Alles wurde von ihm geregelt, selbst das Holz wurde den Familien feuergerecht zugeteilt, so daß den Bauern selbst nichts zu tun blieb. Diese Demoralisierungsmaßnahmen wurden begleitet von ständigem Lautsprechergedröhn. Abwechselnd hörten die Bauern Versprechungen und Drohungen für den Fall, daß sie sich nicht beugten. Viele Familien wurden von Curiôs Leuten in Nacht- und Nebelaktionen verschleppt. Angeblich seien sie keine Bauern gewesen. Man ließ sie dann z.B. in einer Favela in Pôrto Alegre auf der Straße frei. Ohne Lebensmittel, ohne Geld.
Curiô erreichte so, daß in einem Monat 137 Familien „freiwillig" nach Mato Grosso gingen, bzw. sich dafür meldeten. Diejenigen von diesen „Freiwilligen", die Verwandte in der Nähe hatten, mußten zu diesen ziehen; die anderen (61 Familien) kamen in ein Militärlager, in dem sie noch heute auf ihre Verschickung nach Mato Grosso warten.
Von diesem Lager aus, das ganz in der Nähe der anderen Bauern errichtet worden ist, macht das Militär jetzt weiterhin Propaganda. Die Kinder dort bekommen Schulunterricht, es gibt ärztliche Versorgung und Versorgung mit Nahrungsmitteln. All das was es im anderen Lager nicht gibt.
Curiô ist nach einem Monat wieder abgezogen, aber auch die Presse wurde abgezogen, d.h. keine Zeitung darf mehr über diese Bauern berichten. Alle zuführenden Straßen werden durch Militärposten bewacht. Auch P. Fritzen darf nicht mehr zu den Bauern. Ihm wurde mit Verhaftung gedroht.

Die Haltung der Kirche

Alles, was je für diese Menschen getan worden ist, geschah auf Initiative der in Ronda Alta arbeitenden Priester. Die Diözese und die Pfarreien kümmerten sich nicht um die Bauern. Im Gegenteil, sie leisteten der Arbeit der Priester und Schwesten noch Widerstand. Besonders der zuständige Bischof von Santa Maria und Passo Fundo, Dom Cláudio Colling, hegt mehr Sympathie für die Regierung und die Reichen, als für das Volk. Leute, die für das Volk und mit dem Volk arbeiten, werden von ihm stereotyp mit der Vokabel „Kommunist" versehen. Einer Schwester, die bei den Bauern arbeitete, wollte er diese Tätigkeit verbieten. Sie weigerte sich, die Bauern in ihrer unmenschlichen Situation allein zu lassen, und wurde daraufhin von Dom Cláudio als „störrischer Esel" bezeichnet. Sie solle sich in Demut üben; auch er sei so demütig, und gehe als Erzbischof nach Pôrto Alegre. (Dom Cláudio Colling wurde im September '81 zum Erzbischof von Pôrto Alegre ernannt).
Der Riß, der durch die Gesellschaft geht, geht also auch durch die Kirche. Nach dem Beispiel Jesu ist es die Aufgabe der Kirche, den Menschen zu helfen, sich zu befreien. Sich zu befreien aus Armut, Unwissenheit, Unterdrückung und Ausbeutung.
Eine solche Befreiung, die den ganzen Menschen, nicht nur seine Seele umfaßt, ist aber ohne politisches Bewußtsein und ohne politisches Engagement nicht möglich. Das ist zumindest die Auffassung fortschrittlicher Priester wie P. A. Fritzen in Ronda Alta.
Heute leben noch twa 305 Familien am Rande der Straße nach Passo Fundo. Sie leisten dem Unrecht Widerstand und kämpfen für ihr Recht, in ihrem Heimatstaat Rio Grande do Sul Land kaufen zu können. – Land, von dem es mehr als genug gibt, das aber von einigen wenigen dem Volk vorenthalten wird.

Hildegard Stallkamp

Zur Rezension eingetroffene Bücher und Zeitschriften

Heinz Hackl, Entwicklungshilfe ohne Humanität?, Edition Österr. Hochschulschülerschaft, Wien 1981

Carlos Lira, Und Chile ist weit und nah, Drei Jahre Exil in der BRD, Dritte Welt Laden Wuppertal 1981, 145 S.

GTZ (Hrsg.), Handbuchreihe Ländliche Entwicklung, Landwirtschaftliche Beratung Bd. 1 und 2, Eschborn 1981

Liu Köhler, Unterdrückt aber nicht besiegt, Die bolivianische Bauernbewegung von den Anfängen bis 1981, Informationsstelle Lateinamerika ila, Bonn 1981

Widersprüche, Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich Nr. 1, Sept. 1981, Verlag 2000 Offenbach

Aziza Sedat, Medizin und Apartheid, Arbeitsmaterial zur Dritten Welt, medico international, Ffm. 1981

Migration, Texte über die Ursachen und Folgen der Migration (Zeitschrift) Nr. 1, Oktober 1981, Express Edition, Berlin

Norbert Kremeyer u. a. (Hrsg.), Heute schon gelebt?, Alltag und Utopie, links pocket, Verlag 2000, Offenbach 1981, 228 S., DM 15,—

Michael Brzoska, Rüstung und Dritte Welt — Zum Stand der Forschung, Weltforum Verlag, München, London 1981, 248 S., DM 34,—

ANZEIGE

FRIEDENSPREIS FÜR KOMITEE PRO JUSTICIA Y PAZ

Aufruf zur Unterstützung des alternativen Friedenspreises zugunsten des ökumenischen Menschenrechtskomitees »Für Frieden und Gerechtigkeit in Guatemala«

Wir erinnern: allein im Jahr 1980 wurden in Guatemala mehr als 60 Journalisten, über 300 Lehrer sowie 3 Priester (aus der Provinz El Quiche) ermordet. Die Kirchen von El Quiche wurden Militärkasernen. Aus der Gewerkschaftszentrale wurden 27 Gewerkschaftler entführt, gefoltert und ermordet.
Seit 1954 hat das Militär über 70.000 Bürger Guatemalas umgebracht, unter ihnen mehr als 1.000 kirchliche Mitarbeiter: Katecheten, Bibelfrauen, Religionslehrer, Nonnen, Priester.
Wir wollen mit der Friedenspreiskampagne das Schweigen darüber aufbrechen.



Aufgaben des Komitees sind:

- Hungerhilfe in der Provinz El Petén
- Konkrete Überlebenshilfe für Indioflüchtlinge: Nahrung, Kleidung, Medizin, Obdach, usw.
- Betreuung politischer Gefangener, Unterstützung der Angehörigen Gefangener, Ermordeter und Verschwundener
- Nationale und internationale Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit den Kirchen

Die verfolgten Indios, insbesondere die Flüchtlinge, sind auf unsere Unterstützung angewiesen. Deshalb bitten wir herzlich, als 'Förderer des Friedenspreises' einen finaziellen Beitrag zu leisten.

FRIEDENSPREISKONTO der ESG Essen:
Universität – Gesamthochschule
Universitätsstraße 2
Tel.: (02 01) 183 33 47 / 48

Stadtsparkasse Essen
Konto-Nr.: 8 354 797
BLZ 36 050 105
Stichwort »Guatemala«

Wir leben nicht nur aus dem Zeugnis der Bibel, wie Abel, Moses, Johannes der Täufer, sondern auch die Märtyrer von Guatemala und El Salvador leben in uns. Sie leben in unserem Kampf weiter. Das gibt uns viel Kraft, die Angst zu besiegen und auch den Schmerz, daß unsere Freunde nicht mehr physisch unter uns sind.
Ich glaube, dies ist nicht eine menschliche Kraft, sondern die Kraft Gottes. Sie hilft uns, den Tod zu besiegen, wie er sich in der Gestalt des Regimes von Guatemala darstellt.

Aus einem Interview mit Julia Esquivel

Offener Brief an die Organisatoren der Friedensdemonstration

An die Organisatoren der Friedensdemonstration
in Bonn vom 10. Oktober 1981
– Aktion Sühnezeichen –
– Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden –
Blücherstraße 14
5300 Bonn 1

Liebe Freunde und Genossen!
Wir schreiben diesen Offenen Brief im Namen und im Auftrag des Bundestreffens der El-Salvador-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik und Westberlin.
Wir fanden und finden Eure Initiative für die Friedensdemonstration am 10.10. in Bonn gut und notwendig. Deshalb haben wir uns auch aktiv daran beteiligt, was nicht zuletzt an einer großen Zahl von Transparenten zum Thema El Salvador bei der Demonstration deutlich wurde.
Die Teilnahme von 300.000 Menschen hat bewiesen, daß die Gefährdung des Friedens durch neue Mittelstreckenraketen in Europa immer breiteren Teilen der Bevölkerung bewußt und die Bereitschaft wächst, etwas dagegen zu tun.
Aber nicht nur neue Mittelstreckenraketen in Europa gefährden den Frieden.
In der sogenannten 3. Welt findet der Krieg schon statt. Ein Krieg in Form von Elend, Krankheit, Hunger, Abhängigkeit, Folter, Mord, Vertreibung usw. Ein Krieg, der auch in diesem Jahr wieder allein 15 Millionen Kinder das Leben kosten wird. Ein Krieg, der an vielen Stellen der „3. Welt" mit Waffen ausgetragen wird. Auch in der „3. Welt" haben die Menschen begonnen, etwas dagegen zu tun. Sie haben sich zusammengeschlossen und kämpfen für Gerechtigkeit und Frieden. Sowohl der existierende Krieg als auch der Friedenskampf der Befreiungsbewegungen in der „3. Welt" machen es notwendig, daß dieses Thema auch bei Friedensinitiativen in Europa präsent ist.
Deshalb können wir kein Verständnis aufbringen für Eure Entscheidung, den Vertreter der Befreiungsbewegungen aus der „3. Welt" auf der Abschlußkundgebung nicht sprechen zu lassen.
Abgesehen davon, daß Ihr Euch mit Eurer Entscheidung über den Willen einer fast einstimmigen Mehrheit der Unterzeichnerorganisationen hinweggesetzt habt, die sich beim Vorbereitungstreffen am 27. August für eine Beteiligung der Befreiungsbewegungen auf der Abschlußkundgebung ausgesprochen hatten, können wir auch Eure Begründung dafür nicht akzeptieren.
Auch wenn wir großes Verständnis dafür haben, daß gerade für uns Deutsche das Palästinaproblem aus historischen Gründen besonders schwierig zu handhaben ist und bei allem Respekt für das Engagement der „Aktion Sühnezeichen" in Israel, meinen wir doch, daß es uns hier in Europa nicht zusteht, die Befreiungsbewegungen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in gute und schlechte, in uns genehme und uns nicht genehme einzuteilen.
Wie immer man im einzelnen die Situation im Nahen Osten beurteilt – niemand, der es mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, mit der Solidarität gegenüber den Entrechteten und Unterdrückten ernst meint, kann sich anmaßen, die PLO aus dem Kreis der Befreiungsbewegungen auszugrenzen.
Es ist nicht zu bestreiten, daß die PLO die legitime Vertretung des palästinensischen Volkes ist und als solche von über 100 Staaten sowie den Vereinten Nationen, der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und anderen internationalen Organisationen anerkannt ist.
Ungeachtet des bedauerlichen Vorkommnisses um die Beteiligung der Befreiungsbewegungen am 10.10. wird die El-Salvador-Solidaritätsbewegung natürlich auch zukünftig konstruktiv in und mit der Friedensbewegung diskutieren und einen aktiven und eigenständigen Beitrag zu ihren Aktionen leisten.
Dabei werden wir natürlich auch – unserem Selbstverständnis entsprechend – für das Recht der Völker der „3. Welt" eintreten, ihr Schicksal selbst zu gestalten und die Mittel und Wege dazu ebenfalls selbst zu bestimmen.
In diesem Sinne möchten wir Euch auffordern, bei der weiteren Planung Eurer Aktivitäten das Thema „3. Welt" seinem politischen Gewicht entsprechend zu berücksichtigen.
Ihr stimmt uns sicherlich zu, wenn wir meinen, daß dies in enger Abstimmung mit den Vertretern der Befreiungsbewegungen und den verschiedenen Kräften der Solidaritätsbewegung geschehen muß.
Dabei gehen wir davon aus, daß alle Beteiligten den politischen Pluralismus in der Friedensbewegung respektieren und bestehende Meinungsunterschiede nicht auf administrative Wege, sondern in solidarischer Diskussion gemeinsam gelöst werden.
Wir bekräftigen noch einmal unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit und verbleiben

mit solidarischen Grüßen
für das Bundestreffen der El-Salvador-Solidaritätsbewegung
i.A. Werner Rätz Peter Wahl

KIRCHE UND DRITTE WELT

Kirchen, Bankkredite und Südafrika –

oder: Mit der Volkskirche gegen die Ökumene

Von einer „unangemessenen Weise kirchlichen Handelns" und einem „schweren Schaden an unserer volkskirchlichen Struktur" tönte der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), und „idea-spektrum", das Blättchen der rechts-evangelikalen Evangelischen Allianz, bejubelte seine Rede sogleich als „Sternstunde der EKD-Synode". Es ging um den Beschluß des ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK), seine Konten bei drei Großbanken, darunter der Dresdner Bank, aufzukündigen, die das südafrikanische Apartheidsregime mit finanziellen Anleihen massiv unterstützen. Besonders gekränkt zeigte sich der Ratsvorsitzende über den Umstand, daß der ÖRK seinen Beschluß mit der EKD abgesprochen habe – erst aus der Zeitung habe man davon erfahren, wurde den bei der ersten Pressekonferenz der Synode versammelten Journalisten erklärt. Einige Stunden später, als die Synodalen unter sich waren, wurde beiläufig erwähnt, es habe da doch einen Brief vom ÖRK in Genf an das Kirchliche Außenamt in Frankfurt gegeben, in dem auch die Dresdner Bank erwähnt worden sei – doch bedauerlicherweise sei dieser Brief vom 18. März 1981 irgendwo im Aktenvorgang versandet: „Es passieren Pannen, auch unter Brüdern"! Warum denn die Genfer Brüder nicht noch einmal nachgefragt hätten: „Sagt einmal, wie ist denn das mit den Banken?" Ein geduldiges Gespräch mit der Dresdner Bank sei doch wohl eher angebracht – und durch den Rat der EKD auch leicht zu vermitteln – gewesen als der Abbruch der Bankbeziehungen. (1)

Wirklich bedauerlich, daß dieser brisante Brief in den Akten untergegangen war. Und doch – in gewisser Weise auch zweckdienlich. Denn sonst hätte der Ratsvorsitzende erwähnen müssen, daß es seit dem Sommer 1980 diverse Verlautbarungen und Briefe des ÖRK an seine Mitliedskirchen gegeben hat. Das letzte Schreiben – vor dem unglückseligerweise verlorenen – datiert vom 13. März 1981. Es informiert die Mitgliedskirchen, also auch die EKD, genau über die geplanten Maßnahmen des ÖRK in Bezug auf die Banken. Darüber hinaus werden die Mitgliedskirchen aufgefordert, sich zu diesen Fragen zu äußern.

Alle diese lästigen Ankündigungen, Anfragen und Briefe brauchten nun in den Darlegungen des Ratsvorsitzenden keine Rolle mehr zu spielen. Er konnte sich ungestört auf die Rolle des gekränkten, dabei doch so gutwilligen Bruders kaprizieren, dessen Loyalität zum Ökumenischen Rat durch diese „Verletzung der guten Zusammenarbeit" aber nicht beeinträchtigt werde. Die Synode hörte es und schwieg dankbar und ergriffen. Wie gesagt, eine Sternstunde.

Es soll allerdings auch Leute gegeben haben, denen die Sternstunde eher peinlich war. Leute, die sich noch daran erinnern, daß der ÖRK seit 1972 eine intensive Korrespondenz mit den von ihm beauftragten Banken führt und diese zuletzt im Sommer 1980 um Aufschluß über ihre Geschäftsbeziehungen zu Südafrika gebeten hat. Diese Leute erinnern sich auch daran, daß bereits 1966 kirchliche Gruppen in den USA sich vehement – und erfolgreich – gegen US-Bankdarlehen an Südafrika eingesetzt haben – im gleichen Jahr, in dem sich auch die Vereinten Nationen gegen derartige Kredite zur Stützung der Apartheid ausgesprochen haben. (2)

Nun mag nicht jeder ein so weit zurückreichendes Gedächtnis haben. Immerhin: wenn es nur 4 Jahre weit zurückreichte, wüßte er, daß 1977 der National Council of Churches in den USA alle seine Konten bei Banken zurückzog, die in Südafrika wirtschaftlich tätig waren, nachdem derartige Kündigungen auch in Belgien und von Seiten des ÖRK erfolgt waren und in den Niederlanden sowie in den USA bereits mehrere Banken erklärt hatten, sie würden von weiteren Darlehen an Südafrika Abstand nehmen, bis die Apartheidsgesetze aufgehoben werden würden. (3) Ginge man zwei Jahre zurück, so käme wieder in Erinnerung, daß an dem 1979 in Schweden erwirkten gesetzlichen Verbot von Investitionen in Südafrika und Namibia der schwedische Ökumenische Rat maßgeblich beteiligt war. (4) Und wer noch weniger zurückgehen will, könnte sich immerhin daran erinnern, daß der Ökumenische Rat seinen Beschluß von 1972, Konten von Banken abzuziehen, die in Südafrika, Namibia und den damals noch portugiesischen Kolonien in Geschäfte verwickelt waren, im August 1980 erneuerte und alle Mitgliedskirchen sowie alle Christen aufrief:

„... zu bezeugen, daß Apartheid Sünde ist, die aus den Grundüberzeugungen des Glaubens heraus als Entstellung des Evangeliums Jesu Christi zu verwerfen ist... Regierungen und internationale Organisationen nachdrücklich zur Durchsetzung umfassender Sanktionen gegen Südafrika aufzufordern – einschließlich eines Abzugs von Investitionen, der Einstellung von Bankkrediten, eines Waffenembargos und Ölsanktionen – und damit generell auf die Isolierung des südafrikanischen Staates hinzuwirken ... jegliche direkte und soweit als möglich auch indirekte finanzielle Beteiligung an Aktivitäten, die das Apartheidsregime stützen, einzustellen." (Tagung des Zentralausschusses der ÖRK vom 14. – 22.8.1980 in Genf)

Fünf Fragen an die Banken

Im Februar 1981 wurden vom ÖRK-Exekutivausschuß schließlich fünf Kriterien erarbeitet, die dem ÖRK künftig als Richtlinien für die Auswahl und Inanspruchnahme von Banken und ihren Dienstleistungen dienen sollten. Nach den Vorstellungen des ÖRK sollte die Zusammenarbeit mit Banken aufgekündigt werden, die eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllen:

- Die Bank unterhält eine Geschäftsstelle in Südafrika
- Die Bank tritt regelmäßig als „Manager" von Darlehen und/oder Schuldverschreibungen an Südafrika auf
- Die Bank hat auch nach den Ereignissen in Soweto (1976) umfangreiche Darlehen gewährt
- Die Bank vergibt Darlehen, die direkt/indirekt militärischen Zwecken dienen (hierzu gehören Darlehen oder Schuldverschreibungen an die Regierung selbst, an das

EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND (EKD)
Zusammenschluß von 17 lutherischen, reformierten und unierten Landeskirchen in der Bundesrepublik und Berlin (West) und damit von ca. 10.500 evangelischen Kirchengemeinden.
Die leitenden Gremien der EKD sind die Synode (entspricht in etwa dem Bundestag), die Kirchenkonferenz (vergleichbar dem Bundesrat) und der Rat (entspricht der Bundesregierung).
Die Synode hat 120 Mitglieder, höchstens die Hälfte davon dürfen Theologen sein. Sie hat eine Amtszeit von 6 Jahren und tritt einmal jährlich zusammen. Sie berät und beschließt über Angelegenheiten, die die EKD betreffen.
Die Kirchenkonferenz wird von den Leitungen der Gliedkirchen gebildet, sie berät die Arbeit der EKD.
Der Rat der EKD umfaßt 15 Mitglieder, Laien und Theologen. Er übt die Lewitung und Verwaltung der EKD aus und vertritt sie nach außen.
Die eigentliche Verwaltungsarbeit der EKD geschieht in der Kirchenkanzlei (Hannover) und im Kirchlichen Außenamt (Frankfurt), das die „Außenbeziehungen" der EKD wahrnimmt.

ÖKUMENE
Im ursprünglichen Sinn bedeutet Ökumene „die ganze bewohnte Welt". Im kirchlichen Kontext bezeichnet Ökumene die Gemeinschaft von Christen, die sich in einem Glauben zusammenfinden – obwohl sie unterschiedlichen Rassen und Konfessionen angehören und unter unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen leben. Das Ziel der ökumenischen Bewegung ist es, die weltweite Gemeinschaft von Christen über alle trennenden Grenzen hinweg zu ermöglichen. Das schließt den Kampf gegen Armut und ungerechte Strukturen und den Einsatz für ein besseres Leben ebenso ein wie die Bereitschaft, von anderen zu lernen. Das alles Verbindende ist das Evangelium.

ÖKUMENISCHER RAT DER KIRCHEN (ÖRK)
Gegründet wurde der ÖRK (engl. WCC –World Council of Churches) 1948 in Amsterdam von Vertretern aus 147 Kirchen. In den ersten Jahre war er noch vorwiegend eine protestantische, nordamerikanisch/europäische Angelegenheit. Das hat sich inzwischen geändert: der ÖRK ist mehr und mehr zu einer ökumenischen, d.h. weltweiten Gemeinschaft geworden. Heute gehören ihm fast 300 Kirchen aus über 100 Ländern an. 1961 traten die orthodoxen Kirchen Osteuropas dem ÖRK bei. In den 60er und 70er Jahren kamen verstärkt asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Kirchen sowie Kirchen aus dem pazifischen und dem karibischen Raum dazu. Heute schließt der ÖRK auch Pfingstkirchen und unabhängige Kirchen in Afrika mit ein. Seit einigen Jahren wird darauf geachtet, daß der Anteil von Frauen, Jugendlichen und Laien unter den Delegierten zunimmt.
Die römisch-katholische Kirche ist nicht Mitglied des ÖRK, beteiligt sich jedoch an einigen Arbeitsvorhaben der ÖRK.
Die Arbeit des ÖRK wird von der Vollversammlung der Mitgliedskirchen (alle 7 Jahre) vom Zentralausschuß, dem Exekutivausschuß und ständigen Kommissionen und Arbeitsgruppen bestimmt. Der Generalsekretär des ÖRK ist Philipp Potter. Die ca. 300 ÖRK-Mitarbeiter arbeiten vor allem in drei Programmeinheiten, in denen Studien erstellt, Mitgliedskirchen beraten und die einzelnen Programme durchgeführt werden: „Glauben und Zeugnis", „Gerechtigkeit und Dienst" und „Bildung und Erneuerung".
Die Programmeinheit II *„Gerechtigkeit und Dienst"* umfaßt die Kommissionen für kirchlichen Entwicklungsdienst, internationale Angelegenheiten, zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst, den christlichen Gesundheitsdienst und nicht zuletzt das *Programm zur Bekämpfung des Rassismus* mit seinem *Sonderfonds,* aus dem auch Befreiungsbewegungen unterstützt werden (und der deshalb von der EKD scharf abgelehnt wird).
Finanziert wird die Arbeit des ÖRK vor allem von den einzelnen Mitgliedskirchen, ihren Missionsgesellschaften und Hilfswerken. Der größte Teil der eingehenden Gelder ist von vornherein zweckbestimmt und wird vom ÖRK an seine Empfänger weitergeleitet. Einen festgelegten Mitgliedsbeitrag gibt es nicht.
Information: ÖRK, Kommunikationsabteilung, 150, route de Ferney, CH-1211 Genf 20.

Verteidigungsministerium oder staatliche Einrichtungen wie die Fluggesellschaft South African Airways (SAA), den Strategischen Erdölfonds (SDF), die Staatliche Behörde für Rüstungsbeschaffung (ARMSCOR) oder die Südafrikanische Eisenbahn- und Hafenbehörde (SARH)).

– Die Bank gewährt Darlehen, die der Nuklearindustrie zugute kommen (zahlreiche Darlehen gehen an die Südafrikanische Elektrizitätsgesellschaft (ESCOM), die in Fragen der Kernenergie in Südafrika eine Monopolstellung hat und sich darum bemüht, das Land in der Energieversorgung autark zu machen). (5)

Diese fünf Kriterien gingen den Banken zu, bei denen der ÖRK Konten unterhielt. Die Banken wurden gebeten, ihre Position unter Berücksichtigung dieser Kriterien zu erklären. Bereitsfrüher waren sie – erfolglos – um Versicherungen gebeten worden, ihre Kredite künftig einzustellen. Die endgültige Entscheidung des ÖRK über Abzug seiner Vermögen wurde den Banken für August 1981 angekündigt.
Auch die Mitgliedskirchen wurden über diese Kriterien und das geplante Verfahren des ÖRK in Kenntnis gesetzt – mit Schreiben des damals amtierenden Generalsekretärs Raiser vom 13. März 1981, das die Mitgliedskirchen gleichzeitig um Stellungnahmen zu diesem Vorgehen bittet.
Nicht nur vom Ökumenischen Rat wurde die EKD gebeten, sich für eine Einstellung von Bankkrediten an Südafrika einzusetzen. Im Herbst 1980 schrieb der Präsident des Nationalen Kirchenrates der USA an verschiedene Stellen der EKD einen Brief, in dem er seine Sorge darüber zum Ausdruck brachte, daß sich deutsche Banken jetzt stärker als zuvor im Südafrika Geschäft engagierten, nachdem nordamerikanische Banken damit begonnen hätten auf die Kirchen zu hören und zurückhaltender auf die Kreditwünsche Südafrikas reagierten. Diese Initiative wurde von der Südafrika-Kommission der EKD im Januar 1981 auch diskutiert – eine abschließende Stellungnahme gab es jedoch nicht.

Die Rolle der Dresdner Bank ...

Nun mag der Rat der EKD im nachhinein argumentieren, man habe derartige Aufforderungen ohne die ausdrückliche Nennung der Dresdner Bank nicht auf sich beziehen können. Zu einer solchen Behauptung würde aber eine reichliche Portion Ignoranz gehören: als eine der reichsten Mitgliedskirchen des ÖRK sollte die EKD eigentlich wissen, bei welchen Stellen das ÖRK-Vermögen deponiert ist. Bei der Dresdner Bank hatte der ÖRK Termineinlagen und Festgelder angelegt.
Aufschluß über die Verwicklung der Dresdner Bank in Südafrika-Geschäfte gibt unter anderem eine Untersuchung des United Nations Centre against Apartheid von 1979, die der Dresdner Bank zwischen 1972 und 1978 24 Anleihen in Höhe von insgesamt über 1,1 Mrd. Dollar und damit einen Platz unter den sieben größten Kreditgebern Südafrikas nachweist. (6) Schließlich wird die Dresdner Bank in einer Presseerklärung des ÖRK vom 25.9.1980 scharf angegriffen – wegen ihrer Beteiligung an einem 250-Millionen-Dollar-Kredit an die südafrikanische Regierung. Der ÖRK wertete dies als „äußerst direktes und beredtes Votum für die Apartheid". (7)
Den zuständigen Stellen in der EKD dürften diese Zusammenhänge bekannt gewesen sein. Warum erhielt der ÖRK auf seine Anfrage vom 13. März 1981 keine offizielle Antwort der EKD?

... und der Part der EKD

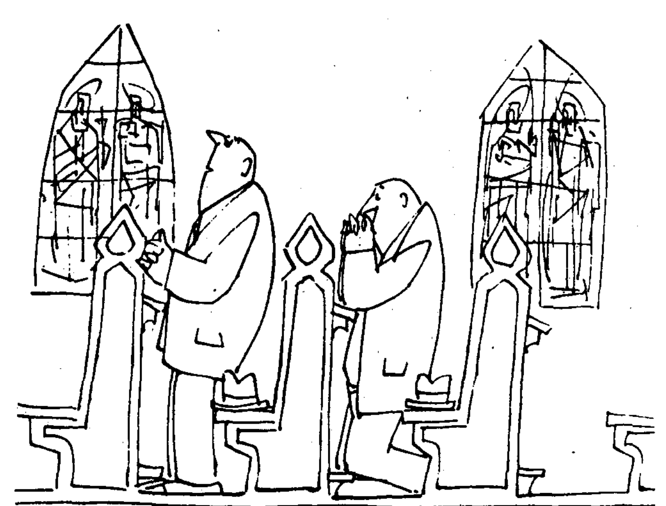
Der Ratsvorsitzende erfuhr von dem Bankenbeschluß des ÖRK vom August '81 also aus der Zeitung. So bekamen es, wie gesagt, die Journalisten bei der Synode zu hören. Dem Image des Rates ist diese Version nicht unbedingt förderlich. Denn das hieße, daß der Rat der EKD

- den erneuten Beschluß des ÖRK vom Sommer 1980 mitsamt seiner Aufforderung an die Mitgliedskirchen und alle Christen ignoriert,
- die entsprechende Aufforderung des US-amerikanischen Kirchenrats für sich selbst irrelevant gefunden,
- die Verurteilung des 250-Millionen-Dollar-Bankkredits durch den ÖRK ignoriert,
- auf die Liste der ÖRK-Kriterien und die Bitte um Stellungnahme vom 13. März 1981 nicht reagiert und
- das Schreiben des ÖRK-Generalsekretärs vom 3. September 1981, in dem alle ÖRK-Mitgliedskirchen über die Entscheidung in der Bankenfrage informiert wurden (und in dem angeblich erstmalig die Dresdner Bank in diesem Zusammenhang genannt wurde), nicht zur Kenntnis genommen

hat, sondern erst auf die ÖRK-Pressekonferenz am 15. September 1981, in der die Entscheidung veröffentlicht und erläutert wurde, reagiert hat. Und das alles vor dem Hintergrund jahrelanger ökumenischer Debatten um Südafrika. Sehr wahrscheinlich mutet das alles nicht an. Vermutlich wurde diese Version aus diesem Grund auch nach wenigen Stunden schon aufgegeben. (8) DenSynodalen durfte dämmern, daß der Rat doch mehr gewußt hatte – trotz verlorener Briefe. Dafür spricht auch, daß sich der Rat bereits drei Tage nach der ÖRK-Pressekonferenz vom 15.9.1981 mit der Angelegenheit befaßte und sogleich erklärte, man fühle sich an die Entscheidung der Genfer nicht gebunden und sehe keinen Anlaß, ihrem Beispiel zu folgen.(9) Und bereits 6 Tage nach der Pressekonferenz des ÖRK hatte die Kirchenkanzlei der EKD eine „Argumentations- und Diskussionshilfe zum innerkirchlichen Gebrauch" erstellt (siehe Kasten), in der u.a. die Leitungen der Gliedkirchen in der EKD darauf hingewiesen wurden, wie sie den Bankenbeschluß zu verstehen und zu interpretieren haben.
Man kann also annehmen, daß die Brisanz der anstehenden und dann auch getroffenen ÖRK-Entscheidung hierzulande bekannt war. Wenn man die unangenehmen Anfragen aus Genf und anderswo nicht beantwortete, den Vorwurf mangelnder Zusammenarbeit gegenüber dem ÖRK aber aufrecht erhielt und es nicht für nötig befand, sich öffentlich für diese „herbe Rüffelei"(10) zu entschuldigen, so mag dies in der Synode vielleicht zu Sternstunden führen. Andernorts kann es eigentlich nur als Skandal gewertet werden.

„Wider die unchristliche Voreiligkeit..."

„... Der ÖRK ist zu der Überzeugung gelangt, daß der Kapitalzufluß nach Südafrika das System der Apartheid stützt und insbesondere der Regierung eine Stärkung militärischer und energiestrategischer Maßnahmen erlaubt. Deshalb kritisierte der ÖRK den Kapitalzufluß und möchte sich nicht daran beteiligen... DIE EKD hat eine andere Position. Sie teilt mit dem ÖRK die Verurteilung des Unrechts in Südafrika, hält es aber nicht für richtig, als Kirche politische oder wirtschaftliche Kampfmaßnahmen zu ergreifen. In unserer Lage und Tradition können Kirchen nur mit der Kraft des Wortes versuchen, politische und wirtschaftliche Organe auf ihre Verantwortung anzusprechen und die entscheidenden Personen in ihren Gewissen zu überzeugen. In Beziehung auf die Situation in Südafrika gibt es Fachleute, die darauf hinweisen, daß die internationale wirtschaftliche Verflechtung und der ausländische Kapitaleinfluß in Südafrika auch liberalisierende Wirkungen hervorrufen neben den vom ÖRK kritisierten Verhärtungen. Es muß angenommen werden, daß die Wirkung ausländischen Kapitals auf die südafrikanische Gesellschaft a m b i v a l e n t ist. Auch deshalb legt es sich nahe, keine v o r e i l i g e n kirchlichen Entscheidungen zu treffen ..."
(Aus der für den innerkirchlichen Gebrauch bestimmten Argumentations- und Diskussionshilfe der EKD-Kirchenkanzlei vom 21.9.1981, Hervorhebungen sh)



"Lieber Gott, laß alle Menschen Brüder werden und erlöse uns von den Farbigen."

Bankkredite finanzieren die Apartheid

Zwischen 1972 und 1978 erhielt Südafrika von westlichen Banken Kredite in der Gesamthöhe von 5,5 Mrd. Dollar. Mit Ausnahme des Zeitraums direkt nach dem Soweto-Aufstand 1976 erhöhte sich die Kreditsumme jährlich.(11) Zwei der vom Weltrat der Kirchen beauftragten Kirchen gehörten zu den sieben größten Kreditgebern Südafrikas. Die Schweizerische Bankgesellschaft, bei der der ÖRK bis September 1981 seine laufenden Konten hatte, war an 29 Anleihen beteiligt, deren Summe 1 Mrd. Dollar überstieg. Die Dresdner Bank, bei der der ÖRK Termingelder deponiert hatte, vergab in 6 Jahren 24 Anleihen an Südafrika – die Gesamtsumme überstieg ebenfalls 1 Mrd. Dollar. (12)
1980 ersuchte die südafrikanische Regierung selbst in aller Offenheit auf dem europäischen Kapitalmarkt um Kredite. Das Ergebnis – das niemand zu verheimlichen suchte – war der vom Weltkirchenrat scharf kritisierte 250-Millionen Dollar-Kredit durch ein internationales Konsortium von 12 Banken, dem neben Barclays Bank (Großbritannien), der Schweizerischen Bankgesellschaft (UBS) und Citicorp (USA) auch die Dresdner Bank angehörte. (13)
Zwischen 1958 und 1980 beteiligten sich 60 deutsche Banken an 104 Bankanleihen an Südafrika. In der internationalen Konkurrenz liegen sie vor allem in den letzten Jahren ganz vorne. (14)
Die am stärksten engagierten deutschen Banken sind: die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank, die Westdeutsche Landesbank Girozentrale, die Bayerische Vereinsbank, die Berliner Handels- und Frankfurter Bank und die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank. Insgesamt sind 16 öffentlich-rechtlich kontrollierte bundesdeutsche Banken an den Bankanleihen an Südafrika beteiligt! Anleiheschuldner sind in der Regel die südafrikanische Regierung bzw. staatlich kontrollierte Wirtschaftsunternehmen (besonders im Energiebereich), auch wenn viele Anleihen privat plaziert sind. Es ist also nicht übertrieben, von einer direkten Mitfinanzierung der Apartheid durch öffentlich-rechtlich kontrollierte Körperschaften der Bundesrepublik zu sprechen. (15) Von besonderer Bedeutung waren westliche Bankkredite in der schweren Rezession, die Südafrika von 1977 bis 1980 durchmachte.(16)

Nach der öffentlichen Kritik der letzten Jahre sind viele Banken allerdings vorsichtiger geworden. Sie geben vor, Kredite an die südafrikanische Regierung nur noch für Erziehungsprojekte, medizinische Versorgung und Wohnungsbau zu gewähren oder überhaupt nur noch Anleihen an Private zu vergeben. Auch südafrikanische Institutionen haben seit 1976 immer mehr die Tendenz, Anleihen in Form privater Schuldverschreibungen aufzunehmen. Derartige Transaktionen vermindern zwar das „Öffentlichkeitsrisiko", laufen aber nicht minder auf eine Unterstützung der südafrikanischen Regierung hinaus, selbst wenn die Schuldscheine nicht von der Regierung selbst gezeichnet sind. Denn durch die hohen staatlichen Militärausgaben werden seit Jahren erheblich Ressourcen aus dem privaten Sektor abgezogen, die Folgen dieses Prozesses werden durch internationale Kredite für Südafrikas Privatwirtschaft gemildert, wenn nicht kompensiert. Außerdem bedeuten Investitionen in das Erziehungs- und Wohnungsbauwesen in der gegenwärtigen politischen Situation eher eine Zementierung der Politik der getrennten Entwicklung als ihre Aufhebung – entgegen aller verbreiteten Behauptungen der Banken. Und schließlich ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, daß hohe Kredite an Südafrika auch ein massives Interesse der beteiligten Banken an der politischen und wirtschaftlichen Stabilität des Landes hervorbringen. (17)

Was nützt der Bankenbeschluß des ÖRK?

Die Angaben über die Höhe der Bankkredite an Südafrika stammen aus Listen, die seit 1972 von der UNO und vom Weltkirchenrat zusammengestellt werden. Diese Listen sind unvollständig, da sie keine Angaben über die zahlreichen „versteckten", also nicht-öffentlichkeitspflichtigen, Kredite enthalten. Das Ausmaß an westlicher Unterstützung für die südafrikanische Wirtschaft kann auf ein Vielfaches der bekannten Summen geschätzt werden (18).
Von daher könnte man argumentieren, daß der Entzug von 30 Millionen Franken (18a), die der ÖRK künftig nicht mehr der Dresdner Bank, der Schweizerischen Bankgesellschaft und dem Schweizer Bankverein zur Verfügung stellen will, keinen großen Effekt haben wird. Die betroffenen Banken dürften den Abzug der ÖRK-Gelder einigermaßen problemlos verkraften. Die Entscheidung des ÖRK hat aber weniger eine wirtschaftliche, als eine politische Bedeutung. Sie

VON DER GEWALT DER BISCHÖFE

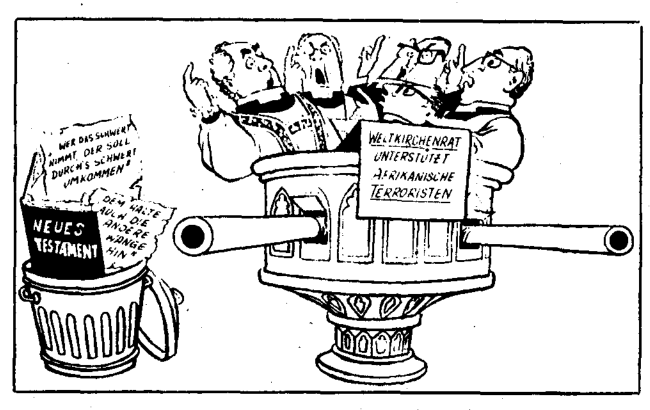
Bischof Tutu zur Frage von Boykottmaßnahmen:

„Ich weiß, daß es viele Leute gibt, die sagen, wenn keine Gelder und kein Investitionskapital mehr nach Südafrika fließen, sind es die Schwarzen, die darunter am meisten leiden würden... ich glaube, daß viele von uns sagen würden: 'Unser derzeitiges Leiden ist ein Leiden, dessen Ende nicht abzusehen ist; wenn wir jedoch für ein Ziel litten, wäre es ein Leiden, das ein Ende hätte.' Dies, so möchte ich betonen, ist die letzte Chance, in unserem Lande die Veränderung friedlich herbeizuführen. Ich hoffe, es gibt Menschen in Ihrem Lande, die dies begreifen können."
(Bischof Desmond Tutu, Generalsekretär des Südafrikanischen Rates der Kirchen, 1978. Zitiert nach Dt. Allg. Sonntagsblatt 16.7.78).

Bischof Lohse über Bischof Tutu

„Ich möchte hier nun mein christliches Herz ganz offen sprechen lassen. In dem schönen Artikel der Augsburgischen Konfession von der Bischöfegewalt steht ja, daß die Bischöfe keine Gewalt haben, daß sie ohne menschliche Gewalt, allein durch das Wort die Kirche zu leiten haben. Das haben die Reformatoren sich damals so von den Bischöfen gedacht, und das ist in unseren Verfassungen auch so. Bischöfe haben überhaupt nichts zu sagen, außer daß sie das Wort Gottes auszulegen haben. Ich halte überhaupt nichts von Boykottmaßnahmen. Ich halte das für eine unangemessene Weise kirchlichen Handelns. Und wenn das theologisch nicht reicht, dann lege ich mein hanseatisches Empfinden auf den Tisch: Boykottmaßnahmen sind, abgesehen von allem anderen, nach allen Erfahrungen völlig wirkungslos."
(Der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Lohse, bei der EKD-Synode im November 1981. Zitiert nach idea-spektrum Nr. 60/61, 4.11.81, S. 13).

macht in aller Öffentlichkeit deutlich, daß Geld nicht – wie so oft behauptet – neutral ist. Sie zeigt, daß der Weltkirchenrat bereit ist, Beschlüsse auch in die Tat umzusetzen und es nicht nur bei wohlklingenden Worten zu belassen. Sie setzt ein Signal für andere Kirchen und kirchliche Gruppen, die dem Beispiel des ÖRK folgen wollen. Und schließlich ist sie damit eine Ermutigung für die schwarze Bevölkerung Südafrikas, ihren Kampf um Abschaffung der Apartheid, um Beendigung der Unterdrückung, fortzuführen. Daß die Bedeutung der ÖRK-Entscheidung hierzulande genau verstanden wurde, zeigt beispielsweise die heftige Reaktion der Dresdner Bank, die dem Weltkirchenrat „Irreführung" vorwarf. (19)



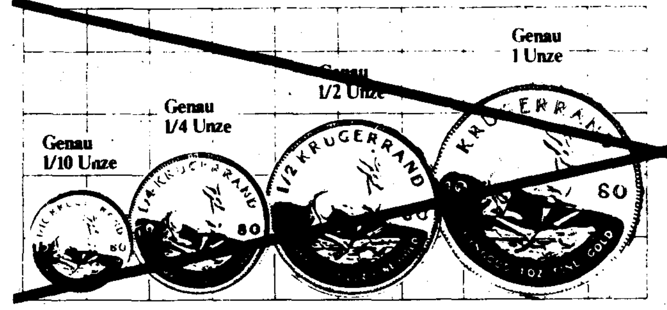
„. . . und Christus sollte aus der christlichen Kirche ausgeschlossen werden!"

Die EKD und Südafrika – ein trauriges Kapitel

Der Rat der EKD, wie könnte es auch anders sein, hält den vom ÖRK beschrittenen Weg für ein „Unglück".(20) Was oben Skandal genannt wurde, hat bei den Kirchen in der Bundesrepublik eine gewisse Tradition.
Seit Jahren widersetzt sich die EKD beharrlich sämtlichen Aufforderungen und Bitten seitens des Weltkirchenrats, der afrikanischen Kirchen und kritischer Gruppen in der Ökumene, den Rassismus in Südafrika mit anderen Mitteln als mit Worten zu bekämpfen. Unerschütterlich halten die Verantwortlichen der EKD daran fest, daß Kirche nur „mit der Kraft des Wortes versuchen" könne, „politische und wirtschaftliche Organe auf ihre Verantwortung anzusprechen und die entscheidenden Personen in ihren Gewissen zu überzeugen" (aus der Argumentations- und Diskussionshilfe zum innerkirchlichen Gebrauch vom 21.9.1981). Dementsprechend wird immer noch auf Gespräche mit Unternehmen, Gewerkschaften und politischen Parteien gesetzt, wird die Anwendung des EG-Verhaltenskodex propagiert und von wirtschaftlichen „Kampfmaßnahmen" abgeraten. (Übrigens: diejenigen, die „mit der Kraft des Wortes" überzeugen wollen, sind genau dieselben, die gegen kritische Gruppen in den eigenen Reihen durchaus zu Taten schreiten: z.B. gegen das Evangelische Missionswerk und seine Theologie der Armut oder gegen die Evangelische Frauenarbeit und ihren Früchteboykott. Auch ist massiver wirtschaftlicher Druck der EKD nichts Wesensfremdes: wenn etwa über den Haushalt des Missionswerks, der Evangelischen Studentengemeinde oder die Zukunft von „edp-Entwicklungspolitik" entschieden wird – aber das ist ein anderes, nicht erfreulicheres Kapitel! Es zeigt nur recht deutlich die Begrenztheit der EKD-Argumentation.)
In Bezug auf Südafrika also setzt die EKD nach wie vor auf die Kraft des Wortes. Zwar wurde die Bilanz der sog. „Firmengespräche" (Gespräche der EKD mit in Südafrika engagierten Firmen) auch in den eigenen Reihen schon pessimistisch beurteilt (21), die von der EKD geforderte „multiple Strategie" gegen die Apartheid als „Ausrede" bezeichnet (durch das Mitglied der EKD-Synode und des ÖRK-Zentralausschusses Prof. G. Grohs) (22) und längst auch wurde durch die Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt detailliert nachgewiesen, daß deutsche Firmen in Südafrika oft noch nicht einmal die Mindestnormen des EG-Kodex in der Behandlung ihrer schwarzen Arbeiter erfüllen, geschweige denn zu einer Auflösung des Apartheidsystems auf friedliche Weise beitragen. (23)

Doch zeigten sich die Verantwortlichen in der EKD diesen Fakten gegenüber bisher reichlich unbeeindruckt. Es ist ja auch einfacher, dem Ökumenischen Rat in Genf, der sich nach jahrelangen Verhandlungen und Diskussionen nun zu einzelnen Maßnahmen entschließt, Voreiligkeit und Einseitigkeit vorzuhalten und zu beklagen, man sei an

Kein Geld für Gold



Gold – wie der Krugerrand – ist eine beliebte Geldanlage. Abgesehen von kurzfristigen Schwankungen ist sein Wert langfristig gestiegen.
Sie konnen die Kru... Gold munzen al... oder Geschenk ... Berechnet wird jeweils nur ... entsprechende Gold Tagespreis mit einem ... Aufgeld. Die Munzen gibt es mit 1 ... 31 g) Feingold und jetzt neu auch mit 1/2 Unze, 1/4 Unze und 1/10 Unze Feingold.

Die vier Krugerrand Gold... kosteten am 10. ... 12 Uhr 1 U... DM, 1/2 Unze 740 DM, 1/4 Unze 377 DM und 1/10 Unze 153 DM.

Krügerrand. Ein Stück Gold. Ein Stück Sicherheit.

Nutzen Sie die Moglichkeit selbst einer kleinen Anlage in Gold. Kommen Sie ein... eine unserer Geschafts stellen, ob Sie ein... bei uns haben oder nicht.

(Aus Anzeigen in deutschen und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften für die neuen Krugerrandgoldmunzen)

aus SÜDAFRIKA!

den Entscheidungen des ÖRK nicht beteiligt gewesen. Die Präsenz der EKD im Zentralausschuß und im Exekutivausschuß des ÖRK, wo diese Sachfragen seit 1969 verhandelt werden, fällt bei diesem Lamento freilich ebenso unter den Tisch wie die Tatsache, daß die EKD sich bislang nicht eben sorgsam an den von Genf angeregten Diskussionen beteiligte. Die Behandlung des Bankenbeschlusses ist ein Beispiel. Ein anderes ist die Reaktion der EKD auf ein Diskussionspapier des damaligen Leiters des Antirassismus-Programms, B. Sjollema. Dieses Papier, das nach der Ermordung Steve Bikos und der Bannung von 18 Organisationen in Südafrika 1977 verfaßt wurde und einige kritische Anfragen an die Praxis der reichen Kirchen enthielt, schlug man seinem Verfasser buchstäblich um die Ohren. (24) Beiträge zum Sonderfonds des Antirassismusprogramms, aus dem Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt unterstützt werden, konnte man sich bis heute nicht abringen – für den Ratsvorsitzenden der EKD ist das Problem Sonderfonds „entschärft, und, ich glaube auch sagen zu können, gelöst." (25) Hoffentlich täuscht er sich da nicht. Eines scheint sicher: wenn sich an die evangelische Kirche in Deutschland noch irgendwelche Hoffnungen der unterdrückten schwarzen Bevölkerung Südafrikas richten, dann wohl kaum an den Rat der EKD, sondern eher an die Vielzahl der kirchlichen Gruppen und Einrichtungen, die sich kritisch mit den Verhältnissen in Südafrika auseinandersetzen und ihrer täglichen Arbeit – Informationsveranstaltungen, Früchteboykottaktionen, Krügerrandboykott, Flüchtlingsbetreuung, um nur einige zu nennen – dokumentieren, daß für sie Solidarität mehr als ein Wort ist. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung h i e r um das System der Apartheid ist also noch lange nicht „entschärft" – sie steht vielmehr gerade am Anfang. Wir dürfen also gespannt sein, welche göttlichen Zwischenfälle, brüderlichen Pannen oder sonstigen Mißgeschicke der Rat der EKD das nächste Mal bemühen wird, wenn er erklären muß, warum die Leitung der EKD sich der geforderten ökumenischen Solidarität immer wieder verweigert. sh

Anmerkungen

1) Alle Zitate aus: idea-spektrum, Informationsdienst der Evangelischen Allianz e.V., Wetzlar, Nr. 60/61 vom 4.11.81, S. 2, 12, und 13.
2) vgl. One World (Zeitschrift des ÖRK), Genf, Nr. 65, April 1981, S. 6 ff
3) ebenda, vgl. auch PCR-information 3/79 (ÖRK) über die Aktivitäten der Kirchen in Europa, USA und Australien
4) ebenda
5) ebenda, S. 8 sowie Brief des ÖRK an die Mitgliedskirchen vom 13.3.1981
6) One World, April 1981, S. 7
7) Evang. Pressedienst (Zentralausgabe) vom 26.9.1980, S. 7
8) vgl. Frankfurter Rundschau vom 7.11.81, S. 3
9) Kommunique über die 26. Sitzung des Rates der EKD, herausgegeben von der EKD-Kirchenkanzlei in Hannover am 21.9.81. Auch: Frankfurter Rundschau vom 22.9.81, Evang. Pressedienst (Zentralausgabe) vom 22.9.1981
10) Frankfurter Rundschau vom 7.11.1981
11) One World, April 1981, S. 6 ff
12) ebenda
13) Evangelischer Pressedienst (Zentralausgabe) vom 26.9.1980
14) G. Wellmer, Westdeutsche Bankanleihen an das Apartheidssystem. Unveröffentlichtes Diskussionspapier für ein Seminar der AAB im April 1981; vgl. auch: Informationsdienst Südliches Afrika, Bonn, Nr. 9/80, S. 9-11
15) ebenda, auch: epd-Entwicklungspolitik Nr. 18/19/80 und Wellmer, Diskussionspapier, a.a.O.
16) ebenda
17) Informationsdienst Südliches Afrika, Bonn, Nr. 3/81, S. 5 vgl. auch One World, a.a.O.
18) Informationsdenst Südliches Afrika, Bonn, Nr. 3/81, S. 5
18a) Auf diesen Betrag werden die betreffenden Geldeinlagen des ÖRK geschätzt, vgl. Tagesanzeiger Zürich 16.9.1981, Süddeutsche Zeitung 18.9.1981
19) Frankfurter Rundschau und Stuttgarter Zeitung vom 22.9.1981
20) vgl. idea-spektrum, a.a.O.
21) beispielsweise bei der Königsteiner Konsultation der EKD „Sozialethische Aspekte der wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Republik Südafrika" im Oktober 1977 durch Landessuperintendent Dr. G. Linnenbrink – vgl. epd-Dokumentation 16/78, S. 36 ff.
22) G. Grohs, Die 'multiple Strategie' ist tot, zit. nach epd-Entwicklungspolitik 6/79, S. 6-8
23) „Das Dilemma mit dem Kodex ", Studien über das Verhalten der deutschen Firmen in Südafrika, veröffentlicht als epd-Dokumentationen 50/79 und 23-24/81
24) vgl. Ökumene-EKD-Südafrika, Dokumente eines Konflikts. Beiheft zur „Jungen Kirche" 4/78
25) idea-spektrum a.a.O.

ENTWICKLUNGSHILFE

SHIDA KWELI! – Wirklich ein Problem!

Zu Frustration und Gejammer vieler Entwicklungshelfer in Tanzania

In dem folgenden Artikel schildert ein Entwicklungshelfer in einer kleinen Stadt im Süden Tanzanias seine ersten Eindrücke und Erfahrungen in diesem Land. Zum einen bringt er seine Frustration über die Praxis des tanzanischen Sozialismus zum Ausdruck. Mit der sich rasch verschlechternden wirtschaftlichen Lage wird die Kluft zwischen dem oft noch verklärten Tanzaniabild in der BRD und der Wirklichkeit immer größer. Es ist an der Zeit, die gesellschaftliche Entwicklung weniger anhand programmatischer Erklärungen der tanzanischen Führung begreifen zu wollen, sondern die tatsächliche Entwicklung muß als ein durch interne Klassenauseinandersetzungen im Rahmen eines kapitalistischen Weltsystems bestimmter Prozeß verstanden werden (dazu siehe Literaturhinweise)[1]. Diese Enttäuschung könnte sicher durch eine realistischere Vorbereitung in der DED-Ausbildungsstätte vermindert werden.
Zum anderen ist es die Erfahrung der Konfrontation mit einem anderen Kulturkreis, mit anderen Verhaltens- und Denkweisen.
Positiv erfährt er die Andersartigkeit dieser Lebensweise in ihrer Höflichkeit, der Mitmenschlichkeit und in der Streßlosigkeit. Andererseits erfordern die modernen Organisationsstrukturen eines Krankenhauses ein Maß an Vorausplanung und Disziplin, das in der traditionellen bäuerlichen Familienproduktion in dieser Weise nicht erforderlich war. Hier liegt unter anderem auch die Ursache für die in Tanzania zu beobachtende Ineffektivität und mangelnde Produktivität in Verwaltung und Betrieben, die dann oft einen Europäer zur Verzweiflung bringen kann und wie er meint, in offenen Rassismus umzuschlagen droht. Es ist also nicht nur das Problem, in einen fremden Kulturkreis gestellt zu sein, sondern es sind auch die Widersprüchlichkeiten einer Gesellschaft, in der alte Produktionsweisen in bestimmten Sektoren durch moderne Produktions- und Organisationsformen abgelöst werden, während Denken, Arbeitseinstellung und Zeitverständnis noch von den alten Strukturen geprägt bleiben.
Wir Europäer sollten begreifen, daß auch unsere Werte und unser Verhalten einem historischen Prozeß unterworfen waren und sind. Vielleicht können wir so die Relativität unserer Werte erkennen und zum anderen den Zugang zum Verstehen gesellschaftlicher Prozesse finden, die unter anderen Rahmenbedingungen stattfinden (siehe Literaturhinweise)[2].

(d. Red.)

Bahati (= Glück), der kleine nichtsnutzige Köter nagt an meinem Zeh, um mich am Schreiben zu hindern, Eric Burdon seufzt über San Francisco, endlich tropft wieder Wasser aus der Leitung in der Küche, Hühner scharren im Stall hinter dem Wohnzimmer, wo zwischen Büchern und afrikanischen Stoffdrucken die weichen Polster von der zischenden, heißen Benzinlampe beschienen werden.

Tanzania – kein Kino, kein Konzert, keine weiße Entwicklungshelferclique, nichts, mit dem ich den Kulturschock, die Erfahrung des Andersseins verdecken könnte. Meine europäische Bude, in die ich mich verkriechen kann, ist gemütlich ausgestopft. Der Bauch an Ugali und Kochbananen gewöhnt. Die Arbeit flutscht routinierter und der Angstschweiß der ersten Nachtwachen ist vergessen. Jeden Morgen holt mich Longino zum „Waldlauf" ab. Ich sitze in den Häusern der Dörfler, esse ihr Elefantenfleisch und quatsche über unsere verschiedenen Kulturen und die Schludrigkeiten des Alltags. Die Leute sind freundlich zu mir. Sie geben mir das Gefühl gebraucht zu werden. Sie kommen zum Schach- und Tischtennisspielen.
Also geht es mir gut. Nach dem Sprung ins kalte Wasser bin ich aufgetaucht und schwimme mich frei. Trotzdem spüre ich in mir das, was ich an so vielen Entwicklungshelfern ablehne und wovor ich mich fürchte: die Enttäuschung über das Land, Frustration, Abwehr. Das kann sich zum offenen Rassismus entwickeln.
Wir, die Entwicklungshelfer, sind zerrissen. Wenn wir uns treffen, erzählen wir, wie schlecht es uns geht. Histörchen von dem typisch unmöglichen Verhalten der Schwarzen, mit dem wir fertig werden müssen, von der Karrikatur des Sozialismus in Tanzania. Und wir vergessen, wovon wir zu Hause schwärmen werden; vergessen darüber zu reden, was uns dazu bringt, unsere Verträge zu verlängern, nachdem wir Berichte verfaßten, in denen wir schildern, welch ein hoffnungsloser Sauhaufen unser Projekt regiert, und wie aussichtslos unsere Arbeit ist.
Es ist mehr als zweifelhaft, ob ein „Entwicklungshelfer" als nützlicher Alibiidiot der BRD („Seht mal, wir tun ja was!") objektiv ein Gewinn für Tanzania ist. Aber auch die Auswirkung in der anderen Richtung (der Entwicklungshelfer als Bote eines besseren Verständnisses für die Dritte Welt) ist eher die Ausnahme. Bei den meisten Entwicklungshelfern überwiegt die unpolitische Resignation: Die Tanzanier sind an ihrer Misere selber schuld; wenn Tanzania von Deutschen bevölkert wäre, könnte es ein blühendes Paradies sein.
Da ist die Unpünktlichkeit. Ich will um acht operieren und um neun wird erst der Patient gebracht. Die langatmige Fummeligkeit bis bei einem Notfall etwas in Gang kommt. Die Unfähigkeit zu organisieren, wegen der sich alle Weißen die Haare raufen. Zum Beispiel: Nachingwea's Stromgenerator, der ausfällt, weil Diesel erst dann bestellt wird, wenn der letzte Tropfen verbraucht ist. Es könnte eigentlich losgehen, als der Diesel kommt, doch man stellt fest, daß das Getriebeöl verbraucht ist und es erst aus Dar es Salam eingeflogen werden muß (vor einem halben Jahr hätte man es in aller Ruhe mit dem Schiff kommen lassen können). Ist das alles geregelt und die ganze Stadt freut sich, daß es wieder Strom geben wird, entdeckt man einen Defekt in der Leitung vom Generator zum Hauptnetz, für den man erst ein Ersatzteil bestellen muß. Oder: ein Patient liegt in Narkose, und ich will gerade mit der Operation anfangen, da erfahre ich, daß weder Jod noch ein anderes Desinfizienz da ist. Dem Nursing officer, der einen Tag zuvor nach Lindi zum Medikamente Einkaufen gefahren war, hätte man den Jodmangel nicht mitgeteilt, da zu diesem Zeitpunkt noch ein Rest vorhanden war. Oder: ich

setze bei einem Säugling die Vakuumglocke an und will loslegen, als mir die Schwester sagt, die Vakuumpumpe sei seit einer Woche undicht. Niemand kam auf den Gedanken, sie zu reparieren oder es zu melden, da das Ding gerade nicht gebraucht wurde. Ein Deutscher, wie ich, steht erst fassungslos herum und versteht nichts mehr, resigniert vielleicht oder tobt und stößt dabei auf gleichgültiges Unverständnis.

Die beliebtesten Worte in Tanzania sind „matatizo" (Problem), „Hamna" (gibt es nicht, was grundsätzlich gesagt wird, bevor man sich aufrafft zu suchen), „Wasiwasi" (Durcheinander), „Taabu" (Entbehrung, Qual), „Shida" (Schwierigkeit). „Shida kweli!" (wirklich ein Problem), wenn kein Wasser läuft, weil für die Pumpen kein Strom da ist, weil der Generator kein Wasser für seine Kühlung bekommt. Shida kweli, wenn ich an einem Darm operiere, und der Patient dabei aufwacht, weil Sauerstoff und Narkosemittel zu Ende gehen, ohne daß der „Anästhesist" es bemerkt. Shida kweli, wenn ein Patient stirbt, weil die Ambulanz über Land fährt und Mais transportiert. Shida kweli, wenn ein Säugling immer blauer wird, und der einzige Tubus zum Beatmen nicht aufzufinden ist. „Taabu sana!" (Solche Schwierigkeiten!) ist ein so beliebter Ausdruck wie: „Es ist aber wirklich heiß heute!", was bedeutet: Ich könnte nicht leben, wenn es mal längere Zeit nicht heiß wäre. Taabu sana: ich könnte nicht leben, wenn die Arbeit nicht täglich von neuen Problemen aufgehalten würde. Ich komme morgens in den Operationssaal und will mich voller Tatendrang auf ein großes Programm stürzen, da sehe ich die Oberschwester lächeln: „Bahati mbaya!" (So ein Pech!) Gestern hat Makota (der andere Arzt) das letzte Skalpell verbraucht. Karibu chai! (Willkommen zum Tee!)". Ist es da ein Wunder, wenn ein deutscher Entwicklungshelfer ausflippt und zum Rassisten wird?

Und ist es ein Wunder, wenn wir uns später zu Hause nicht mehr eingewöhnen können? Es gibt hier keinen Streß und keine Hektik, es sei denn, wir produzieren sie selber. Niemand nimmt es besonders tragisch, wenn der Strom ausfällt, das Flugzeug nicht kommt, es kein Wasser zum Waschen gibt oder ein wichtiges Medikament monatelang nicht zu haben ist. All das ist hier eigentlich nicht wichtig. Man lebt auch ohne das und hat seinen Spaß. Vieles, von dem wir meinen, es gehöre unbedingt zu unserem Leben, verliert seine Bedeutung. Wenn ein Tanzanier in die BRD kommt, wird es ihm anfangs so ähnlich gehen, wie vielen von uns es hier geht: Wie kann man so nur leben? – Man kann!

Es ist schwer, das Anderssein zu akzeptieren und sich treiben zu lassen. Deshalb hocken die Entwicklungshelfer zusammen und treiben kulturelle Inzucht. Mit einem Schweden oder einem Cubaner kann ich problemlos über Liebe reden. Sie verstehen mich. Der Begriff hat in ihrer Sprache dieselbe Bedeutung. Wie aber mache ich mich Longino, meinem Freund dem Automechaniker, verständlich, in dessen Kultur es keine Romantik gibt und für den eine europäische „Liebesheirat" ein Alptraum ohne Ende wäre? Er kann mir von seinem Verhältnis zu seiner Frau erzählen, und ich höre erstaunt zu. So wie er verwundert den Kopf schüttelt oder lacht, wenn ich ihm von unseren Sitten erzähle.

Wäre ich in Dar es Salam geblieben, hätte auch ich mit Amis und Holländern rumgehockt, hätte geklönt und nur gelegentlich Ausflüge in afrikanische Hütten gemacht. Das Posting in den Busch, wo es für mich als einziger Weißer keine Fluchtmöglichkeiten gibt, zwingt mich, Dinge zu erleben oder zu erfühlen, die anderen in Teams oder Missionsstationen verschlossen bleiben, auch wenn sie 20 Jahre hier arbeiten. Viele Rückkehrer wie auch die Missionare, die sich ihr bayrisches Essen per Schiff kommen lassen, sind fest davon überzeugt, daß eine Freundschaft, wie wir sie kennen, zwischen einem Tanzanier und einem Europäer nicht möglich sei. Während unserer Vorbereitung in Berlin meinte einer, man könne nicht grundsätzlich mit einem Tanzanier reden, nichts diskutieren. Als wir ihm Kis, unseren Pauker, vorhielten, mit dem wir uns täglich die Köpfe heiß redeten, kam das Argument, daß er kein Afrikaner mehr sei, sondern innerlich zum Weißen geworden sei. Ein „Bruder" in seinem burgähnlichen Missionsgutshof, in dem die Hunde auf Schwarze abgerichtet sind – schließlich sind alle Diebe schwarz – vertraute mir bei Wurst, Käse und Schwarzbrot aus Deutschland an, daß auch er einst als junger Unwissender an die Freundschaft eines Tanzaniers geglaubt hatte, bis der ihm sein ganzes Geld klaute.

Ähnlich wird das scheinbar endgültige Urteil gepflegt, man könne mit einer Afrikanerin zwar schlafen, aber danach käme die große Leere. Alles liefe letztlich auf Prostitution hinaus – Sex für Jeans. Alles was uns so wichtig sei, wie Zärtlichkeit, Verständnis und Vertrauen habe in einer geschlechtlichen Beziehung zwischen schwarz und weiß keinen Platz.

Ich meine nicht, daß das reine Vorurteile sind. Viele, die sich in ihrem inneren Europa einigeln, haben sicher sich zu öffnen versucht, und sind gescheitert. Es ist auch, verdammt, nicht einfach.

Und trotzdem bin ich hier glücklich ohne einen anderen „Mzungu"; und das nicht nur, weil ich mir bewußt bin, Erfahrungen zu machen, die mein ganzes späteres Leben beeinflussen werden. Ich bin bewußter Deutscher, als ich es vorher war. Und doch ist da mein tanzanischer Freund, der mir hilft, wenn mich der Frust packt, weil ich eine Operation verpatzt habe. Da sind die Abende in seiner Hütte bei der Petroleumfunzel, dem Maisbrei und den Bohnen, an denen wir uns voneinander erzählen und spüren, wie sich die Distanz verliert. Da ist meine Freundin, die mich in ihren Armen davonfliegen läßt, mit der ich mir in der Disco das Heimweh aus dem Leib tanze, die mir wie eine zärtlich sprudelnde Quelle alle Geheimnisse Afrikas offenbart.

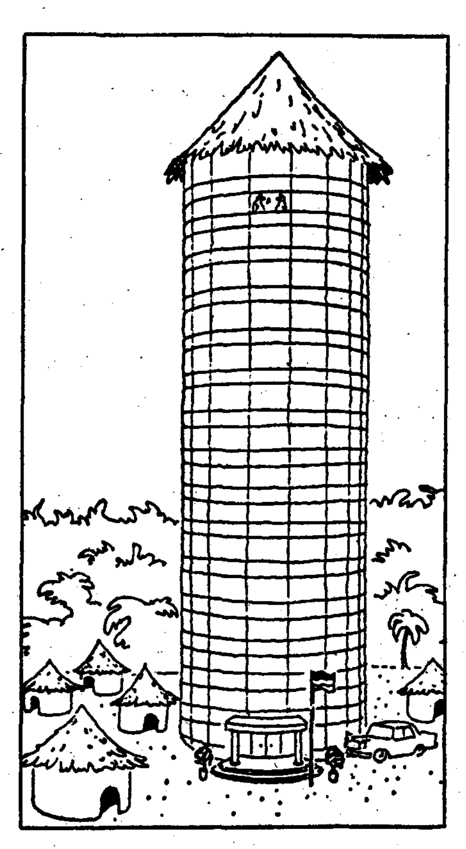
Beide sind mit mir zusammen,obwohl ich reich und weiß bin. Es hat sie Anstrengung gekostet, Vorurteile und Ängste zu überwinden. Im Gegensatz zu anderen, die sich schleimend anbiedern, um zu profitieren. Weder bei Longino noch bei Grace habe ich das Gefühl ausgenutzt zu werden. Wir haben Vertrauen zueinander und haben uns bewiesen, daß wir aufeinander zählen können. Und das trotz der stirnerunzelnden Zweifel vieler Weißer in der Umgebung „Mit der Zeit werden auch dem die Augen aufgehen!"

Dann sind da noch Menschen, wie die „Wazee", die Alten, Lukunga und Liunda, beide Chefpfleger. Ich schätze sie beide, die ernsthaft und engagiert arbeiten und dennoch: ausgeglichen und entspannt sind. Die sich einsetzen und verläßlich sind, ohne dabei in die Gefahr zu geraten, ein Magengeschwür oder Bluthochdruck zu entwickeln.

Ein beliebtes Argument der frustrierten Ärzte ist, daß bei der allgemeinen Schlaffheit und der unbekümmerten Organisationsträgheit Patienten vernachlässigt oder vergessen werden oder auf der Strecke bleiben. Das ist richtig. Und doch vergessen diese Entwicklungshelfer, wenn sie die Afrikaner verdammen, wie es zu Hause aussieht.

Werden da etwa keine Menschen zerstört? Zerstört durch unmenschliche Apparatemedizin und überflüssige Operationen aus „wissenschaftlichen" oder Profitgründen. Zerstört durch das Alleingelassensein in der Kälte unserer Krankenhäuser. Zerstört durch den Patienten gefährdende

Therapien bei Krankheiten, bei denen unsere Medizin wirkungslos ist, weil die Krankheiten psychisch oder gesellschaftlich bedingt sind oder weil es keine heilende Therapie gibt. Wieviele Menschen sind bei uns psychosomatisch krank, neurotisch, psychisch verkrüppelt, Tabletten- oder Drogenabhängig, weil Druck, Hetze, Streß, Konkurrenzkampf, Mitleidlosigkeit und Vereinsamung zum Alltag gehören? Alles Dinge, die hier fremd sind.
Wenn wir die Werte und Vorteile unserer eigenen krankmachenden Gesellschaft nicht hinterfragen, müssen wir hier in Afrika zwangsläufig verzweifeln und in Rassismus verfallen. Man vergißt dann, das so andersartige Leben zu genießen: die Ruhe, das Gefühl Zeit zu haben, nichts zu vergessen, von keinen Plänen gehetzt zu werden, weil bei den ständigen Problemen nichts wirklich planbar ist, zu sich selbst zu finden, befriedigend locker zu arbeiten ohne Karrieredruck- und Privatpatienten.
Auch wenn ich oft alle zur Hölle wünsche, lerne ich täglich von „meinen" Tanzaniern. Von ihrer die Person des anderen achtenden Höflichkeit und von ihrem aggressionsmeidenden Umgang miteinander, der es nicht zuläßt, ein Gegenüber fertig zu machen, wie es bei uns zu Hause üblich ist. Ich lerne von ihrer Fähigkeit, große Probleme wie schwere Krankheiten oder den Verlust von Angehörigen auf ein psychisch erträgliches Maß zu reduzieren und gelassen zu ertragen, ohne zu verzweifeln. Ich lerne von dem Nicht-Ernstnehmen kleiner Schwierigkeiten wie die 24-stündige Verspätung eines Zuges oder wie dem mehrmonatigen Ausbleiben von Batterien, Bier, Seife oder anderem. Ich bewundere die Mitmenschlichkeit, die warme Kinderfreundlichkeit, die Aufopferungsbereitschaft für die Mitglieder der Großfamilie, die Emotionalität und die Lebensfreude.



„Glauben Sie mir, Meier, das Allerwichtigste bei der Entwicklungshilfe ist Einfühlungsvermögen"

Das sozialistische Modell Tanzania

Aber neben dem Persönlichen ist da noch die Politik, die vielen Tanzania verleidet und sie zu Enttäuschten macht. Die Politik, die die Vorurteile der Leute zu Hause, die eh wissen, daß Afrikaner und Sozialismus nichts taugen, bestätigen wird.
Viele leicht links angehauchte Entwicklungshelfer und der zwischen sozialdemokratisch und liberal schwankende DED sehen von außen in der Politik Tanzania's ein entwicklungspolitisches Ideal: Sie ist einerseits antikapitalistisch, aber gleichzeitig auch antikommunistisch; sie proklamiert die sozialistische Planwirtschaft und praktiziert kapitalistische Marktwirtschaft; sie ist von dem Glauben an die grundsätzliche Vereinbarkeit von Gegensätzen durchsetzt, wie auch jeder gute Sozialdemokrat glaubt, daß Arbeit und Kapital an einem Strang zu ziehen haben, wenn es um den Erhalt der Wirtschaft geht; sie ist gegen die bundesdeutsche Südafrikapolitik, aber auch gegen die sowjetische Afghanistanpolitik; sie ist nicht klerikal, aber doch christlich.
Diese Politik beruht auf der Ideologie eines kleinbürgerlich -kirchlichen Sozialdemokratismus voll revolutionärer Erklärungen und halbherziger Durchführungen. Wer das zu seinem Idealsozialismus erkoren hat, wird natürlich enttäuscht sein von der Korruption, von der Vetternwirtschaft, von dem abgehobenen Leben des herrschenden Kleinbürgertums, und von der am Profit orientierten Wirklichkeit. Er wird einstimmen in das Gejammere der CSU-Missionare, die in Tanzania ein schönes Beispiel dafür sehen, wie der Sozialismus zum Scheitern verurteilt ist.
Die gesellschaftlichen Ursachen dieser Herrschaftsform der „Bürokratischen Bourgeoisie" sind ausgezeichnet und fundiert in der marxistischen Analyse Issa G. Shivji's beschrieben.[1] Wenn entscheidende Kapitel in der Vorbereitung des DED besprochen würden, ließen sich viele Frustrationen vermeiden. Ich habe den Eindruck, daß sich die dort beschriebenen Klassenkämpfe verstärken werden mit dem ökonomischen Niedergang Tanzania's, mit den Kreditaufnahmen bei Weltbank und Internationalem Währungsfond und der damit verbundenen zunehmenden Einflußnahme der westlichen Industriestaaten. Die von Shivji, leider, ausgelassene, nicht nur ideologisch, sondern auch ökonomisch ungeheuer starke Kirche und die herrschende Bourgeoisie träumen vom Ausbau ihrer Macht. Das internationale Kapital gewinnt ständig an Boden. Ist der völlige Übergang zum Kapitalismus nur noch eine Frage der Zeit?
Offen ist, wie sich die Bauern, denen durch Ujamaa die Macht versprochen wurde, wie sich die Arbeiter, die schon öfter Fabriken besetzten, um korrupte Manager loszuwerden und wie sich die in linker Ideologie gedrillten Militärs dazu stellen werden. Die Entscheidung, einen sozialistischen Weg zu gehen, steht Tanzania noch bevor.
Trotzdem sind seit der Unabhängigkeit Schritte in eine positive Richtung unternommen worden, die von den Frustrierten nicht zur Kenntnis genommen werden und die dennoch den Keim einer wirklich neuen Gesellschaft in sich tragen: Die überall verbreitete, einheitliche Sprache, die ein festes Nationalgefühl vermittelt und die Zersplitterung in „Stämme" verhindert; das in jedes Dorf reichende kostenlose Gesundheitssystem mit seinen krankheitsvorbeugenden Maßnahmen; das ebenfalls allgegenwärtige und kostenlose Erziehungssystem; der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung; die Verhinderung krasser Gegensätze zwischen Arm und Reich; die Ansätze, den Staat, die Fabriken und die Landwirtschaft demokratisch und kollektivistisch zu organisieren; die gesamtstaatliche Planung und die konsequente Unterstützung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika. Das unterscheidet Tanzania von einer Neokolonie wie Kenia.

Helmut Jäger, Tanzania

Anm. 1: Literatur zu Staat und Klassen in Tanzania

Shivji, Issa G.
– The silent class struggle, 1974
– Class Struggles in Tanzania, 1976
Tanzania Publishing House, Dar-es-Salaam
– The state in the dominated social formations of Africa: some theoretical issues, in: International Social Science Journal, No.4, 1980

Blätter des iz3w, Heft Nr. 49 und 60

Freyhold, Michaela, von, : The Post-Colonial State and Its' Tanzanian Version, in: Review of African Political Economy, No. 8., Jan-April 1977.

Leys, Colin: The „Overdeveloped" Post Colonial State: A Re-evaluation, in: Review of African Political Economy, No. 5, 1976

Wegner, Gerhard, Tansania – auf dem Weg zum Sozialismus?, in: Das Argument 126, 1981

Melber Henning: Staat in der Dritten Welt, Zur Analyse von Herrschaft in Ländern Afrikas, in: Das Argument 126, 1981

Anm. 2: Literatur zu Wandlungen von Verhalten und Werten in der geschichtlichen Entwicklung

Elias, Norbert: „Über den Prozeß der Zivilisation"
1. Bd.: Wandlungen des Verhaltens in den westlichen Oberschichten des Abendlandes
2. Bd.: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation, Suhrkamp stw 158, 159

Berger, Gerhard: Ungeplante Aspekte einer Industrieansiedlung-eine Fallstudie. in: Materialien zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie S. 311 - 327, stw 233

Thompson, E.P.: Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus, in: Gesellschaft in der industriellen Revolution, Braun, R. und andere, 1973

Shorter, E.: Die Geburt der modernen Familie, 1977, Rowohlt

Tetzlaff, Rainer: Staat und Klasse in peripherer-kapitalistischen Gesellschaftsformationen: Die Entwicklung des abhängigen Staatskapitalismus in Afrika, in: Verfassung und Recht in Übersee, 10.Jg, 1. Quartal 1977, S. 43 – 77

Elsenhans, Hartmut: Die Staatsklasse/Staatsbourgeoisie in den unterentwickelten Ländern zwischen Privilegierung und Legitimationszwang, in: Verfassung und Recht in Übersee, 10. Jg., 1. Quartal 1977, S. 29 – 42

Werner Pfennig, Klaus Voll, Helmut Weber (Hrsg.): Entwicklungsmodell Tansania: Sozialismus in Afrika. Frankfurt/New York, Campus Verlag 1980

„Die Dritte-Welt-AG Osnabrück hat eine Multimedia-Show über Tansania zusammengestellt. Um diese Show weiter zu verbessern, benötigen wir – Fotos (Dias) – neuste Information aus Tansania

Freuen würden wir uns auch, wenn andere Stellen mit ähnlichen Arbeitsmethoden (z.B. Theater, Tonbildschau, ...) zu uns Kontakt aufnehmen würden.

Adresse: Dritte-Welt-AG Osnabrück
Heinz Wüppen
Sperberhöhe 25, 4504 Georgsmarienhütte

Flüchtlingshilfeprojekt in Westsahara

Hintergrund und jüngste Entwicklung in der West-Sahara

Anläßlich der Gipfelkonferenz der Organisation Afrikanischer Staaten in Nairobi erklärte sich Marokkos König Hassan II überraschend dazu bereit, ein Referendum (d.h. eine Befragung der saharauischen Bevölkerung über die Frage der künftigen Unabhängigkeit) auf dem Territorium der Westsahara zu akzeptieren. Mit der Einwilligung in das Prinzip eines Referendums hat der marokkanische Monarch den kolonialen Charakter seines Unternehmens in der Westsahara zugegeben. Er stellte damit auch sein ganzes bisheriges Argumentationsgebäude in Frage, welches darauf aufbaute, daß es kein eigenständiges Volk der Sahrauis und somit nur Marokkaner in der Westsahara gebe.

Dennoch hat Marokko Verbündete. Die einen, wie die USA, unterstützen Marokkos völkermörderische Politik seit dem Machtantritt der neuen Reagan-Regierung mit verstärkten Waffenlieferungen, inklusive hochmodernen elektronischen Kontroll- und Überwachungssystemen, gegen die sahrauischen Widerstandskämpfer. Aber auch die Bundesrepublik Deutschland leistet Wirtschaftshilfe verbunden mit Neutralitätserklärungen. Selbst Anträge auf Unterstützung des gemeinsamen Hilfsprogrammes von medico international und Terre des Hommes zugunsten der Flüchtlinge wurden mit Hinweis auf unsere nicht neutralen Positionen mehrfach abgelehnt. In diesem Zusammenhang sei an die Gutachten sowohl einer Untersuchungskommission der Vereinten Nationen als auch des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag erinnert, die in den Jahren 1975 und 1976 zum Schluß kamen, daß dem sahrauischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zustehe.

Seit einem Jahr versucht Marokko, mit der Errichtung eines mehrere hundert Kilometer langen Festungswalls quer durch die Wüste den „nützlichen Teil" der Westsahara – mit den Phosphatlagern von Bou-Craa und den großen Städten wie El Ayoun und Smara – abzuriegeln, um endlich die Kontrolle über das Gebiet zu erreichen.

Nach neuesten Informationen scheint auch diese Strategie wenig Erfolg zu zeigen, die sahrauischen Widerstandskämpfer zerstören den Wall regelmäßig an wichtigen Stellen. Somit konnte auch die Stabilität noch nicht erreicht werden, die sich ausländische Investoren wünschen: „Wenn sich dieses Sicherheitssystem über einige Zeit hinaus bewährt hat, werden sicher auch marokkanische und ausländische Unternehmen bereit sein, sich in der Sahara-Provinz zu engagieren." (FAZ, Blick durch die Wirtschaft vom 8.7.1981).

Kann damit gerechnet werden, daß die über 150.000 Flüchtlinge bald wieder in ihr Land zurückkehren werden, daß ihr Leid und das Leid der in den marokkanisch besetzen Städten unterdrückten und verfolgten Sahrauis ein Ende finden wird? Wenn es nach Marokkos Herrscher gehen würde, sollte die Volksbefragung von der marokkanischen Armee und Verwaltung beaufsichtigt werden. Daß diese Volksbefragung ein gefälschtes Ergebnis erbringen würde, ist offensichtlich. Deshalb soll nach dem Willen der Mehrheit der afrikanischen Staaten das Referendum unter Ausicht der Organisation Afrikanischer Staaten

und der UNO stehen, die eine Friedenstruppe zur Garantierung der Sicherheit während der Organisierung und Durchführung des Referendums entsenden soll. Um die endgültigen Bedingungen für die Durchführung des Referendums festzulegen, wurde ein Komitee gebildet, das sich aus den Ländern Guinea, Mali, Nigeria, Sierra Leone, Sudan, Kenia und Tansania zusammensetzt.
Es wird sich zeigen, ob der Vorstoß Marokkos ernstgemeint war, oder ob Hassan nur nach einem Waffenstillstand strebt, der es ihm ermöglichen würde, die katastrophale wirtschaftliche Lage seines eigenen Landes besser in den Griff zu bekommen. Der Saharakrieg kostet Marokko ca. 1 Million US-Dollar täglich!

Die Position der Sahrauis

Die Position des sahrauischen Volkes zu den Bedingungen des Referendums ist eindeutig: es fordert im wesentlichen „direkte Verhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien, der Frente Polisario und der marokkanischen Regierung über die Festlegung geeigneter Maßnahmen für einen Waffenstillstand, den Rückzug der Besatzungstruppen und der marokkanischen Verwaltung, um somit Bedingungen zu schaffen, die geeignet sind, dem Volk der Westsahara die Ausübung seines unveräußerlichen Rechtes auf Selbstbestimmung durch ein allgemeines, freies und ordnungsgemäßes Referendum, in Übereinstimmung mit der UNO- und der OAU-Charta, zu ermöglichen. „Dazu gehört auch die Forderung nach der Rückkehr des gesamten sahrauischen Volkes in seine Städte und Dörfer, frei von jeglicher Form fremder Präsenz oder Einwirkungsmöglichkeit sowie die Befreiung aller sahrauischen Gefangenen aus den marokkanischen Gefängnissen und Konzentrationslagern.
Für uns heißt das: Wir werden die Unterstützung für das um seine Unabhängigkeit ringende sahrauische Volk politisch, moralisch und materiell fortsetzen. Die in den Flüchtlingslagern im Grenzgebiet zwischen Algerien und der Westsahara in den vergangenen Jahren von den Sahrauis entwickelten demokratischen gesellschaftlichen Strukturen die kulturellen und sozialen Einrichtungen sind das sichtbare Abbild des politischen Willens des gesamten Volkes der Sahrauis.

Die Situation in den Flüchtlingslagern

Für unsere Freunde, die über das Sahrauiprojekt, das wir nun seit über vier Jahren durchführen, noch sehr wenig wissen, hier einige Informationen:
In den Lagernauf algerischem Boden leben heute rund 150.000 Sahrauis, überwiegend Frauen und Kinder sowie alte Menschen. Auch im verganenen Jahr hat die Zahl der Flüchtlinge also wieder um etwa 10.000 zugenommen. Sie flohen vor den Auswirkungen des Krieges und vor der marokkanischen Unterdrückung in den Städten und Ortschaften. Andere kamen aus dem ehemals mauretanisch besetzten Gebiet dazu.
Die Sahrauis haben es, obwohl nach wie vor völlig von der Versorgung von außen abhängig, von Anfang an verstanden, einem drohenden Flüchtlingschaos eine gesellschaftlich-staatliche Organisation entgegenzustellen, die Überleben und Leben ermöglicht. So wird die Hilfe von außen für alle Flüchtlinge maximal wirksam.
Die Lager befinden sich auf einer Strecke von ca. 150 km entlang der Grenze zwischen der Westsahara und Algerien und teilen sich in drei große Lagerbezirke auf, sogenannte Wilayas, die nach den drei großen Städten der D.A.R.S., El Ayoun, Dakhla und Smara benannt werden. Innerhalb dieser Großbezirke gibt es Untereinheiten, Dairais genannt, die ebenfalls die Namen von Ortschaften der D.A.R. S. tragen.
Die gesamte Lagerbevölkerung ist in sogenannten Volkskomitees organisiert, die die Bereiche Gesundheit, Erziehung, Versorgung, Handwerk, Justiz und Soziales betreuen. Die Vorsitzenden dieser somit 5 Hauptbereiche umfassenden Komitees bilden den Rat der Daira. Dieser Rat vertritt die Interessen der Dairas auf der nächsthöheren Ebene, der Wilaya, bis hin zu den regelmäßig stattfindenden Nationalen Volkskongreßen.
Auszüge aus einem Interview mit einer Frau aus einem Gesundheitskomiteee sollen die enorme Bedeutung dieser Komitees illustrieren.

Eine Frau aus dem Gesundheitskomitee:
„Das Gesundheitskomitee betreut in jeder Daira ein Dispensaire (Gesundheitsposten), der die Erstversorgung leistet und Medikamente ausgibt sowie in einer übergreifenden Art und Weise die Gesundheit der Bevölkerung überwacht, mit vorbeugenden Aktionen und Untersuchungen, Impfungen usw.



Während der ersten Jahre hatten wir eine hohe Säuglingssterblichkeit. Als Folge des Kriegsschocks, der Flucht und der Entbehrungen haben die Mütter oft kaum Milch. Dank der internationalen Solidarität konnten wir Trockenmilch bekommen. Zur Zeit wird eine Ziegenherde herangezogen, deren Milch in Mangelsituationen schon immer so wichtig für unsere Kinder war
In der Kinderabteilung der Lagerkrankenhäuser ist das oberste Prinzip: „die Kinder heilen und die Mütter erziehen". Die Kinder sollen auch nicht von ihren Müttern getrennt werden, wenn sie im Krankenhaus sind.
Was die Geburten angeht, wird die traditionelle Methode weiter beibehalten. Die Mütter gebären in der großen Mehrheit in ihrem Zelt. In jedem Gesundheitskomitee gibt es eine Hebamme. Wir versuchen, den Müttern vor allem Hygienemaßnahmen beizubringen."
Im Gesundheitsbereich gibt es ein abgestuftes System vom Gesundheitsposten der Daira über die Krankenhäuser der Wilaya bis hin zum sog. Nationalkrankenhaus.
Der Auf- und Ausbau dieses dezentralen Gesundheitssystems – innerhalb dessen mit Hilfe der Gesunheitskomitees ein besonderes Augenmerk auf die Gesundheitserziehung und Krankheitsvorsorge, aber auch auf die Krankheitsfrüherkennung gelegt wird, führte nicht nur zu einem Verschwinden von Epidemien (z.B. Kinderlähmung 1976/77), sondern auch zu einer wesentlichen Eindämmung schwerer Krankheiten. Gerade unter den extremen Bedingungen des Wüstenklimas führen relativ leichte Erkrankungen wie Grippe in kurzer Zeit zu schweren Komplikationen wie Lungenentzündung. Ein weiterer

Grund für die Krankheitsanfälligkeit ist die nach wie vor knappe Ernährung, besonders der Eiweiß- und Vitaminmangel."

Das materielle Hilfsprogramm

Mit Hilfe der Spenden konnte im vergangenen Jahr das geplante Hilfsprogramm realisiert werden. Es umfaßte u.a. 30 t Zusatznahrung für Kleinkinder, 2300 Decken, Instrumente und Geräte für 35 Lagergesundheitsposten, die Grundausstattung für zwei von den Flüchtlingen neu errichtete Lagerkrankenhäuser einschließlich Betten und Stromerzeugern und Medikamente und Instrumente für das Nationalkrankenhaus. Der Gesamtwert der Hilfe belief sich auf rund DM 400.000,–.
Anfang Juli dieses Jahres startet eine Konvoi von 10 mit medzinischen Hilfsgütern beladenen, geländegängigen Unimog-LKWs von Frankfurt nach Marseille, von wo aus die Verschiffung nach Algier und die Weiterfahrt in die 2000 km entfernt liegenden Flüchtlingslager erfolgte.
Die Fahrzeuge sind inwzsichen übergeben worden und werden einen wichtigen Beitrag für die Verbesserung der Transportmöglichkeiten in den Lagern darstellen.
Die Fahrzeuge waren ein Geschenk der Organisation des sog „Anarchronistischen Zuges", mit der sie im vergangenen Wahljahr in einr Kampagne „Brecht statt Strauß" mit einer Art Straßentheater durch die ganze Bundesrepublik gefahren war. Diesmal wollten die Organisatoren des Zugs nicht im nationalen, sondern im internationalen Bereich die Frage nach Freiheit und Demokratie stellen und auf die brutale Vertreibung und Unterdrückung des sahrauischen Volkes aufmerksam machen.
Für das Jahr 1981 sollen nur weitere 30 t Nahrungsmittelhilfe, 2000 Decken, Zeltmaterial zur Selbstherstellung von Zelten durch die Sahrauis, Kinderkleidung, eine Feldkücheneinrichtung und Filmprojektionsausrüstungen für eine Lagerschule, weiteres Ausrüstungs- und Verbrauchsmaterial für die Lagerkrankenhäuser bereitgestellt werden.
Dieses Hilfsprogramm wird in der Bundesrepublik von mehreren Organisationen in einem Gemeinschaftsprojekt getragen. Es sind dies Terre des Hommes, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt und medico international. Dank dieser Zusammenarbeit können Material- und Verwaltungskosten erheblich reduziert werden.
Wir bitten Sie um Unterstützung dieser Hilfe durch ihre großzügige Spende auf die unten angegebenen Konten.
Auch bitten wir diejenigen, die dazu in der Lage sind, einen Dauerauftrag bzw. eine Einzugsermächtigung auszustellen.

Anna Huber und Leo Locher
(medico international)

Spendenkonto 1800
Stadtsparkasse Frankfurt M.

Informationsmaterial
auf Anfrage bei uns erhältlich.
DIA-Serie, 80 Dias mit Text
ARBEITSMATERIAL, 55 Seiten:
„Die sahrauischen Frauen und die Befreiung ihres Volkes"
Einführung in Land und Geschichte und die Rolle der Frau DM 3,–
SCHWARZWEISSFOTOS FÜR Solidaritätszeitschriften
PLAKATE vierfarbig DINA 2
Kinderplakat mit Eindruck „Für eine freie Sahara"
Frauengruppe bei der Alfabetisierung.
Lagerversammlung je DM 5,–
NEU!! AUSSTELLUNG!!
25 A 2 Tafeln. Näheres Auf Anfrage
EINLEGEFALTBLATT 21 x 10 cm

Aufruf an Krankenschwestern und Krankenpfleger

Seit Jahren herrscht im Libanon ein chronischer Kriegszustand. Hauptleidtragende sind vor allem die Zivilbevölkerung und die aus ihrer Heimat vertriebenen palästinensischen Familien.
Im südlichen Libanon leistet der palästinensische Rote Halbmond trotz widrigster Umstände wirksame und (auch international) anerkannte medizinische Hilfe und Aufbauarbeit. Für die Sicherung und Entwicklung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung fehlt es jedoch vor allem an ausgebildeten Krankenschwestern und Krankenpflegern.
Wir suchen qualifiziertes Personal zu selbständiger Arbeit in Ambulatorien oder kleineren Spitälern. Ops-Schwestern/Pfleger, und auch Lehrkräfte an einer Schwesternschule.
Interessierte richten bitte ihre Bewerbungen an CSS, Centrale Sanitaire Suisse (Schweizerische Ärzte- und Sanitätshilfe), welche die Kontakte vermitteln wird: CSS, Centrale Sanitaire Suisse, Vermerk Libanon, Postfach 5087, 8022 Zürich. PC: 80-7869



Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
1 Berlin 61, Friedrichstr. 236
ASW

Flüchtlingshilfe Westsahara

mehr als 15o ooo Sahrauis, überwiegend Frauen, Kinder und Alte leben in Zeltlagern. Im Laufe der jetzt schon sieben Jahre andauernden militärischen Besetzung der Westsahara, des Heimatlandes der Sahrauis, sind diese Lager Zufluchts- und Überlebensort geworden.

Vertrieben von ihren vorherigen Möglichkeiten der Selbstversorgung, sind die Sahrauis auf fremde Hilfe angewiesen - und diese kommt vor allem von privaten Entwicklungshilfeorganisationen, von Menschen, die das Recht des sahrauischen Volkes auf ihr Land und ihr Selbstbestimmungsrecht anerkennen, genauso, wie die Vereinten Nationen, die Organisation Afrikanischer Einheit(OAU) und ein drittel aller Staaten der Welt dies tun.

SOLANGE DAS RECHT AUF SELBSTBESTIMMUNG FÜR DIE SAHRAUIS NICHT ERREICHT IST UND SIE IN IHR LAND ZURÜCKKEHREN KÖNNEN, ist es, so finden wir, UNSERE AUFGABE, DIE FRAUEN UND KINDER IN DEN FLÜCHTLINGSLAGERN FINANZIELL ZU UNTERSTÜTZEN UND DAS UNRECHT GEGEN DAS SAHRAUISCHE VOLK BEKANNT ZU MACHEN !

Spenden Sie unter dem Stichwort "Flüchtlingshilfe Westsahara" 855o oder regelmäßig unter "Sahrauis" 955o auf die unten angegebenen Konten.
Ausführliche Informationen schicken wir gerne auf Anfrage zu; regelmäßige Spender erhalten fortlaufende Berichte.

Telefon: (030) 251 02 65 — Germeny – Allemagne
Bank für Gemeinwirtschaft–Berlin–Kto. Nr. 1600 2208 00, Blz. 100 101 11
Postscheck-Konto Berlin West 40 06-104

(ICJA) Internationaler Christl. Jugendaustausch
Kiefernstraße 45, 5600 Wuppertal 2

Wir suchen Arbeitsmöglichkeiten für unsere Austauschjugendlichen, in
1) *alternativen Projekten:*
Landkommunen, Dritte-Welt-Läden, Kinderläden, Jugendwohnkollektiven oder Büros von alternativen Organisationen.
. . . und Praktikaplätze in
2) *sozialpädagogischen Institutionen.*

5. Bundeskongreß der entwicklungs-politischen Aktionsgruppen

»In dieser Form weitermachen!«

Vor wenigen Wochen (vom 18.11. – 22.11.1981) fand auf dem UFA-Gelände in Berlin der 5. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen aus der BRD und Westberlin statt. Vier volle Tage Diskussion, Arbeitsgruppen, Plenum. Und Abends blieb immer noch reichlich Zeit für Kultur, Kneipen und Kennenlernen. Damit war dieser Bundeskongreß doppelt so lang wie seine Vorgänger in München (1977), Nürnberg (1978), Köln (1979) und Hamburg (1980). Fast einhellig wurde im Schlußplenum am Sonntagmorgen von den TeilnehmerInnen herausgehoben, daß diese längere Variante wesentlich effektiver und sinnvoller war. BUKO 5 – so ein Teilnehmer – sei besser als seine Vorgänger gewesen. Mehr Zeit für längere kontroverse Diskussionen. Keine Abstimmungsmaschinerie. In dieser Form weitermachen! Soweit der äußere Rahmen dieses Treffens.

Dieser Bundeskongreß hatte eine interessante Vorgeschichte. Im August hatte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit dem Bundeskongreß den jährlichen Zuschuß über 35.000 DM gestrichen (vgl. den ausführlichen Bericht in den blättern des iz3w, Nr. 96) Dadurch war die Ausrichtung des Kongresses bedroht und darüber hinaus die Zukunft des BUKO überhaupt. Den Kongreß stattfinden zu lassen und ihn allein aus sehr hohen Beiträgen der TeilnehmerInnen zu finanzieren – diese Entscheidung fiel dem Koordinationsausschuß (KA) damals nicht leicht.
Wieviele Leute werden die Reise nach Berlin antreten? Diese Frage, die in den Köpfen der KA-Leute herumgeisterte, schien die Aktionsgruppen herzlich wenig zu kümmern. Ihnen bedeutet der Bundeskongreß etwas – also fuhren sie hin. Bereits am Mittwochabend hatten sich über 100 Delegierte aus den Aktionsgruppen eingefunden. Im Verlauf der Veranstaltung kamen noch viele hinzu. Insgesamt über 150 VertreterInnen aus mehr als 80 Gruppen, Komitees, Dritte Welt Läden etc. Die hohe Beteiligung hat ganz deutlich gezeigt, daß es den Aktionsgruppen ernst ist mit einer gemeinsamen Vertretung ihrer entwicklungspolitischen Forderungen und Interessen.

Ablauf

Auf 9.00 Uhr morgens war die Podiumsdiskussion am Donnerstag angesetzt, die den eigentlichen Auftakt des Kongresses unter dem Leitthema „Multinationale Konzerne bedrohen den Frieden" bildete. Die Referenten Gilberto Calcagnotto, Marcel Bühler und Volker Fröbel stellten den Umfang und die Auswirkungen der Politik der Multinationalen Konzerne in der Dritten Welt dar, vor allem im Bereich der Agro- und Pharmaindustrie sowie im Rahmen der Veränderungstendenzen in der Kapitalistischen Weltwirtschaft (Neue Internationale Arbeitsteilung). In der anschließenden Diskussion wurde die Rolle der Multinationalen Konzerne unter dem Gesichtspunkt der Friedensbedrohung thematisiert. Danach teilten sich die TeilnehmerInnen auf die folgenden Arbeitsgruppen auf:
– Rüstung
– Pharma
– Agrobusiness
– Rohstoffe
– Gewerkschaften und Arbeitsplätze
– Nestlé

In den meisten Gruppen wurden teils Resolutionen teils Papiere erstellt, die die Position des BUKO in diesen einzelnen Bereichen dokumentieren und eine Plattform für die zukünftige Arbeit des BUKO darstellen. Wichtige Diskussionsaspekte waren:
Was heißt praktische Solidaritätsarbeit?
Wie ist in weltweiter Perspektive „Frieden" zu definieren, wenn der Begriff mehr umfassen sollte als „Abwesenheit vom Krieg"?
Welchen Anteil haben die Multinationalen Konzerne an der Verhinderung des Friedens?
Wie können Dritte Welt Gruppen ihren Standpunkt in die sehr europazentrierte friedenspolitische Diskussion einbringen?

Für die Strategiediskussion des BUKO war die Zeitspanne von Freitagnachmittag bis einschließlich Samstag angesetzt. Die bisherigen Bundeskongresse waren stets von einem Hauptstreitpunkt begleitet:
Soll der BUKO allmählich zu einem Dachverband der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen ausgebaut werden, inclusive politischem Mandat?
Oder soll der BUKO wie bisher, aber nur noch besser, Kooperationsinstrument der Gruppen werden und von den konkreten Interessen und Bedürfnissen der Aktionsgruppen ausgehend, Seminare etc und Koordination anbieten? (vgl. den Bericht über BUKO 4 in den blättern des iz3w, Nr. 91)
Es ist als wesentlicher Fortschritt zu werten, daß auf diesem BUKO nicht mehr abstrakt über diesen Streitpunkt, sondern an konkreten Projekten diskutiert wurde (wie z.B. die Pharma-Kampagne, BUKO 6 etc.). Am Sonntag wurden die Resolutionen verabschiedet, die Weiterarbeit des Koordinierungsausschusses (KA) diskutiert und ein neuer KA bestimmt.
Ihm gehören folgende Gruppen an:
- Aktion Selbstbesteuerung (Stuttgart/Bielefeld)
- Informationszentrum Dritte Welt (Dortmund)
- Informationszentrum Dritte Welt (Mannheim)
- Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (Gruppen Hamburg und Berlin) und
- Initiativgruppe Dritte Welt (Kiel) als Herausgebergruppe des BUKO-Rundbriefes „FORUM".

Soweit abrißartig der inhaltliche Ablauf des BUKO 5.
Eine ausführliche Dokumentation vom Bundeskongreß, in der auch alle verabschiedeten Resolutionen und Positionspapiere abgedruckt werden, wird im FORUM voraussichtlich im Januar erscheinen.
Die Geschäftsstelle des BUKO/KA befindet sich nach wie vor in Hamburg.

BUKO-Geschäftsstelle	FORUM
Rolf Bräuer	ig3w
Nernstweg 32-34	Königsweg 7
2000 Hamburg 50	2300 Kiel 1
Telefon: 040/3909041	Telefon: 0431/63143



Wie geht's weiter?

Der letzte Koordinierungsausschuß hat eine ganze Reihe von Veranstaltungen durchgeführt. Dazu kamen die routinemäßigen Aufgaben und insbesondere die Suche nach alternativen Finanzierungsquellen. Die Arbeit, die auf dem Koordinierungsausschuß lastet, ist enorm und wächst laufend weiter an. Der neue KA besteht lediglich aus fünf Gruppen (bisher waren es sieben Gruppen) und zudem in der Mehrzahl aus Gruppen, die viel Zeit benötigen, um sich erst einmal in ihre neuen Gebiete einzuarbeiten. Es ist selbstverständlich, daß diese Gruppen entlastet werden müssen. Auf dem BUKO wurden daher etwa zehn speziel-le Arbeitsgebiete vorgeschlagen, die von Aktionsgruppen, die sich nicht im KA befinden, erledigt werden können. Spontan haben sich für fast alle Bereiche Gruppen gefunden, die diese Bereiche abdecken. Ein weiterer deutlicher Hinweis, daß das Interesse der Gruppen für den BUKO wächst.
Der BUKO 5 hat m.E. eine Schrittmacher-Wirkung für die weitere Arbeit des Koordinierungsausschusses sowie für die Arbeit der Aktionsgruppen.

- Das Interesse der Gruppen an den BUKO ist gewachsen
- Über die Funktion des BUKO besteht inzwischen weitgehender Konsens
- Die Arbeit des KAs ist effektiver geworden
- Die Aktionsgruppen beteiligen sich stärker an der inhaltlichen Arbeit
- und als letzter Baustein ist geplant, ihn auch finanziell „auf die eigenen Füße zu stellen".

Ohne eine gesicherte finanzielle Basis ist eine unabhängige und kontinuierliche Arbeit kaum möglich. Die Politik des BMZ, an den Zuschuß bestimmte Auflagen zu knüpfen, kann der BUKO sich in Zukunft nicht leisten. Auf dem Bundeskongreß in Berlin wurde daher beschlossen, einen wesentlichen Teil der Arbeit verstärkt über Gruppenbeiträge zu finanzieren. Sie wurden von bisher 40,– DM auf 120,– DM jährlich erhöht.
Andererseits dürfen wir die berechtigte Forderung auf die BMZ-Gelder, die wir für die entwicklungspolitische Arbeit verwenden, nicht aufgeben.
Hierzu haben wir eine Resolution eingebracht, die vom BUKO angenommen wurde (vgl. Kasten).

Resolution zur Mittelstreichung durch das BMZ

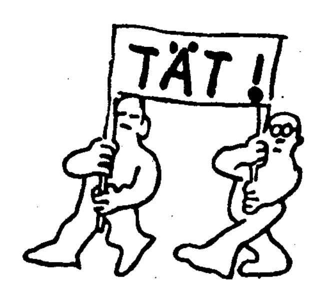
Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hat dem BUKO die Gelder für 1981 gestrichen, mit der Begründung, daß der im FORUM (dem Rundbrief der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik) abgedruckte Artikel „Waffen für El Salvador" unvereinbar sei mit der Entwicklungspolitik der Bundesregierung, die dem „Grundsatz friedlicher Konfliktlösung" verpflichtet sei.
Wir halten diese Begründung für fadenscheinig und die Berufung auf den Grundsatz friedlicher Konfliktlösung für unglaubwürdig. Die tatsächlich durchgeführte Politik der Bundesregierung gegenüber der Dritten Welt ist eben nicht durch den Grundsatz friedlicher Konfliktlösung, sondern primär durch die eigenen wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Die umfangreichen Waffenlieferungen in Dritte Welt Länder und sogenannte Krisengebiete sowie die Unterstützung von repressiven Regierungen dienen sichernicht dem Grundsatz der friedlichen Konfliktlösung, sondern fördern im Gegenteil militärische Auseinandersetzungen.
Wir meinen, daß das BMZ durch die Mittelstreichung versucht, die der Entwicklungspolitik der Bundesregierung kritisch gegenüberstehenden entwicklungspolitischen Aktionsgruppen zu schwächen, und ihren nationalen Zusammenschluß – den BUKO – mundtot bzw. gefügig zu machen.
Wir protestieren gegen diesen Zensurversuch und fordern das BMZ auf, die dem BUKO zugesagten Gelder auch auszuzahlen. Wir fordern das BMZ auf, in Zukunft Mittel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit des BUKO ohne politische Auflagen bereit zu stellen.

BUKO 6

Es spricht sehr für die Arbeit des BUKO, daß bereits in Berlin der nächste Bundeskongreß vordiskutiert werden konnte. Somit kommen die Aktionsgruppen hoffentlich schnell über eine Vorbereitungsphase zur inhaltlichen Arbeit nach Themengebieten in den BUKO-Seminaren möglichst schon ab Frühjahr 1982. Das Thema des BUKO 6 lautet: „Entwicklung heißt Befreiung – eine alternative Entwicklungspolitik" (Arbeitstitel). (vgl. den Beitrag im FORUM 46/47, Seite 3.f). Eine lange Erklärung, warum sich die Aktionsgruppen mit dieser Thematik beschäftigen werden, kann ich mir ersparen.
Die Perspektive aller Aktionsgruppen des BUKO ist die praktische Solidaritätsarbeit gegenüber den unterdrückten und ausgebeuteten Ethnien, Völkern und Nationen der sogenannten Dritten Welt – und damit zwangsläufig eine kritische Auseinandersetzung mit einer bundesdeutschen Entwicklungspolitik, die sich formal dem Grundsatz friedlicher Konfliktlösung verschrieben hat, aber primär durch die eigenen wirtschaftlichen Interessen bestimmt ist.
(Vgl. das Schwerpunktthema in den blättern des iz3w, Nr. 95, sowie den Beitrag „BRD-Waffenexporte" in diesem Heft).
Wie sich schon auf diesem BUKO gezeigt hat, schließt das auch eine Diskussion „Frieden in der Dritten Welt" mit ein. Hier sind gerade Aktionsgruppen aus den Friedensbewegungen aufgefordert, ihre Beiträge einzubringen – nicht erst auf dem Bundeskongreß im nächsten Jahr, sondern schon in den angesprochenen thematischen Seminaren. Wir

sind auf eine breitere Solidaritätsarbeit angewiesen, daher ist es wichtig, daß sich VertreterInnen der Friedensbewegung und auch der Ökologiebewegung beteiligen.
Vor wenigen Monaten fand in der Schweiz ein Symposium der Solidarität unter dem Motto „Entwicklung heißt Befreiung" statt. Dreitausend Leute waren da (vgl. Solidarität/Sept. 1981 und Südwind 3/1981). Diese Aktion hat gezeigt, daß es möglich ist, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Die Öffentlichkeit ist sensibler für die Problematik Dritte Welt geworden – auch ein Erfolg der langjährigen Öffentlichkeitsarbeit der Aktionsgruppen.
Gut. Ein derartiges Symposium in der BRD vielleicht in den nächsten Jahren zusätzlich zu den routinemäßigen Bundeskongressen benötigt viel Zeit und Vorbereitung – aber warum sollten es die Aktionsgruppen nicht anpacken und von dem Symposium in der Schweiz lernen?

hn



REPRESSION

Pressemitteilung

In der Nacht vom 11. auf den 12. November 1981 drangen mehrere Beamte der Bundesanwaltschaft in Zivil in Abwesenheit der Mieter in eine Wohnung an der Albisstraße in Zürich ein und durchsuchten stundenlang sämtliche Räume. Die Eindringlinge profitierten davon, daß die Untermieter gerade ins Ausland verreist waren und die Wohnung –wegen einer Auswechslung des Boilers – nicht abgeschlossen war. Dem Mieter der Wohnung, der den Vorfall gegen 22 Uhr zufällig entdeckte, verwehrten die Beamten den Zugang.
In der durchsuchten Wohnung befindet sich das Büro und Archiv des Guatemala-Komitees Zürich. Es wurden Dokumente, Korrespondenz und Diapositive des Komitees mitgenommen. Weder der Mieter noch das Guatemala-Komitee wurden von der Durchsuchung benachrichtigt. Bis heute, 13 Tage nach dem Vorfall, liegt weder ein Hausdurchsuchungsbefehl noch ein Protokoll der beschlagnahmten Gegenstände und Dokumente vor.
Trotz mehrerer Anfragen hielt es die Bundesanwaltschaft nicht für nötig, zur Aktion Stellung zu nehmen. Die Durchsuchung wurde weder bestätigt noch dementiert. Darauf sah sich das Guatemala-Komitee gezwungen, einen Anwalt beizuziehen. Am 19. November haben wir die Herausgabe und ein Verzeichnis der beschlagnahmten Dokumente und Gegenstände beantragt. Den Anträgen wurde bis jetzt nicht stattgegeben, doch wurde uns am 21. November die Versiegelung der Dokumente mitgeteilt. Damit können wir erstmals indirekt über die Täterschaft wie über den Verbleib der Dokumente unsere Schlüsse ziehen.
Das Guatemala-Komitee verurteilt die illegale Art der Hausdurchsuchung und verlangt die sofortige Herausgabe der beschlagnahmten Dokumente. Das Komitee fordert eine Untersuchung der gesetzeswidrigen Handlungen der Bundesanwaltschaft.
Das Guatemala-Komitee Zürich, ein an keine Partei oder Interessengruppe gebundener Verein, sieht es als seine Aufgabe, unsere Solidarität und Unterstützung mit den unterdrückten Menschen von Guatemala zu bekunden, die Repression des guatemaltekischen Militärregimes gegen das eigene Volk anzuprangern und die schweizerische Öffentlichkeit über die wahren Zustände in Guatemala zu informieren. Zu diesem Zweck sammeln wir Nachrichten aus und über Guatemala, halten Vorträge und verfassen oder vertreiben Broschüren, Übersetzungen und Artikel im „Correos de Centroamerica", der von allen Zentralamerika-Komitees gemeinsam herausgegebenen Zeitung. Zudem sammeln wir Spenden für die oppositionellen Kräfte Guatemalas, aber auch für die verfolgte Kirche im Norden des Landes. Zu unserer Solidaritätsarbeit gehört auch, die Mitverantwortung der Industrieländer an der repressiven Situation in Guatemala aufzuzeigen. Es scheint uns kein Zufall, daß gerade solche Dokumente entwendet wurden, welche sich auf die Tätigkeit schweizerischer Firmen oder solcher unter schweizerischem Einfluß in Guatemala beziehen.
Es ist unser Anliegen, die Menschenrechte in Guatemala zu verteidigen. Wir glaubten, dies im Rechtsstaat Schweiz tun zu können. Jetzt sehen wir uns in die Lage versetzt, unsere eigenen Rechte verteidigen zu müssen. Wir wehren uns gegen die Kriminalisierung der Solidaritätsarbeit!

Guatemala-Komitee Zürich

Zürich, 24. November 1981

Auf einer Pressekonferenz des Guatemala Komitees am 24. November ließ ein NZZ-Korrespondent mit Verbindung zu Bern verlauten, die Wohnungsdurchsuchung stehe im Zusammenhang mit zwei Personen, die schon Tage vor der Durchsuchung wegen Verdacht des Sprengstoffdeliktes in Zürich festgenommen worden seien (Basler AZ, 25.11.1981). Diese hätten in der Wohnung des Guatemala Komitees gewohnt. Tatsächlich handelte es sich aber um gelegentliche Besucher, die zudem nicht Mitglieder des Guatemala-Komitees waren (WOZ, 27.11.1981).
Die Kantonspolizei in Zürich hat dann am darauffolgenden Tag – 14 Tage nach der Durchsuchung! – in einer Pressemitteilung die vom Guatemala Komitee gemachten Vorwürfe dementiert:
„Im Einvernehmen mit der Bundesanwaltschaft" habe das Kommando der Kantonspolizei Zürich herausgefunden, die zwei Festgenommenen hätten „faktischen" Wohnsitz in der Wohnung des Kommitees gehabt. Außer einem Bezirksanwalt sei auch einer der Verhafteten „als Urkundsperson" bei der Durchsuchung zugezogen worden (Tagesanzeiger, 25.11.81). Letzterer habe überdies ein aus diesem Anlaß erstelltes sechsseitiges Protokoll unterzeichnet, „allerdings nur die letzte Seite". Ins besagte Protokoll hatte das Guatemala Komitee bisher keinen Einblick (WOZ, 27.11.81).
Bis heute sind Hintergründe und Absichten der Bundesanwaltschaft hinsichtlich dieser zweifelhaften Nacht- und Nebelaktion bei weitem nicht geklärt. Die ganze „Aufklärung" erschöpft sich bisher in Pressemitteilungen und Spekulationen. Red.

Gnadengesuch für Brigitte Heinrich

PRESSEERKLÄRUNG

Brigitte Heinrich – Beschluß des Bundesgerichtshofes: 21 Monate Haft
Gnadengesuch durch das Komitee für Grundrechte und Demokratie

Sensbachtal, 18. November 1981 – Nachdem der „normale" Rechtsweg in Sachen Brigitte Heinrich ausgeschöpft ist, haben der Theologe Prof. D. Helmut Gollwitzer, der Politologe Prof. Wolf-Dieter Narr und der Sekretär des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Klaus Vack bei dem zuständigen Bundesland Baden-Württemberg an die Adresse des Ministerpräsidenten Lothar Späth ein Gnadengesuch gerichtet. Der Ministerpräsident wird ersucht, „das Ergebnis des normalen Rechtswegs durch einen anormalen Rechtsakt zu korrigieren", – d.h. zu veranlassen, daß die gegen Brigitte Heinrich verhängte Freiheitsstrafe nicht vollstreckt wird.

In einem zehnmonatigen Prozeß und einem Vorverfahren, das das Leben von Brigitte Heinrich nahezu 10 Jahre lang überschattet hat und nachdem sie bereits mehr als vier Monate in Untersuchungshaft gesessen hatte, während der eine lebensgefährliche Lymphdrüsenentzündung auftrat, wurde Brigitte Heinrich bereits am 25. Juli 1980 durch das Landgericht Karlsruhe zu 21 Monaten Gefängnisstrafe verurteilt. Nach einem Beschluß des Dritten Strafsenats des Bundesgerichtshofes vom 7.10.1981 wurde die Revision gegen das Landgerichtsurteil „als unbegründet verworfen", da die „Nachprüfung des Urteils auf Grund der Revisionsrechtfertigung keinen Rechtsfehler zum Nachteil der Angeklagten ergeben hat."

Das gesamte Verfahren gegen Brigitte Heinrich und das extrem harte Urteil – obwohl die Vorwürfe nicht erwiesen und Freispruch bei Haftentschädigung einzig und allein angemessen gewesen wären – werfen die grundsätzliche Frage auf, wie es mit der Rechtsstaatlichkeit und dem Grundsatz „Im Zweifel zugunsten des Angeklagten" in der Bundesrepublik bestellt ist.

Bereits 1971 wurde Brigitte Heinrich drei Wochen in Untersuchungshaft genommen wegen „Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung". Die Anschuldigungen mußten fallengelassen werden, und Brigitte Heinrich erhielt später Haftentschädigung.

1974 wurde Brigitte Heinrich bei der „Aktion Winterreise" erneut verhaftet. Ein Verfassungsschutzspitzel hatte Brigitte Heinrich und anderen während dieser Aktion Verhafteten unhaltbare Dinge angedichtet, so daß der Haftbefehl 1976 fallengelassen werden mußte. Da hatte aber Brigitte Heinrich schon mehrere Monate Untersuchungshaft hinter sich und nur auf Grund der gefährlichen Lymphdrüsenentzündung wurde ihr Haftverschonung gewährt.

Die ursprünglichen Anschuldigungen wurden jedoch nicht fallengelassen, sondern es wurde ein neuer Haftbefehl ausgestellt, mit dem Vorwurf „Waffenschmuggel" und wieder § 129 („Kriminelle Vereinigung").

In dem nun folgenden Verfahren (das von Frankfurt nach Karlsruhe verlegt worden war) kam es zu merkwürdigen Vorkommnissen, die verdeutlichen, auf welch tönernen Füßen auch die neuerlichen Beschuldigungen gegen Brigitte Heinrich standen. Nicht nur der Zeuge Egloff hat als einziger direkter Tatzeuge ausgesagt, daß Brigitte Heinrich nicht daran beteiligt war, als aus Schweizer Armeebeständen ge-



stohlene Tretminen über die grüne Grenze in die BRD geschafft wurden. Einer der beiden anderen Zeugen, der als einziger Brigitte Heinrich anhand eines Lichtbildes identifiziert hat, widerrief bei seiner Vernehmung in der Schweiz seine belastende Aussage, weil diese unter Druck zustande gekommen war und er in dieser Situation alles durcheinander geworfen habe. Der andere Zeuge war auch für die Staatsanwaltschaft ohne Belang, da er nicht mal in seinem eigenen Verfahren Brigitte Heinrich erkennen konnte. Die entscheidende Beweisaufnahme fand im Ausland unter Ausschluß der Öffentlichkeit und unter Ausschluß der Angeklagten statt. Die angeblichen Mittäter wurden in Zeugen gegen die Anklage verwandelt; man vertauschte beliebig Angeklagte und Zeugen. Als der Schweizer Zeuge Egloff in Karlsruhe aussagte, daß Brigitte Heinrich als Täterin der ihr vorgeworfenen Straftat nicht in Frage kommt, wurde er – trotz vorher zugesichertem freien Geleit – aus dem Zeugenstuhl heraus ins Gefängnis gesteckt.

Da es der Staatsanwaltschaft nicht gelang, die Brigitte Heinrich vorgeworfenen Straftaten faktisch zu beweisen, mußte eine dem Rechtsstaat geradezu widersprechende Rechtskonstruktion herhalten: Schaut man sich diese Biographie von Brigitte Heinrich an, dann muß sie es gewesen sein. (Brigitte Heinrich beteiligte sich bereits in den 60er Jahren in den Ostermärchen, sie war aktiv im SDS und ist Verfasserin von Büchern und Zeitschriftenartikeln, die die Bundesrepublik des Imperialismus in der Dritten Welt anprangern; sie beteiligte sich auch weiterhin an verschiedenen linken Aktivitäten gegen Terrorregime in der Türkei, Brasilien, Chile oder Iran, am Angela-Davis-Kongreß, an einem Kongreß „Freiheit für Angola, Mozambique und Guinea", am Russell-Tribunal über die Situation der Menschenrechte in der BRD u.a.).

Dies war weder ein Tatsachen- noch ein Indizienprozeß, sondern ein Gesinnungsprozeß. So geriet auch die Staatsanwaltschaft so sehr in die Zwickmühle, daß sie im Verlaufe des Prozesses Brigitte Heinrich schlicht aufforderte, sie sollte ihre „Tat" gestehen, was unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten nur als der Versuch interpretiert werden kann, Brigitte Heinrich zu einer Falschaussage zu verleiten.

Nachdem das Urteil des Landgerichts Karlsruhe durch den Dritten Strafsenat des Bundesgerichtshofes durch einen einzigen Satz bestätigt wurde (siehe oben), ist es nun

rechtskräftig. Somit besteht die große Gefahr, daß Brigitte Heinrich trotz ihres schlechten Gesundheitszustandes – inzwischen hat sie sich ein Gallenleiden zugezogen, das eine Operation erforderlich macht – in einem Gefängnis in Baden-Württemberg in den „Vollzug" genommen wird.
Brigitte Heinrich wird zwar einen letzten Versuch machen, den Rechtsweg voll auszuschöpfen und vor den Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg zu gehen. Aber bis Straßburg entschieden haben wird, dürfte Brigitte Heinrich ihre Strafe bereits verbüßt und diese mit großer Sicherheit nur mit neuen schweren gesundheitlichen Schäden überstanden haben. In dieser für Brigitte Heinrich ebenso verzweifelten wie gefährlichen Situation hat sich das Komitee für Grundrechte und Demokratie (mit Zustimmung von Brigitte Heinrich) für ein Gnadengesuch bei Ministerpräsident Lothar Späth entschlossen, weil dies noch die einzige Möglichkeit ist, die akute Gefahr der Inhaftierung abzuwenden. Nur durch einen Gnadenakt könnte in letzter Minute ein humanitärer Schlußstrich unter diese Affäre gezogen werden. Das Komitee appelliert an Ministerpräsident Späth um willen der Gesundheit und der Achtung der Menschenwürde von Brigitte Heinrich.

Wir bitten die Presse dringend, dieses Gnadengesuch des Komitees zum Anlaß zu nehmen, um über die Verurteilung von Brigitte Heinrich und die Gründe, die für das Gnadengesuch angegeben werden, ausführlich zu berichten.

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
gez. Klaus Vack, Sekretär

Anlage: Gnadengesuch für Brigitte Heinrich an den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Herrn Lothar Späth

NEUIGKEITEN VOM RECHTSSTAAT

Nach dem Beschluß des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofes, mit welchem dieser im Strafverfahren gegen Rechtsanwalt Härtle haarsträubende Verletzungen von Prozeßgrundrechten des Angeklagten und Beschränkungen der Verteidigung abgesegnet hat, war von diesem BGH-Senat für Brigitte Heinrich nichts anderes mehr zu erwarten, als dieser eine Satz: „...wird als unbegründet verworfen..." Rechtsfehler zum Nachteil des Angeklagten.
Danach gelten jetzt in unserem Rechtsstaat z.B. folgende Prozeßgrundsätze:
1. Die entscheidende Beweisaufnahme findet im Ausland unter Ausschluß der Öffentlichkeit und unter Ausschluß der Angeklagten statt. Die Schöffenrichter fahren dort gar nicht erst hin. Das ist also das Prinzip der Öffentlichkeit der Hauptverhandlung und das ist das Verfassungsrecht auf Gewährung rechtlichen Gehörs für die Angeklagte.
2. Die angeblichen Mittäter werden in Zeugen gegen die Angeklagte verwandelt, weil man nämlich Angeklagte und Zeugen beliebig vertauschen darf.
3. Verweigern sie die Aussage, treten Polizeibeamte auf und verlesen Protokolle, die sie einmal von Aussagen dieser Mitbeschuldigten gemacht haben. An den Inhalt dieser Polizeikontrolle können sich die Polizisten nicht erinnern. Aber sie können lesen.
4. Von diesen Lesestunden in Zürich werden dann richterliche Protokolle hergestellt, dazu reicht eine einfache Schreibmaschine, welche alsdann in Karlsruhe vorgelesen werden. Die Karlsruher Lesestunden füllen dann die Hauptverhandlung aus, damit die lästige Öffentlichkeit das Mündlichkeitsprinzip unseres Strafprozesses begreift.
5. Im Urteil werden die angeblichen Mittäter als Zeugen ausgegeben, aber weil sie gar nichts gesagt haben, werden jetzt auch die Polizeibeamten zu Zeugen, die aber gar nichts gewußt haben, bloß eben lesen konnten. Das ist das Rechtsinstitut der Zeugenpyramide, die Schweizer würden wahrscheinlich sagen: Stockwerkszeugen.
6. Danach begreift das Volk, in dessen Namen da abgestraft wird, das Prinzip der Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme: die Karlsruher Richter lesen ihnen vor, was die Polizeibeamten in Zürich vorgelesen haben, und dann noch einmal, was die angeblichen Mittäter diesen oder anderen Polizeibeamten vor Jahren einmal in Zürich erzählt haben sollen.
7. Kommt der Zeuge Egloff nach Karlsruhe und sagt, Brigitte Heinrich war das nicht, dann wird er aus dem Zeugenstuhl heraus ins Gefängnis gesteckt. Das ist dann das Verfassungsprinzip der Waffengleichheit im Strafprozeß, weil ja auch jeder Verteidiger jeden Zeugen einsperren kann, dessen Aussage nicht in sein Konzept paßt.
8. Weil das alles selbst vielleicht gar für den BGH, den 3. Senat noch nicht zum Abstrafen reichen könnte, schlägt schließlich noch einmal die richterliche Kombinationsgabe durch, die der berühmten Palmström-Logik täuschend ähnlich sieht. Der Rechtssatz heißt dann: beschaut man sich diese Biographie, dann muß sie es gewesen sein. Sie hat auch schon zweimal in Untersuchungshaft gesessen, wegen ganz anderer Sachen zwar, die beide Male dann bloß zur Blamage für die Bundesanwaltschaft geraten sind. Das zeigt zwar, daß wohl die Bundesanwaltschaft ein Wiederholungstäter ist, aber da nicht sie, sondern Brigitte Heinrich in Karlsruhe angeklagt ist, bestrafen wir Brigitte Heinrich, und zwar kräftig.
Und zwar besonders wegen ihrer Aufsässigkeit. Denn wenn sie der Staatsanwaltschaft gefolgt wäre, die ihr bei Beginn derHauptverhandlung ausrichten ließ: Sag hier, laut und deutlich, daß du künftig brav sein willst und unseren Rechtsstaat lieben – dann wirst du nicht ins Gefängnis gebracht.
Für eine Ordnungsstrafe sind 21 Monate ganz schön lang.

(Rechtsanwalt Heldmann/taz, 16.10.81)
Aus: „links", Januar 1982

LESERBRIEF

Betr.: Leserbrief der Afrika-Kommission des KB zu Guiné-Bissau in „blätter des iz3w", Nr. 95, August 1981, S. 17 - 18

Liebe Kollegen der Afrika-Kommission des KB,

als jemand, der inzwischen mehrere Jahre als Kooperant in der Republik Guiné-Bissau arbeitet und nicht versucht, wie Ihr schreibt „Enttäuschungen über die Entwicklung in Guinea-Bissau zu überspielen" (dies haben eher einige frustrierte und euphorische Idealisten getan, in dem sie die Lage im Lande jetzt ganz und gar negativ einschätzen), sondern eher versucht, die Situation und das Kräfteverhältnis in diesem Lande zu verstehen und zu analysieren, erlaube ich mir, auf Euren Leserbrief zu antworten.

Zunächst einmal bin ich der Auffassung, daß Eure Einschätzung der Lage zu vereinfachend, statisch und undialektisch ist. Ferner scheint Ihr schlecht informiert, was wohl u.a. darauf zurückzuführen ist, daß Ihr Euch fast ausschließlich auf „Afrique-Asie" beruft. Diese Zeitschrift, die ich im Übrigen schätze, hat bisher in der Einschätzung der Lage in Guiné-Bissau fast ausschließlich die Position der Republik Kapverden bezogen. Die ist, wie mir die Autorin der Artikel, Agosta Conchiglia, in einem persönlichen Gespräch auf einem Seminar der Amilcar-Cabral-Gesellschaft in Bochum im Juni dieses Jahres mitteilte, z.T. auf einen Mangel an fundierten Informationen aus Guiné-Bissau direkt zurückzuführen. Andere Zeitschriften (wie z.B. Três Continentes oder Cadernos do Terceiro Mundo) scheinen da besser informiert zu sein.

Doch nun zum Inhalt Eures Leserbriefes:

– Ihr setzt den Revolutionsrat (unter Ausnahme seines Präsidenten João Bernado Vieira – Nino) nahezu mit neokolonialen Gruppierungen wie FLING und UPANG gleich. Dies ist eine grobe Vereinfachung. Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Zusammensetzung des Revolutionsrates, einschließlich seiner engsten Mitarbeiter, ein Ausdruck der derzeitigen Kräfteverhältnisse in Guinea-Bissau ist, d.h. daß sowohl fortschrittliche (antiimperialistische), als auch Kräfte, die eine neokoloniale Entwicklung anstreben, im Revolutionsrat vertreten sind. Leute wie Victor Freire Monteiro (Nationalbankgouverneur), Victor Saúde Maria (Außenminister) oder Joseph Turpin (Handels- und Fischereiminister), über deren Rolle wir im Wesentlichen übereinstimmen mögen, mehr Macht zuzuordnen, als sie tatsächlich besitzen, bedeutet die rückwärtsgerichteten Kräfte hochzustilisieren und den fortschrittlichen Kräften, die Ihr in Eurer Einschätzung ganz und gar vergessen zu haben scheint, einen Bärendienst zu erweisen. Der Machtkampf der schon vor dem 14.11.1980 in der PAIGC lief und der heute in einer etwas offeneren und deutlicheren Form im Revolutionsrat, in der PAIGC, im Staatsapparat und in der Armee fortgesetzt wird, ist noch nicht entschieden. Ihr solltet mit Euren voreiligen Einschätzungen etwas vorsichtiger sein und nicht die fortschrittlichen Kräfte in diesem Land von anderen Bewegungen wie FRELIMO und IMPLA isolieren. Damit würden wir den Rechten auf den Leim gehen.

– Raphael Barbosa war nicht, wie Ihr schreibt „Boß" der UPANG, sondern Gründungsmitglied der PAIGC, der zunächst viele Leute in die PAIGC brachte, sie später aber, nach seiner Verhaftung durch die PIDE verriet und mit den portugiesischen Kolonialisten kollaborierte. Er war höchstwahrscheinlich auch an der Ermordung von Amilcar Cabral beteiligt und wurde nach der Unabhängigkeit rechtskräftig verurteilt. Diese Strafe sitzt er übrigens heute noch, entgegen aller Gerüchte, ab. Ihm wurde ferner eine Beteiligung am fehlgeschlagenen Putschversuch vom November 1978, der vermutlich von Mitgliedern der FLING organisiert wurde, vorgeworfen. – Sicher gibt es Leute, die Barbosa gerne frei sehen würden, sie sind aber derzeit sowohl im Revolutionsrat, als auch in der Partei in der Minderheit.

– Ihr erweckt den Eindruck, daß „nur noch gelegentlich von den Prinzipien der PAIGC" gesprochen wird. Dies entspricht keineswegs den Tatsachen. Richtig ist, daß kurz nach dem Putsch vom 14.11. vielen Beobachtern zunächst auffiel, daß die PAIGC fast kaum mehr erwähnt wurde. Dies änderte sich jedoch bald. Heute befindet sich das Land in einer Phase des Wiederaufbaus der Partei; mir scheint es werden ernsthafte Anstrengungen in dieser Hinsicht, nicht nur in der Hauptstadt Bissau, sondern auch im Inland und in der Armee unternommen. Im November dieses Jahres wird ein außerordentlicher Parteikongreß stattfinden, bei dem u.a. nochmals die führende Rolle der PAIGC in der Gesellschaft Guiné-Bissau's bestätigt werden soll. Diejenigen, die versuchen, die PAIGC in Frage zu stellen, für ein Mehrparteiensystem plädierten oder gar die Partei abschaffen wollten, sind auf der letzten Sitzung des CNG (Conselho Nacional da Guiné, höchstes Organ der Partei in Guiné-Bissau) eindeutig zurückgewiesen worden. Der Parteikongreß wird sicher ferner mit der sehr präkären Wirtschaftslage des Landes beschäftigen. Daneben soll der Kongreß neue Statuten verabschieden, mit denen der Gründung einer eigenen Partei (PAICV) durch den kapverdianischen Flügel der PAIGC im Januar dieses Jahres Rechnung getragen werden soll. Dies bedeutet keinesfalls eine Auflösung der PAIGC, wie es manche gerne darlegen wollen, sondern die Gründung zweier getrennter Parteien, ein meiner Meinung nach unter den derzeitigen Verhältnissen realistischer und gerechtfertigter Schritt. Die Gründung der PAICV auf den Kapverden halte ich für einen Fehler, damit wurde die angestrebte Einheit Guiné - Kapverden zumindestens für absehbare Zeit, zu den Akten gelegt.

– Ob das Vorgehen der Putschisten, wie Ihr schreibt, „ein vehementer Verstoß gegen die Form von Auseinandersetzungen in einem antiimperialistischen Land" ist, darüber läßt sich streiten. Auch ich habe den Putsch zunächst ähnlich beurteilt. Andererseits sind fast alle Beobachter inzwischen zu dem Schluß gelangt, daß die PAIGC sich vor dem 14. November in einer Krise befand, und immer mehr von den erklärten Prinzipien der kollektiven Führung, des demokratischen Zentralismus, der Kritik und Selbstkritik abrückte. Der Putsch vom 14.11. war ein Ausdruck dieser Krise, der blockierten Diskussion in der Partei. Ihn als „Putsch gegen die PAIGC" zu bezeichnen, wie es vor allem von Seiten kapverdianischer PAIGC-Mitglieder getan wurde, halte ich für falsch oder zumindestens für verfrüht. Ferner finde ich steht es uns, also weder Euch noch mir an, den Guineern die Formen ihrer Auseinandersetzung vorzuschreiben. Ob die Krise der PAIGC auch durch andere Mittel hätte gelöst werden

können, ist für mich zunächst eine hypothetische Frage; Tatsache ist, daß der Putsch stattgefunden hat und von großen Teilen der Bevölkerung begrüßt wurde. – Inwieweit es der PAIGC in Guiné-Bissau jetzt tatsächlich gelingt, sich von einer erfolgreichen Befreiungsbewdgung in eine Partei umzuwandeln, bleibt noch abzuwarten. Tatsache ist jedoch, daß ernsthafte Versuche in dieser Hinsicht unternommen werden.

- Die von Euch erwähnten Versuche der Rehabilitierung ehemaliger Gegner der PAIGC gibt es tatsächlich. Es wäre auch verwunderlich, wenn die proimperialistischen Kräfte die nach dem 14.11.1980 entstandene Situation nicht für sich auszunutzen versuchen würden. Das heißt aber lange noch nicht, daß es ihnen gelingen wird. Mir scheint, daß die fortschrittlichen Kräfte unterschiedlicher Richtungen diese Gefahr erkannt haben und zunehmend gemeinsame Anstrengungen unternehmen, sich nicht das Heft aus der Hand nehmen zu lassen. Zwar haben es die Gegner der PAIGC geschafft, einige ihrer Vertreter im Staatsapparat zu plazieren und zwar z.T. in beachtlichen Positionen, aber diese Leute sind nach wie vor in der Minderheit. Einzelfälle hochzuspielen, Einzelfälle die z.T. sicher gefährlich sind, heißt zu vereinfachen und das politische Kräfteverhältnis falsch einzuschätzen.
- Ihr sprecht von einer nationalen Bourgeoisie in Guiné-Bissau. Inwieweit sich diese inzwischen aus Gruppen der Kleinbourgeoisie herausgebildet hat, bleibt zu untersuchen und zu beweisen.
- Ihr erweckt den Eindruck, als sei die Mehrheit der führenden PAIGC-Mitglieder beim Putsch erschossen oder anschließend eingesperrt worden. Dies entspricht keineswegs den Tatsachen. Würdet Ihr nicht nur Afrique-Asie abschreiben, sondern genauer analysieren, so würdet Ihr sehr schnell zu der Auffassung gelangen, daß eine Kontinuität innerhalb der Partei und dem Staatsapparat festzustellen ist. Letztere stellt ein gewisses Problem dar. Hier in Einzelheiten zu gehen, würde den Rahmen dieses Leserbriefes sprengen.

Abschließend meine ich, daß zunächst einmal der nächste Parteikongreß abzuwarten bleibt. Dort wird u.a. auch über die Zukunft des Revolutionsrates, dessen Auflösung von fortschrittlichen Parteimitgliedern zunehmend gefordert wird, entschieden werden. Insgesamt wird die weitere Entwicklung des Landes, die noch offen ist, jedoch hauptsächlich davon abhängen, inwieweit es gelingt, die PAIGC (wieder) aufzubauen, sie in der Bevölkerung zu verankern und ihre führende Rolle in Guiné-Bissau auch in der Praxis zu beweisen.

Bissau, 30.8.1981 S.I.

REZENSIONEN

Die demokratische Bewegung in China

Flemming Christiansen, Susanne Posborg, Anne Wedell-Wedellsborg: Die demokratische Bewegung in China – Revolution im Sozialismus?, München 1981, Verlag Simon und Magiera Vertrieb: Con, Weserdeich 38, 2800 Bremen, 243 Seiten, Preis. 19,40 DM

Mit diesem Preis liegt das Buch noch knapp unter der Grenze von 20 DM, die ich bereit bin für ein gutes Buch auszugeben. Teuer aufgemacht ist das Buch des neuen Verlages, der Bücher zum Fernen Osten herausgibt.

Um es gleich vorwegzunehmen: Es lohnt sich, dieses Buch zu lesen – nicht wegen seiner Photos von der Mauer der Demokratie und verschiedener Wandzeitungen, diese sind eher dürftig, klein und wenig aussagekräftig – aber dieses Buch ist lesenswert, weil es nicht bei der Beschreibung der 'Demokratischen Bewegung' bleibt, sondern diese Bewegung analysiert und ihre Gesellschaftsauffassungen aufzeigt. Über die Hälfte des Buches sind aus dem Chinesischen ins Deutsche übertragene Texte bzw. Textauszüge von wichtigen Artikeln der verschiedenen inoffiziellen Zeitschriften, die während des Pekinger Frühlings 1978/79 in China herausgegeben wurden.

Die Vorgeschichte des Pekinger Frühlings

Die Demokratische Bewegung in China ist nicht zu verstehen ohne seine Vorgeschichte: den Zwischenfall am Tiananmen-Platz vom 5. April 1976. Damals kam es zwischen Tausenden von Demonstranten, die dem verstorbenen Ministerpräsidenten Zhou Enlai gedachten und der Pekinger Stadtmiliz zu gewaltsamen Zusammenstößen, die Verwundete und Tote zur Folge hatten. Deng Xiaoping wurde beschuldigt, den Zwischenfall angezettelt zu haben und seiner Ämter enthoben. 1978 nach der erneuten Rehabilitierung Dengs wurde aus der damals offiziell als konterrevolutionär abgestempelten Revolte nun eine revolutionäre Demonstration (vgl.: blätter des iz3w, Nr. 75, Febr. 1979, S. 3).

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei des Jahres 1976 nach dem Tod Maos; die Verhaftung der Viererbande und der erneute Aufstieg Dengs – werden in dem Buch nur so kurz dargestellt, wie sie zum Verständnis der Basisbewegung notwendig sind. Diese Bewegung von unten der Jahre 1978/79 wird von den Autoren mit dem Begriff 'Demokratische Bewegung' bezeichnet.

Aufbruch der Demokratischen Bewegung

Der Aufbruch der Demokratischen Bewegung Mitte November 1978 kann als Höhepunkt einer Strömung betrachtet werden, die sich lange in Teilen der Bevölkerung und in der Parteileitung angebahnt hatte.

Als spontane Reaktion auf die Rehabilitierung des Tiananmen-Zwischenfalls, der für viele Chinesen als Symbol für den Protest von unten und den Aufstand gegen politische Unfreiheit galt, versammelten sich in den Zentren von Beijing und Shanghai Abend für Abend große Menschenmengen zu offenen und öffentlichen Debatten. Die in der Nähe der Xidan-Kreuzung befindliche lange Mauer an der Changanjie – so der Name des breiten Boulevards, der sich quer durch Beijing zieht – spielte schnell eine zentrale Rolle als gemeinsames Forum für die schriftliche Debatte und wurde die Mauer der Demokratie getauft. (S. 30)

Die veröffentlichte und vervielfältigte Debatte behandelte die unterschiedlichsten Themen, von denen selbst die damals in Peking weilenden Autoren „unmöglich ein umfassendes Gesamtbild" zu geben in der Lage sind.

Die meisten Wandzeitungen knüpfen an den Tiananmen-Zwischenfall an, der sich übrigens unmittelbar dort abgespielt hat, wo die Mauer der Demokratie zweieinhalb Jahre später entstand, sie gingen aber in ihrer Einschätzung weit über die offizielle Interpretation hinaus. Während der 5. April 1976 von der Parteispitze um Deng als ein Massenprotest gegen die Viererbande dargestellt wurde, wurde in den Wandzeitungen auch das *System* angegriffen, das es den „Vier" ermöglicht hatte, eine solche Machtposition zu erlangen. Auch Mao wurde in einer Wandzeitung, die großes Aufsehen erregte angegriffen:

„Fragt euch mal selbst, wie Lin Biao ohne Maos Unterstützung an die Macht hätte kommen können. Fragt euch mal, wie die Viererbande ohne Maos Wissen die Kampagne gegen die Rechtsabweichler hätte durchsetzen und Deng Xiaoping stürzen können. Fragt euch mal, wie man ohne Maos Genehmigung den Tiananmen-Zwischenfall als konterrevolutionär hätte bezeichnen können." (S. 33)

Diese Fragen haben sich sicher viele Millionen Chinesen jahrelang gestellt. Auch in der China-Diskussion westdeutscher Linker haben sie eine bedeutende Rolle gespielt.

Basisbewegung und Deng-Flügel

Wenn man die Verhältnisse in China während der letzten Jahre betrachtet, dann fällt auf, daß die Möglichkeiten, die politische Führung und Teile des gesellschaftlichen Systems frei und in voller Öffentlichkeit zu kritisieren, stets mit Machtkämpfen innerhalb der Partei verbunden waren, wobei der eine Flügel die „Unzufriedenheit der Massen" als Waffe in einer großangelegten politischen Auseinandersetzung mit dem anderen Flügel benutzte. Man kann auch umgekehrt feststellen, daß eine Volksopposition nur unter dem Schutzmantel einer Parteifraktion zu Wort kommen konnte.



DIE „DEMOKRATIE-MAUER" *in Peking ist der Treffpunkt verschiedener Dissidenten-Gruppen. Ihre von den Behörden geduldeten Untergrund-Magazine finden nach wie vor reißenden Absatz. Eines der Hauptthemen ist der Prozeß gegen den zu fünfzehn Jahren Haft verurteilten Regimekritiker Wei Jingsheng.*

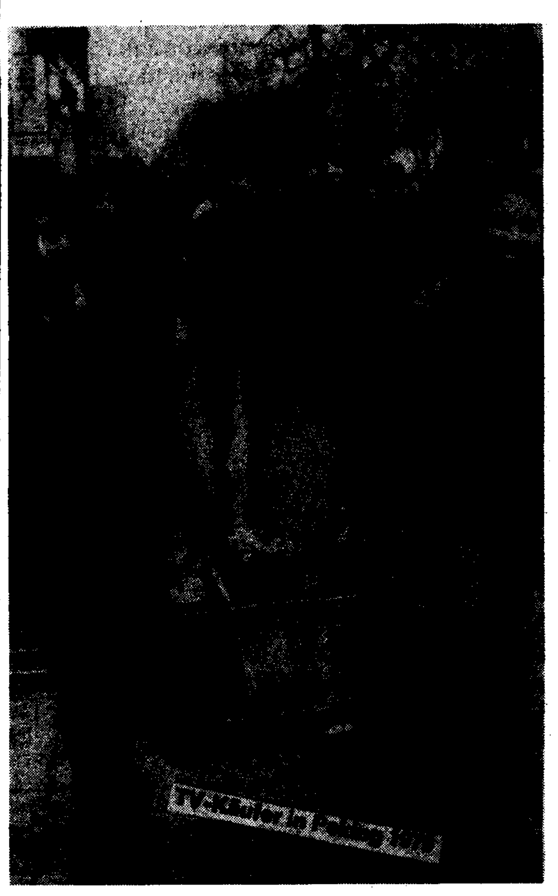
Nun ist schwer einzusätzen, in welchem Maße die Wandzeitungswelle Ende November Züge direkter Inszenierung trug. Aber die Kritik hätte wohl kaum so üppig wuchern können, wenn sie zu diesem Zeitpunkt dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping nicht höchst willkommen gewesen wäre.
Als Vorbereitung für die vom 18. bis zum 22. Dezember währende Dritte Plenarsitzung des Elften Zentralkomitees hielt das ZK eine lange Arbeitskonferenz ab, die von Anfang November bis Mitte Dezember dauerte... Jedenfalls mußte es Deng in seinem Streit mit dem alten Mao-Flügel unzweifelhaft stärken, daß er auf die Vorgänge hinweisen konnte, die sich sozusagen unmittelbar vor den Fenstern des Sitzungssaales des ZK abspielten (S. 33/34).

Ausbreitung der Bewegung

Die Wandzeitungen der Xidan-Mauer wurden abgeschrieben, inoffizielle Zeitschriften wurden gedruckt und verbreitet, die auch Wandzeitungsartikel der Mauer der Demokratie nachdruckten. Die verschiedenen Zeitschriften vertraten zwar in vielen Fragen abweichende Meinungen, in einer Reihe von Forderungen waren sie sich jedoch einig:
– Verbesserte Rechtsverhältnisse
– Mehr Beteiligung der Massen an der politischen Entscheidung
– Kontrolle der Politiker und Kader durch die Öffentlichkeit
– Verbesserung der sozialen Verhältnisse
– wirkliche Meinungsfreiheit.
Es kann kein Zweifel daran herrschen, daß sie (die Demokratische Bewegung) *sich trotz der Verschiedenheit als eine Bewegung fühlte und daß diese Bewegung nicht allein auf Beijing* (Peking) *begrenzt war.*

Pekinger Frühling

Trotz vereinzelter Eingriffe der Behörden konnte die im November 1979 entstandene Bewegung ihre Aktivitäten in den ersten Monaten des Jahres 1979 relativ ungestört fortsetzen. Immer neue Zeitschriften entstanden, Debatten und Dichterlesungen lockten viele Menschen in die Stadtparks.
Begünstigt von dem 'liberalen' Klima und der offiziellen Kritikkampagne gegen die Viererbande strömten viele Menschen, die noch nicht rehabilitiert worden waren, aus der Provinz in die Provinzhauptstädte und nach Peking, um Wiedergutmachung für das in der Kulturrevolution erlittene Unrecht zu erreichen. In Shanghai revoltierten illegal in die Stadt zurückgekommene Jugendliche gegen eine erneute Zurückweisung aufs Land (vgl. hierzu auch: blätter des iz3w Nr. 92, S. 50)
Ende März 1979 begannen die Behörden die Zügel zu straffen. Die demokratische Bewegung hatte ihre Funktion für Deng erfüllt – er hatte nun die unbestrittene Mehrheit im ZK erlangt, der alte Mao-Flügel war bedeutungslos geworden. Die Aktivitäten der Bewegung drohten das gesamte System in Frage zu stellen, eine solche radikale Änderung hatte Deng nicht beabsichtigt.
Wei Jingsheng, der Hauptredakteur der „Untersuchungen", eine der radikalsten Zeitschriften der Bewegung, wurde festgenommen. Die Einfuhr von Zeitschriften aus Hongkong und der Kontakt mit Ausländern faktisch verboten.
Im Sommer nahmen die Behörden wieder eine relativ gemäßigte Haltung gegenüber der Demokratischen Bewegung ein, infolgedessen blühten auch die inoffiziellen Zeitschriften und andere Aktivitäten wieder auf. Die Mauer der Demokratie wurde wiederbelebt und als Forum für Angriffe gegen Politiker des alten Mao-Flügels benutzt. Warum gerade im Sommer 1979 die Bewegung einen neuen Aufschwung erlebte und die Behörden gemäßigter gegen die inoffiziellen Zeitschriften und ihre Herausgeber vorgingen, bleibt im Buch allerdings unklar.





GROSSER ANDRANG *herrschte in Peking an der „Mauer der Demokratie", als ein Bürgerrechtler Flugblätter verteilte, die den Prozeß gegen Wei Jingsheng zum Inhalt hatten.*

Zerschlagung der Demokratischen Bewegung

Ende Oktober wurde der im März verhaftete Wei zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses harte Urteil war das Startzeichen zur Liquidierung der gesamten Bewegung. Bis zum April 1980 mußten nach und nach alle Zeitschriften ihr Erscheinen einstellen. Die Mauer der Demokratie wurde in einen abseits gelegenen Park verbannt und nur noch namentlich gekennzeichnete Artikel durften angeschlagen werden. Ende Februar strich der Volkskongreß die 'Großen Vier' Rechte (Freie Meinungsäußerung, große Debatten und Wandzeitungen) aus der chinesischen Verfassung. Damit wurde der Demokratischen Bewegung endgültig die Legalität genommen.

Die Demokratische Bewegung wurde genau zu dem Zeitpunkt gedrosselt, an dem Deng Xiaoping den endgültigen (?) Sieg über seine politischen Gegner gewonnen hatte. Auf der Fünften Plenarversammlung des Zentralkomitees wurde Liu Shaoqi, „Feind Nummer Eins der Kulturrevolution", rehabilitiert, und „die kleine Viererbande", Wang Dongxing, Ji Dengkui, Wu De und Chen Xilian, wurde aus dem Politbüro entfernt und ihrer Führungsämter im Partei- und Staatsapparat enthoben. Der Deng-Flügel bedurfte nicht länger einer Stärkung seiner Position durch eine Protestbewegung aus dem Volk, die sich zum größten Teil gegen das erstarrte politische System richtete, als dessen Vertreter der alte Mao-Flügel begriffen wurde. Gleichzeitig war eine eigentliche systemkritische Bewegung um so gefährlicher geworden, als keine Möglichkeit mehr offen schien, die Kritik auf Gegner innerhalb der obersten Führung zu lenken. (S. 49)

Sozialer Träger der Bewegung

Die Aktivisten der Demokratischen Bewegung gehören fast alle der sogenannten „Verlorenen Generation" an. Dieser Ausdruck bezeichnet die heute 25- bis 35-jährigen, diejenigen, die teils begeisterte Träger der Kulturrevolution waren, teils eher gezwungenermaßen aufs Land verschickt wurden. Diese Arbeiter, Bauern, Studenten und junge Intellektuelle hatten infolge der zeitweiligen Schließung der Hochschulen während der Kulturrevolution und der Landverschickungen nicht die Möglichkeit jene Qualifikationen zu erwerben, die in der Nach-Mao-Ära, der Gesellschaft der Vier Modernisierungen eine gehobene Position garantieren. Da sie nicht zu denjenigen gehörten, die durch das offizielle Abrechnen mit der Kulturrevolution profitierten, ging ihre Kritik weiter und wurde zur Kritik am System, welches eben die negativen Auswüchse der Kulturrevolution ermöglicht haben.

Gesellschaftsauffassungen

Die breiteste Basis der sich anfänglich die meisten Gruppen der Demokratischen Bewegung anschließen konnte, stellt das *Neunzehn-Punkte-Programm* des Bundes für Menschenrechte dar (im Buch vollständig abgedruckt). In dieser chinesischen Menschenrechtscharta wird u.a. gefordert:
- Die Verwirklichung der Meinungsfreiheit
- Freilassung aller politischen Gefangenen
- Das Recht zur Kritik an Kadern
- Die volle Selbstverwaltung der nationalen Minderheiten
- allgemeine und direkte Wahlen der Kader auf allen Ebenen
- Veröffentlichung des Staatshaushalts
- Öffentlichkeit der Sitzungen des Volkskongreß (Parlament)
- Abschaffung der Geheimpolizei
- Freie Wahl der Kleidung und Freizügigkeit
- Aufhebung der Zensur.

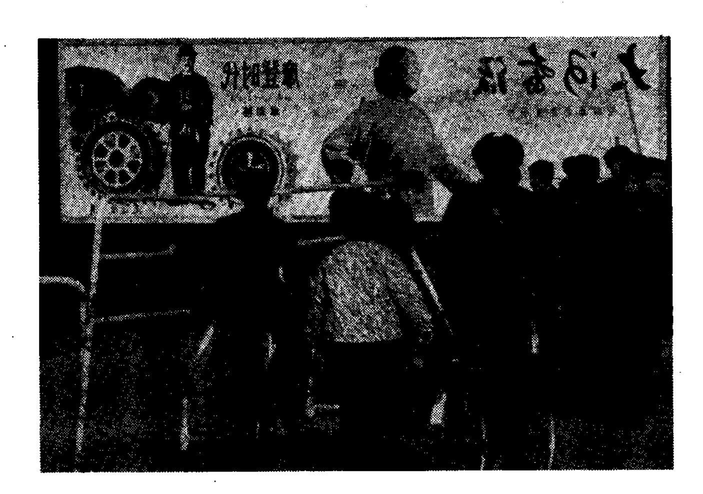
Die Diskussion innerhalb verschiedener Zeitschriften ging über den demokratischen Forderungskatalog hinaus. *Wei Jingsheng* fordert in einer Artikelserie der Zeitschrift 'Untersuchungen' die Fünfte Modernisierung, die Demokratisierung der Gesellschaft, welche die Voraussetzung für die Durchführung der Vier Modernisierungen (1) sei:

Wei begreift Demokratie als die Gesamtheit der Rechte und Freiheiten der einzelnen Menschen dem Gesellschaftssystem gegenüber. Die Rechte und Freiheiten des Menschen seien naturgegeben und nur insofern begrenzt, als sie die Rechte und Freiheiten anderer nicht verletzen dürften. Auf dieser Grundlage tritt Wei nicht in Widerspruch zur sozialistischen Utopie: Er verficht eine Idealgesellschaft, die dem einzelnen volle Freiheit und die Möglichkeit zur Verwirklichung seines Strebens gibt.

Wei greift allerdings den der sozialistischen Gesellschaft innewohnenden Doppelcharakter an, der einerseits in der idealistischen Perspektive von der Verwirklichung des kommunistischen Schlaraffenlandes und andererseits in den Zwangsmaßnahmen zu erkennen sei, die anzuwenden sich die Gesellschaft gezwungen sehe, um eben dieses Ziel zu erreichen. Die Verwaltung der Gesellschaftsinteressen sei in wenigen Händen konzentriert und somit nach Weis Meinung völlig der Willkür einiger weniger Herrscher unterworfen. So ergebe sich, daß die Utopie des Sozialismus gleichzeitig ihren eigenen Gegensatz in sich trage: die Diktatur. (S. 81/82)

Die Diskussion der Artikel in der inoffiziellen Presse nahm oftmals auf Artikel anderer Zeitschriften Bezug, so daß eine wirkliche Debatte um die Zukunft Chinas entstand. Die große Frage der Artikel war immer, welches Vorbild sich China nehmen sollte oder wie sich die chinesische Gesellschaft weiterentwickeln sollte und könne.

Einige Artikel setzen sich mit den Problemen der bürgerlichen Demokratie am Beispiel der USA auseinander (Am 1.1.1979 nahmen die USA und China volle dipolomatische Beziehungen auf). Ein Artikel, überschrieben: Sind die USA das Paradies der Demokratie?" kommt nach längerer Analyse der amerikanischen Gesellschaft zum Schluß:



„Die USA sind nicht das Paradies der Demokratie! Carter ist kein ausländischer Buddha." Dies macht deutlich, daß die Demokratische Bewegung Chinas weit davon entfernt ist, eine Bewegung für eine parlamentarische Demokratie nach westlichem Vorbild zu sein.
Ein dokumentierter Artikel befaßt sich mit dem jugoslawischen Modell und setzt sich dafür ein, in China den Sozialismus nach dem Vorbild Jugoslawiens zu verändern.
Ein weiterer Autor zieht aus den vielen Linienkämpfen innerhalb der KP Chinas den Schluß, daß es künftig zwei Kommunistische Parteien geben müßte, die sich in der Machtausübung abzuwechseln haben.
Auch andere, hier nicht mehr angesprochene Artikel, welche in dem Buch dokumentiert sind, sind lesenswert. Sie spiegeln den Stand der Auseinandersetzung um die politische Zukunft Chinas wieder, wie sie in den inoffiziellen Zeitschriften der Demokratischen Bewegung geführt wurde. Außer der soziopolitischen Einordnung der Demokratischen Bewegung und den dokumentierten Artikeln aus den Zeitschriften der Bewegung, werden außerdem die – nach Meinung der Herausgeber – bedeutsamsten Zeitschriften des Pekinger Frühlings kurz vorgestellt. Ein weiteres Kapitel des Buches beschreibt die Art der Herstellung und des Vertriebs der inoffiziellen Zeitschriften.

Gesamturteil: Zum Verstehen und Beurteilen der jüngsten chinesischen Geschichte unentbehrlich. Wo

Anmerkungen:
1) Die Vier Modernisierungen in Industrie, Landwirtschaft, in der Verteidigung und im Bildungswesen.

Sonnenaufgang

Neue Lieder Nicaragua Libre (Schallplatte)

Luis Enrique Mejia Godoy y Mancotal de Nicaragua

Peter Hammer Verlag, Vorwärts Verlag

Luis Enrique ist der Bruder von Carlos Mejia Godoy, der mit seiner Gruppe „Los de Palacagüina" (1) bei uns bekannter geworden ist, so daß ich bei dem ersten Blick auf das Cover die beiden zunächst verwechselte – ein Irrtum, der sich schnell aufklärt, wenn man die Lieder anhört.
Luis Enrique Mejia – er spielt seit seinem 14. Lebensjahr Gitarre – lebte 12 Jahre im Exil in Costa Rica und konnte während der letzten Jahre der Somoza-Diktatur nicht einmal mehr auf Besuch in sein benachbartes Heimatland zurück. Aus dieser Zeit (1974) kenne ich eine frühere Schallplatte von ihm, Hilachas del Sol. Die politischen Lieder dieser Zeit besingen mit Traurigkeit und Ernst das Leben auf dem Lande in Guanacaste (Costa Rica), an der Pazifikküste Nicaraguas, in Mittelamerika überhaupt: die Maisfelder, die Hütten, die Ausbeutung durch den patron, den langen Weg der Indios, die schwer beladen über den engen Pfad aus den Bergen hinab zum Markt ziehen.
An die Stelle dieser Traurigkeit ist in der neuen Platte, „Sonnenaufgang", Freude und Fröhlichkeit getreten: über den Sturz der Tyrannei, über die Rückkehr in die Heimat, über den neuen Anfang. Der Name der Gruppe, mit der Luis Enrique spielt, M a n c o t a l, erinnert an einen Gebirgszug, in dem die Sandinisten im Mai '79 schwere Kämpfe durchzustehen hatten. Die Gruppe hat sich die Aufgabe gestellt, musikalische Traditionen verschiedener Regionen Nicaraguas aufzugreifen. Und so wenden sie sich mitten in der Platte der Atlantikküste Nicaraguas zu: die Fröhlichkeit der ersten Lieder bekommt Rhythmus und karibischen „sabor", so daß man durchaus Lust zum Tanzen bekommt.
Der Reinerlös der Platte geht an das Erziehungsministerium in Nicaragua: ein Stückchen Solidarität, das Spaß macht.

chk

Anmerkungen:
1) Schallplatten von C a r l o s Mejia Godoy
– La Milpa Nueva, CBS
– El Son Nuestro de cada Dia, CBS

Tagungshinweise

„Lateinamerika"-Seminar in der ESG Mainz (Themen: Bundesdeutsche Investitionen in Lateinamerika, Internation. Entwicklungsstrategien für Lateinamerika, Politik der Sozial. Internationale in Lateinamerika), 29. – 31. Januar 1982
„Sri Lanka-Tee kann man nicht essen" in der ESG Freiburg (Teeanbau auf Sri Lanka, Internationaler Teehandel, Veränderter Lebensstil), 5. – 7. Februar 1982
Information und Anmeldung für beide Seminare: ESG, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1

Einführungslehrgang in Probleme der Entwicklungsländer, 17.5. – 22. 5. 1982
Methoden entwicklungspolitischer Bildungsarbeit 22. 1. – 24. 1. 1982
Zwischen Hunger und Überfluß: Einkaufen, Kochen und Entwicklungsfragen, 19.2. – 21.2.1982
Pharmaindustrie und Dritte Welt, 26.3. – 28.3.1982
Neue Weltwirtschaftsordnung, 5.6. – 6.6.1982
Die Türkei und die NATO, 29.1. – 31.1.1982
Wer hilft wem? – Solidaritätsarbeit mit der Türkei, 19.3. – 21.3.1982
Frauen in Südafrika – Frauen für Südafrika, 23.4. – 25.4.1982
Entwicklung und Unterentwicklung in Zambia, 16.4. – 18.4.1982
Malaysia – ein Vielvölkerstaat, 5.3. – 7.3.1982
Aktuelle Fragen des Ausländerrechts, 8.3. – 9.3.1982
Ausländische und deutsche Frauen – wie können wir gemeinsam arbeiten und voneinander lernen? – 20.5. – 23.5.1982
Deutsche und ausländische Jugendliche in der Offenen Jugendarbeit, 15. – 18.2.1982
Arbeit in internationalen Jugendzentren, 28. 6. – 30.6.1982
Türken in Deutschland – Sozialarbeit im Konflikt zweier Kulturen, 18. – 20.6.1982
Spanien: Gesellschaft, Politik, Kultur, 28.6. – 30.6. 1982
Information und Anmeldung zu allen diesen Seminaren bei:
AKE, Postfach 1109, Horstweg 11, 4973 Vlotho

ZEITSCHRIFTENÜBERSICHT

Lateinamerika anders **Nr. 16, September 1981**
Schwerpunkt Bolivien (Klassen, Staat und Politik/ Geschichte der Bauernbewegung/Bolivien im internationalen Kräftespiel / Steyrs Panzergeschäfte / Koka – das „weiße Gold" / kurze Einführung in die bol. Literatur / u.a.m.) ● Belize: der lange Weg zur Unabhängigkeit ● Ecuador: zwei Jahre bürgerliche Demokratie ● Kuba: neue Quarantäne? ● Österreich: Marsch für Frieden und Abrüstung ● Omar Torrijos: Nachruf auf einen lateinamerikanischen Patrioten ● Buchbesprechungen ● Zeitschriftenschau ●
Einzelpreis öS 20,– DM/sfr. 3,– Hrsg. Informationsgruppe IGLA, Postfach 697, A 1061 Wien

Lateinamerika Nachrichten **Nr. 98, Dezember 1981**
BERICHTE: BRD: Wer zuviel fragt, ist verdächtig ● Brasilien: drohende Ausweisung französischer Priester ● Argentinien: Streit um Violas Nachfolge ● Peru: Die Militarisierung der Demokratie ● Chile: Göttinger Exilchilenen verhaftet ● Kolumbien: der zweite nationale Massenstreik ● Guatemala: Anschläge am „Tag der Revolution" / Wahlen ante portas / Alfabetisierung a la Guatemala ● HINTERGRUND: Belize: von der Kolonie zur Neokolonie / Wiederstand der Creoles, der schwarzen Mehrheit ● Antigua und Barbuda: Reagans Stützpunkt in der Karibik ● Ecuador: vom Ölboom in die Krise ● Brasilien: Die Besetzung von Sao Paulo, zu den Hintergründen der Wohmisere ● Kuba: Einige Mythen über Kuba ● Madrider Solidaritätskonferenz ● Zeitschriftenschau ●
Einzelpreis: 3,– DM / Abo 35,– DM, erscheint monatlich, Hrsg. FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

ila-info **Nr. 51, Dez. 1981**
SCHWERPUNKT: El Salvador zwischen Hoffnung und Intervention, Statistik der Drohungen – Auflistung der US-Drohungen zu Mittelamerika ● Nikaragua: „In einem Punkt herrscht volles Einvernehmen" ● „Sobradinho"-Skandal jetzt auch in Peru ● Bolivien: 200. Todestag von Tupac Katari ● LÄNDERNACHRICHTEN zu: Bolivien, Brasilien, Chile, Peru und Honduras ● Berichte aus Solidaritätsbewegungen, Kampagnen, Aufrufe, Film- und Buchbesprechungen ●
Einzelpreis: 2,50 DM, Hrsg.: Informationsstelle Lateinamerika, Römerstraße 88, 5300 Bonn 1

SAGO, Informationsblatt Bolivien
Nr. 33, Nov./Dez. 1981
DIE JUNTA WIRD SALONFÄHIG, WAS NUN? (Anerkennung durch die USA / Die neue Rolle Argentiniens / Drogenbekämpfung: Damoklesschwert über Torrelio / Das Chronogramm der institutionellen Normalisierung / Siles in der BRD / Scharfe Kritik am Regime hält an) ● KURZNACHRICHTEN ● PRESSE ● GEWERKSCHAFTEN: Resolution der Federacion der Campesinos von La Paz ● HINTERGRUND: Frauen in Bolivien; politische und wirtschaftliche Beteiligung ● ZEITSCHRIFTENSCHAU ● LETZTE MELDUNGEN ● NEUERSCHEINUNG ●
Einzelpreis: 2,– DM / Abo 12,– DM. Hrsg.: SAGO Informationszentrum Bolivien, Friedrich-Ebert-Anlage 51e, 6900 Heidelberg

Solidarität **Nr. 63, Dezember 1981**
Agrarland Mozambique: Impressionen einer (nicht) alltäglichen Revolution ● Eindrücke aus Zimbabwe ● Ägypten nach Sadat ● Südafrika in den 80er Jahren ● Aufrüstung im Trikontinent ● Dossier Schweiz-Trikont ● Bücher ● Blick über den Zaun ● Hinweise und Veranstaltungen ● Einladung Vietnam-Seminar ●
Einzelpreis: 2,50 SFr. Hrsg.: SKAAL, Postfach 2009, CH 4001 Basel



Peter Bonn / Wolfgang Krutz u.a.:
KINDER IN DER WELT

Am Beispiel verschiedener Kinder, zu verschiedenen Zeiten in unterschiedlichen Gesellschaften und in unterschiedlichen Teilen der Erde lebend, können Schüler in der Förderstufe lernen, wie Lebensverhältnisse durch soziale, historische und räumliche Bedingungen geprägt sind, daß Verhältnisse geändert werden können.
Die Darstellung ungleicher Kindheits- und Lebenschancen erfolgt an den Beispielen:

- Karl: die Lage der Kinder in der abhängigen Bevölkerung unter den Bedingungen der Industrialisierung
- Juanita: Kinder unter den Bedingungen der ökonomischen Rückständigkeit und gesellschaftlicher Ungleichheit am Beispiel Brasilien
- Pedro/Beatriz: Kinder in der sozialistischen Übergangsgesellschaft am Beispiel Kuba

Die Unterrichtseinheit gliedert sich in ausführliche Lehrererläuterungen und ein Schülerarbeitsheft.
128 Seiten, 8.80 DM

Schulbildungsgruppe (Hrsg.)
MIT WELCHEM RECHT ?
Entwicklungshilfe aus der Sicht von Entwicklungshelfern

INHALT: Vorwort von Erhard Meueler: Lebenserfahrungen als Lernerfahrungen / Unterentwickeltes Entwicklungsbewußtsein - "Dritte Welt" im Bildungsbereich / Unterrichtssequenzen:
1) Etwas geben - viel nehmen; 2) Eine Kraftfahrzeugwerkstatt in Nepal; 3) Deutsche pfuschen nicht! 4) Der Traum von Yak und Yeti; 5) Sie müssen sich entscheiden! 6) Asiens kranker Riese; 7) Erziehung zur Befreiung; 8) Busreise in den Anden; 9) Mit welchem Recht?

Die Unterrichtssequenzen haben folgenden Aufbau: 1. Erlebnisbericht eines Entwicklungshelfers, der als Einstieg in die Problematik dient, 2. Hintergrundinformationen, die die auftretenden Fragen der Schüler beantworten helfen sollen, 3. Arbeitsaufgaben und Fragen zur Vertiefung des Themas und Anleitungen zur Gruppenarbeit, 4. Film und Literaturangaben, die unterrichtsbegleitende Materialien mit Bezugsadresse aufzeigen.
160 Seiten, 8.80 DM







pad DER DEUTSCHE KOLONIALISMUS IN AFRIKA

Dieter Tiemann:
DER DEUTSCHE KOLONIALISMUS IN AFRIKA
Seine Behandlung im Geschichtsunterricht der Sekundarstufe I

INHALT: Vorwort von Rudolf Schridde: Zur notwendigen Revision des Bildes deutscher Kolonialgeschichte / Unterrichtsabschnitte:
1) Erinnerungen an den und/oder Überbleibsel des deutschen Kolonialismus in Afrika; 2) Das heutige Afrika vor dem Hintergrund seiner Geschichte; 3) Motive für koloniales Engagement; 4) Erwerb deutscher Kolonien in Afrika; 5) Kolonisierte und Kolonisatoren - die Eingeborenen im Konzept des deutschen Kolonialismus; 6) Kolonialherrschaft zwischen Zivilisierung und Ausbeutung, zwischen Disziplinierung und Ausrottung; 7) Kolonialismus im Dienst der Wirtschaft - Wirtschaft im Dienst des Kolonialismus; 8) Die Bilanz des deutschen Kolonialismus / Literatur und Medienverzeichnis
Die Unterrichtseinheit versteht sich als Beitrag zur Aufarbeitung der historischen Dimension des bisher weitgehend vernachlässigten Verhältnisses der industrialisierten und nichtindustrialisierten Länder im Geschichtsunterricht der Sekundarstufe I.
86 Seiten, 6.80 DM

pad · Pädagogische Arbeitsstelle / Dortmund · Postfach 120143 · 4600 Dortmund 12

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Gabi Meier

Eschhotzstr. 41

78 Freiburg





14 DM auf das Konto der Tageszeitungsverlagsgesellschaft „die taz" GmbH in Frankfurt einzahlen: PSchA Ffm., Kto. 100490 - 603. Die Lieferadresse — also Eure Anschrift — auf dem Empfängerabschnitt nicht vergessen!

208 Seiten, 14,-- DM.

Das ist ein Werbetext. Er wirbt nicht für ein Jubelmagazin, sondern ist eine Verherrlichung von Gehalt. Er empfiehlt keinen Sachschaden, obwohl er ihn anheimstellt. Der hier angebotene Schaden ist nicht nur ein materieller, denn das, was die autonomen Bewegungen der 80er Jahre in den Ruinen von Amsterdam, Brixton, Kreuzberg und Zürich angerichtet haben, ist Zeitgeist, konstruktiv. Diese Werbung versucht offene Fragen, nicht Antworten zu verkaufen und hat einzig und allein den Sinn, die Auflage abzusetzen. Das Produkt, für das hier geworben wird, enthält

Interviews
Reportagen
Reflektionen
Utopien
Fotos
Karikaturen
Träume
Rationales
Internationales

Im Preis enthalten sind apokalyptische Bedrohung, zerstörte Häuser und Gefühle, aber auch vierfarbige Revolte und ein Verschimmelungsmanifest. Der potentielle Käufer wird auf die aktuellen Berichte über TuWat hingewiesen; muß aber selbst nachlesen, was wir an den neuen Verkehrsformen rumzumäkeln haben. Die Form des Produktes entspricht ihrem Inhalt, der Preis von 14 Mark dem Umfang. Entscheidet selbst, ob ein Werbetext das hält, was er verspricht.